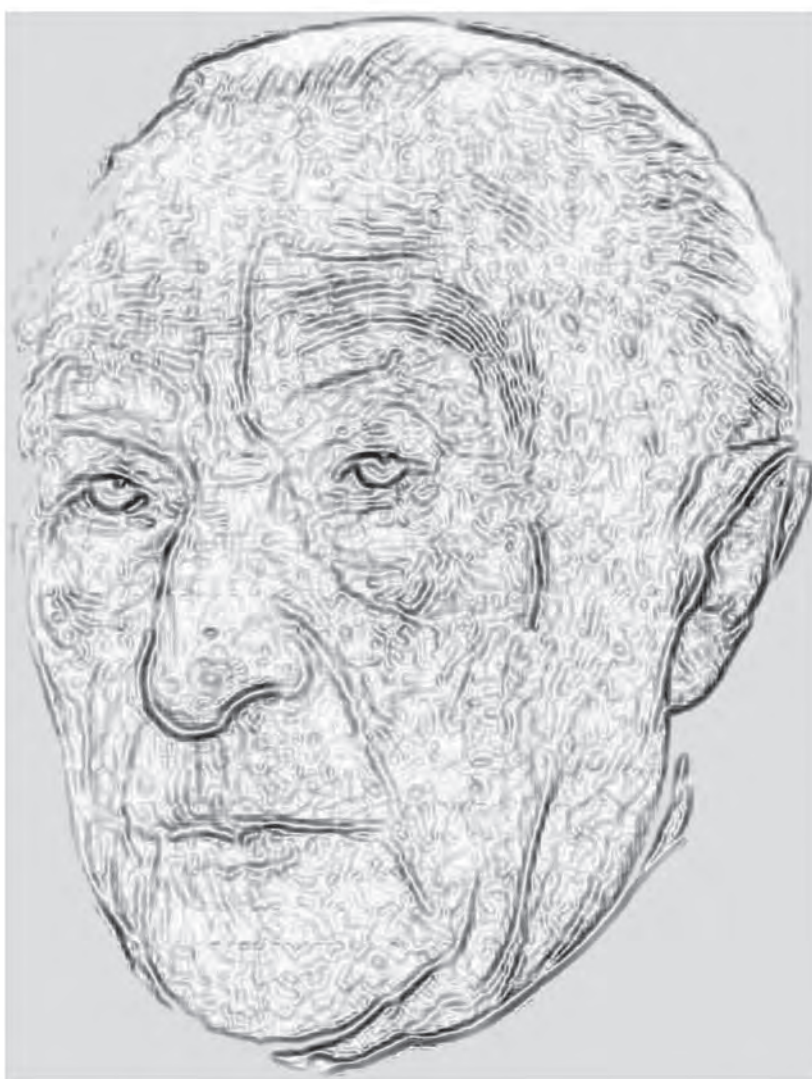




- Die Bundeskanzler und die Bundeswehr: Konrad Adenauer (I)
- Weltfriedenstag 2008
- Bild des Soldaten: 11. GKS-Akademie »Oberst Helmut Korn« – Ethik im Einsatz
- Muslime in Deutschland
- Der wahre Revolutionär ist weiblich
- Kinder brauchen Väter



## EDITORIAL . . . . . 3

## WELTFRIEDENSTAG 2008

- Papst an Diplomaten: Frieden ist Verpflichtung und Lebensstil (bt/KNA/DT) . . . . . 4
- Papstbotschaft zum Weltfriedenstag 2008:  
»Die Menschheitsfamilie eine Gemeinschaft des Friedens«. . . . . 6
- Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln von Bertram Bastian . . . . . 10
- Feier des Weltfriedenstages in Würzburg (POW) . . . . . 11

## BILD DES SOLDATEN (I)

11. SEMINAR DER GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN: »ETHISCHE FORDERUNGEN AN DEN BERUF DES SOLDATEN ALS FRIEDENSDIENST – AUCH IM EINSATZ« 12
- Zielsetzung und Programm . . . . . 13
- Ethische und professionelle Motive im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime – ein praktisches Beispiel von Oberst Dr. Winfried Heinemann . . 14
- Diener nationaler Interessen oder der Sicherheit und Freiheit der Völker?  
von Dr. Heinz Gerhard Justenhoven . . . . . 20
- Gibt es aus theologisch/philosophischer Sicht eine „spezielle Ethik“ des Soldatenberufes?  
von Msgr. Prof. Dr. theol. Peter Schallenberg . 27
- Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit. Geschlechterkulturen benachteiligungsfrei gestalten – eine ethische Dimension zwischen Mann und Frau? (Dr. rer.-pol. Peter Döge / Kurzfassung) . . 29
- Ethische Dimension und militärische Führung im internationalen Kontext – Persönliche Erfahrungen in nationalen und internationalen Verwendungen (Gen Karl-Heinz Lather / Kurzfassung) . . . . 30
- Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?  
(BrigGen Karl H. Schreiner / Kurzfassung) . . 32
- Die Kardinaltugenden und die Einsatzbereitschaft des Soldaten – Eine kritische Reflexion aus der Sicht des Militärbischofs (Kurzfassung) . . . . 33
- Die Bedeutung ethischer Leitlinien (Grundwerte) auf der Basis christlicher Werte, aufgezeigt anhand erfahrener Grenz- und Konfliktsituationen  
von Oberst i. G. Reinhard Kloss . . . . . 34

## BILD DES SOLDATEN (II)

- Innere Führung weiterentwickelt – ZDv 10/1 neu gefasst (BMVg Presse-/Infostab) . . . . . 38
- Innere Führung: noch nie war sie so wertvoll wie heute von BM Dr. Franz Josef Jung . . . . . 39
- Alter Wein in neuen Schläuchen? – GKS-Bundesvorsitzender zur Neufassung der ZDv 10/1 „Innere Führung“ von Paul Brochhagen . . . . . 40
- Soldat und christlicher Glaube – Die Rolle der GKS im Licht von „Gaudium et spes“ und der „Agenda for peace“ von Klaus Liebetanz . . . . . 41

- Verwundung und Tod im soldatischen Einsatz  
von Andreas Rauch . . . . . 44

## SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Heiliger Stuhl: Das Verbot von Streubomben-Munition, ein ethischer Imperativ (PS/ZENIT) . 46
- Kriterien für die Auslandseinsätze der Bundeswehr – Friedensethische, politische und politikwissenschaftliche Gesichtspunkte von Gerhard Arnold 47
- Forderung nach einem Haushalts-Titel  
„Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ im Auswärtigen Amt – Interview mit MdB Lothar Mark (SPD) von Klaus Liebetanz . . . . . 51
- „weltwärts“ – Regierung startet den weltweiten Freiwilligendienst  
von KNA-Redakteur Christoph Strack . . . . . 52
- Familienplanung als Sicherheitspolitik (PS/KNA) . . . . . 53
- Klarstellung hinsichtlich der GKS-Position zur AFG-Mandat-Debatte von Paul Brochhagen . . 54

## GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Katastrophale Lebensverhältnisse in der Jerusalemer Altstadt – Bevölkerungsentwicklung in Jerusalem von KNA-Mitarbeiterin Gabi Fröhlich . . . 55
- MUSLIME IN DEUTSCHLAND: Muslimische Integration nicht nur eine Frage der Bildung (IfI) . . . . . 56
- POLEN: Wer fürchtet sich vor den Russen?  
von Joachim G. Görlich . . . . . 57
- Der wahre Revolutionär ist weiblich – Frauen in Saudi-Arabien fordern immer vehementer die Gleichstellung mit dem männlichen Geschlecht  
von Christoph Mayerl . . . . . 58

## RELIGION UND GESELLSCHAFT

- CHRISTLICH-MUSLIMISCHER DIALOG: Niemand darf die Religion missbrauchen – Anzeichen für eine gegenseitige Gesprächsbereitschaft mit dem Islam in Kirche und Politik (bt) . . . . . 60
- Die Briefmarken der Päpste  
von Ulrich Nersinger . . . . . 62

## LEBENSFRAGEN UND CHRISTLICHES ZEUGNIS

- Auf die Väter kommt es an – Kinder brauchen mehr denn je die Anwesenheit und Führung der Väter im Familienleben von P. John Flynn LC . . . . . 64
- Plädoyer für das typisch Männliche – ZENIT-Interview mit US-Autor Anthony Esolen . . . . . 66
- EHE – FAMILIE – KINDERERZIEHUNG:
- Katholische Kirche startet Kampagne für Ehe und Familie (PS/KNA) . . . . . 68
- Die Beziehung zwischen den Eheleuten als Schlüssel für eine „erfolgreiche“ Erziehung (Familienreferat Erzdiözese Salzburg) . . . . 68
- Ehe als Alltagssakrament der Zuversicht (ZENIT) . . . . . 69

Kanzleramt hofft auf Wandel im Familienbild  
bei Bischöfen (KNA) . . . . . 69

## BLICK IN DIE GESCHICHTE

### ZEITGESCHICHTE – 50 JAHRE BUNDESWEHR:

Die Bundeskanzler und die Bundeswehr – Die Befehls- und Kommandogewalt gehört auf den Prüfstand von Dieter Kilian . . . . . 70

Der erste Bundeskanzler und die Bundeswehr – Dr. Konrad Adenauer – der distanziert-fürsorgliche Gründungsvater – (Teil 1) von Dieter Kilian. . . 72

VOR 75, 60 UND 50 JAHREN. . . . . 59, 61, 71

## KIRCHE UNTER SOLDATEN

### MILITÄRSEELSORGE

Lourdeswallfahrt 2008 (KMBA). . . . . 80

Andachtsraum im Bendlerblock (KNA). . . . . 81

Kath. Militärseelsorge auf dem 97. Deutschen Katholikentag (PS/KMBA) . . . . . 81

Pilgrimage of Peacemakers (PS/KMBA/KNA). . . 82

Gesamtkonferenz 2007: Aktuelle Herausforderungen im Staat-Kirche-Verhältnis  
von Bertram Bastian . . . . . 83

Vorsitzender ZV: Informationen zur ZV bei der 48. Woche der Begegnung (PS). . . . . 84

Berichtigung zu Beitrag in AUFTRAG 268. . . . 85

### AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS

Bericht Bundesgeschäftsführer I/2008 . . . . . 86

GKS-Kreis Köln . . . . . 86, 88

25. Todestag von Oberst Dr. phil. Helmut Korn . 87

GKS-Kreis Amberg/Kümmersbruck . . . . . 89

Standort Hammelburg . . . . . 90

Standort Sigmaringen. . . . . 91

GKS-Kreis Dornstadt. . . . . 90, 92

KURZ BERICHTET . . . . . 5, 26, 46, 53, 54, 56, 65, 79, 94

LESERBRIEFE . . . . . 93, 94

PERSONALIA . . . . . 79, 91

TERMINE . . . . . 95

IMPRESSUM . . . . . 96

## editorial:

### Liebe Leserschaft,

der Bundesvorstand hat sich nach reiflichen Überlegungen entschlossen, den AUFTRAG bei einem anderen Unternehmen drucken zu lassen. Ausschlaggebend waren nach Absprachen mit dem Katholischen Militärbischofsamt und erfolgreicher Ausschreibung ein kostengünstigeres Angebot sowie die Umstellung der Redaktionsarbeit, wodurch ein seit längerem angestrebter Wechsel im Amt des Chefredakteurs erleichtert wird.

Dreißig Jahre lang wurden rund 175 Ausgaben GKS-Zeitschrift „auftrag“, „AUFTRAG“ bei der Firma Köllen Druck & Verlag in Bonn gedruckt. Die Zusammenarbeit von drei verantwortlichen Redakteuren mit der Druckerei war stets vertrauensvoll, zuverlässig und hilfreich. Die ehrenamtliche Arbeit der »Hobbyredaktion« wurde von den Fachleuten der Firma als qualitativ hoch bewertet. Mit dem Verlagswechsel ist sicher auch eine Ära zu Ende gegangen, die bei mir zwar nostalgische Empfindungen auslöst, aber (hoffentlich) keinen Einfluss auf das Konzept, den Inhalt und die Qualität unserer Verbandszeitschrift AUFTRAG zur Folge hat. An dieser Stelle sage ich aber den Herren und Damen beim Köllen Druck & Verlag, mit denen ich in zwölf Jahren Verantwortung für die Redaktion eng und reibungslos zusammengearbeitet und davon zudem noch fachlich profitiert habe, meinen herzlichen Dank und wünsche weiterhin viel Erfolg.

Im Januar 2008 hat die zunächst auf ein Jahr befristete Zusammenarbeit mit dem Verlag Haus Altenberg in Düsseldorf – wo auch »kompass« hergestellt wird – begonnen. Die Redaktion ist nun nicht mehr für Umbruch und Layout zuständig, sondern »nur noch« für die inhaltliche Zusammenstellung des Heftes und die redaktionelle Bearbeitung der Beiträge. Mit diesem ersten im Verlag Haus Altenberg produzierten AUFTRAG liegt Ihnen das Ergebnis nun vor. Ob sich daraus und aus der Übergabe der Chefredaktion im September eventuell konzeptionelle und gestalterische Änderungen ergeben, bleibt abzuwarten.

Dieses Heft enthält Beiträge, bei denen die Leser u.U. anderer Auffassung sind als die Verfasser. Schreiben Sie uns doch bitte dazu Ihre Meinung. In einer Verbandszeitschrift ist die Meinung der Leser sowie eine Debatte über strittige Themen und Ansichten immer ein Gewinn. In diesem Zusammenhang: Redaktionsschluss für Beiträge ist der 20. April!

Mit den besten Wünschen für eine gesegnete Osterzeit

*Her Paul*

Weltfriedenstag 2008:

# Papst an Diplomaten: Frieden ist Verpflichtung und Lebensstil

## Die Menschheit ist eine Familie



**P**apst Benedikt XVI. hat verstärkte Friedensinitiativen in den Kriegs- und Krisenregionen der Welt gefordert. Bei der traditionellen Audienz zum Jahresbeginn für das Diplomatische Korps in der Sala Regia des Apostolischen Palasts am 7. Januar 2008 begrüßte der Doyen, Botschafter Giovanni Galassi, Papst Benedikt XVI. Der Heilige Vater bedankte sich dann in Französisch für die Worte des Doyens im Namen der 176 akkreditierten Diplomaten und richtete seine Grußworte an diese.

### Frieden ist nicht nur ein Wort

**D**er Papst beklagte die anhaltende Gewalt im Nahen wie im Mittleren Osten. Zur Situation im Nahen Osten freute sich der Papst, dass bei der Konferenz in Annapolis die Suche nach Teillösungen aufgegeben wurde, um durch einen globalen Ansatz die Rechte und Interessen der Bevölkerungen in dieser Region zu respektieren. Gleichzeitig rief er **Israelis und Palästinenser** dazu auf, mit vereinten Kräften die gemachten Zusagen umzusetzen und den auf den Weg gebrachten Prozess nicht zu behindern. An die internationale Gemeinschaft appellierte er, die beiden Völker mit Überzeugung und Verständnis zu unterstützen. Für den **Libanon** wünschte er sich angesichts des Unglücks und der Gewalt, dass sich die Libanesen frei über ihre Zukunft entscheiden können. Und er bat darum, dass sie – angefangen bei den Verantwortlichen – ihre Teilinteressen zurückstellen und „*sich für den Weg des Dialogs und der Versöhnung*“ einsetzen, um wieder ein Vorbild für das

Zusammenleben verschiedener Gemeinschaften sein zu können.

Auch der **Irak** bedürfe dringend der Versöhnung, unterstrich Benedikt XVI. Eine entsprechende Verfassungsreform müsse für die Bewahrung der Rechte der Minderheiten sorgen. Für die Flüchtlinge des Landes inner- und außerhalb des Irak, unter ihnen viele Christen, und die damit zusammenhängenden Probleme der Aufnahmeländer forderte er von der internationalen Gemeinschaft Großzügigkeit zu zeigen. Zur Lösung des Problems mit dem Atomprogramm des

*meinwohl der Menschheitsfamilie zu berücksichtigen.*

Besorgt äußerte sich das Kirchenoberhaupt auch über die jüngsten Entwicklungen in **Kenia, Somalia** und der **Demokratischen Republik Kongo**. Bei der Nennung weiterer Krisenregionen in Asien wünschte sich der Heilige Vater für **Pakistan**, dass sich alle politischen und sozialen Kräfte für den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft – unter der Wahrung der Rechte aller – einsetzen. Bezüglich **Afghanistans** mit seinen durch Gewalt und Drogenanbau geprägten Schwierigkeiten

mahte er mehr Unterstützung für die Entwicklung und den Aufbau einer friedlichen Zukunft des Landes an. In **Sri Lanka** dürften die entscheidenden Bemühungen zur Linderung der Konflikt bedingten Leiden nicht mehr ver-

schoben werden. Die Verantwortlichen in **Myanmar** bat er, mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft einen Dialog zwischen Regierung und Opposition zu beginnen, um die Beach-

„Frieden ist nicht nur ein einfaches Wort  
oder eine illusorische Erwartung.  
Frieden ist eine Verpflichtung und ein Lebensstil,  
der die berechtigten Interessen aller Menschen befriedigt  
wie etwa den Zugang zu Nahrung,  
Wasser, Energie, zu Medizin und Technologie,  
aber auch die Kontrolle des Klimawandels.“

Iran ermutigte er dazu, die diplomatischen Verhandlungen mit mehr Transparenz und gegenseitigem Vertrauen fortzuführen und „*stets die wirklichen Bedürfnisse der Völker und das Allge-*



tung aller Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten wirklich zu gewährleisten. Gleichzeitig begrüßte Benedikt XVI. die Entscheidung der Vereinten Nationen für ein Moratorium zur Todesstrafe.

Der Papst wünschte sich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Völkern Lateinamerikas und in jedem seiner Staaten einen Abbau der inneren Spannungen damit sie sich gemeinsam „auf die großen, vom Evangelium inspirierten Werte“ konzentrieren könnten. Im wirtschaftlichen und sozialen Bereich habe er sowohl deutliche Anzeichen der Hoffnung als auch Grund zur Sorge für diesen Kontinent erkennen können.

Unter Hinweis auf den Vertrag von Lissabon sagte der Papst, das gemeinsame „Haus Europa“ müsse auf einem soliden kulturellen Fundament und auf moralischen Werten errichtet werden. Der Kontinent dürfe seine christlichen Wurzeln nicht leugnen. In seiner politischen „tour d’horizon“ ging Benedikt XVI. auf die Lage auf dem Balkan ein. Das Statut für das Kosovo müsse den legitimen Erwartungen aller Betroffenen Rechnung tragen, ihnen Sicherheit und Achtung ihrer Rechte bieten und das „Gespenst von Gewalt und Konfrontation endgültig vertreiben“.

„Frieden ist nicht nur ein einfaches Wort oder eine illusorische Erwartung“, sagte der Papst. „Frieden ist eine Verpflichtung und ein Lebensstil, der die berechtigten Interessen aller Menschen befriedigt wie etwa den Zugang zu Nahrung, Wasser, Energie, zu Medizin und Technologie, aber auch die Kontrolle des Klimawandels.“

Zugleich rief Benedikt XVI. die internationale Gemeinschaft zu einem „globalen Einsatz für die Sicherheit“ auf. Alle unterzeichneten Vereinbarungen müssten auch angewandt werden, um Terroristen den Zugang zu Massenvernichtungswaffen zu verwehren. Das Prinzip der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen muss nach Meinung des Kirchenoberhauptes gestärkt werden. Benedikt XVI. begrüßte dabei die Entscheidung Nordkoreas, sein nukleares Waffenprogramm herunterzufahren.

Benedikt XVI. betonte, seine Gedanken und Gebete waren vor allem

auf jene Bevölkerungen gerichtet, die von schrecklichen Naturkatastrophen heimgesucht worden sind, waren es Stürme und Überschwemmungen in einigen Gebieten Mexikos, Mittelamerikas, Afrikas und Asiens – vor allem Bangladesch und Teilen Ozeaniens. Aber auch die Brandkatastrophen und Erdbeben – wie in Peru gehörten dazu. Diese schrecklichen Ereignisse erforderten ein gemeinsames und starkes Bemühen entsprechend der Enzyklika über die Hoffnung: „Das Maß der Humanität bestimmt sich ganz wesentlich im Verhältnis zum Leid und zum Leidenden. Dies gilt für den Einzelnen wie für die Gesellschaft“ (Spe salvi, Nr. 38).

Den Nationen, die noch keine diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl unterhielten, versicherte er, dass auch sie einen Platz im Herzen des Papstes hätten. Die Kirche sei zutiefst davon überzeugt, entsprechend der diesjährigen Botschaft zum Weltfriedenstag, „dass die Menschheit eine Familie sei.“ In diesem familiären Sinne seien diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Arabi-

schen Emiraten aufgenommen worden sowie seine Visiten in den besuchten Ländern verlaufen.

### Interreligiöser Dialog für Frieden und Menschenwürde

Als wichtigen Beitrag für einen gerechten Frieden bezeichnete Benedikt XVI. den interkulturellen und interreligiösen Dialog. Dieser müsse auf Gegenseitigkeit basieren und den Einsatz für Menschenwürde, Gemeinwohl, Frieden und Entwicklung fördern. Der Vatikan und die katholische Kirche weltweit träten nach Kräften für das Prinzip der Menschenrechte ein. Dies beinhalte nach den Worten des Papstes das Recht auf Leben, das in allen Kontinenten ständigen Attacken ausgesetzt sei. Dazu gehören auch der Schutz und die Förderung der Familie, die auf die Ehe von Mann und Frau gründe. Weiter schließe es den moralischen Gebrauch von Forschung von Wissenschaft insbesondere im Bereich der Bioethik ein. Als unveräußerlich bezeichnete der Papst das Recht auf Religionsfreiheit. (bt nach: KNA v. 08.01.08 u. DT v. 10.01.08)

### Kurz berichtet:

## Kardinal Bertone: Soldaten dienen dem Frieden, der im eigenen Herzen beginnt

Kardinal Tarciso Bertone SDB bekräftigte am Sonntag, dem 13. Januar, dass die militärischen Streitkräfte dem Frieden dienen sollten. Der Staatssekretär des Vatikans würdigte bei der Feier zum „Tag des Friedens“ des italienischen Militärordinariats in der Kirche von der heiligen Katharina von Siena das Vorbild aller derer, die ihren Dienst für den Frieden „mit dem Preis ihres Lebens bezahlt haben“.

Auf dem großen Schlachtfeld des Weltfriedens „haben die Streitkräfte eine besondere Rolle: Sie stehen im Dienst des Friedens, was die öffentliche Meinung immer stärker wahrnimmt und wie eine Vielzahl von humanitären Missionen beweisen“, erklärte Kardinal Bertone. „Wir wollen Frieden für die Menschheit“, bekräftigte er. „Den Frieden, den wir nicht müde werden, im Gebet zu erleben und mit unaufhörlichen Bemühungen zu bauen.“ Dieser Friede müsse zuallererst „in uns selbst geboren werden“. Und das geschehe, wenn es uns gelingt, Hass, Neid, Egoismus und Gleichgültigkeit aus dem Herzen zu verbannen.

(ZENIT)



## »DIE MENSCHHEITSFAMILIE, EINE GEMEINSCHAFT DES FRIEDENS«

BOTSCHAFT SEINER HEILIGKEIT PAPST BENEDIKT XVI.  
ZUR FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES 2008

**1.** Zu Beginn des neuen Jahres möchte ich den Menschen in aller Welt meinen innigen Friedenswunsch und zugleich eine herzliche Botschaft der Hoffnung übermitteln. Das tue ich, indem ich zum gemeinsamen Nachdenken über das Thema anrege, das ich an den Anfang dieser Botschaft gestellt habe und das mir besonders am Herzen liegt: Die Menschheitsfamilie, eine Gemeinschaft des Friedens. Die erste Form der Gemeinsamkeit zwischen Menschen ist die, welche aus der Liebe zwischen einem Mann und einer Frau hervorgeht, die entschlossen sind, sich auf immer zusammenzuschließen, um miteinander eine neue Familie aufzubauen. Doch auch die Völker der Erde sind aufgerufen, untereinander Beziehungen der Solidarität und der Zusammenarbeit zu schaffen, wie sie sich für Glieder der einen Menschheitsfamilie geziemen. „Alle Völker sind eine einzige Gemeinschaft“, hat das Zweite Vatikanische Konzil gesagt, „sie haben denselben Ursprung, da Gott das ganze Menschengeschlecht auf dem gesamten Erdkreis wohnen ließ (vgl. Apg 17,26); auch haben sie Gott als ein und dasselbe letzte Ziel“.<sup>1</sup>

### Familie, Gesellschaft und Frieden

**2.** Die auf die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau gegründete natürliche Familie als innige Gemeinschaft des Lebens und der Liebe<sup>2</sup> ist der „erste Ort der Humanisierung“ der Person und der Gesellschaft“<sup>3</sup> die „Wiege des Lebens und der Liebe“<sup>4</sup>.

Zu Recht wird darum die Familie als die erste natürliche Gesellschaft bezeichnet, als „eine göttliche Einrichtung, die als Prototyp jeder sozialen Ordnung das Fundament des Lebens der Personen bildet“.<sup>5</sup>

**3.** Tatsächlich macht man in einem gesunden Familienleben die Erfahrung einiger grundsätzlicher Komponenten des Friedens: Gerechtigkeit und Liebe unter den Geschwistern, die Funktion der Autorität, die in den Eltern ihren Ausdruck findet, der liebevolle Dienst an den schwächsten – weil kleinen oder kranken oder alten – Gliedern, die gegenseitige Hilfe in den Bedürfnissen des Lebens, die Bereitschaft, den anderen anzunehmen und ihm nötigenfalls zu verzeihen. Deswegen ist die Familie die erste und unersetzliche Erzieherin zum Frieden. So ist es nicht verwunderlich, dass innerfamiliäre Gewalt als besonders untragbar empfunden wird. Wenn also die Familie als „Grund- und Lebenszelle der Gesellschaft“<sup>6</sup> bezeichnet wird, ist damit etwas Wesentliches ausgedrückt. Die Familie ist das Fundament der Gesellschaft auch deshalb, weil sie die Möglichkeit zu entscheidenden Erfahrungen von Frieden bietet. Daraus folgt, dass die menschliche Gemeinschaft auf den Dienst, den die Familie leistet, nicht verzichten kann. Wo könnte der Mensch in der Phase seiner Prägung besser lernen, die unverfälschte Atmosphäre des Friedens zu genießen, als im ursprünglichen „Nest“, das die Natur ihm vorbereitet? Der familiäre Wortschatz ist

ein Wortschatz des Friedens; aus ihm muss man immer wieder schöpfen, um das Vokabular des Friedens nicht zu verlernen. In der Inflation der Sprache darf die Gesellschaft den Bezug zu jener „Grammatik“ nicht verlieren, die jedes Kleinkind aus den Gesten und Blicken von Mutter und Vater aufnimmt, noch bevor es sie aus ihren Worten erlernt.

**4.** Da der Familie die Aufgabe der Erziehung ihrer Glieder zukommt, hat sie spezifische Rechte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die eine Errungenschaft einer Rechtskultur von wirklich universellem Wert darstellt, bestätigt: „Die Familie ist die natürliche Grundeinheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat“.<sup>7</sup> Der Heilige Stuhl hat seinerseits der Familie eine besondere rechtliche Würde zuerkannt, indem er die Charta der Familienrechte veröffentlichte. In der Präambel heißt es: „Die Rechte der Person haben, auch wenn sie als Rechte des Individuums formuliert sind, eine grundlegende gesellschaftliche Dimension, die in der Familie ihren ureigentlichen und vitalen Ausdruck findet“.<sup>8</sup> Die in der Charta aufgestellten Rechte sind Ausdruck und deutliche Darlegung des Naturrechtes, das ins Herz des Menschen eingeschrieben ist und ihm durch die Vernunft offenbar wird. Die Leugnung oder auch Einschränkung der Rechte der Familien bedroht, indem sie die Wahrheit über den Menschen verdunkelt, die Grundlagen des Friedens selbst.

1 Erkl. Nostra aetate, 1.

2 Vgl. Zweites Vatikanisches Konzil, Past. Konst. Gaudium et spes, 48.

3 Johannes Paul II., Apostolisches Schreiben Christifideles laici, 40: AAS 81 (1989) 469.

4 Ebd.

5 Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Kompendium der Soziallehre der Kirche, Nr.211.

6 Zweites Vatikanisches Konzil, Dekret Apostolicam actuositatem, 11.

7 Art. 16/3.

8 Päpstlicher Rat für die Familie, Charta der Familienrechte, 24. November 1983, Präambel, A.

**5.** Wer die Einrichtung der Familie behindert – und sei es auch unbewusst –, macht also den Frieden in der gesamten nationalen und internationalen Gemeinschaft brüchig, denn er schwächt das, was tatsächlich die wichtigste „Agentur“ des Friedens ist. Dies ist ein Punkt, der einer besonderen Überlegung wert ist: Alles, was dazu beiträgt, die auf die Ehe eines Mannes und einer Frau gegründete Familie zu schwächen, was direkt oder indirekt die Bereitschaft der Familie zur verantwortungsbewussten Annahme eines neuen Lebens lähmt, was ihr Recht, die erste Verantwortliche für die Erziehung der Kinder zu sein, hintertreibt, stellt ein objektives Hindernis auf dem Weg des Friedens dar. Die Familie braucht ein Heim, sie braucht die Arbeit bzw. die gerechte Anerkennung der häuslichen Tätigkeit der Eltern, eine Schule für die Kinder und eine medizinische Grundversorgung für alle. Wenn Gesellschaft und Politik sich nicht dafür einsetzen, der Familie auf diesen Gebieten zu helfen, bringen sie sich um eine wesentliche Quelle im Dienst des Friedens. Besonders die Massenmedien haben wegen der erzieherischen Möglichkeiten, über die sie verfügen, eine spezielle Verantwortung, die Achtung der Familie zu fördern, ihre Erwartungen und Rechte darzulegen und ihre Schönheit herauszustellen.

#### Die Menschheit ist eine große Familie

**6.** Auch die soziale Gemeinschaft muss sich, um im Frieden zu leben, an den Werten orientieren, auf die sich die familiäre Gemeinschaft stützt. Das gilt für die örtlichen wie für die nationalen Gemeinschaften; es gilt sogar für die Völkergemeinschaft, für die Menschheitsfamilie, die *in jenem gemeinsamen Haus wohnt, das die Erde ist*. Unter diesem Gesichtspunkt darf man jedoch nicht vergessen, dass die Familie aus dem verantwortungsvollen und definitiven Ja eines Mannes und einer Frau hervorgeht und von dem bewussten Ja der Kinder lebt, die nach und nach dazukommen. Um zu gedeihen, braucht die familiäre Gemeinschaft das großherzige Einvernehmen aller ihrer Glieder. Es ist nötig, dass dieses Bewusstsein auch zur gemeinsamen Überzeugung aller wird, die berufen sind, die *allgemei-*

*ne Menschheitsfamilie* zu bilden. Man muss fähig sein, persönlich Ja zu dieser Berufung zu sagen, die Gott eigens in unsere Natur eingeschrieben hat. Wir leben nicht zufällig nebeneinander; *als Menschen* sind wir alle *auf demselben Weg und darum gehen wir ihn als Brüder und Schwestern*. Deshalb ist es wesentlich, dass jeder sich bemüht, sein Leben in einer Haltung der Verantwortlichkeit vor Gott zu leben, indem er in Ihm den Urquell der eigenen Existenz wie auch jener der anderen erkennt. In der Rückbesinnung auf diesen höchsten Ursprung können der unbedingte Wert eines jeden Menschen wahrgenommen und so die Voraussetzungen für den Aufbau



einer versöhnten Menschheit geschaffen werden. Ohne dieses transzendente Fundament ist die Gesellschaft nur eine Ansammlung von Nachbarn, nicht eine Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern, die berufen sind, eine große Familie zu bilden.

#### Familie, menschliche Gemeinschaft und Umwelt

**7.** Die Familie braucht ein Heim, eine ihr angemessene Umgebung, in der sie ihre Beziehungen knüpfen kann. *Für die Menschheitsfamilie ist dieses Heim die Erde*, die Umwelt, die Gott, der Schöpfer, uns gegeben hat, damit wir sie mit Kreativität und Verantwortung bewohnen. Wir müssen für die Umwelt Sorge tragen: Sie ist dem Menschen anvertraut, damit er sie in verantwortlicher Freiheit bewahrt und kultiviert, wobei sein Orientierungsmaßstab immer das Wohl aller sein muss. Natürlich besitzt der Mensch einen Wertvorrang gegenüber der gesamten Schöpfung. Die Umwelt zu schonen heißt nicht, die Natur oder die Tierwelt wichtiger einzustufen als den Menschen. Es bedeutet vielmehr, sie nicht in egoistischer Weise als völlig verfügbar

für die eigenen Interessen anzusehen, denn auch die kommenden Generationen haben das Recht, aus der Schöpfung Nutzen zu ziehen, indem sie ihr gegenüber dieselbe verantwortliche Freiheit zum Ausdruck bringen, die wir für uns beanspruchen. Ebenso dürfen die Armen nicht vergessen werden, die in vielen Fällen von der allgemeinen Bestimmung der Güter der Schöpfung ausgeschlossen sind. Heute bangt die Menschheit um das künftige ökologische Gleichgewicht. Es ist gut, diesbezügliche Einschätzungen mit Bedachtsamkeit, im Dialog zwischen Experten und Gelehrten, ohne ideologische Beschleunigungen auf übereilte Schlussfolgerungen hin vorzunehmen; vor allem sollte dabei ein annehmbares Entwicklungsmodell gemeinsam vereinbart werden, das unter Beachtung des ökologischen Gleichgewichts das Wohlergehen aller gewährleistet. Wenn der Umweltschutz mit Kosten verbunden ist, müssen diese gerecht verteilt werden, indem man die Unterschiede in der Entwicklung der verschiedenen Länder und die Solidarität mit den kommenden Generationen berücksichtigt. Bedachtsamkeit bedeutet nicht, keine eigene Verantwortung zu übernehmen und Entscheidungen aufzuschieben; es bedeutet vielmehr, es sich zur Pflicht zu machen, nach verantwortungsbewusster Abwägung gemeinsam zu entscheiden, welcher Weg einzuschlagen ist, mit dem Ziel, jenen Bund zwischen Mensch und Umwelt zu stärken, der ein Spiegel der Schöpferliebe Gottes sein soll – des Gottes, in dem wir unseren Ursprung haben und zu dem wir unterwegs sind.

**8.** Grundlegend ist in diesem Zusammenhang, die Erde als „*unser gemeinsames Haus*“ zu „*empfinden*“ und für ihre Nutzung im Dienste aller eher den Weg des Dialogs zu wählen als den der einseitigen Entscheidungen. Falls nötig, können die institutionellen Stellen auf internationaler Ebene vermehrt werden, um gemeinsam die Leitung dieses unseres „*Hauses*“ in Angriff zu nehmen; noch mehr kommt es jedoch darauf an, im allgemeinen Bewusstsein die Überzeugung reifen zu lassen, dass eine verantwortliche Zusammenarbeit notwendig ist. Die Probleme, die sich am



Horizont abzeichnen, sind komplex, und die Zeit drängt. Um der Situation wirksam entgegenzutreten, bedarf es der Übereinstimmung im Handeln. Ein Bereich, in dem es besonders notwendig wäre, den Dialog zwischen den Nationen zu intensivieren, ist jener der *Verwaltung der Energiequellen des Planeten*. Eine zweifache Dringlichkeit stellt sich diesbezüglich den technisch fortgeschrittenen Ländern: Einerseits müssen die durch das aktuelle Entwicklungsmodell bedingten hohen Konsum-Standards überdacht werden, und andererseits ist für geeignete Investitionen zur Differenzierung der Energiequellen und für die Verbesserung der Energienutzung zu sorgen. Die Schwellenländer haben Energiebedarf, doch manchmal wird dieser Bedarf zum Schaden der armen Länder gedeckt, die wegen ihrer auch technisch ungenügenden Infrastrukturen gezwungen sind, die in ihrem Besitz befindlichen Energie-Ressourcen unter Preis zu verschleudern. Manchmal wird sogar ihre politische Freiheit in Frage gestellt durch Formen von Protektorat oder zumindest von Abhängigkeiten, die sich eindeutig als demütigend erweisen.

#### Familie, menschliche Gemeinschaft und Wirtschaft

**9.** Eine wesentliche Voraussetzung für den Frieden in den einzelnen Familien ist, dass sie sich auf ein solides Fundament gemeinsam anerkannter geistiger und ethischer Werte stützen. Dazu ist aber ergänzend zu bemerken, dass die Familie eine echte Erfahrung von Frieden macht, wenn keinem das Nötige fehlt und das familiäre Vermögen — die Frucht der Arbeit einiger, des Sparens anderer und der aktiven Zusammenarbeit aller — gut verwaltet wird in Solidarität, ohne Unmäßigkeiten und ohne Verschwendungen. Für den familiären Frieden ist also einerseits die *Öffnung auf ein transzendentes Erbe an Werten* notwendig, andererseits aber ist es zugleich nicht bedeutungslos, sowohl die materiellen Güter klug zu verwalten als auch die zwischenmenschlichen Beziehungen mit Umsicht zu pflegen. Eine Vernachlässigung dieses Aspektes hat zur Folge, dass aufgrund der unsicheren Aussichten, welche die Zukunft der Familie bedrohen,

das gegenseitige Vertrauen Schaden nimmt.

**10.** Ähnliches ist über jene andere große Familie zu sagen, welche die Menschheit im Ganzen ist. Auch die Menschheitsfamilie, die heute durch das Phänomen der Globalisierung noch enger vereint ist, braucht außer einem Fundament an gemeinsam anerkannten Werten eine Wirtschaft, die wirklich den Erfordernissen eines Allgemeinwohls in weltweiten Dimensionen gerecht wird. Die Bezugnahme auf die natürliche Familie erweist sich auch unter diesem Gesichtspunkt als besonders aufschlussreich. Zwischen den einzelnen Menschen und unter den Völkern müssen korrekte und ehrliche Beziehungen gefördert werden, die allen die Möglichkeit geben, auf einer Basis der Parität und der Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten. Zugleich muss man sich um eine *kluge Nutzung der Ressourcen* und um eine *gerechte Verteilung der Güter* bemühen. Im Besonderen müssen die den armen Ländern gewährten Hilfen den Kriterien einer gesunden wirtschaftlichen Logik entsprechen, indem Verschwendungen vermieden werden, die letztlich vor allem der Erhaltung kostspieliger bürokratischer Apparate dienen. Ebenfalls gebührend zu berücksichtigen ist der moralische Anspruch, dafür zu sorgen, dass die wirtschaftliche Organisation nicht nur den strengen Gesetzen des schnellen Profits entspricht, die sich als unmenschlich erweisen können.

#### Familie, menschliche Gemeinschaft und Sittengesetz

**11.** Eine Familie lebt im Frieden, wenn alle ihre Glieder sich einer gemeinsamen Richtlinie unterwerfen: Diese muss dem egoistischen Individualismus wehren und die einzelnen zusammenhalten, indem sie ihre harmonische Koexistenz und ihren zielgerichteten Fleiß fördert. Das in sich schlüssige Prinzip gilt auch für die größeren Gemeinschaften, von den lokalen über die nationalen bis hin zur internationalen Gemeinschaft. Um Frieden zu haben, bedarf es eines gemeinsamen Gesetzes, das der Freiheit hilft, wirklich sie selbst zu sein und nicht blinde Willkür, und das den Schwachen vor Übergriffen

des Stärkeren schützt. In der Völkerfamilie ist viel willkürliches Verhalten zu verzeichnen, sowohl innerhalb der einzelnen Staaten als auch in den Beziehungen der Staaten untereinander. Dazu gibt es zahlreiche Situationen, in denen der Schwache sich nicht etwa den Erfordernissen der Gerechtigkeit beugen muss, sondern der unverhohlenen Kraft dessen, der über mehr Mittel verfügt als er. Es ist nötig, dies noch einmal zu bekräftigen: Die Macht muss immer durch das Gesetz gezügelt werden, und das hat auch in den Beziehungen zwischen souveränen Staaten zu geschehen.

**12.** Über die Natur und die Funktion des Gesetzes hat die Kirche sich viele Male geäußert: Die *Rechtsnorm*, welche die Beziehungen der Menschen untereinander regelt, indem sie das äußere Verhalten diszipliniert und auch Strafen für die Übertreter vorsieht, hat als Kriterium das auf der Natur der Dinge beruhende *Sittengesetz*. Dieses kann im Übrigen — zumindest in seinen Grundforderungen — von der menschlichen Vernunft eingesehen werden, die so auf die schöpferische Vernunft Gottes zurückgeht, die am Anfang aller Dinge steht. Dieses Sittengesetz muss die Gewissensentscheidungen regeln und das gesamte Verhalten der Menschen leiten. Gibt es Rechtsnormen für die Beziehungen zwischen den Nationen, welche die Menschheitsfamilie bilden? Und wenn es sie gibt, sind sie wirksam? Die Antwort lautet: Ja, die Gesetze existieren, doch um zu erreichen, dass sie tatsächlich wirksam werden, *muss man auf das natürliche Sittengesetz als Basis der Rechtsnorm zurückgehen*, andernfalls ist diese anfälligen und provisorischen Übereinkommen überlassen.

**13.** Die Erkenntnis des natürlichen Sittengesetzes ist dem Menschen nicht verwehrt, wenn er in sich geht und angesichts seiner Bestimmung sich nach der inneren Logik der tiefsten in seinem Wesen vorhandenen Neigungen fragt. Er kann, wenn auch unter Unschlüssigkeiten und Unsicherheiten, dahin gelangen, *dieses allgemeine Sittengesetz* zumindest in seinen wesentlichen Zügen zu entdecken — ein Gesetz, das jen-



seits der kulturellen Unterschiede den Menschen ermöglicht, sich untereinander über die wichtigsten Aspekte von gut und böse, von gerecht und ungerecht zu verständigen. Es ist unverzichtbar, auf dieses fundamentale Gesetz zurückzugehen und für diese Suche unsere besten intellektuellen Energien einzusetzen, ohne uns durch mangelnde Eindeutigkeit und Missverständnisse entmutigen zu lassen. Tatsächlich finden sich, wenn auch bruchstückhaft und nicht immer kohärent, im Naturgesetz verwurzelte Werte in den internationalen Abkommen, in den weltweit anerkannten Formen von Autorität und in den Grundsätzen des humanitären Rechts, das in die Gesetzgebungen der einzelnen Staaten oder in die Statuten der internationalen Organismen aufgenommen ist. *Die Menschheit ist nicht „gesetzlos“*. Trotzdem ist es dringlich, den Dialog über diese Themen fortzusetzen und dabei Bestrebungen zu unterstützen, auch die Gesetzgebungen der einzelnen Staaten für eine Anerkennung der fundamentalen Menschenrechte zu öffnen. Die Entwicklung der Rechtskultur in der Welt hängt unter anderem von dem Einsatz ab, die internationalen Normen immer mit einem zutiefst menschlichen Gehalt zu erfüllen, um so zu vermeiden, dass sie sich auf Prozeduren beschränken, die egoistischen oder ideologischen Motiven zuliebe leicht zu umgehen sind.

#### Überwindung der Konflikte und Abrüstung

**14.** Die Menschheit erlebt heute leider tiefe Spaltungen und starke Konflikte, die *düstere Schatten auf ihre Zukunft werfen*. Weite Zonen des Planeten sind in wachsende Spannungen verwickelt, während die Gefahr, dass immer mehr Länder in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen, in jedem verantwortungsbewussten Menschen begründete Besorgnis aufkommen lässt. Auf dem afrikanischen Kontinent toben noch viele Bürgerkriege, obwohl dort nicht wenige Länder in der Freiheit und in der Demokratie Fortschritte gemacht haben. Der Mittlere Osten ist nach wie vor Schauplatz von Konflikten und Attentaten, die auch angrenzende Nationen und Regionen beeinflussen und Gefahr laufen, sie in die Spirale

der Gewalt hineinzuziehen. Auf einer allgemeineren Ebene ist mit Betrübnis festzustellen, dass die Anzahl der *in den Rüstungswettlauf verwickelten Länder* zunimmt: Sogar Entwicklungsländer widmen einen bedeutenden Teil ihres mageren Bruttoinlandsprodukts dem Kauf von Waffen. Die Verantwortlichkeiten für diesen verhängnisvollen Handel sind vielfältig: Da sind die Länder der industrialisierten Welt, die aus dem Waffenverkauf reichen Gewinn ziehen, und da sind die herrschenden Oligarchien in vielen armen Ländern, die durch den Kauf immer höher entwickelter Waffen ihre Situation stärken wollen. In solch schwierigen Zeiten ist wirklich die Mobilisierung aller Menschen guten Willens notwendig, um zu konkreten Vereinbarungen im Hinblick auf eine *wirkungsvolle Entmilitarisierung* vor

### Sittengesetz

Norm zur Begründung u. Beurteilung menschl. Handelns. Nach I. Kant findet das S. seinen Ausdruck in der Formel des kategorischen Imperativs. Das GG der Bundesrep. Dtl. erklärt das S. in Art. 2 Abs. 1 zu einer wesentlichen Grenze der jedem in der Entfaltung seiner Persönlichkeit zugesicherten Freiheit; entscheidend sind die Wertvorstellungen, die nach allg. sittl. Urteil für die Rechtsgemeinschaft bestimmend sind.

(Brockhaus 2001)

allem im Bereich der Nuklearwaffen zu kommen. In dieser Phase, da der Prozess der nuklearen Nonproliferation nicht von der Stelle kommt, fühle ich mich verpflichtet, die Autoritäten dazu aufzurufen, die Verhandlungen für eine *fortschreitende und vereinbarte Abrüstung der vorhandenen Nuklearwaffen* mit festerer Entschlossenheit wieder aufzunehmen. Indem ich diesen Appell erneuere, weiß ich, dass ich damit den gemeinsamen Wunsch all derer zum Ausdruck bringe, denen die Zukunft der Menschheit am Herzen liegt.

**15.** Sechzig Jahre sind vergangen, seit die Organisation der Vereinten Nationen feierlich die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* veröffentlichte (1948-2008). Mit diesem Dokument reagierte die Menschheitsfamilie auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, indem sie ihre auf der gleichen Würde aller Menschen beruhende Einheit anerkannte und ins Zentrum des menschlichen Zusammenlebens die Achtung der Grundrechte der Einzelnen und der Völker stellte: Das war ein entscheidender Schritt auf dem schwierigen und anspruchsvollen Weg zu Eintracht und Frieden. Eine besondere Erwähnung verdient auch der 25. Jahrestag der Annahme der *Charta der Familienrechte* durch den Heiligen Stuhl (1983-2008) sowie das *40jährige Jubiläum* der Feier des ersten *Weltfriedenstag*s (1968-2008). Diesen Tag zu begehen, war die Frucht einer glücklichen Intuition Papst Pauls VI., die mein lieber, verehrter Vorgänger Papst Johannes Paul II. mit großer Überzeugung aufgegriffen hat. Die Feier bot im Laufe der Jahre die Möglichkeit, durch die für den Anlass veröffentlichten Botschaften eine erhellende Lehre der Kirche zugunsten dieses grundlegenden menschlichen Gutes zu entwickeln. Gerade im Licht dieser bedeutenden Jahrestage lade ich jeden einzelnen Menschen ein, sich der gemeinsamen Zugehörigkeit zu der einen Menschheitsfamilie noch klarer bewusst zu werden und sich dafür einzusetzen, dass das Zusammenleben auf der Erde immer mehr diese Überzeugung widerspiegelt, von der die Errichtung eines wahren und dauerhaften Friedens abhängt. Zudem lade ich die Gläubigen ein, unermüdlich von Gott das große Geschenk des Friedens zu erleben. Die Christen ihrerseits wissen, dass sie sich der Fürsprache Marias anvertrauen können. Sie, die Mutter des Sohnes Gottes, der für das Heil der gesamten Menschheit Fleisch angenommen hat, ist Mutter aller.

Allen wünsche ich ein frohes  
Neues Jahr!

Aus dem Vatikan, am 08.12.2007  
BENEDICTUS PP. XVI

# Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln

VON BERTRAM BASTIAN

**A**m 10. Januar 2008 hatten der Katholische Leitende Militärdekan Köln-Wahn und Mainz, Monsignore Rainer Schnettker, und der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, zum traditionellen internationalen Soldatengottesdienst anlässlich des Weltfriedenstages in den Hohen Dom zu Köln eingeladen. Unter den mehr als 1.500 Gästen waren der Bundesminister der Verteidigung, Franz Josef Jung mit dem neuen Staatssekretär Rüdiger Wolf, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Reinhold Robbe, der Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma, Soldaten aus mehreren Nationen und Beamte der Bundespolizei. Aus Brunssum war der

Kommandeur des Allied Joint Force Command, General Egon Ramms, mit einer Delegation angereist, um an dem Gottesdienst teilzunehmen.

Nachdem das Evangelium zuerst in Deutsch, danach in Englisch verkündet wurde predigte Kardinal Meisner. Er erinnerte daran, dass der Gedanke der Menschheitsfamilie als Gemeinschaft des Friedens seit dem II. Vatikanischen Konzil verstärkt von der Kirche aufgegriffen wurde. Schon Johannes XXIII. hatte in seiner Enzyklika „*Pacem in Terris*“ davon gespro-

chen, dass jeder Mensch, wo er auch immer wohne, Mitglied der Menschheitsfamilie sei. Kardinal Meisner führte an, die Menschheitsfamilie sei nach christlicher Überzeugung nicht Produkt und Ziel unseres Tuns und Planens, sondern vielmehr dessen Ausgangspunkt und Voraussetzung. Das Wissen, wir sind alle Brüder und Schwestern eines Vaters, stärke unser Verantwortungsbewusstsein und bewahre uns vor einem leichtfertigen Umgang mit dem menschlichen Leben. Er beendete seine Predigt mit



*Liturgischer Gottesdienst in Uniform im Kölner Dom.  
(Quelle: Luftwaffe/Ingo Bicker)*



*Empfang im Maternushaus;  
Joachim Kardinal Meisner und  
Bundesminister Franz Josef Jung  
(Mitte) mit Soldaten.  
(Quelle: KMBA/Marlene Beyel)*



## Friedensgottesdienste und Internationale Soldatengottesdienste 2008

Stand: 12/2007, Änderungen vorbehalten

Datum	Gottesdienste
10.01.2008	Internationaler Soldatengottesdienst im <b>Kölner Dom</b> mit Joachim Kardinal Meisner
24.01.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Würzburg</b> mit Weihbischof Helmut Bauer
07.02.2008	24. Friedensgottesdienst anlässlich des Weltfriedenstages mit Bischof Norbert Trelle um 9.30 Uhr im Dom zu <b>Hildesheim</b>
07.02.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Schwerin</b> mit Weihbischof Norbert Werbs
18.02.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Wilhelmshaven</b> mit Weihbischof Heinrich Timmerevers
18.02.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Dresden</b> mit Bischof Joachim Reinelt
28.02.2008	Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu <b>Münster</b> mit Bischof Dr. Reinhard Lettmann
28.02.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in St. Heinrich, <b>Kiel</b> mit Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke
10.04.2008	Internationaler Soldatentag mit Festgottesdienst im Hohen Dom zu <b>Trier</b> anlässlich des Weltfriedenstages, traditionsgemäß während der Heilig-Rock-Tage in Trier
08.05.2008	Friedensgottesdienst mit Bischof Dr. Joachim Wanke in <b>Hülpstedt</b> für Mühlhausen, Bad Frankenhausen und Sondershausen (Bereich Erfurt)
08.05.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag mit dem Erzbischof von Berlin Georg Kardinal Sterzinsky in der <b>Berliner Hedwigskathedrale</b>
08.05.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Aachen</b>
22.06.2008	ZDF Live – Von einer Fregatte der Deutschen Marine aus wird der Gottesdienst zur <b>Kieler Woche</b> mit Militärbischof Dr. Walter Mixa und Militärdekan Monsignore Rainer Schadt um 09.00 Uhr ausgestrahlt.
08.07.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Augsburg</b> mit Bischof von Augsburg Militärbischof Dr. Walter Mixa
09.10.2008	Pontifikalamt zum Weltfriedenstag in <b>Horb – Baden Württemberg</b>



den Worten: „*der militärische Einsatz hat nur da seine Berechtigung, wo Soldaten sich mit ihrem Wissen und ihrer Kraft in den Dienst der einen, weltumspannenden Menschheitsfamilie stellen, um Unheil und Unrecht von ihr fernzuhalten. Möge Gott Sie darin bestärken und mit seinem Segen begleiten.*“

Bei den Fürbitten wurden diese zuerst in Deutsch vorgetragen und danach abwechselnd von Vertretern einer teilnehmenden Nation in deren Landessprache. In seinen Schlusssegen schloss Kardinal Meisner ausdrücklich die nicht anwesenden Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten mit ein, die sich zurzeit im Einsatz befänden.

Beim anschließenden Empfang im Maternushaus dankte BM Jung dem Kardinal ausdrücklich für diese „Mitnahme“ im Segen. Die internationale Präsenz der deutschen Kräfte helfe der Menschheitsfamilie, griff der Minister den Gedanken der Predigt auf. Die Soldatinnen und Soldaten für ihre schwierige Aufgabe vorzubereiten, dazu helfe die Innere Führung und die Lebenskundliche Unterweisung, die beide wertorientiert dem einzelnen Menschen Stütze seien.

Die Grüße des Militärbischofs und des Militärgeneralvikars überbrachte der stellvertretende MGv, Militärdekan Msgr. Carl Ursprung vom Katholischen Militärbischofsamt in Berlin. Er verwies in seinem Grußwort auf die Stelle im Weihnachtsevangeliem „*Ehre sei Gott in der Höhe*“ und dann erst „*Friede auf Erden den Menschen seiner Gnade*“. Nur wer sich selbst zurücknehme, Gott die Ehre erweise, der schaffe Voraussetzungen für den Frieden auf Erden.

Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, dankte dem Kardinal, stellvertretend für die katholischen deutschen Bischöfe für die ideelle Unterstützung durch das Bischofswort „*Diener des Friedens*“. Er bat die Gemeinschaft der Bischöfe trotz der personellen Nöte in den Diözesen, Seelsorger in die Militärseelsorge zu entsenden. Die GKS wolle das Ihre dazu beitragen, um den Kameradinnen und Kameraden und ihren Familien „*sittlich-religiöse Orientierung und eine geistige Heimat zu bieten.*“ □

## „Niemals mehr Krieg in Gottes Namen“

Weihbischof Helmut Bauer feiert am 24. Januar im Würzburger Kiliansdom einen Gottesdienst mit rund 650 Soldaten und Zivilbeschäftigten anlässlich des Weltfriedenstages. – Die Soldaten der Region freuen sich über diese Unterstützung der Kirche.

Anlässlich des Weltfriedenstages hat Weihbischof Helmut Bauer mit rund 650 Soldaten und Zivilbeschäftigten aus zehn Bundeswehr-Standorten in Franken und der Oberpfalz am Donnerstag, 24. Januar, einen Gottesdienst im Würzburger Kiliansdom gefeiert.

Die Aufgabe der deutschen Soldaten sei die Friedenssicherung, und sie sollten sich immer wieder darauf besinnen können, betonte der Weihbischof zu Beginn der Eucharistiefeier. Generalmajor Carl-Hubertus von Butler, Divisionskommandeur in Veitshöchheim, sagte, die Soldaten seien der Einladung mit Freude gefolgt, der jährliche Friedensgottesdienst gebe ihnen Halt, Kraft und Zuversicht.

Weihbischof Bauer verwies in seiner Predigt auf die vergangenen Kriege und machte darauf aufmerksam, mit welchem Vernichtungspotenzial ein heutiger Weltkrieg geführt werden könne. „*Ein Krieg der Zukunft ist nicht mehr das letzte Kapitel der Diplomatie, sondern der letzte und barbarische Akt der Menschheit vor ihrer Selbstvernichtung.*“ Die Menschheit müsse wieder zu der Erkenntnis kommen, dass sie eine Familie sei. Diese Gesinnung könne nur auf friedlichem Weg erlangt werden, in Rückbesinnung auf Gott. „*Gott ist die Garantie für die Zukunft der Menschheit. Darum ist es ekelhaft, wenn im Namen Gottes brutale Terrorakte durchgeführt werden*“, betonte Bauer. Niemals mehr dürfe im Namen Gottes Krieg geführt werden, vielmehr müsse der Name „Gott“ für alle Zeiten eine bleibende Warnung gegen den Krieg sein.

Die Soldaten und Zivilbeschäftigten aus den Bundeswehr-Standorten Amberg, Hammelburg, Hardheim, Külsheim, Roth, Tauberbischofsheim, Veitshöchheim, Volkach, Walldürn und Wildflecken fanden sich im Anschluss an den Gottesdienst mit Gästen zum Austausch im Sankt Burkhardushaus zusammen.



Weihbischof Helmut Bauer zieht begleitet von Soldaten in den Kiliansdom ein.  
(Quelle: POW/Dominic Winkel)

„Dieser Gottesdienst ist immer wieder begeisternd und auch gut, um sich zu besinnen. Man braucht den Halt, in dem Fall die Kirche“, sagte Johannes Dömling, Hauptfeldwebel in Volkach. Dies bestätigte auch Hauptfeldwebel Alexander Wolfram vom selben Standort aus dem Instandsetzungsbataillon. Er hat fünf Auslandseinsätze in Afghanistan und im Kosovo hinter sich. „Dass uns der Weihbischof so in der Öffentlichkeit unterstützt, tut einfach gut“, findet er. Der Aufbau in den Krisenregionen ginge sichtbar voran, so zum Beispiel im Brücken-, Straßen- und Häuserbau, doch immer noch müssten die Soldaten in ständiger Gefahr leben.

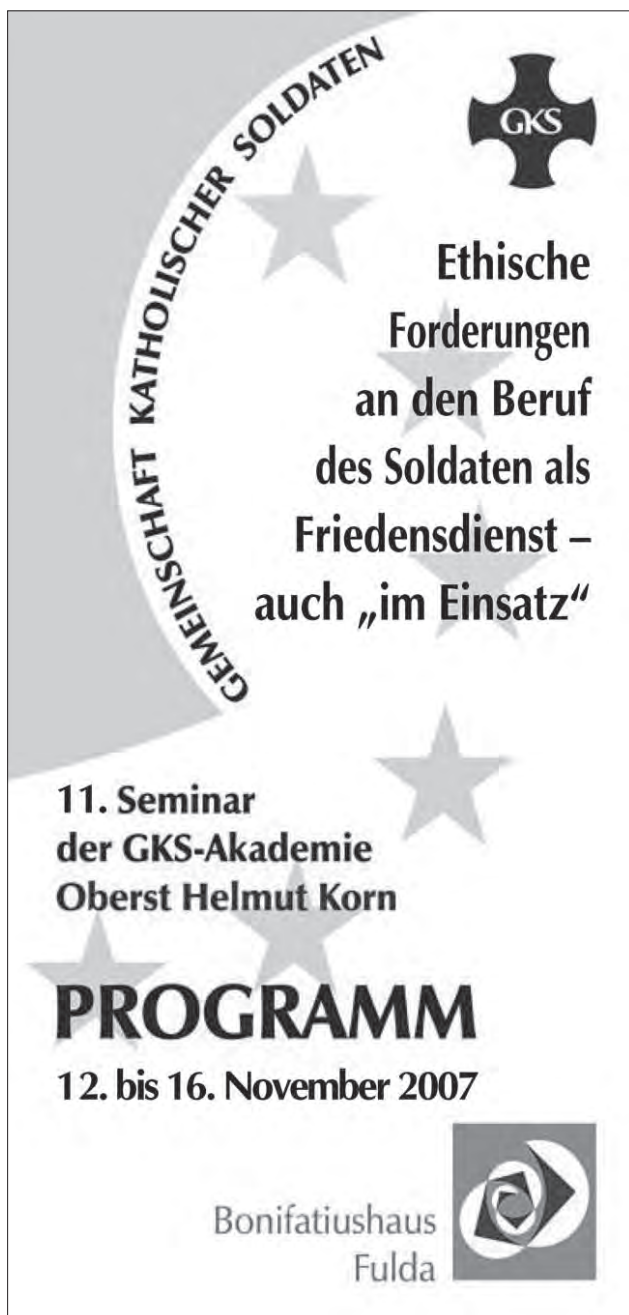
Für Major Volker Harzer aus dem Fernmeldebataillon in Veitshöchheim ist die Kirche im Friedensdienst eng mit den Soldaten verbunden. Der jährliche Gottesdienst zum Weltfriedenstag sei ein äußeres Zeichen für die Zusammenarbeit. „Das Weihnachtsfest im Jahr 2005 habe ich im Kosovo verbringen müssen, getrennt von meiner Frau und meinen zwei Kindern. Besonders in der Trennungssituation ist es unheimlich wichtig, einen Seelsorger zu haben, mit dem man immer reden kann“, erzählte Harzer. Er habe Soldaten gesehen, die sich im Auslandseinsatz taufen ließen. „Die haben gemerkt, dass ihnen etwas fehlt.“

Würzburg, 24.01.2008, Pressestelle des Ordinariates Würzburg.



# Ethische Forderungen an den Beruf des Soldaten als Friedensdienst – auch „im Einsatz“

## Zielsetzung und Programm des Seminars



Ist der ethisch gebildete Soldat, der seine Entscheidungen basierend auf dem christlich-abendländischen Welt- und Menschenbild aus Gewissensgründen trifft, im Einsatz der leistungsfähigere und in Grenzerfahrungen der durchhaltefähigere oder ist er stattdessen der (militärisch) schwächere Soldat?

Dieser grundsätzlichen Frage stellte sich das 11. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn, das in der Woche vom 12. bis 16. November 2007 in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus in Fulda durchgeführt wurde. Unter dem Seminarthema

ETHISCHE FORDERUNGEN AN DEN BERUF DES SOLDATEN  
ALS FRIEDENSDIENST – AUCH „IM EINSATZ“

befassten sich die Teilnehmer mit Fragen der Ethik aus theologisch-philosophischer Sicht im Hinblick auf den Beruf des Soldaten. Gesichtspunkte der Friedensethik und deren praktische Umsetzung wurden besonders behandelt und diskutiert. Im Vordergrund stand die grundsätzliche Fragestellung: „GIBT ES EINE SPEZIELLE ETHIK FÜR DEN EINZELNEN SOLDATEN IM EINSATZ?“

Dabei war zu prüfen:

- ob die Anwendung und Befolgung einer solchen „EINSATZ-ETHIK“ auf der Grundlage der in der Bundeswehr bewährten Führungslehre der INNEREN FÜHRUNG bei internationaler militärischer Zusammenarbeit Anwendung finden kann;
- inwieweit eine Umsetzung der Befehlsgebung und Auftragstaktik im unmittelbaren Verbund mit den Soldaten aus anderen Nationen praktisch und rechtlich möglich ist.

Grundlage für diese Überlegungen war die in der Bundeswehr übliche Vorbereitung aller Führer und Soldaten für den Einsatz. Deren praktische Ausbildung ist inzwischen perfektioniert und orientiert sich an den aktuellen Gegebenheiten im Einsatzland. Aber genügt auch die mentale Vorbereitung der Soldaten den unausweichlichen Auseinandersetzungen mit politischen, ethischen, ethnischen und rechtlichen Bedingungen?

## Ablauf des Seminars

### Montag, 12. November

- bis 14:00 h Anreise  
 15:00 h Begrüßung und Einführung ins Seminar, Vorstellung des Hauses und Organisation  
 15:30 h „*Ethische und professionelle Motive im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime – ein praktisches Beispiel*“, Referent: Oberst Dr. Winfried Heinemann, Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA), Potsdam (Dokumentation S. 14-19)  
 19:00 h „*Diener nationaler Interessen oder der Sicherheit und Freiheit der Völker?*“ offener Akademieabend des Bonifatiushauses, Referent: Privatdozent Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Direktor des Institutes für Theologie und Frieden (IThF), Hamburg (Dokumentation S. 20-26)  
 anschl. gesellige Runde zum Kennenlernen und Gedankenaustausch

### Dienstag, 13. November

- 08:30 h Eucharistiefeier  
 09:30 h „*Gibt es aus theologisch/philosophischer Sicht eine SPEZIELLE ETHIK des Soldatenberufes?*“ Referent: Msgr Prof. Dr. theol. Peter Schallenberg, Theologische Fakultät, Fulda (Dokumentation S. 27-28)  
 11:15 h „*Die Gemeinschaft katholischer Soldaten (GKS), ein katholischer Verband in der Bundeswehr – Das Grundsatzprogramm GEMEINSAM IN DIE ZUKUNFT – ZIELE UND WEGE DER GKS 2007*“, Referent: Oberstlt Paul Brochhagen, Bundesvorsitzender GKS  
 ab 15:00 h Führung durch den Dom (Bonifatiusgrab, Grab des ehemaligen Militärbischofs Dr. Johannes Dyba) und Michaelskirche  
 17:00 h Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Fulda Gerhard Möller im Stadtschloss, anschließend Schlossführung

### Mittwoch, 14. November

- 07:30 h Eucharistiefeier  
 09:00 h „*Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit, Geschlechterkulturen benachteiligungsfrei gestalten – eine ethische Dimension zwischen Mann und Frau?*“ Referent: Dr. Peter Döge, Institut für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung, Berlin (Dokumentation S. 29)  
 11:00 h „*Ethische Dimension und Militärische Führung im internationalen Kontext – persönliche Erfahrungen in nationalen und internationalen Verwendungen*“, Referent: General Karl Heinz Lather, Chef des Stabes Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE), Mons/Belgien (Dokumentation S. 30-31)  
 15:00 h „*Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?*“, Referent: BrigGen Karl H. Schreiner, Direktor Lehre an der Führungsakademie, Hamburg (Dokumentation S. 32-33)  
 17:00 h „*Die Kardinaltugenden und die Einsatzbereitschaft des Soldaten*“ – eine kritische ethische Reflexion aus der Sicht des Militärbischofs“, Bischof Dr. Walter Mixa, Diözesanbischof von Augsburg und Militärbischof für die Bundeswehr (Dokumentation S. 33-34)  
 19:30 h Empfang des Katholischen Militärbischofs, Bischof Dr. Mixa, anlässlich des 11. Seminars der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn für Gäste und Teilnehmer der Akademie

### Donnerstag, 15. November

- 07:30 h Eucharistiefeier  
 10:00 h Ganztägige Exkursion auf den Spuren der hl. Elisabeth von Thüringen zur Wartburg in Eisenach, Besuch Ausstellung in der Wartburg und in der Predigerkirche  
 19:30 h „*Die Bedeutung ethischer Leitlinien auf der Basis christlicher Werte, aufgezeigt anhand von Grenz- und Konfliktsituationen*“, Referent: Oberst i.G. Reinhard Kloss, Referatsleiter PSZ/Bonn und Präsident Apostolat Militaire International (AMI) (Dokumentation S. 34-37)

### Freitag, 16. November

- 09:00 h Eucharistiefeier  
 Schlusswort und Verabschiedung



### Der Namensgeber der GKS-Akademie

- Oberst Dr. Helmut Korn
- \* 4. Nov. 1924 in Flörsheim/Main – † 12. Juni 1983 in Ulm
- erster Bundessprecher/ Bundesvorsitzender der GKS
- Vorsitzender der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten
- Mentor des Laienapostolats Soldaten in der katholischen Militärseelsorge
- Ritter des Ordens vom Hl. Papst Silvester

# Ethische und professionelle Motive im militärischen Widerstand gegen das NS-Regime – ein praktisches Beispiel

von Oberst Dr. Winfried Heinemann

**A**m Beispiel des 20. Juli 1944 untersucht Oberst Dr. Heinemann (Fachbereichsleiter IV im Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Potsdam, Pressesprecher der GKS) die Motive des Generalstabsoffiziers Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg auf seine ethische aber auch professionelle Begründung zu dem Attentat und bringt sie in Beziehung zu den anderen zivilen und militärischen Mitverschwörern. Seine Ausführungen begann Dr. Heinemann mit dem Befehl zur Operation „Walküre“<sup>1</sup> (s. Kasten) der Verschwörer, der den Staatsstreich zwar verspätet, aber eingeleitet hat.

## Befehl zum Auslösen der Operation „Walküre“

### **Lage:**

I. Der Führer Adolf Hitler ist tot!

### **Feindlage:**

Eine gewissenlose Clique frontfremder Parteiführer hat es unter Ausnutzung dieser Lage versucht, der schwerringenden Front in den Rücken zu fallen und die Macht zu eigennützigen Zwecken an sich zu reißen.

### **Auftrag:**

II. In dieser Stunde höchster Gefahr hat die Reichsregierung zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung den militärischen Ausnahmezustand verhängt und mir zugleich mit dem Oberbefehl über die Wehrmacht die vollziehende Gewalt übertragen.

### **Durchführung:**

III. Hierzu befiehlt: Ich übertrage die vollziehende Gewalt [...] auf den Befehlshaber des Ersatzheeres unter gleichzeitiger Ernennung zum Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet [...] Die gesamte Waffen-SS ist mit sofortiger Wirkung in das Heer eingegliedert. [...]

Der Oberbefehlshaber der Wehrmacht

gez. v. Witzleben - Generalfeldmarschall

### **Im Einzelnen:**

Es kommt darauf an, die Schaltstellen der Macht, vorrangig den Hauptgefechtsstand des Umsturzes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, sodann die Ministerien des Großdeutschen Reiches gegen Angriffe feindlicher, also systemtreuer Kräfte zu sichern.

### **Feind:**

Bodentruppen der Luftwaffe in unbekannter Stärke und Kampfkraft in der General-Göring-Kaserne am Feldflugplatz Tegel.

Ersatztruppenteile der Leibstandarte SS „Adolf Hitler“ in vermutlich größerer Stärke, Beweglichkeit und Kampfkraft in der ehemaligen Hauptkadettenanstalt in Berlin Lichterfelde, dort feindlicher Schwerpunkt.

### **Eigene Kräfte, nach Verfügbarkeit:**

Wachbataillon in Moabit, motorisierte Infanterie, ausweislich des Übungsalarms vom 15. Juli sofort verfügbar, geführt von dem absolut systemtreuen Major Remer, auf den aber so lange Verlass ist, wie er der ausgegebenen Lage glaubt, untersteht Stadtkommandantur Berlin unter Generalmajor von Hase.

Infanterieschule Döberitz, drei Bataillone stark, verfügbar erst nach Mobilisierung und Anmarsch über rund 25 km, untersteht Wehrkreiskommando III. Auftrag: Verstärkung der zur Sicherung des Regierungsviertels eingesetzten Kräfte, Besetzung des Rundfunks an der Masurenallee, der Sender Tegel und Nauen (letzterer außerhalb des Kartenausschnitts).

Panzertruppenschule II in Krampnitz, zwei gepanzerte Bataillone, ebenfalls erst verfügbar nach Mobilisierung und Anmarsch über rund 30 km, ebenfalls Wehrkreis III. Auftrag: leicht gepanzerte Kräfte fahren Aufklärung und überwachen SS-Kräfte in Lichterfelde, ansonsten gepanzerte Reserve in Verfügungsraum Tiergarten in unmittelbarer Nähe des Bendlerblocks.

Heeresfeuerwerkerschule und Heereswaffenmeisterschule in Treptow: Feldweibel in der Ausbildung, fronterfahren, aber nicht beweglich (Anmarsch per Straßenbahn?) und von geringer Stärke, unterstehen Standortkommandantur. Auftrag: Sicherung des Berliner Stadtschlösses und der daneben liegenden Standortkommandantur.

Pionierschule in Karlshorst: Stärke unbekannt, daher zu vernachlässigen, ebenso wie Garnison Spandau mit nicht mobilen Landesschützenbataillonen unbekannter Stärke. Unter Führung Wehrkreiskommando III und erst nach längerem Anmarsch, vermutlich am Tage X+1 verfügbar:

Panzertruppenschule I Wünsdorf, ebenfalls in unbekannter Stärke; wird bei weiteren Planungen nicht berücksichtigt.

Ersatzbrigade Großdeutschland in Cottbus, rund 7.000-8.000 Mann; Einsatzbereitschaft ebenfalls am 15. Juli überprüft, kann innerhalb von 12 Stunden den Sender Herzberg, den Sender Königs Wusterhausen, den Flugplatz Rangsdorf bei Zossen sichern und von Süden nach Berlin hinein vorgehen. Dabei Auftrag: SS-Kräfte in Lichterfelde von hinten binden und Flughafen Tempelhof für eigene Verstärkungen sichern.

### **Führung und Fernmeldewesen:**

Es wird darauf ankommen, die Fiktion, der Führer sei einem Anschlag der SS zum Opfer gefallen, möglichst lange aufrecht zu erhalten. Anders als 1938 beruht diese Planung nicht darauf, solche Verbände einzusetzen, deren Führer vorher in die Verschwörung eingeweiht sind, sondern darauf, mittels einer plausiblen Notfallplanung alle verfügbaren Heeresverbände gegen die verhasste SS und Luftwaffe anzusetzen.

Chef Wehrmachtnachrichtenwesen, General Fellgiebel, blockiert dazu alle militärischen Verbindungssysteme und lässt allein den eigenen Fernmeldeverkehr zu.

Zugleich wird es darauf ankommen, das feindlich kontrollierte Medium des Rundfunks auszuschalten, dazu stellt Truppe entsprechende Stoßtrupps zum Funkhaus und zu allen Sendern im Wehrkreis III ab, die Chef Wehrmachtnachrichtenwesen unterstützt durch Abstellung von Fernmeldeoffizieren.



### Fragestellung: „Gemeinsame Zivilität“?

Was im Befehl „Walküre“ dargestellt wird, ist ein klassischer Militärputsch. Da sollen Panzer rollen, da sollen Minister verhaftet und Behörden dem Heer unterstellt werden. Was Sie hier sehen, steht in der Tradition des preußischen Belagerungszustands; es geht darum, an die Stelle des für den Nationalsozialismus charakteristischen Kompetenzwirrwarrs, an die Stelle der polykratischen Strukturen eine einheitliche, eben militärische Führung des Reiches im Inneren wie nach Außen zu setzen. Als Vorbild dienen die Zustände im Ersten Weltkrieg, als die vollziehende Gewalt im Inneren bei den Generalkommandos der Wehrkreise gelegen hatte, und gewisse Anleihen an den Kapp-Putsch von 1920 sind unverkennbar. Neu ist bei dieser Anlage lediglich, dass mit Luftwaffe und Waffen-SS kampfkraftige feindliche Formationen bereits bestehen.

Bei dem Karlsruher Politikwissenschaftler Peter Steinbach finden Sie die Aussage: „Die Frage nach dem Verhältnis zwischen militärischem und zivilem Widerstand stellte sich für sie nicht, weil sie im Kern einer gemein-



samen Zivilität übereinstimmen.<sup>2</sup>“ Wenn militärischer und ziviler Widerstand in einer „gemeinsamen Zivilität“ übereinstimmen, wenn also der militärische Widerstand sich lediglich als Unterabteilung einer größeren, zivil konzipierten und geführten Verschwörung verstand, gibt es dann noch ein Spezifikum der Soldaten im Widerstand?

Ich glaube das nicht mit der „gemeinsamen Zivilität“. Da planen Generale und Generalstabsoffiziere eine Machtübernahme mit militärischen Mitteln. Und wir reden uns ein, das sei allein ein „Aufstand des Gewissens“? Stauffenberg war Oberst, vielleicht der jüngste Oberst des Heeres. Was hat er eigentlich tagsüber gemacht? In manchen Büchern scheint es, als sei er zur Durchführung einer Verschwörung vom Dienst freigestellt gewesen, aber so war es ja nicht. Was machte er als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, und hatte das irgendwie mit dem Entschluss zum Staatsstreich zu tun?

### Militärische Motive für den Umsturz

Ein wesentliches, immer wiederkehrendes Motiv von Soldaten für den Entschluss zum Widerstand war die Forderung nach einer Änderung

der militärischen Spitzengliederung. Hinter diesem eher technischen Begriff verbarg sich während der Kriegszeit allerdings nichts weniger als das Nachdenken über den Rücktritt Hitlers vom Oberkommando der Wehrmacht, seit 1942 zumindest vom Oberkommando des Heeres.

In dem Maße, wie Hitler im Verlauf des Krieges immer mehr Kompetenzen an sich zog, gewann dieses Thema auch für die Opposition an Bedeutung. Das galt insbesondere seit Hitlers Übernahme des Oberbefehls über das Heer am 19. Dezember 1941.

Ein Major i.G. von der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres pflegte in dieser Zeit Vorträge über dieses Thema mit der Bemerkung einzuleiten, „die Kriegsspitzen-gliederung der deutschen Wehrmacht sei noch blöder, als die befähigsten Generalstabsoffiziere sie erfinden könnten, wenn sie den Auftrag bekämen, die unsinnigste Kriegsspitzen-gliederung zu erfinden“<sup>3</sup>. Der Major hieß Claus Graf von Stauffenberg.

Die Folgen, die sich aus Hitlers fehlender Fachkompetenz für die militärische Führung des Reiches ergaben, standen ja nur zu deutlich vor Augen. Sogar in der akademischen Jugend war man sich bewusst, dass Hitlers Dilettantismus spätestens mit Stalingrad in die Katastrophe geführt hatte. Sarkastisch beginnt das letz-

1 Anmerkung der Redaktion zur Operation „Walküre“: Ursprünglich war der „Walküre“-Plan von der NS-Staatsführung dazu gedacht, im Falle innerer Unruhen das in der Heimat stehende Heer zu mobilisieren. Doch die führenden Köpfe des militärischen Widerstands hatten im Bendlerblock die Operation „Walküre“ modifiziert. Plan der Verschwörer war es, dieses machtvoll Instrument dazu zu nutzen, den Staatsstreich mit der Operation „Walküre“ zu tarnen und so den Nationalsozialisten die Macht zu entreißen. Mit Auslösung der Operation „Walküre“ sollten in der Heimat stehende Verbände der Wehrmacht innerhalb von 36 Stunden die vollziehende Gewalt im Staat übernehmen. Die Wehrmacht sollte die Institutionen der NS-Diktatur, Partei, Regierung, Gestapo und SS-Verbände nach und nach ausschalten und Deutschland zu einer politischen Neuordnung verhelfen. Weil Hitler das Attentat überlebt hatte und der eingeweihte Mitverschwörer Generaloberst Friedrich Fromm, Befehlshaber des Ersatzheeres, seine Mitwirkung am Staatsstreich verweigerte, kam die Operation „Walküre“ erst Stunden später als geplant in Gang und scheiterte. (Link zu weiteren Informationen: [http://de.wikipedia.org/wiki/Operation\\_Walküre](http://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Walküre))

2 Steinbach, Peter: Zum Verhältnis der Ziele der militärischen und zivilen Widerstandsgruppen, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hg. von Jürgen Schmädke und Peter Steinbach, München 1985, S. 977-1002, hier S. 992.

3 Hoffmann, Peter: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder. Das Geheime Deutschland, Stuttgart 1992, S. 239.

te Flugblatt der Münchener Studenten, die sich unter dem Namen „Weiße Rose“ zusammengefunden haben: „Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegsgefreiten sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben getetzt. Führer, wir danken dir!“<sup>4</sup> Fachleute sahen es noch präziser: der Major i.G. Ulrich de Maizière, den man an die Ostfront geschickt hatte, um sich den Stab der SS-Division Leibstandarte SS Adolf Hitler näher anzusehen, berichtete später: „Dass durch hochmütige Vernachlässigung solider Ausbildung und Tollkühnheit tapfere und ideologisch verführte junge Männer sinnlos geopfert wurden, das schien den Führern dieser Waffen-SS-Division kaum bewusst zu werden. Der Glaube an den Führer war ihnen wichtiger als professionelles Können. Betroffen und ernüchtert kehrte ich ins Hauptquartier zurück, wo ich Gelegenheit erhielt, dem Chef des Generalstabes meine Eindrücke vorzutragen.“<sup>5</sup>

Und dass Hunderttausende ihr Leben gelassen hatten, das wusste man nirgendwo besser als beim Oberkommando des Heeres, spätestens, seit die deutschen Verluste mit Beginn des Angriffs gegen die Sowjetunion im Sommer 1941 deutlich in die Höhe schnellten. Bereits im Winter 1941/42 zeichnete sich ab, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Die Zahlen sprachen eine nüchterne Sprache, und darüber konnte man unter Offizieren durchaus unverdächtig reden. In der Organisationsabteilung des OKH wurde offen darüber diskutiert, auch unter solchen, die mit dem Widerstand nichts zu tun hatten. Die Generalstabsoffiziere de Maizière und Bernardis stellten in einer eingehenden Studie die Zahlenangaben zusammen. Bernardis endete am Galgen in Plötzensee, de Maizière wurde später Generalinspekteur der Bundeswehr (und Onkel des letzten Ministerpräsidenten der DDR). Generaloberst Fromm, der Befehlshaber des Ersatz-

heeres, trug Hitler die Zahlen vor, wurde dafür von seinem Führer als Defätist beschimpft und schlicht hinausgeworfen. Graf Stauffenberg vertraute einem früheren Mitarbeiter an, „dieser Krieg [sei] vom Augenblick, wo wir den Fehler machten, Rußland anzugreifen, personell und materiell für Deutschland auch bei bester Führung nicht durchzustehen“<sup>6</sup>.

Da solche Themen unter Offizieren gefahrlos diskutiert werden konnten, eigneten sie sich hervorragend zur Anbahnung von Gesprächen mit potentiellen Teilnehmern an der Verschwörung.

Hitlers ablehnende Reaktion auf alle Alternativvorschläge ließ erkennen, dass der Diktator auch unter dem Eindruck der militärischen Krise nicht gewillt sein würde, sachgerechten Lösungen im Sinne einer zweckrationalen Kriegführung zuzustimmen. Hitler war nicht, wie sich mancher bisher eingeredet haben mochte, schlecht beraten, sondern selbst der Kern des Unheils. Stauffenberg urteilte im Winter 1942/43: „Letzte Ursache liegt, darüber bin ich mir nun vollkommen im Klaren, in der Person des Führers und im Nationalsozialismus.“<sup>7</sup> Der brillante Generalstabsoffizier zog daraus die Konsequenz: „Es kommt nicht darauf an, ihm die Wahrheit zu sagen, sondern es kommt darauf an, ihn umzubringen.“<sup>8</sup>

Hitlers Politik wurde in zivilen wie militärischen nationalkonservativen Kreisen als Verbrechen am deutschen Volk empfunden. Stauffenberg

sagte schon 1942, zu seiner Zeit in der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, über Hitler: „Er ist ein Narr und ein Verbrecher“<sup>9</sup> – die Gleichsetzung ist bezeichnend. Die Erkenntnis, dass die Fortführung der Kriegspolitik ein „großes Verbrechen gegen das eigene Volk (Wette)“ war, ließ aus der fachlichen Motivation allmählich einen moralischen Antrieb werden.

Neben die Erkenntnis des „Verbrechens am eigenen Volk“ trat dann aber in unterschiedlicher Intensität das Wissen darum, dass die Kriegführung des Reiches dazu diente, Verbrechen im Weltmaßstab an den Menschen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zu begehen. Besonders deutlich musste der Unrechtscharakter des Krieges gegen die Sowjetunion hervortreten, als der Truppe die verbrecherischen Befehle zum Unternehmen „Barbarossa“, also zum Angriff auf die Sowjetunion bekannt wurden. Damit ist zum einen der „Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ gemeint, wonach Verbrechen an der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten nicht mehr zu verfolgen waren, und zum anderen der „Kommissarbefehl“, also die Anweisung, alle gefangenen Politischen Kommissare der Sowjetarmee zu erschießen.

Allerdings erhob sich bei einigen der Protest mehr gegen das Disziplin- und Zügellose an den Mordaktionen als gegen die „völkische Flurbereinigung“ an sich, was auch erklärt, warum manche später wegen Beteiligung an der Verschwörung hingerichtete Offiziere kein Problem bei der Ausarbeitung oder zumindest Weitergabe der „verbrecherischen Befehle“ sahen. Unter ihnen ist besonders der Generalquartiermeister, Generaloberst Wagner, zu nennen, der sich nach dem Scheitern des Attentats das Leben nahm, und nach dem lange eine Kaserne in Wuppertal benannt war.

Aus Hitlers Sicht kam es letztlich nicht darauf an, ob der Krieg professionell oder dilettantisch geführt wurde, sondern darauf, dass er die Voraussetzung für die Umwälzung Europas im nationalsozialistischen Sinne schuf. Keiner, der an diesem Krieg beteiligt war, konnte für sich in An-

4 Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Ausstellung Widerstand gegen den Nationalsozialismus; <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/widerstand/weisserose/index.html>.

5 Maizière, Ulrich de: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford 1989, S. 78.

6 Aussage Kuhn am 2. September 1944, in: Hoffmann, Peter: Tresckow und Stauffenberg. Ein Zeugnis aus dem Archiv des russischen Geheimdienstes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 165 vom 20. Juli 1998, S. 9; Chavkin, Boris L., und Aleksandr Kalganov: Neue Quellen zur Geschichte des 20. Juli 1944 aus dem Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB). „Eigenhändige Aussagen“ von Major i.G. Joachim Kuhn, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), S. 355-402, hier S. 378.

7 Stauffenberg im Gespräch mit Kuhn im August 1942 in Winniza: Chavkin/Kalganov, Neue Quellen, S. 378.

8 Kramarz, Joachim: Claus Graf Stauffenberg. 15. November 1907-20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt 1965, S. 113, auch zitiert bei Fest, Joachim: Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994, S. 221.

9 Institut für Zeitgeschichte, ED 88: Sammlung Zeller, Band 2, S. 353.

spruch nehmen, ohne jede Schuld daraus hervorgegangen zu sein. Im Gegenteil: Generalmajor Stieff, später Beteiligter am 20. Juli, hatte seiner Frau schon Anfang 1942 geschrieben: *„Wir alle haben so viel Schuld auf uns geladen – denn wir sind ja mitverantwortlich –, dass ich in diesem angehenden Strafgericht nur eine gerechte Sühne für alle die Schandtaten sehe, die wir Deutschen in den letzten Jahren begangen bzw. geduldet haben.“*<sup>10</sup>

Mancher Offizier war durchaus gewillt, das Verbrecherische des Regimes zuzugestehen, aber angesichts der Lage an der Front könne man im Moment nichts dagegen unternehmen. Nach dem Krieg dagegen werde man die braune Brut davonjagen. Umgekehrt verschob aber auch das Regime die Lösung so mancher Frage auf die Zeit nach Kriegsende: die Kirchenfrage etwa, aber auch die Machtfrage zwischen den konservativen Eliten im Heer und der sich sozialrevolutionär gebenden Partei. Stauffenberg und seine Freunde sahen jedoch, wie eine immer deutlicher werdende Bevorzugung der Waffen-SS die Gewichte für einen solchen Endkampf nach innen immer mehr zu verschieben drohte. In diesen Zusammenhang gehört auch die Entscheidung, die neu aufzustellenden Volksgrenadierdivisionen nicht mehr durch das Ersatzheer, sondern durch Himmler als Reichsführer SS aufstellen zu lassen. Ebenso bedrohlich schienen die innere Aushöhlung des Heeres, die Zunahme junger, nationalsozialistisch erzogener fanatischer Offiziere und eine Politisierung der Armee im nationalsozialistischen Sinne.

Dem nationalkonservativen Widerstand ging es darum, gegen diese schleichende Entmachtung des Heeres und gegen die immer stärker werdenden militärischen Potentiale des Parteiapparates vorzugehen, so lange die eigenen Kräfte noch hinreichten. Wenn Stauffenberg von der *„Erhaltung der Armee“* sprach, ging es ihm nicht nur darum, wie bereits dargelegt, unnötige Verluste zu vermeiden,

sondern auch um den inneren Zusammenhalt eben dieser Armee, die er als moralischen Wert verstand. Daher galt es, das Heer in seinem Kern zu erhalten – oder, wenn dies nicht mehr lange möglich sein würde, rechtzeitig loszuschlagen. Die *„Rettung der Armee“* sollte so auch dazu dienen, *„dass insbesondere die Wehrmacht in der Hand ihrer Führer ein verwendbares Instrument bleibe“*<sup>11</sup>.

### Das Verhältnis Goerdeler-Stauffenberg

Der zivile Kopf der Verschwörung, Carl Goerdeler, aber auch Stauffenberg bezogen sich immer wieder auf das Preußen der Zeit 1806-1815 als ihr Vorbild, aber doch in charakteristisch unterschiedlicher Weise. Goerdeler, der gewesene Kommunalpolitiker, griff gern auf den Freiherrn vom Stein zurück, der die preußische Staatsreform getragen hatte. Goerdeler wollte einen Wechsel der Regierung, sozusagen eine Revolution von oben, eine Regierung der *„Fachleute“*, wie er sagte, oder aber ein *„Kabinett der Geise“*, wie es Stauffenberg despektierlich sagte. Stauffenberg dagegen wählte sich seinen Vorfahren Neidhart Graf von Gneisenau als Vorbild, vielleicht den radikalsten der preußischen Heeresreformer, und setzte ganz auf eine Volkserhebung. Er traf sich da mit dem SPD-Politiker Julius Leber, der geistig gern auf Scharnhorst zurückgriff. Beiden ging es darum, dass sich der bisherige Honoratiorenwiderstand um eine größere Massengrundbasis bemühen musste. Für Stauffenberg war der Kontakt mit Julius Leber die erste nachhaltige Verbindung mit einem gestandenen Politiker aus der Arbeiterbewegung; zugleich aber war der Weltkriegsoffizier Leber ein Ansprechpartner, mit dem der Generalstabsoberst aus altem württembergischen Adelsgeschlecht Gemeinsam-

keiten entdecken konnte. Zwischen dem Praktiker der Politik und dem militärischen Tatmenschen entwickelte sich sehr bald ein enger, auch persönlicher Kontakt.

Dass Stauffenberg nun auch noch Kontakte zu Arbeitern knüpfte, verstärkte die Entfremdung zwischen dem Kopf der militärischen Verschwörung und Goerdeler. Stauffenberg hatte bereits eigene Verbindungen zu den Westmächten – sein Vertrauensmann in Madrid verschaffte ihm über seine britischen Kontakte ein sehr viel realistischeres Bild über die außenpolitische Situation des Reiches, als es Goerdelers Verbindungsmann zum amerikanischen Geheimdienst in Zürich vermochte. Daraus resultierten Unterschiede in den außenpolitischen Zielsetzungen, und die waren ein wesentlicher Streitpunkt zwischen den beiden höchst unterschiedlichen Charakteren. Dass Stauffenberg zudem Kapitulationsverhandlungen *„von Militär zu Militär“* führen, also doch Goerdeler und seine Freunde ausschalten wollte, hatte diesen nachhaltig verstimmt.

Jetzt versuchte Stauffenberg offensichtlich auch noch, eigenständig Innenpolitik zu treiben, und der Dissens wurde fast unüberbrückbar. Als *„hochgesinnten, in Afrika schwer verwundeten Generalstabsoffizier, der sich später als Querkopf erwies, der auch Politik machen wollte“*<sup>12</sup> bezeichnete Goerdeler Stauffenberg später.

Die Wirklichkeit aber war etwas anderes: So, wie Stauffenbergs Kontakte zu den Westmächten ihn vor Illusionen hinsichtlich des außenpolitischen Handlungsspielraums bewahrten, so sollten die engen Kontakte mit Julius Leber seinen Blick für die innenpolitischen Realitäten schärfen. So wie Verbindungen zu Eisenhower und Montgomery den militärischen Handlungsspielraum schaffen sollten, war Leber die Aufgabe zugeordnet, als Arbeiterführer die notwendige breite Unterstützung im Innern sicherzustellen und zu verhindern, dass der Staatsstreich des Heeres in ähnlicher

10 Brief an seine Frau vom 10.01.1942, abgedruckt in: Stieff, Helmuth: *Ausgewählte Briefe von Helmuth Stieff* (hingerichtet am 8. August 1944), hg. von Hans Rothfels, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (1954), S. 291-305.

11 Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, hg. von Hans-Adolf Jacobsen, 2 Bände, Stuttgart 1984, S. 34; Interpretation bei Mommsen, Hans: *Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler*, in: *NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler*, hg. von Gerd R. Ueberschär, Darmstadt 2000, S. 119-134, S. 125.

12 Denkschrift „Unsere Idee“ (nach 09.11.1944), zitiert nach *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*, hg. von Hans Mommsen und Sabine Gillmann, 2 Bände, München 2003, Band 1, S. liii.



Weise an der Arbeiterschaft scheiterte wie 1920 der Kapp-Putsch. Stauffenberg erwies sich hier als ein Generalstabsoffizier, der die Planung für das Neue Reich, das ihm vorschwebte, gezielt mit der Offenheit für andere Denktraditionen und mit dem realistischen Blick für die politischen, gesamtstaatlichen Notwendigkeiten zu kombinieren wusste.

Da ist kein Platz mehr für die behauptete „gemeinsame Zivilität“ der Verschwörer. Vielmehr sehen wir, dass

Absicht, diese vom Makel des Verrats reinzuwaschen. Das war in der deutschen Nachkriegsgesellschaft auch nötig, denn viele teilten die Auffassung des ersten Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, des ehemaligen Generals Gehlen, der mit Blick auf die Verschwörer sagte: „*Einmal Verräter, immer Verräter*“. Weitere wesentliche Schritte in diese Richtung waren der Prozess gegen den Generalmajor Remer in Braunschweig 1952, und dann die Rede des Bundespräsi-

Bundeswehr – ein für die damalige Diskussion auch in der Gesamtgesellschaft durchaus mutiges und wegweisendes Bekenntnis.

Mit einem gewissen Stolz dürfen wir heute feststellen, dass die Bundeswehr in ihrer Anerkennung des 20. Juli als traditionswürdig durchaus der deutschen Zivilgesellschaft um einiges voraus war – und auch der Nationalen Volksarmee, denn in der DDR galt der national-konservative Widerstand bis weit in die achtziger Jahre hinein als junkerhaft und reaktionär. Andererseits aber trug die moralisierende Sichtweise im Westen auch ihre Probleme in sich.

### Militärputsch und „Majestät des Rechts“

Wenn Sie ehrlich sind, dann werden auch Sie sich die Frage danach, was am Widerstand traditionswürdig ist, zumeist unter Hinweis auf solche wertgebundenen Begriffe wie „aufrecht“, „gegen das Unrecht“ oder „Aufstand des Gewissens“ beantwortet haben. Das lässt den Widerstand als traditionswürdig für alle, als unproblematisch und „irgendwie gut“ erscheinen. Wenn es jedoch statt der behaupteten „gemeinsamen Zivilität“ auch spezifisch militärische Momente gibt: Gibt es dann etwas, was ganz speziell diese Offiziere damals für die Bundeswehr heute als Vorbild erscheinen lässt?

Wir sollten die Rolle des Offiziers nicht nur, und nicht einmal in erster Linie, als die des archaischen Kämpfers sehen. Ein Offizier ist jemand, der von diesem Staat beauftragt ist, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Die richtigen Erkenntnisse darüber, was zu tun sei, gewann 1942 bis 1944 nicht die Front, sondern das Zentrum der Verschwörung. Dies lag erst beim Stab einer Heeresgruppe, dann beim Stab des Ersatzheeres.

Der Offizier steht sodann in der Verantwortung für die ihm anvertrauten Frauen und Männer. Es ist nicht unmoralisch, wenn ein wesentlicher Antrieb der militärischen Verschwörer war, weitere sinnlose Verluste zu verhindern. Erziehen wir Vorgesetzte zu dem Mut, Befehle zu überdenken und im Letzten „nein“ zu sagen, wenn jemand ihre Soldaten lediglich verheizen will?



Ausflug auf den Spuren der hl. Elisabeth von Thüringen am 15. November 2007 zur Wartburg bei Eisenach. (Foto: F. Brockmeier, Montage: PS)

die Soldaten im Widerstand eine spezifisch soldatische Motivation hatten, und dass sie mit großem Realitätssinn und Blick für das Ganze des Deutschen Reiches konsequent eine eigene Politik verfolgten. Steinbach stellt in seinen Büchern immer wieder fest, nicht um einen „Militärputsch“ sei es Stauffenberg gegangen, sondern um die Wiederherstellung des Rechts. Das ist eine falsche Alternative, geboren aus der Annahme, dass Militär und Rechtsstaat sich ausschließen. Wir wissen, dass das nicht der Fall ist, und uns kann daher die Einsicht nicht überraschen, dass Stauffenberg einen Militärputsch zur Wiederherstellung des Rechtsstaats plante.

### Widerstandsrezeption in der Bundeswehr

Die ersten Bücher, die über die „Deutsche Opposition gegen Hitler“ erschienen, waren geleitet von der

denten Theodor Heuss in Berlin zum 10. Jahrestag des Umsturzversuchs am 20. Juli 1954.

Eine besondere Rolle spielte der militärische Widerstand in der Traditionsbildung der seit Ende 1955 neu aufgestellten westdeutschen Streitkräfte. Der Personalgutachterausschuss, der alle höheren Offiziere selbst prüfte und für die Einstellung der jüngeren Offiziere Richtlinien erließ, machte eine zumindest reflektierte Haltung zum 20. Juli zur Vorbedingung für eine Einstellung in die junge Bundeswehr. In einem Tagesbefehl zum 15. Jahrestag am 20. Juli 1959 bezeichnete der Generalinspekteur Heusinger, der einerseits von Stauffenbergs Bombe verwundet worden war, andererseits aber selbst wegen Mitwisserschaft längere Zeit in Gestapo-Haft gesessen hatte, die Widerständler als Vorbild für die

Auf einer anderen Ebene: Offizier ist heute ein akademischer Beruf. Der Staat erwartet daher von seinen Offizieren die Bereitschaft, sich mit der Wirklichkeit kritisch auseinander zu setzen. Ich habe versucht, Ihnen ein wenig aufzuzeigen, wie platt und wie von politischem Wunschdenken gefärbt manche gedruckte Aussage über den Widerstand ist. Wir leben in einer Welt der Halbwahrheiten, der 90-Sekunden-Spots, der mundgerecht servierten Fehlinformation. Offizier zu sein hat auch etwas mit dem Willen zur ganzen Wahrheit und zur intellektuellen Redlichkeit zu tun.

Vielleicht aber auch ein Letztes: Wenn ich Sie so vor mir sehe, dann muss ich unwillkürlich an einen der jüngsten wegen Beteiligung am 20. Juli hingerichteten Offiziere denken, an den Major Roland von Hößlin, Reiterregiment 17, also ein Regimentskamerad Stauffenbergs. Bei aller Grundsatztreue und Gewissensentscheidung: Das war ein junger und lebensfroher Mann aus altem bayerischem Offizieradel, der in Afrika eine Panzeraufklärungsabteilung geführt und dafür das Ritterkreuz bekommen hatte. Das war jemand, der als sein Motiv für die Beteiligung am Staatsstreich bei der Gestapo angab: „*Einen Kampf der letzten Goten am Vesuv gibt es meines Erachtens für ein 80-Millionen-Volk nicht.*“ – also, an einem sinnlosen Endkampf bis zur völligen Vernichtung seines Volkes wollte er sich nicht beteiligen. Aber das war eben auch ein leichter Kavallerist, der in Briefen an seine Eltern schrieb, das schlimmste an diesem verdamnten Krieg sei, dass man nirgendwo mehr ein brauchbares Reitpferd finden könne. Das war ein junger Mann, der am Abend vor seiner Verhaftung beim Standortkommandanten eingeladen war und zu vorgerückter Stunde die Dame des Hauses fragte, ob sie nicht eine Schwester habe, die genauso aussehe wie sie selbst.

Militärischer Widerstand, das sind eben auch ganz normale, lebendige Charaktere mit allem, was soldatische Existenz im Kriege ausmacht und keine Säulenheiligen.

ein Putsch systemnaher Offiziere? Ich hatte schon erwähnt, dass Stauffenberg innen- wie außenpolitisch viel realistischer dachte als etwa Goerdeler. Ihm war völlig klar, dass auch eine Umsturzregierung an bedingungsloser Kapitulation und Besetzung des Reichsgebiets nicht mehr würde vorbeikommen können. „*Es ist Zeit, daß jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muß sich bewußt sein, daß er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterläßt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenen Gewissen.*“ Und, ebenfalls kurz vor dem 20. Juli: „*Das Furchtbarste ist, zu wissen, daß es nicht gelingen kann und daß man es dennoch für unser Land und unsere Kinder tun muß.*“<sup>13</sup> Sie hören hier eine grundsätzlichere, ethisch-moralische Dimension heraus, die über die bloße Nützlichkeit hinausgeht. Ähnliches gilt für den Potsdamer Henning von Tresckow, der die Notwendigkeit des Umsturzes so begründet hatte: „*Das Attentat auf Hitler muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.*“<sup>14</sup> Nach dem Scheitern des Umsturzversuches äußerte er: „*Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, daß wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn Gott einst Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unsert-*

*willen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.*“<sup>15</sup> Sie hören hier auch ein religiöses Element heraus, das uns heute vielfach schon fremd geworden ist. Wer von Ihnen hätte gewusst, dass das eine Stelle aus dem Buch Genesis ist?<sup>16</sup>

Die Feststellung, dass die Angehörigen des militärischen Widerstands als verantwortungsbewusste Offiziere gehandelt haben, dass sie politisch und militärisch über die bloße Geste hinaus noch etwas verändern und gestalten wollten, das alles wird dann nicht den Respekt dafür schmälern, dass diese Frauen und Männer als wenige unter vielen das menschlich Anständige, das moralisch Richtige getan haben.

Solange wir den Widerstand als eine im Wesentlichen moralische Größe betrachten, so lange wird er angreifbar bleiben für Vorwürfe, die Verschwörer seien keine Demokraten, seien Antisemiten oder an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen. Widerstand stellt sich vielmehr dar als, wie Hans Mommsen es einmal ausdrückte, „*zeitbedingte Alternative zum Faschismus*“<sup>17</sup>. Ihn heute vordergründig-moralisierend an dem Kriterium seiner Nähe oder Ferne zur Werteordnung des Grundgesetzes zu messen, wird dem Opfer der wenigen nicht gerecht, die unter Einsatz ihres Lebens gegen das Unrecht aufgestanden sind.

Das Dritte Reich hat in seiner letzten Phase die „*besten Köpfe*“ gehenkt, die nationalkonservative Gegenelite weitgehend zerschlagen und verhindert, dass ihre Gedanken das Nachkriegsdeutschland nachhaltig prägen konnten. Das Hoffen der Deutschen auf eine gerechte, friedliebende und rechtsstaatliche Gesellschaftsordnung ist gleichwohl geblieben. □

<sup>15</sup> ebd., S. 129.

<sup>16</sup> Gen 18, 20-32.

<sup>17</sup> Mommsen, Hans: Die moralische Wiederherstellung der Nation. Der Widerstand gegen Hitler war von einer antisemitischen Grundhaltung getragen, in: Süddeutsche Zeitung, 21. Juli 1999, S. 15.

<sup>13</sup> Beide Zitate nach der Version in Hofmann, Stauffenberg, S. 395.

<sup>14</sup> Schlabrendorff, Fabian von: Offiziere gegen Hitler, Berlin 1984, S. 109.

### Und doch: Aufstand des Gewissens

bleibt also vom „Aufstand des Gewissens“ nichts anderes übrig als



## Diener nationaler Interessen oder der Sicherheit und Freiheit der Völker ?

VON DR. HEINZ-GERHARD JUSTENVOVEN



### Soldat im Spannungsfeld der Interessen

Romeo Dallaire war ein Soldat, der „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ sein wollte. Als der kanadische General 1993 das Kommando für einen UN-Blauhelm-Einsatz in Ruanda angeboten bekam, hat er keinen Augenblick gezögert. Sein Auftrag lautete, den Waffenstillstand in Ruanda zu überwachen, um so Zeit zu gewinnen, die für die Verhandlungen zwischen der Regierung in Kigali und Rebellen benötigt wurde; das Ziel war eine Interims-Regierung.

Bis heute ist ungeklärt, wer den Abschuss des Flugzeugs von Präsident Habyarimana veranlasst hat. Der Tod des Präsidenten am 6. April 1994 markiert den Beginn des Völkermordes in Ruanda. Noch am gleichen Tag erhielt UN-General Dallaire Kenntnis davon, dass Théoneste Bagosora, Stabschef im Verteidigungsministerium, mit einem Putsch die Macht im Staat an sich reißen wollte. Dallaire fuhr umgehend ins Hauptquartier der Streitkräfte, um den Putschisten unmissverständlich deutlich zu machen, dass Ruanda auch nach dem Tod des Präsidenten eine Regierung habe und eine Machtübernahme nicht toleriert würde: Zum Schutz von Premierministerin Agathe, einer moderaten Hutu-Politikerin, habe er belgische Blauhelmsoldaten abgestellt. Die Putschisten schoben die Schuld der Präsidentengarde zu, die nach dem Tod des Präsidenten außer Kontrolle geraten sei. Man sei bemüht, die Sicherheit wieder herzustellen. Théoneste Bagosora gab Dallaire den Rat,

seine belgischen Blauhelme besser in Sicherheit zu bringen.

Am Tag darauf wurde die Premierministerin von der Präsidentengarde erschossen, seine zehn belgischen Blauhelme fand Dallaire abends vor der Leichenhalle des Krankenhauses von Camp Kigali, allesamt ermordet. Erst nach und nach wurde klar, dass innerhalb weniger Tage Tutsis und moderate Hutu-Politiker systematisch ermordet wurden, um jede Opposition auszulöschen. Dallaire wurde immer deutlicher, dass es sich nicht um eine chaotische, außer Kontrolle geratene Situation handelte, sondern dass die Ermordungen planmäßig durchgeführt wurden.

Noch am Abend des 6. April hatte General Dallaire im UN-Hauptquartier den zuständigen Unter-Sekretär Kofi Annan über die absehbare Katastrophe informieren lassen. Von dort erhielt er allerdings die strikte Anweisung, Neutralität zu wahren und unter keinen Umständen mit Waffengewalt zu intervenieren: „UNAMIR is not, repeat not, to fire unless fired upon!“<sup>1</sup> Auf keinen Fall sollte Dallaire seine Soldaten zum bewaffneten Schutz der verzweifelt um Hilfe nachsuchenden Tutsis gegen die mordenden Milizen einsetzen. Die Mitglieder des Sicherheitsrates, insbesondere die US-Regierung unter Bill Clinton, stellten sicher, dass der Begriff „Völkermord“ vermieden und von einem „Bürgerkrieg“ gesprochen wurde. Auf diese Weise sollte vermieden werden, dass

der Sicherheitsrat zu einer Intervention verpflichtet gewesen wäre. UN-Generalsekretär Butros Ghali sprach von „verhängnisvollen Umständen“, in die Ruanda geraten sei, US-Präsident Bill Clinton nannte es „tribal resentments“, als handele es sich um etwas völlig Normales in der Weltpolitik, dass hunderttausende Menschen umgebracht werden, ein Berater des französischen Präsidenten Mitterrand sprach gar von „üblicher Praxis unter Afrikanern, die nicht so leicht auszurotten“ sei.<sup>2</sup> Es war allerdings keine Unwissenheit, sondern politische Entscheidung, die Warnsignale vor dem Völkermord nicht zur Kenntnis zu nehmen: Dallaire hatte Warnungen aus dem ruandischen Militär nach New York an die UN weitergeleitet, westliche Nachrichtendienste hatten ihre Regierungen informiert, ein ruandischer Bischof hatte sogar öffentlich kritisiert, dass Waffen im großen Stil an Zivilisten verteilt worden waren. Auf Druck der genannten Regierungen wurden diese Informationen jedoch zurückgehalten und nicht an den Sicherheitsrat weitergeben.

Die Radikalen um Théoneste Bagosora hatten die Interessen der Mächte zutreffend eingeschätzt und für sich zu nutzen gewusst: Nach dem Desaster des Somalia-Einsatzes und Sparauflagen im Kongress wollte und konnte US-Präsident Clinton das Risiko einer militärischen Intervention in Ruanda nicht eingehen. Frankreich war seit Jahren mit Militärberatern

<sup>1</sup> Roméo Dallaire, Shake Hands with the Devil. The Failure of Humanity in Rwanda, Toronto (2003) 229.

<sup>2</sup> Vgl. Alison Des Forges, Kein Zeuge darf überleben. Der Genozid in Ruanda, Hamburg (2002) 40.



auf der Seite der Regierung Habyarimana engagiert und bildete das Offizierkorps aus; daher wollte Paris vor allem einen Einsatz gegen die von ihr ausgebildete und ausgerüstete ruandische Hutu-Armee vermeiden. Andere Mächte wie Italien oder Deutschland fühlten sich nicht verantwortlich, lediglich Belgien unterstellte der UN 450 gut ausgebildete Fallschirmjäger. Nach der Ermordung der zehn belgischen Blauhelme zog Belgien seine Truppen jedoch komplett zurück. Damit war die Strategie der Radikalen um Théoneste Bagosora aufgegangen: Nach dem Abzug der Belgier blieben französische, italienische und US-Soldaten in sicherer Entfernung in den Nachbarländern, um die westlichen Ausländer evakuieren zu können, die Menschen Ruandas allerdings ihrem Schicksal zu überlassen.

An seiner Aufgabe in den folgenden Wochen ist General Romeo Dallaire fast zerbrochen: Er musste mit ansehen, wie die Regierungen westlicher Staaten ihre Landsleute militärisch evakuierten und die Afrikaner ihrem Schicksal überließen. Er wurde gezwungen, mit seinen wenigen verbliebenen Blauhelmen auszuwählen, wer gerettet wird und wen er den Totschlägern überlassen musste. Gleichwohl haben er und seine Soldaten Großartiges geleistet und zehntausende Menschen vor dem sicheren Tod gerettet.

Warum stelle ich General Romeo Dallaire an den Anfang meines Vortrages über eine friedensethische Diskussion zu den aktuellen Aufträgen der Bundeswehr? Am Beispiel des Einsatzes von General Romeo Dallaire lassen sich Grundprobleme aufzeigen:

Das Spannungsverhältnis von nationalen Interessen und internationalem Gemeinwohl und damit für Soldaten, die als UN-Blauhelme im Einsatz sind, die Frage, welchem Ziel sie im Zweifelsfall dienen sollen: den nationalen Interessen oder dem internationalen Gemeinwohl. Sodann stellt sich die Frage, wer oder was die Vereinten Nationen heute sind und was sie sein sollten? An General Dallaires Einsatz wird deutlich, dass unstrittig ist, dass die Völkergemeinschaft angesichts eines solch grauenhaften Massenmordes eine Verantwortung

hat. Zugleich wirft er die Frage auf, wer in den Vereinten Nationen welche Verantwortung übernehmen soll, wenn es zu Staatenzerfall, Völkermord oder humanitären Katastrophen kommt: die Probleme der Grundkonstellation des Sicherheitsrates – das Vetorecht einiger weniger Mächte – sind hinlänglich bekannt. Dann verdeutlicht der Fall natürlich, dass es Grenzen staatlicher Souveränität gibt; dies ist heute unstrittig. Er weist auf das Problem fehlender Truppen unter dem Kommando der UN hin, die unabhängig von staatlichen Einzelinteressen finanziert sind und eingesetzt werden können. Hierauf kann ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Weiter ist jedem Soldaten sofort klar, dass der Fall verdeutlicht, dass die für einen militärischen Einsatz angemessenen Mittel zur Verfügung stehen müssen. Schließlich und endlich wirft der Fall ein Schlaglicht auf die Probleme des asymmetrischen Krieges, mit denen Soldaten in bürgerkriegsähnlichen Einsätzen konfrontiert sind; auch hierauf kann ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen.

### Die Menschenwürde – Ausgangspunkt der Friedensethik

**A**usgangspunkt der friedensethischen Aussagen ist der Mensch als Geschöpf Gottes. Für uns Christen gründet die Würde des Menschen darin, dass jeder Mensch von Gott nach seinem Bild und Gleichnis erschaffen ist. Aber was meint die Bibel, das Buch Genesis denn, wenn es dort heißt, dass der Mensch Gottes Ebenbild ist? Es ist uns Menschen eigen, den Kopf aus dem alltäglichen Einerlei heraus zu heben, und weiter zu fragen und zu schauen: Wir Menschen fragen nach dem Warum, wollen die Welt verstehen. Es reicht uns Menschen nicht aus, dass die Dinge so sind wie sie sind, vielmehr muss die Welt um uns herum plausibel und einsichtig sein.

Vollends unerträglich wird es, wenn die Dinge falsch laufen, wenn Leid geschieht, wenn wir den Grund nicht einsehen können. Es zeichnet den Menschen aus, dass er den Lauf der Dinge nicht einfach akzeptiert, sondern sein Schicksal in die Hand nehmen will, seine Welt gestalten und verstehen will. So setzen sich Men-

schen in Beziehung zu ihrer Umwelt, zu den Mitmenschen und der physischen Welt und suchen zu verstehen, „was die Welt im Innersten zusammenhält“. Diese Fähigkeit, das Unsichtbare, das Verborgene hinter den Dingen zu erkennen und nach dem Absoluten auszugreifen, nach dem letzten Grund der Welt und nach dem Sinn des eigenen Lebens zu fragen, begründet die Würde eines jeden Menschen. Diese Würde kann der Mensch sich weder selbst zuschreiben noch verdankt sie sich einer staatlichen Autorität oder einer anderen Instanz in dieser Welt. Sie kommt dem Menschen als Mensch zu. Aufgrund seiner Würde hat jeder Mensch fundamentale Rechte, die Menschenrechte.

So heißt es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: *„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“* Die hier beschriebene zentrale Stellung der Menschenwürde und der dann im Folgenden dargelegten Menschenrechte ist innerhalb des Völkerrechts unbestritten.

Aus einer ethischen Perspektive gilt daher, dass jedes politische Handeln, das sich an der Würde des Menschen orientieren soll, grundsätzlich die fundamentalen Rechte eines jeden Menschen in Rechnung stellen muss. Ist nämlich der Mensch aufgrund seiner Würde und Rechte Zweck und Ziel jeden politischen Handelns, so ist umgekehrt politisches Handeln auszurichten am Wohl eines jeden Menschen. Der Staat erhält von der Notwendigkeit, Würde und Rechte seiner Bürger zu schützen, seine entscheidende Legitimation, er findet aber auch genau daran seine Grenze.

Aus einer Kirche, die sich einst unter seinen Vorgängern mit den Menschenrechten schwer getan hatte, ist unter dem letzten Papst eine Kirche geworden, die die Menschenrechte als Bestandteil ihrer Frohbotschaft verteidigt. Mit den Worten Johannes Pauls II. ist der *„Mensch der Weg der Kirche ..., der Weg ihres täglichen Lebens und Erlebens“*<sup>3</sup>, den sie mit den

3 Johannes Paul II., Enzyklika *Redemptor Hominis*, Nr. 14, in: Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (Hg.),

Augen Christi sehen lernen soll. Es verwundert kaum, dass Johannes Paul II. auf seinen über 100 Auslandsreisen die Begegnung mit ganz konkreten Menschen und deren Schicksal suchte, damit sich auf diese Weise „die Kirche unserer Zeit immer wieder neu die Situation des Menschen bewusst“ macht (RH 14). Gerade dieser Papst verstand es als integralen Teil seines Amtes, jeweils neu die Rechte des Menschen oder ihre Missachtung anzusprechen, um auf das Ziel hinzuwirken, dass „alle Bereiche dieses Lebens der wahren Würde des Menschen entsprechen“ (RH 14).

Nun ist der Menschenrechtskatalog kein seit Ewigkeit feststehender

Sicherheit der Person.<sup>4</sup> Während diese wie weitere Menschenrechte die Voraussetzung für ein menschliches Leben überhaupt darstellen, sehen Kirche und Theologie die für das Menschsein zentralen Rechte der Glaubens- und Gewissensfreiheit als den Mittelpunkt an. Warum ist das so?

Die Gewissensfreiheit macht den Kern des Individuums, den Kern der menschlichen Person aus. Aufgrund seiner Vernunftbegabung lebt der Mensch nicht nur irgendwie in den Tag, sondern er kann sein Leben selbst bestimmen. Der Mensch kann sein Leben in die Hand nehmen und es gestalten. Er ist nicht einfach den Determinanten der Natur unterworfen

ber und übersteigt damit auch seine Endlichkeit. Mit der Vernunft greift der Mensch weit über seinen alltäglichen, scheinbar begrenzten Horizont hinaus.

Nun kennt jeder Situationen, in denen er gefordert ist und von denen er – ob vorhersehbar oder nicht – sofort erkennt: Jetzt muss ich mich entscheiden, muss die Wahrheit sagen, muss eingreifen oder muss eintreten: Ich bin jetzt gefordert! In solchen Situationen übernimmt der Mensch in einer Weise Verantwortung – nicht primär für andere, sondern für sich selbst, wie nirgendwo sonst. Möglicherweise bleibt es vor der Umwelt sogar verborgen. Aber der Einzelne



*Blick in das Plenum des 11. Seminars der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn. Am Pult der Direktor des Bonifatiushauses und wissenschaftlicher Begleiter der Akademie Gunter Geiger, davor der Akademieleiter Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein, am vorderen Tisch links der Bundesvorsitzende der GKS Oberstleutnant Paul Brochhagen, rechts von ihm der Geistliche Beirat der GKS Militärdekan Johann Meier. (Foto: F. Brockmeier)*

Kodex, sondern im Lauf der Menschheitsgeschichte aus leidvoller Erfahrung entstanden und zwar als vom Menschen entworfene Antwort auf diese Erfahrungen als gesetztes, positives Recht. Zugleich gibt es nach unserem heutigen Verständnis fundamentale Rechte, die schlicht nicht zur Disposition stehen: Hierzu gehören zuallererst das Recht auf Leben, das Recht auf Freiheit und das Recht auf

oder gesellschaftlichen Vorgegebenheiten. Der Mensch ist nicht Produkt seiner Umwelt, sondern kann sich dazu frei verhalten und zu ihnen JA oder NEIN sagen. Philosophisch gesprochen heißt dies, er kann sich die Gesetze des Handelns geben und dessen Zwecke selbst setzen. Der Mensch tut dies, indem er über sich, seine Situation, sein Leben nachdenkt. In dieser Reflexion verhält er sich zu sich selbst, konfrontiert sich mit sich sel-

weiß, dass er hier um seiner Identität willen eintreten muss, auch wenn Ausweichen im Moment einfacher wäre. Der Mensch ist mit sich selbst konfrontiert. Er entscheidet, ob er mit sich selbst identisch wird, ob er tut, was er eigentlich will. Ob der vernunftgesteuerte Wille regiert oder ob er sich treiben lässt. Sie könnten auch sagen, ob er sich wirklich im Griff hat. Wir nennen solche in dieser Weise getroffenen Entscheidungen Gewissensentscheidungen: Im Gewissen ist der Mensch mit dem ihm unverfügbaren

Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 6, Bonn (1979) (kurz: RH 14).

4 Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) Art. 3.



Anspruch konfrontiert, jetzt und hier der Wahrheit zu entsprechen. Er kann sich diesem Anspruch von Wahrheit nicht entziehen. In dem Moment, indem klar wird, was zu tun ist, stellt sich nur noch die Frage, ob er die Kraft aufbringt, seiner eigenen Einsicht zu folgen.

In der Ernsthaftigkeit, mit der der Mensch in Freiheit sich seinem Gewissen stellt und Gewissensentscheidungen trifft, wird seine ihm eigene unverletzliche Würde (die Menschenwürde oder Personenwürde) deutlich. Immanuel Kant, der große Königsberger Philosoph, formuliert diesen Gedanken in der Forderung, dass der Mensch Zweck an sich selbst ist und nicht zum Zweck gemacht werden darf. Der Zweck des Menschen liegt – philosophisch gesprochen – in seiner Vernunftfähigkeit, seiner Verantwortungsfähigkeit und seinem Gewissen. Daher darf er nicht zum Zweck für andere erniedrigt werden. Genau hierin liegt auch die Begründung für das Verbot der Folter. Sie, die Folter, will den freien Willen des Menschen brechen und nimmt ihm damit seine Würde und nimmt ihm letztlich das, was den Mensch zum Menschen macht.

### Völkergemeinschaft oder Staat als ethischer Bezugsrahmen?

**W**ir sind gewohnt, den Staat als die natürliche politische Größe anzusehen: Der Staat schützt unsere bürgerlichen Freiheiten. Gerade Soldaten leisten einen erheblichen Beitrag zu der staatlichen Sicherheitsvorsorge. Die staatliche Gemeinschaft ist zugleich ein wichtiger Bezugsrahmen der Solidarität, indem erforderliche Hilfeleistungen bereitgestellt und eingefordert werden können. Das Projekt „Deutsche Einheit“ ist ein sinnfälliges und großartiges Beispiel hierfür. Gleichwohl müssen wir uns aber auch bewusst halten, dass der Staat wie wir ihn kennen, eine historische Größe ist, das gewollte Produkt einer zivilisatorischen Entwicklung, die auch anders hätte verlaufen können. In Europa sind wir seit zwei Generationen Teil eines politischen Prozesses, der wesentliche staatliche Aufgaben an die EU überträgt. Für jede junge Generation wird die Identifikation als Europäer immer selbstverständlicher, die – Gott sei Dank – in kras-

sem Gegensatz zum nationalistischen Antagonismus des 19. und frühen 20. Jhs. steht.

Noch weitergehend wird in kirchlichen Texten darauf hingewiesen, dass vor aller Aufteilung in Staaten, die Menschheit eine Einheit ist. Dieser Gedanke wurzelt in der gemeinsamen Schöpfung aller Menschen durch den einen Gott, der die Welt geschaffen hat. Biblischem Zeugnis zufolge hat Gott die Welt als eine und die Menschheit als Einheit geschaffen, ohne in ihr Grenzen und Zäune zu errichten. Die Abgrenzungen von Völkern, Ländern und Staaten sind sekundär und das Werk von Menschen im Laufe der Geschichte. Die Aufteilungen haben ihre notwendige Funktion, weil politische Aufgaben oft anders gar nicht lösbar wären, Gebiete nicht zu verwalten, nur übersehbare Einheiten zu befrieden waren, usw.

Gleichwohl dürfen wir darüber die primäre Zusammengehörigkeit und Solidarität in der Völkergemeinschaft nicht vergessen. Am deutlichsten hat dies der Konzilspapst Johannes XXIII. zum Ausdruck gebracht. Diese Völkergemeinschaft hat heute eine Reihe von politischen Aufgaben, die sie lösen muss: Die Überwindung des Krieges, die Bekämpfung der globalen Umweltzerstörung oder den Klimawandel, um nur einige zu nennen. Wir fassen diese Aufgaben in der Regel unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammen. Die Päpste des 20. Jhs. haben aus dieser politischen Gestaltungsaufgabe die Folgerung gezogen, dass sich die internationale Gemeinschaft eine politische Ordnung geben muss.

Wenn nun in kirchlichen Texten über die internationale Gemeinschaft gesprochen wird, wären zwei Modelle denkbar. Einerseits könnte die internationale Gemeinschaft als eine Gemeinschaft von Staaten angesehen werden. Dann wäre sie analog zur staatlichen Gemeinschaft denkbar: Der Staat besteht aus Individuen, die sich zum gegenseitigen Schutz und zur wechselseitigen Hilfe zusammenschließen. Als Glieder der internationalen Gemeinschaft wären die Staaten anzusehen. Sie müssten dann auch die Rechtssubjekte des internationalen Rechts, des Völker-

rechts, sein. Im modernen Völkerrecht wird die internationale Gemeinschaft in dieser Weise grosso modo gedacht. Allerdings ist seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 eine Entwicklung in Gang gekommen, an deren vorläufigem Endpunkt die Diskussion über den Einsatz im Kosovo steht: Nämlich der Primat des Menschenrechtsschutzes im Rahmen des Völkerrechts, der staatliche Souveränität an diesem Punkt einschränkt. Diese Diskussion hat 2001 ihren Niederschlag gefunden in dem Bericht „*The Responsibility to Protect*“ der „*International Commission on Intervention and State Sovereignty*“.<sup>5</sup>

Die kirchliche Friedenslehre sieht jedoch nicht den einzelnen Staat als konstitutives Mitglied der internationalen Gemeinschaft, sondern den einzelnen Menschen. Die Einheit in der internationalen Gemeinschaft ist schöpfungstheologisch begründet und hat in der Gemeinschaftsbezogenheit der menschlichen Natur ihren Grund. Im 20. Jh. ist uns zunehmend deutlich geworden, dass diese Gemeinschaftsbezogenheit heute nicht mehr auf den Staat als oberste politische Ordnungsgröße beschränkt ist, sondern global zu verstehen ist: Die mit dem Phänomen der Globalisierung beschriebene wechselseitige Abhängigkeit ist derart umfangreich, dass es zu einer Abstimmung der Einzelinteressen in internationalen Rahmen kommen muss. Papst Johannes XXIII. hat hierfür den Begriff des internationalen Gemeinwohles geprägt. Das bedeutet, dass der zwischenstaatliche Interessenausgleich und die anstehenden globalen Aufgaben nicht auf dem üblichen Konferenzwege gelöst werden können, sondern dass es einer global-öffentlichen Autorität bedarf, die analog zur staatlichen Autorität innerhalb eines Staates das internationale Gemeinwohl verfolgt.

### Die Völkergemeinschaft muss sich eine Rechtsordnung geben

**S**oweit ich es sehe, votiert die neuere kirchliche Friedenslehre durchgehend dafür, dass „*sich die Völkergemeinschaft eine Ordnung*“

<sup>5</sup> Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty, *The Responsibility to Protect*, Ottawa 2001.



geben muss, so das II. Vatikanische Konzil (GS 84). Das bedeutet nichts anderes, als dass die Antwort auf die Frage, wie der Krieg dauerhaft überwunden werden kann, wie Umweltzerstörung, Überwindung weltweiter Ungerechtigkeiten oder andere globale Aufgaben, all dies nicht im Rahmen des bestehenden Systems souveräner Staaten gefunden werden kann, so die Konzilsväter 1965. Vielmehr braucht es „eine von allen anerkannte öffentliche Weltautorität, die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten“ (GS 82). Damit geht die kirchliche Friedenslehre deutlich über die Charta der Vereinten Nationen hinaus. Dort ist festgelegt, dass die Vereinten Nationen „auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ beruhen (Art 2). Die Charta der Vereinten Nationen hat zwar einerseits das Gewaltverbot völkerrechtlich fixiert und damit die Souveränität der Mitgliedsstaaten eingeschränkt, verzichtet aber zugleich darauf, die Durchsetzung des Verbotes institutionell abzusichern, weil die Mitglieder im UN-Sicherheitsrat im Zweifelsfall eher ihre eigenen nationalen Interessen vertreten als über die Interessen der internationalen Gemeinschaft zu wachen. Die Vetomächte können darüber hinaus einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates blockieren und so die UN daran hindern, zu handeln. Diese Blockade zu überwinden ist eine zentrale Forderung der kirchlichen Friedenslehre.

Schauen wir vor diesem Hintergrund den Fall Dallaire an, dann wird das Problem deutlich: General Dallaire erhält von den Vereinten Nationen den Auftrag, mit militärischen Mitteln den Friedensprozess in Ruanda abzusichern. Die von Dallaire angeforderten 5000 gut ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten werden ihm allerdings ebenso wenig zur Verfügung gestellt wie die für die Durchführung des Auftrags erforderliche Entscheidungsfreiheit vor Ort. Dallaire erhält nur die Hälfte der benötigten Soldaten – 2.500 – und lediglich die belgischen und tunesischen Soldaten entsprechen dem geforderten Standard. Der kanadische General kämpft mit unzähligen Detailproble-

men. So können seine Truppen nicht miteinander kommunizieren, weil nur wenige Soldaten aus Drittweltländern die Verkehrssprache Englisch beherrschen. Die angeforderte Ausrüstung kommt zum Teil so spät an, dass Versorgungsgüter von der Munition bis zum Wasser während des Einsatzes fehlen. Die UN-Blauhelme aus Bangladesh laufen beim ersten Feuergefecht davon, um sich in Sicherheit zu bringen. Schließlich muss Dallaire immer wieder feststellen, dass Truppenkommandeure eher den Befehlen aus ihren Hauptstädten folgen als seinen Anweisungen als UN-Kommandeur. Was all dies bedeutet wissen Soldaten besser als ich.

Ursache dieser Probleme sind zum ersten die mangelnde Bereitschaft der entscheidenden Staaten im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die für den Auftrag erforderlichen Mittel aus der nationalen Zuständigkeit in die Hände der VN zu geben, obwohl sie zuvor im Sicherheitsrat für die Durchführung des Auftrags gestimmt hatten. Der Generalsekretär der VN darf aber laut Charta nur in dem Rahmen handeln, den der Sicherheitsrat vorgegeben hat. Aus Rücksicht auf die jeweiligen nationalen Interessen wurden sowohl UN-Generalsekretär Butros-Ghali wie dann auch dem UN-General Romeo Dallaire die Hände gebunden: US-Präsident Clinton hat Rücksicht auf den Kongress in Washington genommen, der nach der Katastrophe der Delta Force in Mogadischu nicht bereit war, erneut Risiken einzugehen und auch kein Geld zur Verfügung stellen wollte. Frankreichs Präsident Mitterand hatte Militärberater in der ruandischen Armee und wollte diesen Einfluss nicht durch ein zu starkes UN-Mandat gefährdet wissen. Wo man hinschaut, kommt das gleiche Muster heraus: Die in diesem konkreten Fall den UN-Sicherheitsrat dominierenden Staaten haben ihre partikularen Interessen im Blick, die sie dem gemeinsamen Interesse der Völkergemeinschaft vorgeordnet haben, obwohl der Sicherheitsrat subsidiär für den Schutz vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zuständig ist, d.h. dann, wenn ein Staat seiner Aufgabe nicht nachkommt oder nachkommen kann.

Die Institution der Vereinten Nationen ist aber nach dem Willen der Staaten bis heute nicht stark genug, das Gesamtinteresse der Völkergemeinschaft auch in einem solchen eklatanten Fall von Staatsegoismus gegenüber den Einzelinteressen der Staaten durchzusetzen. Solange dies so ist, wird es auch künftig Fälle wie den Völkermord in Ruanda geben und es werden UN-Blauhelme dabeistehen und zusehen müssen, weil der Egoismus nationaler Interessen ihre Hände bindet. Dies ist eine Situation ist, in die kein Soldat gebracht werden darf.

### Soldatisches Dienen in der Spannung zwischen Grundgesetz und Konzil

Die geschilderte Spannung wird deutlich, wenn man den Soldateneid mit einer viel zitierten Passage des Konzils über den Soldatendienst vergleicht: Der deutsche Soldat und die deutsche Soldatin schwören, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.<sup>6</sup> Das II. Vatikanische Konzil verpflichtet dagegen die Soldaten auf einen größeren Horizont: „Wer als Soldat im Dienst seines Vaterlands steht, verhalte sich<sup>7</sup> als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ (GS 79).

Was bedeutet es für Soldaten, die den staatlichen Eid leisten und sich zugleich als Christen an der Friedenslehre der Kirche orientieren wollen? Während der Diensteid den Soldaten und die Soldatin auf die staatliche Gemeinschaft verpflichtet, will es das Konzil dabei nicht bewenden lassen und weitet die Verpflichtung vorsichtig aus: Die Verpflichtung, die Sicherheit und Freiheit des eigenen Volkes zu verteidigen, darf nicht auf Kosten der Sicherheit und Freiheit anderer Völker gehen, wie dies in Ruanda geschehen ist. Beides muss in Übereinstimmung gebracht werden.

<sup>6</sup> Soldatengesetz § 9.

<sup>7</sup> In der gängigen deutschen Übersetzung des lateinischen Textes heißt es „betrachte sich“. Damit wird aber meines Erachtens die Sinnspitze des lateinischen „sese habeat“ nur teilweise deutlich. Ich übersetze *sese habeat* mit „der Soldat verhalte sich“, damit der Forderungscharakter der Aussage deutlich wird.

Soweit ich es beurteilen kann, vollzieht das Konzil hier eine Revolution in der kirchlichen Friedenslehre: Bis dato wurde der Soldatendienst auch in kirchlichen Texten als auf das staatliche Gemeinwohl bezogen gesehen. Das Konzil weitet diesen Orientierungsrahmen aus und fordert vom Soldaten, auch das universale Wohl in den Blick zu nehmen.

Schauen wir noch einmal den Fall Dallaire an, so wird eine brisante politische Entscheidung deutlich: Die westlichen Staaten haben genau die gut ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten, die General Dallaire angefordert hatte und nicht erhalten hat, zur Evakuierung ihrer Staatsbürger aus Ruanda eingesetzt. Auch Deutsche, die zu diesem Zeitpunkt in Ruanda lebten, wurden von belgischen Fallschirmjägern evakuiert. Ebenso standen französische, italienische und amerikanische Elitetruppen in den Nachbarländern bereit und haben westliche Staatsbürger in kürzester Zeit aus dem Land geholt. Verzweifelte Appelle von General Dallaire, diese Soldaten im Land zu lassen, damit er dem hunderttausendfachen Morden ein Ende setzen könne, verhallten ungehört. Selbst wenn sie es gewollt hätten, wurde es den Soldaten versagt, in diesem ganz konkreten Fall „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ zu sein, weil die Regierungen in London, Paris, Rom, Washington auch in Berlin kein wirkliches Interesse daran hatten. Auch die Öffentlichkeit war mit anderen Themen beschäftigt.

General Dallaire ist über diese Situation im wahrsten Sinne des Wortes wahnsinnig geworden. Er hat sich in lange psychiatrische Behandlung geben müssen und ist noch heute, mehr als zehn Jahre danach, auf Psychopharmaka angewiesen. Er hat sich als verantwortlicher militärischer Führer einen großen Teil der Schuld daran gegeben, dass es ihm nicht gelungen ist, den Völkermord zu beenden, und so viele tausend Menschen auch unter den Augen der UN-Blauhelme ermordet wurden, weil diese den strikten Befehl hatten, nicht zu den Waffen zu greifen, sondern nur zu beobachten. Davon abgesehen hatte Dallaire auch nicht genügend Mittel, um einen Kampfeinsatz gegen die –

relativ schwache – ruandische Armee und Miliz führen zu können, ohne das Leben aller UN-Blauhelme zusätzlich auf Spiel zu setzen.<sup>8</sup>

### Begründet die Kolonialgeschichte nicht eine besondere Verpflichtung gegenüber Afrika?

Lassen Sie mich noch einmal auf das oben angesprochene Verhältnis zwischen Staat und Völkergemeinschaft zu sprechen kommen. Ich hatte eben gesagt, dass für globale Aufgaben wie die Umweltzerstörung auch effektive internationale Institutionen geschaffen werden müssen. Der Blick auf die Diskussion in der EU macht deutlich, dass in der Bevölkerung zu Recht eine große Skepsis gegenüber Riesenbürokratien herrscht. Das Prinzip der Subsidiarität hilft hier zu einer angemessenen Aufgabenverteilung zu kommen: Aufgaben sind dort zu belassen, wo sie am besten erledigt werden können: Erziehung und Sorge für Kinder ist eine primäre Aufgabe der Eltern. Nur wenn die Familie versagt oder nicht in der Lage ist, dieser Aufgabe nachzukommen, soll die nächsthöhere gesellschaftliche Ebene helfend, d.h. subsidiär, eingreifen. Entsprechend ist das Verhältnis von Staat und institutionalisierter Völkergemeinschaft zu denken. Dort, wo der Staat seine Aufgaben erfüllt – heute spricht man dann von Good Governance –, sind die UN nicht zuständig. Subsidiäre Hilfe ist aber in einigen Ländern z.B. im Bereich Gesundheitsvorsorge oder Infrastrukturentwicklung notwendig, wenn der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommen kann. Ganz besonders augenscheinlich wird dies nach einer Katastrophe, wenn ein Staat sich an die Völkergemeinschaft wendet und um Hilfe von außen nachsucht. Hier ist derjenige verpflichtet, subsidiär helfend einzuspringen, der dazu in der Lage ist. Dass die Menschen in afrikanischen Ländern häufig die Völkergemeinschaft um Hilfe bitten müssen, daran haben wir uns gewöhnt.

Aber mir ist in der Beschäftigung mit der Vorgeschichte des Völkermordes in Ruanda klar geworden, dass es einen weiteren Aspekt gibt, der Hilfe begründet: Die Kolonialgeschichte, die Europa und Afrika miteinander

verbindet, ist einseitig zum Nachteil der afrikanischen Völker ausgegangen und zum Vorteil Europas. Lassen Sie mich kurz auf dieses Problem am Beispiel der belgischen Herrschaft in Ruanda hinweisen:

Jahrhunderte lang lebten Hutus und Tutsis im Gebiet des heutigen Ruanda und Burundi neben- und miteinander. Die Unterscheidung in Hutus und Tutsis hat ihrem Ursprung in der unterschiedlichen Lebensweise: „Hutus“ heißen diejenigen, die Land bearbeiten und eher in den regenreichen Gebieten lebten, während „Tutsi“ in der Landessprache derjenige genannt wurde, der Vieh hat. Weil Vieh zu besitzen mit dem Tragen von Waffen einherging und prestigeträchtiger war, rekrutierten sich die Herrscher gewöhnlich aus dem Kreis der Viehbesitzer; allerdings gab es auch Herrscher aus dem Kreis der Bauern, der Hutus. In ihren äußerlichen Merkmalen lassen Hutus und Tutsis sich nicht sicher voneinander unterscheiden, wenngleich die in der Steppe lebenden Hirten – an das Klima angepasst – eher groß und schlank waren, während die Bauern eher kleiner und kräftiger waren. Da Bauern und Hirten über Generationen untereinander heirateten, gehören klare äußere Merkmale in den Bereich des Mythos.

Herrschaft verstanden die Menschen als eine wechselseitige Beziehung: So hatte der Herrscher seine Anvertrauten wirksam zu schützen und konnte dafür angemessene Steuern verlangen. Sobald die Wechselseitigkeit zum Nachteil der Bauern ausging, war es nicht unüblich, sich der Herrschaft zu entziehen. Der Herrscher musste also im eigenen Interesse auf das Wohl der Beherrschten Rücksicht nehmen.

Erst die belgische Kolonialherrschaft beendete seit den 1920er Jahren dieses austarierte Verhältnis in mehrfacher Hinsicht.

– Erstens zogen sie ausschließlich Tutsis für die Verwaltung heran; sie genossen auch eine entsprechende Schulbildung. Hutus blieben davon ausgeschlossen. Die belgischen Kolonialherren interpretierten die vorwiegend angesprochenen Verhältnisse, Tutsis herrschten über Hutus, normativ und waren der Überzeugung, dass

<sup>8</sup> Alison Des Forges, *Kein Zeuge darf überleben*, 169f.

die Tutsis den Hutus überlegen und besser für die Verwaltung des Landes geeignet waren.<sup>9</sup>

- Zweitens interpretierten sie die in Afrika vorgefundenen Verhältnisse mit den aus Europa mitgebrachten Deutungsmustern: Im Sinne des Nationalismus und der grassierenden Rassentheorien sahen sie Hutus und Tutsis als verschiedene Völker an, die unterschiedlichen Ursprungs seien mit einer je eigenen Geschichte. Ausgehend von den bestehenden Herrschaftsverhältnissen entwickelten die Belgier einen ruandischen Geschichtsmythos, der sich fatal auswirken sollte: Die Hutus wären demnach die Bauernbevölkerung, die von den später eintreffenden Tutsis beherrscht würden. Konflikte zwischen den beiden Völkern gingen jeweils zum Nachteil der den Tutsis unterlegenen Hutus aus.
- Drittens war die Kolonialherrschaft auf ökonomische Ausbeutung und nicht auf Ausgleich zwischen den Interessen angelegt. So veränderten die Belgier die Herrschaftsrelation: Die Tutsis sahen sich in der Rolle der Ausbeuter ihrer Landsleute in Dienste der Kolonialherrschaft, die Hutus sahen sich einer Herrschaft der Tutsis gegenüber, die auf ihre Interessen keine Rücksicht mehr nahm und auf konsequente ökonomische Ausbeutung hinauslief.

Schließlich begann die belgische Kolonialherrschaft, die ethnische Identität von Hutus und Tutsis zu erfassen und registrieren zu lassen. Vermeintliche ethnische Identität war daher am Beginn des Lebens entscheidend für den Zugang zu Bildung und sozialem Status. Die einstige prinzipielle Durchlässigkeit zwischen Hutu und Tutsi wurde durch einen sich verfestigenden Gegensatz ersetzt. Hutu sein bedeutete Unterdrückung zu erleiden, Tutsi sein war gleichbedeutend mit Unterdrücker sein.

Es verwundert daher kaum, dass die Unabhängigkeitswahl von 1961 von der Bevölkerungsmehrheit der Hutus (84%) gegen die Tutsis (15%) gewonnen wurde. In der Folge kam es

zu der ersten Vertreibung vieler Tutsis aus Ruanda, die ihrerseits durch Übergriffe ihre Lage zu verbessern suchten. Der Grundkonflikt war durch die Kolonialherrschaft angelegt, er schwelte seit der Unabhängigkeit des Landes 1959 und ist in den neunziger Jahren von der herrschenden Partei bewusst instrumentalisiert worden, um ihre instabile Macht zu festigen – ein vergleichbares Muster übrigens, wie es Milosevic in Jugoslawien angewandt hat.

Fragile Staatlichkeit, die in einen grausamen Krieg eskalieren kann, ist aber nicht nur ein afrikanisches Problem. Angesichts der gemeinsamen europäisch-afrikanischen Kolonialgeschichte muss man m.E. folgern, dass Europa eine ethische Verantwortung gegenüber Afrika hat, die über die normale Solidarität in der Völkergemeinschaft hinausgeht. Vereinfacht könnte man behaupten, dass Europa einen guten Teil seines ökonomischen Vorsprungs zu Lasten Afrikas erworben hat. Afrika hat dies mit der Zerstörung seiner traditionellen politischen Strukturen bezahlt, eine Wunde, die bis heute noch nicht verheilt ist.

#### Zu einer realistischen ethischen Bewertung der UN-Einsätze

**W**as lässt sich nun aus dem Gesagten für Soldaten folgern, die in Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen geschickt werden? Ei-

nerseits gilt die ethische Forderung nach einer UN-Reform. Hier sind wir alle als Staatsbürger – und ich möchte anfügen als Weltbürger – gefordert. Wir werden aller Voraussicht nach mit den dargestellten strukturellen Problemen der UN zumindest für diese Generation leben müssen, das heißt, dass ethische Urteile unter dieser Prämisse zu fällen sind. Für Soldaten heißt dies, dass sie ihren Dienst in UN-Einsätzen tun angesichts eines sich in Entwicklung befindlichen Völkerrechts und einer nur in Ansätzen entwickelten UN. Der entsprechende Auftrag wird also in nationaler Verantwortung – in Deutschland durch das Parlament – erteilt. Sofern es um die Verteidigung des internationalen Gemeinwohls geht, muss der Soldat von den politischen Verantwortungsträgern fordern und fordern können, dass der Einsatz dieses Ziel im Blick hat: Das internationale Gemeinwohl darf durch den entsprechenden militärischen Einsatz zumindest nicht untergraben werden, sondern soll befördert werden. Was dies im Einzelfall heißt, ist dann noch schwierig genug zu beurteilen. Insofern die ethische Forderung gilt, dass die UN weiterzuentwickeln sind, müssen internationale Einsätze darauf hin überprüft werden, dass sie die Weiterentwicklung der UN zumindest nicht untergraben, besser noch fördern. □

#### Kurz berichtet:

### Generalinspekteur sieht steigende Bedeutung der Militärseelsorge

**D**ie Militärseelsorge wird bei der Bundeswehr nach den Worten von Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan immer wichtiger. Derzeit seien 7.000 Bundeswehrsoldaten in vielen Teilen der Welt im Einsatz, sagte Schneiderhan am 11.01.2008 vor Journalisten in Sankt Peter im Schwarzwald. „*Wir sind konfrontiert mit Verwundung und Tod, langer Abwesenheit von zu Hause und fremden Kulturen.*“ Diese Herausforderungen könnten die militärischen Vorgesetzten nur begrenzt auffangen. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut vom Katholischen Militärbischofsamt in Berlin kritisierte, dass zehn Prozent der Planstellen der Militärseelsorge nicht besetzt seien. Er werbe intensiv dafür, dass die Diözesen ihn bei der Suche nach geeigneten Militärseelsorgern unterstützten. Schneiderhan und Wakenhut äußerten sich am Rande einer Tagung der katholischen Militärseelsorger aus Baden-Württemberg und Bayern. (KNA)

<sup>9</sup> vgl. Alison Des Forges, Kein Zeuge darf überleben, 61.



# Gibt es aus theologisch-philosophischer Sicht eine „spezielle Ethik“ des Soldatenberufes?

VON MSGR. PROF. DR. THEOL. PETER SCHALLENBERG

Von den Anfängen einer ethischen Betrachtung, über die verschiedenen Gedankenmodelle gab Professor Schallenberg in neun Teilschritten Antwort auf diese Frage. In der anschließenden Diskussion wurde klar, dass jegliche Unterrichtung bzw. Exerzitien immer nur Grundlage eines Handlungsbewusstseins sind, welches sich dann in Einzelsituationen jeweils neu bewähren muss.

## 1. Technisch orientierte Welt

Die Welt, die in eine verifizierbare (physische) und geistige (metaphysische) eingeteilt werden kann, wird immer mehr technisch erfasst. Dies bedeutet, dass Abläufe besser und verständlicher gemacht werden, und dieser messbare Fortschritt gibt anscheinend das Ziel vor. Alles ist verbesserbar (bis hin zu Zeugung und Sterben), aber nicht der Mensch.

Dieser sträubt sich seit Jahrhunderten, seit dem Brudermord von Kain und Abel bis hin zu Auschwitz, gegen jede Verbesserung. Technisch ist vieles, fast alles machbar – aber ethisch?

## 2. Ethik als Notwendigkeit

Ethik wird da notwendig, wo keine naturalen Zwänge und keine Instinktsteuerung wie im Tierreich herrschen. Das Tier „weiß“, was gut und lebensförderlich ist und was schlecht bzw. abträglich ist. Der Mensch hingegen ist das (nach Nietzsche) „nicht festgestellte Tier“ und zwar in des Wortes doppelter Bedeutung:

Es ist erstens kaum festzustellen, was den Menschen vom Primaten unterscheidet, da es kaum Unterschiede im Erbgut gibt (98,6 % Übereinstimmung der Erbmasse mit den Bonobo-Schimpanzen) und zweitens besitzt der Mensch keine „Feststellbremse“, das bedeutet, es herrscht keine Instinktsteuerung vor, sondern weitestgehend Entscheidungsfreiheit, die bis hin zum Selbstmord gehen kann. Damit unterliegt der Mensch der Last einer ständigen Entscheidungsnot: will ich weiterleben, und wenn ja, wie?

Der sich selbst reflektierende Mensch also muss sich sagen, wo er vernünftige Grenzen ziehen will im Hinblick auf das beste Ziel des Lebens. Ethik hat die Aufgabe, nach



Msgr. Prof. Dr. theol. Peter Schallenberg, Direktor der Kommende in Dortmund und Inhaber des Lehrstuhls für Moralthologie an der Theologischen Fakultät in Fulda; links neben dem Referenten der Leiter der GKS-Akademie, Oberst a.D. Karl-Jürgen Klein. (Foto: F. Brockmeier)

dem langfristig Besten für sich selber und für die Mitmenschen zu fragen und im Blick darauf freiwillige Grenzen zu ziehen und im Verhalten zu beachten. Dies geschieht in ständiger Güterabwägung. Das Gute wird durch das Bessere angestrebt mit der nicht leicht zu beantwortenden Frage: Was wäre das Bessere hier und ganz konkret in dieser Situation?

Diese Fragestellung findet in unserer postmodernen Zeit statt, in der die Autoritäten sich in der Krise befinden, nicht anerkannt werden und in der es anscheinend keine wertverbürgenden Traditionen mehr gibt. Jeder muss scheinbar das ethische Rad für sich selbst neu erfinden.

## 3. Ethik als Dienerin

Ethik dient in dieser Hinsicht dem Menschen und zwar in zweifacher Weise: Erstens verbürgt sie das Gute für das Individuum, so dass der

individuelle Mensch sich fragt: Was ist für mich grundsätzlich und auch konkret das Gute? Zweitens verbürgt sie das Gute in allgemeiner Form im Begriff der Menschenwürde mit der Frage: Was ist das Gute für den Menschen schlechthin.

Beides wird normalerweise identisch gedacht, denn in unserer abendländischen Tradition ist das Individuum Repräsentant der Menschenwürde und damit dieser verpflichtet. Für den Christen drückt sich das darin aus, dass der Mensch Ebenbild Gottes ist. Somit ist es gut für mich, zu leben, und es ist gut für jeden Menschen schlecht hin zu leben. Diese positivistische Auffassung kann aber zu Differenzen führen, denn Ethik heißt auch Entscheidungsfreiheit. Eine solche Differenz kann lauten: Es ist zwar grundsätzlich gut, zu leben, aber nicht für mich und daher beende ich mein Leben, oder: Es ist zwar grundsätzlich

gut, zu leben, aber nicht für diesen Terroristen, und daher beenden wir sein Dasein.

#### 4. Menschenwürde – Menschenrechte

Die Begriffe „*allgemeine Menschenwürde*“ und „*Menschenrechte*“ schützen die individuelle Menschenwürde dadurch, dass sie bestimmte Handlungen verbieten, wie zum Beispiel Folter, Sklaverei, Kannibalismus. Sie – die individuelle Menschenwürde – wird geschützt, auch wenn dies momentan dem Individuum nicht, noch nicht oder nicht mehr einsichtig ist. Dieser objektive Begriff der Menschenwürde, auf die der Mensch immer und überall verpflichtet ist, will das Individuum schützen vor leichtfertigem Verzicht auf diese eigene Würde. Damit wird gewährleistet, dass die Menschenwürde ein gleich bleibend hohes Niveau besitzt und nicht unterminiert werden kann. Eine Gefahr liegt im Totalitarismus, wenn gesagt wird, wir (die Herrschenden) wissen schon, was gut für den Einzelnen ist.

#### 5. Ethik in der Realität

Wie sieht nun nach Auskunft des christlichen Menschenbildes dieser Mensch aus? Ist es desillusionierend, wenn Karl Valentin sagt: „*Der Mensch an sich ist gut, aber er wird immer seltener*“. Das meint doch, das Idealbild des Menschen, das Gottebenbild, kommt in der Realität, außerhalb des Paradieses, nur fragmentarisch und selten in erkennbarer Schärfe vor. Oder mit dem rheinländischen Hausmeister ausgedrückt, für den die leuchtende Glühbirne der Normalzustand ist. Ist sie erloschen, meint er lapidar: „*Normal müsste die gehen*.“ Dies bedeutet doch nichts anderes, als dass der Mensch gut ist (Normalzustand), wenn das Gute erloschen ist, herrscht der Nicht-Normalzustand, die Bosheit. Um den Normalzustand wiederherzustellen, hilft die Ethik durch die Frage nach dem Guten. Politisch gesehen meint das aber, Reparatur und Restauration und Sanierung statt Revolution, Augustinus statt Marx!

Letztendlich entzieht sich aber die Seele der Politik, dies bedeutet, Ehe und Familie sind die Keimzelle des Staates, nicht die Parteien.

#### 6. Ethik in der langfristigen Perspektive

Ursprünglich hat Gott den Menschen ideal gedacht und erschaffen, aber mit der Freiheit des Abwägens und Auswählens, auch mit der Freiheit zum Bösen ausgestattet. Daher kommt es zu der kurzfristigen Wahl des Bösen, das sich zum ersten Mal im Brudermord von Kain an Abel manifestiert und seitdem das menschliche Leben begleitet. Das Böse ist in dieser Sicht eigentlich kurzfristige, also verminderte Gutheit, oder deutlicher ausgedrückt, relative und kurzfristige Nützlichkeit. Im Rückschluss müsste Ethik immer eine möglichst langfristige Perspektive anstreben, um das wirklich Gute und nicht das augenblicklich Nützliche in den Blick zu bekommen.

Die langfristige aller Perspektiven aber ist Gott, so dass von der theologischen Ethik gefragt wird: Was ist angesichts der Ewigkeit Gottes und meiner Berufung, in dieser Ewigkeit ewig leben zu sollen, das wirklich Gute und Beste?

#### 7. Ethik und Liebe

Außerhalb der Idealität, außerhalb des Paradieses ist alles knapp, besonders aber das kostbarste aller Güter, nämlich die unbedingte Liebe. Diese höchste Liebe, die jenseits aller kurzfristig beglückenden Tauschvorgänge liegt, definiert das Christentum als das letzte Ziel menschlichen Lebens und Handelns: Jeder will und hat das Recht, in unbedingter Weise angenommen und geliebt zu sein, ohne lieb sein zu müssen!

Diese hingebende Liebe aber wird, augustinisch gesprochen, nach dem Sündenfall durch das „*minimum morale*“ der staatlichen Gerechtigkeit verbürgt, als Grundwasserspiegel gleichsam einer notwendigen, längst aber nicht hinreichenden Ethik der Solidarität und Solidität.

#### 8. Ethik des Soldaten

Hier kommt die Ethik des Soldaten in den Blick, und zwar zweifach:

- Als persönliche Tugendethik der Berufung zu echtem Menschsein (Ewigkeit denken) und Christsein (Gott denken) und der Berufung zur Einübung (*exercitium*) ritterlicher Liebe, denn der Ritter ist das Vorbild des unbestech-

lich gerechten und tugendhaften Menschen;

- als Repräsentant der staatlichen Solidität, die wesentlich darin besteht, Menschen in ihrer ethischen Solidität zu festigen und zu fördern und nicht über Gebühr in Versuchungen zum Bösen zu führen.

Hier wird auch der Wortstamm deutlich, denn das Wort „*Soldat*“ kommt ja vom italienischen Wort „*soldo*“ (Sold, Münze) und dies wiederum vom lateinischen „*solidus*“, das auf den festen und verlässlichen Wert der Münze verwies.

#### 9. Einübung (*exercitium*)

Dies meint zuletzt: Einüben der Ritterlichkeit des Herzens und des Denkens, in Tapferkeit und Geduld, eintüben in ein letztes einsames Ringen mit sich selbst und dem eigenen Ungenügen und dem durchaus mangelhaften Schicksal: „*Gewiss vollkommen werden. Aber nicht, indem man von sich wegläuft. Nicht, indem man sich in eine fremde Art hineintäuscht, sondern von der eigenen Art aus: „Ich will zu Gott, aber auf meinem Weg und auf meinen Füßen. Dann erst beginnt das eigentliche Ringen“<sup>1</sup>.*

#### Zusammenfassung der anschließenden Diskussion:

Auf die Frage, wie man diese schwere Kost in die Herzen der Männer bringen könne, antwortete der Referent, dass es heute schwieriger sei als früher, was nicht zuletzt daran läge, dass die Oberflächlichkeit, das dauernde Abgelenktsein stark zugenommen habe, somit man nur durch kleine Schritte zum Ziele kommen könne, durch Einübung, Disziplin des Denkens und Gutherzigkeit. Einigkeit bestand darin, dass es keine „*spezielle Soldatenethik*“ gäbe, aber der Soldat häufiger in Grenzsituationen kommen kann, in denen ihm dann seine ethischen Grundlagen verlässliche Stütze und Hilfe sein können. Die Grundlagen seien gelegt, jetzt käme es darauf an, die Einzelfälle für sich zu entscheiden. □

<sup>1</sup> Zit. Nach: R. Guardini, Vom ritterlichen Mann, in :Briefe über Selbstbildung, Mainz 1985, S.98.

# Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit

## Geschlechterkulturen benachteiligungsfrei gestalten – eine ethische Dimension zwischen Mann und Frau?

Der Referent Dr. rer.-pol. Peter Döge – Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes und Mitgründer des Institutes für anwendungsorientierte Innovations- und Zukunftsforschung e.V. (IAIZ) in Berlin – stellte an Beispielen der Sozialwissenschaften, die mit Hilfe von Exklusionstechniken (*Ausschließungstechnik*, d. Red.) verschiedene Spannungsfelder untersucht haben, die Situation der Geschlechterkultur zwischen Mann und Frau dar und machte Lösungsvorschläge. Nachstehend eine Zusammenfassung des Vortrags.



(Foto F. Brockmeier)

Der Referent Dr. Döge behandelte in seinem Vortrag das Verhältnis zwischen Mann und Frau in der Arbeitswelt und in der Sichtweise der Politik. Grundlage aller Dinge sei die biologische Tatsache, dass sich die Geschlechter in den Körpermerkmalen nun mal unterscheiden. Dies führe zwangsläufig zu verschiedenen Tätigkeitsmustern, was sich letztendlich in unterschiedlichen Lebensmustern widerspiegele. Problematisch sei nicht diese unterschiedliche Entwicklung, sondern die Tatsache, dass die weiblichen Tätigkeiten und Lebensmuster schlechter angesehen seien als die männlichen. Dies führe zu einem „Nachholbedarf“ bei dem weiblichen Anteil der Bevölkerung, der sich in politischen Programmen manifestierte.

Zuerst erfolgte der Versuch, die objektiv vorhandene Benachteiligung der Frauen durch die Gleichstellungspolitik zu mindern bzw. zu beseitigen. Als direkte Folge davon wurden Quotenregelungen eingeführt, die dafür sorgen sollten, dass gleich viele Frauen wie Männer in den Organisationen bis hin zu den Führungsetagen vertreten sein sollten. Diese Form der Politik gehe aber davon aus, dass Männer und Frauen gleich seien. Deutlich würde dies in den Befragungen von Soldatinnen, die letztlich die Kernaussagen brachten: „Wir machen das wie die Jungs“. Damit sei die Gleichstellung im Grunde schon gescheitert, denn sie gehe von dem Gleichheitsmaß des männlichen Tätigkeitsfeldes aus, das aber nicht gänzlich dekklungsgleich mit dem weiblichen sein könne.

Deshalb könne der erfolgsversprechende Weg nur sein: Weg von der Gleichstellung hin zu der Gleichwertigkeit. Die Tätigkeiten und Lebensmuster von Männern und Frauen müssten als gleichwertig angesehen werden, wobei als Leitbild die „Verhandlungsfamilie“ dienen könne, in der eben verhandelt würde, wer den Haushalt mache, die Kinder hauptsächlich erziehe und wer zur Arbeit gehe, um den Lebensunterhalt zu verdienen. In diesem Modell würden Mann und Frau realitätsbezogen unterschiedlich gesehen und nach ihren Fähigkeiten, Kompetenzen und Vorlieben eingesetzt. Dadurch werde die Geschlechtervielfalt positiv gesehen, denn die wahren Unterschiede würden auch durch eine Gleichwertigkeitspolitik nicht nivelliert.

Diese Unterschiede liegen einmal darin, dass nur Frauen Kinder gebären können. Die unterschiedliche Anatomie zeige sich unter anderem in der Durchschnittsgröße (Männer 1,77 m und Frauen 1,60 m) und in der Tatsache, dass Männer mehr Muskelmasse aufbauen würden. Daraus resultierten Geschlechtermerkmale, auf denen sich Erwartungen begründen und die in Handlungen enden würden.

Dr. Döge warnte eindringlich vor bipolaren Stereotypen und riet, immer die Unterschiede zwischen Form und Inhalt zu beachten. Dabei erwähnte er folgende Beispiele:

- Männer seien nicht emotional,
- Frauen seien friedfertig, nicht gewalttätig,
- Männer seien technisch kompetent.

Als der Referent zum ersten Beispiel der fehlenden Emotionalität der Männer auf das Verhalten beim Fußballspiel zu sprechen kam, war dieses Stereotyp schon widerlegt. Zur Behauptung, Frauen seien friedfertiger und nicht so gewalttätig wie Männer, verwies der Referent auf die polizeilichen Statistiken, die keine signifikanten Unterschiede bei den klassischen Gewaltdelikten ergaben. Für die technische Kompetenz der Frauen führte er drei Erfinderinnen an, Frau Melitta Benz (Kaffeefilter), Mary Anderson (Scheibenwischer) und Florence Nightingale (Lazarett).

Die Fähigkeiten der Geschlechter seien nahezu gleich, die Differenz läge im limbischen System<sup>1</sup>. Auch die Motivation, zur Bundeswehr zu gehen, seien bei den Bewerbern und Bewerberinnen gleich, alle sähen den Verdienst, den sicheren Job und die berufliche Perspektive als Entscheidungsgrundlage an. Somit sei der Weg vorgegeben: Von der Gleichstellung von Mann und Frau hin zur Gleichwertigkeit der Tätigkeiten und Lebensmustern. (BB)

<sup>1</sup> limbisches System: Einen Übergang zwischen Großhirn und Hirnstamm darstellendes System, dessen Aufgabe die vegetative (nicht dem Willen unterliegende) Steuerung, Beteiligung an Denk- und Gedächtnisprozessen, Steuerung von Emotionen und Motivation sind und das sinnvolle Reaktionen auf, und Interaktionen mit der Umwelt und anderen Lebewesen ermöglicht. (nach: Wörterbuch der deutschen Sprache 2005)



# Ethische Dimension und militärische Führung im internationalen Kontext – Persönliche Erfahrungen in nationalen und internationalen Verwendungen



## Deutschlands Einbindung in die NATO

Deutschland – und damit die Bundeswehr – ist in dieses Bündnis eingebettet. Dies bedeutet, dass die Bundeswehr als Wehrpflichtarmee in einer Demokratie seit nunmehr 52 Jahren schon international handelt, auch wenn manche dies erst in letzter Zeit bemerkt haben.

Die NATO ist zurzeit in sechs Missionen auf drei Kontinenten engagiert, wobei über all diesen Operationen die Vereinten Nationen als Mandatgeber stehen. Diese sind:

- die Ausübung der luftpolizeilichen Maßnahmen im Baltikum und in Slowenien,
- die multinationale Kosovo Force (KFOR),
- die Ausbildungshilfe für die irakische Armee,
- Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF),
- Operation Active Endeavour (Überwachung des Mittelmeerraumes) und
- die Unterstützung der Afrikanischen Union in Darfur.

Hinzu kommen unterschiedlichste europäische Engagements militärischer und zivil-polizeilicher Art auf

General Karl-Heinz Lather – Chief of Staff bei Supreme Headquarters Allied Powers Europe (CoS SHAPE) in Mons/Belgien und Mitglied im Zentralkomitee deutscher Katholiken – erläuterte in seinem Vortrag zunächst die Struktur des NATO Hauptquartiers und ging dann auf die großen friedensstabilisierenden Operationen des Bündnisses ein, um daran deutlich zu machen, dass jedem dieser Einsätze nicht nur eine militärische, sondern vorrangig eine politische Dimension zu eigen ist. Zum Hauptanliegen des Themas, der „ethischen Dimension und militärischen Führung im internationalen Kontext“, stellte General Lather die NATO als Wertegemeinschaft dar, in der bei aller angestrebten Gemeinsamkeit dennoch jede Teilnehmernation z.B. für ihre Soldaten eigene Leitbilder entwickelt hat. Dies verdeutlichte er am jeweiligen Selbstverständnis der deutschen und der US-amerikanischen Soldaten.

mehreren Kontinenten, die in Verbindung oder parallel zu NATO-Operationen ablaufen.

An KFOR sind insgesamt 24 Nationen mit 15.000 Soldaten beteiligt, darunter auch zehn Nicht-NATO-Staaten. An ISAF sind 38 Nationen beteiligt, darunter elf Nicht-NATO-Mitglieder. In beiden Operationen ist die Multinationalität bis auf die Kompanie-Ebene verwirklicht. Deutschland gehört zu den großen Truppenstellern, und ist in die internationale Befehlsgebung eingebunden. Dies bedeutet, die Beschlüsse von SHAPE werden durch den Kommandeur des Allied Joint Force Command, General Egon Ramms, in Brunssum umgesetzt und dem Kommandeur ISAF in Kabul übermittelt. Die deutschen Anteile sind wegen der deutschen Rechtsposition (Wehrverfassung) an einen nationalen Befehlshaber angebunden (EinsFüKdo) und stellen im Einsatzland vor Ort einen DDO (Dienstältesten Deutschen Offizier), wenn nicht gar wie in Mazar-i-Sharif einen nationalen Befehlshaber im Einsatzland.

## Ethische Dimension der Internationalität im Dienstalltag

Diese Internationalität hat auch eine ethische Dimension. Für die Bundeswehr ist die Innere Führung so wichtig wie eh und je. Dies erklärte

nicht nur Bundespräsident Dr. Horst Köhler bei einer Kommandeurtagung der Bundeswehr. Auch der Generalinspekteur weist stets auf die Bedeutung der Inneren Führung hin, die zur Ausbildung des Bundeswehrsoldaten unbedingt dazugehört, damit der Soldat ein Wertebewusstsein entwickelt und mit Courage für diese Werte eintritt. Die Innere Führung als „Führungskultur“ der Bundeswehr ist Kompass für den deutschen militärischen Führer in der Globalisierung. Sie bestimmt neben seinem Selbstverständnis und Handeln auch seine persönliche Freiheit und Verantwortung.

Wertevermittlung kann auf verschiedenen Wege geschehen: Durch Selbstverständnis, durch Vor- und Leitbilder, durch Erlass von „Ethik im Einsatz“ (s. **Kasten unten**). Dies kann mit Taschenkarten plakativ geschehen oder in Vorschriften ausführlich dargestellt werden. Aber unverzichtbar ist immer eines: Die Werte müssen gelebt werden! Die besten schriftlichen Hilfestellungen werden sinnlos, wenn das tägliche Miteinander – auch mit den Einheimischen im Einsatzland – diese Wertevorstellungen nicht widerspiegeln. Darin liegt auch der Schlüssel für ein erfolgreiches ethisches Training in der Ausbildung: das Vorleben, verstärkt durch ethische Bildung im Rahmen

von Lebenskundlichem Unterricht und Lebenskundlichen Arbeitsgemeinschaften.

### Unterschiede im soldatischen Selbstverständnis

Beim direkten Vergleich eines deutschen Leitbildes mit dem amerikanischen Gegenstück fällt auf, dass die amerikanischen Streitkräfte an-

ders an diese Fragestellung herangehen. Damit ist aber nicht gesagt oder entschieden, welche Vorgehensweise besser ist. Entscheidend wird immer das persönliche Handeln in der entsprechenden Situation sein. Dies wird umso wichtiger, weil auch die Qualität der Einsätze eine andere werden wird.

Das Bündnis besteht durch Solidarität, Zusammenarbeit und Durchhaltefähigkeit. Auch wenn die verschiedenen Nationen sich unterschiedlich den Wertevorstellungen nähern, es bleibt die Wertegemeinschaft der freien westlichen Welt.

(BB)

## Ethik im Einsatz

### Das Selbstverständnis des deutschen Soldaten<sup>1</sup>

#### „Ich und der Andere“

1. Was der Andere Dir tun soll, das tue auch ihm!
2. Respektiere die Freiheit des Anderen und schütze sie!
3. Nimm Dir nicht Deine eigene Würde! Niemand darf Dir Deine Würde nehmen!
4. Was Dir der Andere nicht antun soll, das tue ihm auch nicht an!
5. Respektiere die Würde des Anderen und schütze sie!

#### „Ich und der Fremde“

1. Was hier richtig ist, kann dort falsch sein!
2. Beschäftige Dich mit Deiner eigenen Kultur, Deinen Begründungen und Motiven!
3. Nimm den Fremden nicht nur als Bedrohung, sondern auch als Bereicherung wahr!
4. Lerne den Fremden kennen, seine Begründungen und Motive!
5. Respektiere den Fremden und schütze ihn!

#### „Ich und mein Auftrag“

1. Befehl ist Befehl!
2. Sei gehorsam und denke mit! Gebräuche Deinen Verstand!
3. Du darfst auch freie Entscheidungen treffen!
4. Rechne damit, dass das Gute und Richtige manchmal nicht erkennbar ist!
5. Handle professionell, rechne aber damit, dass Du auch Fehler machst!
6. Bedenke die absehbaren Folgen Deines Handelns!
7. Stelle Deine persönliche Situation in einen größeren Zusammenhang!
8. Bist Du unsicher, dann gehorche Deinem Befehl! Vertraue Deinem Vorgesetzten!
9. Bist Du sicher, anders handeln zu müssen, dann handle anders! Folge Deinem Gewissen!

#### „Ich und die Öffentlichkeit“

1. Als Soldat bist Du eine öffentliche Person und stehst unter ständiger Medienbeobachtung!
2. Sei Dir bewusst, dass in einer Kommunikationsgesellschaft mediale Inhalte in kürzester Zeit global verbreitet werden können!
3. Gehe achtsam bei der Herstellung und Verbreitung von digitalen Bildern und Texten um!
4. Bedenke die Unkontrollierbarkeit Deiner einmal produzierten und veröffentlichten Medieninhalte im Internetzeitalter!
5. Gib den Medien keinen Anlass, schlecht über Dich und Deine Kameraden zu berichten!“

<sup>1</sup> nach einer Taschenkarte der 10. PzDiv; Titel v. on der Redaktion AUFTRAG hinzugefügt



Gerade vor dem Hintergrund der Besonderheiten des militärischen Dienstes ist es wichtig, dass die Soldaten über eine enge und bewusste Bindung an die in der Verfassung verankerten Werte und Normen verfügen. Nur wer die freiheitliche demokratische Grundordnung aktiv anerkennt, kann sie mit Überzeugung verteidigen. Nur wer rechtsstaatliche Grundsätze und Werte selbst im täglichen Dienst erlebt, entwickelt die erforderliche Bereitschaft, sich für sie einzusetzen. (WB 2006, S. 74, Foto S. 65)

### Das Selbstverständnis des US Soldaten



#### „The Soldier's Creed“

- I am an American Soldier,
- I am a Warrior and a member of a team. I serve the people of the United States and live the Army Values.
- I will always place the mission first.
- I will never accept defeat.
- I will never quit.
- I will never leave a fallen comrade.
- I am disciplined, physically and mentally tough, trained and proficient in my warrior tasks and drills. I always maintain my arms, my equipment and myself.
- I am an expert and I am a professional.
- I stand ready to deploy, engage, and destroy the enemies of the United States of America in close combat.
- I am a guardian of freedom and the American way of life.
- I am an American Soldier.

## Wie viel Ethik braucht die Bundeswehr?

Seit Bestehen der Bundeswehr gibt es Rechtsunterricht, Unterricht über Wehrdisziplinarrecht und Lebenskundlichen Unterricht. Da es nach Paracelsus immer auf die Dosis ankommt, untersucht Brigadegeneral Schreiner nicht nur, ob und wie viel Ethik Gesellschaft und Bundeswehr brauchen, er beschäftigt sich auch damit, wie Ethik vermittelt werden kann. BrigGen Karl H. Schreiner ist Direktor Lehre an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Seine Ausführungen können hier nur verkürzt und in der Form des Gedächtnisprotokolls eines Teilnehmers wiedergegeben werden.



Brigadegeneral Karl H. Schreiner, Direktor Lehre an der Führungsakademie in Hamburg im Gespräch mit Oberstleutnant Paul Brochhagen, Bundesvorsitzender der GKS. (Foto: F. Brockmeier)

### Gesellschaft und Bundeswehr brauchen Ethik

Die sicherheitspolitische Konstellation führt dazu, dass die asymmetrische Bedrohung<sup>1</sup> zunimmt und die so genannten „failing states“<sup>2</sup> ein

wachsendes Risiko darstellen werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind die weltweiten Einsätze der Bundeswehr legalistisch aufgearbeitet, es herrscht Übereinstimmung zwischen Volk, Regierung und Armee.

Diese Übereinstimmung ist auf längere Sicht durch folgende Entwicklungen gefährdet:

- Die Gesellschaft befindet sich im Umbruch. Bildung und Information werde immer wichtiger, die Flut der Information immer größer und somit müsste auch die Fähigkeit wachsen, Informationen zu filtern, nach wichtig und unwichtig zu trennen.
- Immer mehr Fachleute überblicken nur noch Teilbereiche ihres Wissens. Dies kann zur Entwicklung einer Bereichsethik führen,

biet das Gewaltmonopol aufrechtzuerhalten. (Quelle: [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de))

die statt einer Gesamtbetrachtung menschlicher Handlungen und Gesinnung nur noch Teile davon unter dem Nützlichkeitsaspekt berücksichtigt. Das wird somit auch eine Frage nach einer Militäretik mit sich bringen.

- Die demographische Entwicklung führt dazu, dass ab 2020/2025 aus dem Berufsleben 300.000 Menschen mehr ausscheiden, als durch die jüngeren Jahrgänge ersetzt werden können. Im dann entstehenden Kampf um die Arbeitskräfte müsste das Berufsbild des Soldaten attraktiv genug sein, um im Wettbewerb bestehen zu können.
- Die Zahl der religiös gebundenen Menschen nimmt, einhergehend mit einer Änderung der Einstellung zu unseren Werten, ab. Nur noch 60 % der Soldaten gehören einer Konfession an. Zunehmend mehr Soldaten mit muslimischem Glauben kommen in die Armee, vereinzelt auch Soldaten mit jüdischem Glauben. Da nicht alle Soldaten praktizierende Christen waren, sind die Zehn Gebote nicht mehr Allgemeingut! Somit wird der missionarische Auftrag der Kirchen wieder aktueller – aber im eigenen Land. Ohne moralisches Fundament wird der Soldat zum Söldner, der nur noch sein Waffenhandwerk versteht. Nicht die Werte wandeln sich, sondern die Bereitschaft, diese Werte als Grundlage des eigenen Handelns anzuerkennen.
- Aus diesen die deutsche Gesellschaft und die Bundeswehr gleichermaßen betreffenden Faktoren lässt sich ableiten, dass ein erhöhter Bedarf an Ethik besteht.

### Vermittlung von Ethik

Ausgehend von dem Skandal um den Umgang mit Totenschädeln

1 Asymmetrische Bedrohung wird auch als „kleiner Krieg“ oder „low-intensity conflict“ bezeichnet. Damit wird eine Konfliktform umschrieben, bei der sich Staaten oder Gesellschaften seitens staatlicher oder nichtstaatlicher Akteure, z.B. terroristische Netzwerke, Befreiungskämpfer, Computerhacker, einer Gefährdung durch zumeist nicht konventionelle Mittel ausgesetzt sehen. (Quelle: *Lexikon des BND*)

2 Als „failing states - Schwache Staaten“ werden Regime in der Dritten Welt, vor allem Afrika, bezeichnet, die aufgrund ihrer finanzpolitischen und verwaltungstechnischen Ineffizienz nicht in der Lage oder willens sind, von der Bevölkerung als legitim betrachtete, dem Gemeinwohl dienende Entscheidungen zu treffen und/oder in ihrem Staatsge-



durch deutsche Soldaten in Afghanistan, stellte der Referent fest, dass auf zwei Seiten mangelnde Urteilsfähigkeit bestanden habe. Auf Seiten der Bundeswehr die Soldaten, die das Absurde ihres Tuns nicht (oder zu spät) erkannt hätten, und auf Seiten der Medien, die unreflektiert mit eigenen Kommentaren versehene Bilder veröffentlichten, ohne deren Wirkung auf die deutschen und die afghanischen Bevölkerung zu berücksichtigen.

Aus diesem Beispiel kann gefolgert werden, dass die ethische Urteilsfähigkeit verbessert werden muss. Auf diese Erkenntnis reagiert die Bundeswehr mit der „DILEMMA-METHODE“<sup>3</sup>, einem Modell zur Bewältigung ethischer Konflikte. Mit berufsspezifischen Änderungen kann mit dieser Methode erreicht werden, dass Soldaten in ihrer Urteils- und Entscheidungsfähigkeit nicht nur theoretisch geschult, sondern für die Praxis sicherer gemacht werden. Die ethische Urteilsfindung muss essentieller Bestandteil der soldatischen Ausbildung bleiben, Soldaten müssen auf eingetübte Werte und Normen zurückgreifen können. Damit stellt sich die Frage, welche Werte können vorausgesetzt werden, wie viel kann man vermitteln?

Vorrangig werden die Normen der Verfassung als Korsettstangen angesehen. Dazu braucht man Tugenden, nicht nur die Kardinaltugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung, sondern eben auch die soldatischen Tugenden – oft als Sekundärtugenden entwertet. Soldaten müssen die moralischen, sittlichen Normen der Gesellschaft verinnerlicht haben. Dabei darf sich die zu vermittelnde Ethik nicht auf Lehrerwissen und messbare Lernerfolge beschränken, denn Ethik ist nicht nur Lernstoff, sondern beinhaltet eine Lebenseinstellung. Eben deshalb ist Ethikvermittlung nicht nur Lebenskundlicher Unterricht, sondern tägliches Vorleben.

Fazit des Referenten: Die Bundeswehr braucht so viel Ethik wie möglich! (BB)

3 Zur „DILEMMA-METHODE“ s.a. Beiträge in: „kompass“ Ausgabe 05/07, S. 4-7: „Ist Moral lehrbar?“, S. 8-11 „Konstanzer Methode ...“ sowie Ausgabe 07-08/07, S. 30 „Lesermeinung“).

## Die Kardinaltugenden und die Einsatzbereitschaft des Soldaten – Eine kritische Reflexion aus der Sicht des Militärbischofs

**M**ilitärbischof Dr. Walter Mixa schlägt den Bogen von dem Soldat als Kämpfer, der bestausgebildet sein Metier beherrscht, zum „miles protector“, der für das Gute eintritt. Dies gelingt nur, wenn zu den Kardinaltugenden auch die übernatürlichen Tugenden hinzukommen. Angesprochen wird die Problematik, dass alle diese Tugenden schwer erlernbar sind und noch schwieriger zu leben. Aber gerade darauf kommt es an, das „Vor-leben“ des Guten.

### Soldat im Spannungsfeld

Der einsatzbereite Soldat ist auf der einen Seite der hochqualifizierende Kämpfer, der durch einsatzvorbereitende Ausbildung etc. seine Qualifikation erwirbt. Auf der anderen Seite sollte er auch durch Tugenden,

land Gerechtigkeit erwartet, in diesem Falle aber von ihm, dem Soldat einer fremden Nation.

Der Militärbischof führte aus, dass Tugend die Fähigkeit des Menschen sei, sein Leben zu meistern. Aristoteles nannte die Haupttugenden



Generalvikar und Domkapitular Peter-Martin Schmidt übermittelt beim Empfang des Militärbischofs für das Seminar der Akademie die Grüße des Fuldaer Bischofs Heinz Josef Algermissen. (Foto: F. Brockmeier)

wie z.B. Gerechtigkeit und Klugheit, im Einsatz Entscheidungen treffen und sein Handeln im Sinne des Auftrages erfüllen können. Dieser verstaubt und antiquiert wirkende Pol des Spannungsfeldes geht schließlich auf Aristoteles zurück. Der Soldat, der hautnah bei den Verlierern der Globalisierung im Auslandseinsatz seinen Dienst versieht, erwartet zu Recht von seinen Vorgesetzten Gerechtigkeit. In der Reflexion über das eigene Tun müssten alle zu der Erkenntnis kommen, dass auch der zu unterstützende Mensch im Einsatz-

Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung. Der Zusatz „Kardinal“ leite sich vom Wortstamm „cordes, die Türangel“ ab und bedeutet, dass diese Tugenden der „Angelpunkt“ des menschlichen Lebens sein sollten. Ein Selbstmordattentäter zum Beispiel reißt Unschuldige in den Tod. Diese Handlungsweise ist sittlich zu verwerfen, weil sie nicht gerecht damit in keiner Weise tapfer sein kann.

Die Kardinaltugenden setzte Dr. Mixa mit Friedenstugenden gleich und sagte, dass durch Ablegen des Eides der Soldat eine sittliche Ver-

pflichtung auf die Werte des Grundgesetzes eingeht. Ob damit ein Vorfall wie im Gefängnis von Abu Ghaib hätte vermieden werden können, kann nicht gesagt werden, denn die Verpflichtung auf die Werte ist keine Garan-



„Beim Empfang des Militärbischofs im Anschluss an seinen Vortrag überreicht der Bundesvorsitzende der GKS, OTL Paul Brochhagen, Bischof Mixa ein Exemplar des bei der Bundeskonferenz im September 2007 verabschiedeten Leitershofener Grundsatzprogramms der GKS „Gemeinsam in die Zukunft - Ziele und Wege. (Fotos: F. Brockmeier)“

tie, dass ein solches Verhalten per se ausgeschlossen werden kann. Gegen Versuchung ist niemand gefeit, Triebhaftigkeit muss unter Kontrolle gehalten werden, deshalb ist die Mäßigung völlig zu Recht im Katalog der Tugenden enthalten. Wenn dann durch Fehlverhalten einiger Soldaten Unrecht geschieht, so ist auch hier Mäßigung



Militärbischof Dr. Walter Mixa mit dem Leiter der GKS-Akademie, Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein.

segsreich, indem man nicht in die allgemeine Schelte einstimmt, sondern Ursachenforschung betreibt und Missstände zu beseitigen sucht.

Tapferkeit sei auch gegenüber dem Freunde nötig, so als sich zum Beispiel die israelischen Piloten weigerten, weiterhin an den Einsätzen zur gezielten Liquidierung angeblicher arabischer Extremisten teilzunehmen. Auch wenn sich Terroristen außerhalb des Rechtes stellten, so sind sie dennoch nicht „rechtlos“ und eine Kasernierung ohne Anwaltskontakte entspräche nicht dem internationalen Rechtsempfinden, so die Äußerungen des Militärbischofs Dr. Mixa.

### Die übernatürlichen Tugenden

Die Militärseelsorge solle helfen, die sittlichen Bindungen aufrecht zu erhalten. Dazu gehörten zweifelsfrei die übernatürlichen Tugenden Glaube, Hoffnung und Liebe. Wer in diesen Tugenden lebe, hätte es leichter, die Kardinaltugenden zu befolgen. Dies sei jedoch keine Garantie, dass der Mensch nicht der Versuchung anheim

fallen könne. Ein gefestigter Mensch habe eine gewisse Seelenstärke, die jedoch nicht durch bloßes Einüben erlernbar sei, sondern durch positive Erfahrung reifen müsse. Wichtig sei hier die Eigenentscheidung des einzelnen Menschen, der in jeder neu auf ihn einstürmenden Situation die Freiheit habe, sich zwischen Gut und Böse zu entscheiden. Mit dieser Erkenntnis sei die Frage: „Wie kann Gott so etwas zulassen?“ schon beantwortet.

Die Geschichte der Versuchungen der Menschen komme immer wieder auf das „so sein wollen wie Gott“, sei es der Apfel im Paradies oder die Stammzellenforschung der modernen Menschheit. Hier gebiete es die Klugheit, sich an die Liebe zu halten und zwar an die bedingungslose Liebe Gottes zu den Menschen, denen er einen Ausgleich am Ende aller Zeiten verspreche. Durch Vermittlung dieses Glaubens werde die Militärseelsorge, so ist Bischof Mixa überzeugt, ein Anker der Hoffnung für die Bundeswehr. (BB)

## Die Bedeutung ethischer Leitlinien (Grundwerte) auf der Basis christlicher Werte, aufgezeigt anhand erfahrener Grenz- und Konfliktsituationen

VON OBERST I.G. REINHARD KLOSS

Die neue, noch nicht erlassene Zentrale Dienstvorschrift ZDv 1/01 „EINSATZ- UND OPERATIONSFÜHRUNG DER BUNDESWEHR formuliert im Kapitel 3 „ETHISCHE GRUNDWERTE MILITÄRISCHEN FÜHRENS“ einen wichtigen Grundsatz: „... Die letzte Instanz des militärischen Führers für seine Entscheidungen und sein Handeln ist sein Gewissen. Der Grundsatz der rechtlichen Überprüfung von Entscheidungen bleibt davon unberührt.“

Diese Aussage beschreibt den Spagat, in welchem sich ein militärischer Führer mit seinen Entscheidungen ständig bewegt:

Dem Ziel, militärisch effektiv und effizient zu sein, rechtliche Vorgaben (vorgegeben auch durch das humanitäre Kriegsvölkerrecht) einzuhalten und daneben noch vor dem eigenen Gewissen zu bestehen. Einfache Naturen machen es sich auch einfach und sagen, was soll das, wozu ethi-



„Oberst i.G. Reinhard Kloss,  
Referatsleiter PSZ I 1 im BMVg,  
Bonn, und Präsident des Apostolat  
Militaire International – AMI.  
(Foto: F. Brockmeier)“

sche Leitlinien, wozu brauche ich ein christliches Werteverständnis, wenn mein Ziel klar ist und meine rechte und linke Grenze durch das Kriegsvölkerrecht vorgegeben werden. Der Staatsanwalt ersetzt den Priester. Damit stellt sich für uns automatisch die Frage, ob internationales Kriegsvölkerrecht christliche Werte ersetzen kann.

Dazu möchte ich noch einmal kurz beleuchten, was von diesem Internationalen Kriegsvölkerrecht denn alles abgedeckt ist. Was darüber steht, die Guideline, ist klar: Es gibt Dinge, die selbst in Kriegszeiten nicht erlaubt sind, d.h., es muss Grenzen der Gewalt geben, die die Menschen einander zufügen.

Darauf basierend ist das Kriegsvölkerrecht aus einer Vielzahl aus Einzelregeln zusammengesetzt, die sich in zwei Kategorien unterteilen:

- Regeln und Gesetze, welche die Menschen schützen sollen, die nicht oder nicht mehr an Kriegsaktivitäten teilnehmen. Dieses „Genfer Gesetz“ von 1949 fasst vier „Genfer Konventionen“ zusammen:
  - die erste von 1864, die verwundete Kranke an Land schützen soll,
  - die zweite von 1906 für die Verwundeten, Kranken, Schiffbrüchigen auf See,
  - die dritte von 1929, die sich mit Kriegsgefangenen befasst,

- die vierte, die dem Schutz von Nichtkombattanten dient.
- Regeln und Gesetze, die den Einsatz von Mitteln und Methoden der Kriegführung. Diese „Haager-Gesetze“ von 1899 (erweitert 1907) befassen sich mit den Mitteln des Krieges, wie z.B. Munitionsarten, den Methoden und den Regeln hinsichtlich Besatzung und Neutralität.

Beide haben sich in der Folge weiterentwickelt und sind teilweise miteinander verschmolzen, wie in den neueren Gesetzen, die z.B. das Folgende regeln sollen:

- den Schutz von Kulturgütern,
- den Einsatz von Biowaffen,
- die Beschränkung von besonderen konventionellen Waffen (z.B. booby trap, Flammen und Hitze),
- das Verbot von Anti-Personen-Landminen nach der Vereinbarung von Ottawa 1997.

Alle diese Einzelgesetze basieren auf den Prinzipien des Kriegsvölkerrechts. Diese Prinzipien versuchen einen Ausgleich zu schaffen zwischen militärischer Notwendigkeit und Menschlichkeit – falls dies überhaupt möglich erscheint. Sie gelten immer und überall. Diese sind:

- Unterscheidung:  
Dieses betrifft die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten ebenso, wie die zwischen militärischen Zielen und zivilen Zielen. Die letzteren sind zu respektieren und dürfen nicht angegriffen werden.
- Verhältnismäßigkeit:  
Verhinderung (so weit wie möglich) von Kollateralschäden. Der verursachte Schaden muss in einem angemessenen Verhältnis zum Ziel/Erfolg des Angriffs stehen. Hier bereits erkennbar, dass es keine digitale Anwendung des Kriegsvölkerrechts gibt und gegeben wird.
- Beschränkung:  
In allen Kriegen ist die Wahl der Mittel und Methoden nicht freigestellt. Waffen und Taktiken, die unverhältnismäßig großes Leiden und Schäden verursachen, sind verboten.

- Militärische Notwendigkeit:  
Es ist nur erlaubt, was die gegnerischen militärischen Kräfte schwächt, und deshalb muss es ausreichen, die größtmögliche Zahl an Gegnern, d.h. Kombattanten, auszuschalten.
- Gute Absicht: (z.B. Krieg zu beenden, dass sich auch der Gegner an die Regeln hält) Diese sollte (muss) zwischen den Kontrahenten stets vorhanden sein. Sowohl zwischen diesen, als auch in Gesprächen mit humanitären Organisationen.
- Menschliche Behandlung und Antidiskriminierung: Alle haben ein Anrecht auf menschliche Behandlung, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Religion etc. Die, die nicht mehr an Kampfhandlungen teilnehmen, müssen auch so behandelt werden.
- Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das humanitäre Kriegsvölkerrecht auf dem Schlachtfeld entstanden ist. Gemacht, um vermeidbare Grausamkeiten zu verhindern und nicht um militärische Effizienz/Effektivität einzuschränken.

Diese Gesetze binden sowohl Staaten, als auch die beteiligten Soldaten, oftmals auch ohne dass sie ratifiziert oder unterschrieben worden sind, weil sie inzwischen Gewohnheitsrecht geworden sind. Einzelne die dagegen verstoßen, sind zunächst in ihrem Land anzuklagen und zu verurteilen, können aber auch von allen anderen Staaten, die einen der Verträge ratifiziert haben, angeklagt werden. Damit könnte man auf die Idee kommen, zu denken oder zu sagen, dass alles so klar geregelt ist, dass dies jede Wertediskussion überflüssig macht. Die Vermittlung von Werten und das Leben und Handeln nach speziell christlichen Werten ist für einen Soldaten, insbesondere zur Ausübung seines Berufes, nicht erforderlich. Für ihn ist die Lage klar, er hat stets eine linke und rechte eindeutig definierte Grenze seines Handelns und dazwischen kommt es nur darauf an, das militärisch Optimale zu erreichen.

Die Frage, was ist wichtiger, der Staatsanwalt – da Gesetze nur



wirken, wenn sie auch durchgesetzt werden können, d.h. bestraft wird bei Nichtbefolgung, – oder der Priester, stellt sich offensichtlich nicht mehr.

**I**ch möchte trotzdem weiter darauf eingehen und dazu einmal die Mittel betrachten, die beiden an die Hand gegeben sind.

Der Hauptunterschied liegt darin, dass Gesetze der Öffentlichkeit bedürfen, um sie durchzusetzen. Ein Gesetz bildet nur die Grundlage dafür, um Anklage erheben zu können und um anschließend zu verurteilen. Es spielt dabei keine Rolle, ob der Einzelne das Gesetz akzeptiert, sei es aus Überzeugung oder weil er Angst hat bestraft zu werden. Sollte jedoch nur die Angst vor Strafe verhindern, dass er dagegen verstößt, so muss das Kontrollsystem sehr effektiv sein. Falls die Chance unentdeckt zu bleiben groß ist, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Einzelne gegen etwas verstoßen, ebenfalls groß.

Religiöse oder auch ethische Gebote und Leitlinien – und damit sind wir wieder beim Thema –, bedürfen hingegen zu ihrer Beachtung keinerlei öffentlicher Mittel. Hierbei ist jeder nur seinem eigenen Gewissen verantwortlich. Es entsteht eine Situation, wie sie genau in der neuen ZDv 1/01 beschrieben sein wird.

**I**ch glaube, dass derjenige, der auf die Frage, warum er Nichtkombattanten nicht bekämpfen darf, antwortet, weil es vom Gesetz her verboten ist, nicht in der Lage sein wird, in echten kritischen Situationen – und dies ist das Thema Grenzwertsituationen – sich an genau dieses Gesetz zu halten.

Lothar Bendel, Referatsleiter im KMBA, formulierte dies einmal so: „Wenn sich der Mensch nicht mehr fragt: soll/kann ich so handeln (vor seinem Gewissen ist gemeint), dann ist er nicht mehr als ein technisch und organisatorisch hoch begabtes Tier.“ Er hat Recht, denn über die juristische Verantwortung hinaus gibt es eine tiefere, anthropologische Dimension von Verantwortung.

Der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat dies jungen Offizieren in einer Rede einmal klar und deutlich vor Augen geführt:

Er sagte ihnen: „Der Soldat wird wie wenige mit Grenzsituationen konfrontiert. Derjenige, dem der Glaube Halt gibt und der sich an sittliche (man könnte auch sagen christliche) Werte gebunden fühlt, findet in solchen Grenzsituationen eher Antworten auf existenzielle Fragen“.

Was sind aber jetzt diese ständig angeführten christlichen Werte, aus denen ethische Leitlinien entstehen sollen, die wiederum unser Verhalten bestimmen sollen? Sie haben darüber in den letzten Tagen von kompetenten vortragenden Räten sehr viel erfahren. Christliche Werte erschließen sich aus der Offenbarung Gottes und seines Wortes. Grundlage sind sicherlich die Zehn Gebote, die jeder wohl mehr oder weniger gut kennt. Diese wurden früher – auch bereits durch das Elternhaus – jedem vermittelt. Was er daraus gemacht hat, steht auf einem anderen Blatt. Heute ist unser Denken und Handeln jedoch wesentlich geprägt von Säkularismus, Relativismus und Individualisierung.

Während der Säkularismus die Wertefrage vom christlichem Glauben loslöst und Werte nicht mehr mit Religion verbindet, verzichtet der Relativismus – alles ist gleich gut – auf die Wahrheitsfrage, was wirklich gut ist. Der Individualismus überlässt diese Frage wiederum jedem Einzelnen, jeder kann für sich entscheiden, was gut ist.

Damit hat sich unser Denken seit den 60er Jahren entscheidend verändert. Damals hatte Konrad Adenauer seinem Minister Schmückle, als dieser sich scheiden ließ, zum Gespräch gebeten und ihn vor die Alternative gestellt: „Entweder Sie heiraten wieder *ihre* Frau oder ich entlasse Sie als Minister“. Schmückle hat sie wieder geheiratet und blieb Minister. So etwas ist heute undenkbar.

Wer bestimmt aber heute, welche Werte verbindlich sind, welche zu den richtigen Verhaltensregeln und zum richtigen Verhalten, zu richtigen Entscheidungen führen? Heute ist es die Gesellschaft, also wir, durch unser Vorbild und jeder Einzelne für sich selbst.

Seit den bereits erwähnten 60ern gab es nachweislich eine Verschiebung von den so genannten „Pflicht- und Akzeptanzwerten“ (wie Treue,

Fleiß, Pünktlichkeit, Höflichkeit, Anpassungsbereitschaft, Disziplin, Ordnung, Leistung, Opfer, etc.) hin zu den so genannten „Selbstentfaltungswerten“ (wie z.B. Selbstverwirklichung, Emanzipation, Gleichberechtigung, Autonomie). Diese Verschiebung beeinflusst natürlich unser Verhalten, beeinflusst das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft. Und in den letzten Jahren habe ich den Eindruck, dass es sich wieder verschiebt, hin zu den bereits erwähnten Pflichtwerten. Gewisse Grundwerte, wie Würde und Freiheit des Menschen, Friedensbereitschaft, Wahrhaftigkeit, Mut, Selbstdisziplin etc. sind und waren eigentlich stets in der Gesellschaft anerkannt, obwohl sie ansonsten Vorgaben, die eine normative Gültigkeit haben, ablehnt. Alles Werte, die sich auch in den Zehn Geboten wiederfinden, auf denen die christlichen Tugenden basieren, die um Glaube, Liebe, Hoffnung noch ergänzt werden.

**E**thik hingegen befasst sich mit dem Verhalten von Menschen und den Folgen ihres Handelns für andere auch in nicht durch Rechtsnormen geprägten Situationen oder in solchen, die Spiel für Interpretationen lassen. Nicht alles was rechtens ist, ist auch gut.

Solche Situationen sind im Soldatenberuf sehr häufig. Wenn es denn stimmt, dass gesellschaftliche Werttraditionen zunehmend verloren gehen, Individualisierung zunimmt, historische Erfahrungen verschüttet werden und Werte vermittelnde Milieus (wie z.B. Familie) ausfallen, so muss man ein ethisches Defizit befürchten, wenn gleichzeitig die Anforderungen an die Soldaten und an ihre ethische Urteilsfähigkeit insbesondere im Auslandseinsatz erheblich zunimmt.

Damit erschließt sich auch das Thema, die Bedeutung ethischer Leitlinien, wenn man Leitlinien als Ausdruck eines gemeinsamen Willens beschreibt, sich an diesen Grundsätzen in seinem Denken und Handeln auszurichten.

Wie zeigt sich dies in der Praxis, insbesondere in Grenzsituationen. Im normalen Dienstbetrieb haben wir Zeit für Entscheidungen, viele Berater sind daneben ein öffentliches Re-

glativ, welches normalerweise grobes Fehlverhalten ausschließt. All dies fällt aber in sich zusammen, wenn echter Stress entsteht oder wenn äußere Umstände das subjektive Rechtsempfinden verrücken.

Ich möchte dies einmal an zwei kleineren Situationen verdeutlichen. Dazu greife ich auf die Kardinaltugenden zurück, die eigentlich von allen anerkannt wurden und sicherlich in der heutigen Zeit auch noch oder wieder anerkannt werden: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß. Begriffe, die einfach über die Lippen gehen, im Friedensdienst problemlos bejaht werden und die, wenn es tatsächlich darauf ankommt, ganz schnell aus dem Gedächtnis verschwinden.

Ich war, wie bereits erwähnt, Chef des Stabes in Afghanistan und während dieser Zeit in der Regel mit einem „close protection team“ unterwegs, d.h. mit Bodyguards. Eine Crew, ein Team, welches sich gut verstanden hat, die ihre Aufgabe ernst nehmen und gut machen. Wir hatten anfangs zwar ein paar Diskussionen hinsichtlich ihres Fahrstiles, denn für sie bedeutete Geschwindigkeit Sicherheit. Für mich als Beifahrer, wer die afghanischen Straßenverhältnisse kennt, war Geschwindigkeit nicht zwingend mit mehr Sicherheit verbunden. Aber alle hielten sich an einen Fahrstil, der zumindest keinen Unbeteiligten gefährdete. Man könnte sagen, das Maß wurde eingehalten.

Dann ergab sich die Situation, dass wir eines Tages offensichtlich verfolgt wurden. Man spürte förmlich, wie sich der Stressfaktor im Team erhöhte. Am Tag zuvor war bei einer Verfolgungsfahrt ein afghanischer Offizier erschossen worden.

Mit zunehmender Dauer der Verfolgung und steigendem Stress fielen alle Vorgaben rechtlicher Art die Regeln im Straßenverkehr betreffend, nach denen kein anderer gefährdet werden darf, oder auch eigene Vorgaben, was das Fahrverhalten anbetraf, von den Personenschützern ab. Es ging nur noch darum sich zu retten, koste es – und zwar koste es den anderen, unbeteiligten Verkehrsteilnehmer –, was es wolle. Nur ein kleines Beispiel mögen Sie denken. In einer anderen Situation, wir hatten drei eigene

Kameraden durch ein Selbstmordattentat (ein Toter und zwei Schwerstverwundete) und in den zwei folgenden Tagen internationale Kameraden durch weitere Attentate verloren, hatte sich plötzlich die Gesamtsituation, das Empfinden von vielen verändert. Wo in den Wochen zuvor der normale Afghane respektiert worden war, jeder gerne auch einmal die Gelegenheit genutzt hat, an einer Patrouille teilnehmen zu können, die Kinder beschenkt und versorgt wurden, schlug auf einmal Angst und Hass durch. Es war förmlich zu spüren, wie Rachegefühle die Oberhand gewannen. Rache gegenüber Unbeteiligten, gegenüber der afghanischen Zivilbevölkerung, die bis dahin als Freund oder doch zumindest als zu unterstützende Menschen betrachtet wurden.

Sie kennen vielleicht aus ihren Einsätzen den Begriff des taktischen Fahrens, das die Protection Teams praktizieren. Das erste Fahrzeug schirmt dabei nach vorne ab. Plötzlich war es so, dass dieses Fahrzeug gezielt auf die entgegenkommenden zivilen afghanischen Fahrzeuge zugefahren ist, in der festen Absicht, diese abzuschießen. Rational war diesem Verhalten nicht mehr beizukommen. Ich musste befahlen, dass dies unterbleibt. Mit der erwähnten Gerechtigkeit oder Klugheit hat dies alles nur sehr wenig zu tun.

Daneben, und soviel zum Begriff Tapferkeit, hatten wir das andere Extrem, dass sich die Soldaten weigern wollten, das Lager zu verlassen. Angst regierte auf einmal das Kontingent. Und glauben Sie nicht, dass dieses Angstgefühl und die in diesem Zusammenhang versuchte Weigerung, ohne geschützte Fahrzeuge das Lager zu verlassen, von den niedrigen Dienstgraden ausging. Diejenigen, die den ersten Versuch unternahmen, waren Stabsoffiziere. Dass sich keiner mit dieser Forderung durchsetzen konnte, sei hier nur am Rande erwähnt aber allein der Versuch macht doch schon deutlich, dass über Tapferkeit zu sprechen und sie zu zeigen zwei verschiedene Dinge sind.

Was will ich mit diesen Beispielen sagen. Es ist alles gesetzlich geregelt, durch normale Gesetze oder das beschriebene Kriegsvölkerrecht, wenn jedoch Emotionen ins Spiel kommen,

und dies kann auf vielfältige Weise passieren, brauchen Sie ein gutes funktionierendes Werte-Koordinatensystem, nach welchem sie entscheiden. Die Möglichkeit, sich auf christliche Tugenden und ethische Leitlinien zurückbesinnen zu können, hilft in diesen Situationen ungemein.

Es gibt im Einsatz aber auch andere Situationen, in denen es hilft, im Glauben verwurzelt zu sein. Wenn Sie morgens um 3:00 Uhr vom Wachhabenden angerufen werden, er ihnen ein Feuergefecht bei Koordinaten XY meldet und um Genehmigung bittet, den Bereitschaftszug zu diesem Spot entsenden zu können, fühlen sie sich möglicherweise sehr einsam. Sie entscheiden, diese Menschen ggf. ins Gefecht zu schicken, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, um den vorgegebenen Auftrag zu erfüllen. Ich habe nach solchen Entscheidungen nicht mehr weiter geschlafen, bis alle heil zurück waren. In diesen Phasen hilft es außerordentlich, glauben und beten zu können.

Das Gleiche gilt im Übrigen, wenn sie einen Soldaten identifizieren müssen, der einem Bombenattentat zum Opfer gefallen ist. Dann mit diesem gefallenen, im Sarg liegenden Kameraden allein in der Transall sitzen, ihn zu seiner Familie zurückbringen und dieser sagen zu müssen, ich bringe ihn zwar wieder, aber nicht mehr so, wie ich ihn mitgenommen habe.

All dies kann oder wird Ihnen möglicherweise auch einmal passieren. Sie gelangen dann schnell zu der Erkenntnis, dass zwar das Kriegsvölkerrecht unverzichtbar ist. Dieses wird jedoch nie in der Lage sein, (christliche) Werte und damit ethischen Leitlinien zu ersetzen. Über einen festen Glauben können Sie die Chance haben – es gibt sicherlich auch andere Wege aber dieser funktioniert –, innerlich frei zu werden. Sie wissen, dass wenn Sie nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, alles getan haben, was in Ihrer Macht stand. Sie haben dann gehandelt, wie ihnen das zukünftig in der ZDv 1/01 vorgegeben ist: „Die letzte Instanz des militärischen Führers für seine Entscheidungen und sein Handeln ist sein Gewissen.“ □

## Innere Führung weiterentwickelt

Die neu gefasste Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 dokumentiert die Weiterentwicklung der Inneren Führung, mit der diese erfolgreiche Konzeption den politischen,

lität der Bundeswehr. Die Vorgaben des Weißbuchs 2006 wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die neu gefasste ZDv 10/1 bietet den Soldaten ein ethisches Regelwerk

und zugleich eine praxisnahe Handreichung.

Sie ist eine Grundlage für ihr Verhalten als Staatsbürger in Uniform. Sie unterstützt die Persönlichkeitsbildung und verdeutlicht dabei, dass die Gesellschaft von ihren Soldaten nicht nur handwerkli-

ches Können, sondern vor allem ein ethisches Verständnis auf der Basis der Werte und Normen des Grundgesetzes erwartet.

### Wesentliche Änderungen

Die wesentlichen Änderungen im Bezug auf die bisherige Vorschrift sind:

- stärkerer Bezug auf Einsatzrealität, politische Legitimation und Menschenführung,
- historische Herleitung der Inneren Führung erstmals in einem eigenen Kapitel,

- zusätzliche Darstellung der ethischen, rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen der Inneren Führung,
- Betonung von Persönlichkeitsbildung, ethischer Kompetenz, moralischer Urteilsfähigkeit und interkultureller Kompetenz,
- Betonung der besonderen Rolle der Vorgesetzten als Vorbilder und Gestalter der Inneren Führung,
- Neuaufnahme des Gestaltungsfeldes Vereinbarkeit von Familie und Dienst,
- Aufnahme von Leitsätzen für Vorgesetzte als Handlungsleitlinie für junge Vorgesetzte und
- Ergänzungen zu den Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege der Bundeswehr.

Außerdem wurde die ZDv 10/1 sprachlich verständlicher und geschlechterneutral formuliert. Mit ihr verfügt die Bundeswehr wieder über eine aktuelle grundlegende Vorschrift, um ihre am Menschen orientierte und moderne Führungskultur zu gestalten.

### Innere Führung auch im Einsatz bewährt

Die Werteordnung unseres Grundgesetzes gibt ihnen festen Halt, gerade auch, wenn es um Einsätze jenseits der herkömmlichen Landesverteidigung geht, die in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten in den Mittelpunkt gerückt sind – Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. So entsteht schon im täglichen Dienst die verhaltensleitende Erfahrung, dass



*Führungsphilosophie für Einsatz und Ausbildung  
(Quelle: Redaktion Internet)*

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen angepasst wurde. Die letzte Anpassung erfolgte 1993 und repräsentiert heute die aktuellen Anforderungen an die Innere Führung in der Bundeswehr nicht mehr umfassend.

Die Konzeption der Inneren Führung ist seit über 50 Jahren die erfolgreiche „Unternehmensphilosophie“ der Bundeswehr. Sie hat sich als leitendes Prinzip der Bundeswehr auch im Einsatz bewährt.

Die Grundsätze der Inneren Führung bilden die Grundlage für den militärischen Dienst in der Bundeswehr und bestimmen das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten. Sie sind Leitlinie für die Führung von Menschen und den richtigen Umgang miteinander. Innere Führung gewährleistet, dass die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft bleibt. Sie steht damit für die Einordnung der Bundeswehr in unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat.

### Soldat – Gesellschaft – Staat

Kern der Anpassung sind die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, der Transformationsprozess und insbesondere die Einsatzrea-



*Patrouille im Einsatz bei Kunduz/Afghanistan*



Konflikte am besten durch die Kraft des Rechts und die Möglichkeiten des Dialogs verhütet und gelöst werden können. Diese Erfahrung verleiht auch im Einsatz bei der Vermittlung zwischen Konfliktparteien und in der Friedenssicherung Verhaltensstabilität.

Die Soldaten wissen aber auch, dass der Gebrauch militärischer Gewalt notwendig werden kann. Dazu sind sie bereit. Die Innere Führung

vermittelt ihnen das notwendige Vertrauen in die Rechtmäßigkeit solcher Maßnahmen. Sie verdeutlicht die ethischen Grundlagen und stärkt darauf aufbauend die erforderliche Urteilsfähigkeit und Handlungssicherheit. Die schwierigen Aufgaben erfordern einen festen eigenen Standpunkt, ein hohes Maß an Überzeugungskraft und Vertrauen in die politische und militärische Führung. Die Führungskultur der Inneren Führung ist die ange-

messene Grundlage für das Handeln im Einsatz und in multinationalen Strukturen. Sie hat bereits heute positiven Einfluss auf die Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern sowie mit der Bevölkerung in den Einsatzgebieten

(PS nach: [www.bundeswehr.de/portal/a/bwde](http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde); Link: Innere Führung weiterentwickelt)



## Innere Führung: Noch nie war sie so wertvoll wie heute Zur Neufassung der ZDv 10/1 Innere Führung.

VON VERTEIDIGUNGSMINISTER DR. FRANZ JOSEF JUNG

Was Innere Führung in der Praxis heißt, habe ich vor fast 40 Jahren zum ersten Mal erlebt. Damals in der Grundausbildung bei den Flussspionieren wurden wir in ganz unterschiedlichen Situationen, im Lebenskundlichen Unterricht, aber auch draußen, bei den Natomanövern und den Durchschlageübungen, auf das Besondere des Dienstes in der Bundeswehr hingewiesen: Die Bindung des Dienstes an die Werte und Normen des Grundgesetzes, nicht Kadavergehorsam, sondern die Auseinandersetzung mit den drängenden Fragen von Streitkräften und Demokratie, den Staatsbürgern in Uniform, die Rolle der Vertrauensmänner, das Führen durch Vorbild.

Seitdem hat sich viel geändert. Die Innere Führung ist geblieben, sie hat sich nicht nur bewährt, sie ist gewissermaßen ein Exportschlager und findet überall auf der Welt Nachahmer. Es sind die Grundsätze der Inneren Führung, die unseren Soldatinnen und Soldaten bei ihrer schwierigen und auch gefährlichen Aufgabe das innere Rüstzeug geben und ihre Arbeit erleichtern. Unsere Streitkräfte sind heute fest in der Gesellschaft verankert, sie verfügen über hohes Ansehen, zu Hause und bei unseren Partnern und Freunden.

Grund genug, dankbar zu sein, und auch ein wenig stolz.

Worin liegt das Geheimnis dieses Erfolges? Innere Führung gibt keine fertigen Rezepte vor, sondern liefert Grundsätze und Orientierungen. Sie ist eine dynamische Konzeption, dies ergibt sich aus ihrem Wesen. Sie versucht den politisch vermittelten Auftrag der Streitkräfte und die Wertordnung des Grundgesetzes als die beiden Bezugspunkte soldatischen Seins in Einklang zu bringen. Wenn sich in der Auftragsformulierung aufgrund sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen etwas ändert, dann sind Anpassungen der Inneren Führung notwendig. Sie ist damit wesentlicher Teil der Transformation, weit bevor dieser Begriff geprägt worden ist. Gerade eben haben wir nach einer breiten Diskussion im Verteidigungsausschuss und mit dem Beirat für Innere Führung diese zentrale Dienstvorschrift nach 1972 und 1993 ein weiteres Mal an die Erfordernisse von heute angepasst. (...)

Vier Bereiche sind dabei zentral:

- Festigung des politischen und moralischen Urteilsvermögens durch ein ethisches Regelwerk;
- Stärkung des Führungsverhaltens der Vorgesetzten;

- Bedeutung von Traditionspflege und historischer Bildung als Grundlage für Innere Führung;
- Orientierung des Dienstes in der Bundeswehr an die Vereinbarkeit von Familie und Dienst.

Die Innere Führung bleibt der innere Kompass für unsere Soldatinnen und Soldaten, das Markenzeichen der Bundeswehr und leitendes Prinzip unserer Streitkräfte. Die Soldaten brauchen auch künftig eine innere Festigkeit, um in Gefahren zu bestehen und den Belastungen gewachsen zu sein. Und sie brauchen Vorgesetzte, die eine helfende Dienstaufsicht praktizieren, das Gespräch mit dem Einzelnen suchen und sich wirklich kümmern. Führen, Ausbilden und Erziehen gehören zusammen.

Innere Führung beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Bundeswehr, denn Sicherheit geht uns alle an. Es ist die Innere Führung, die uns an diesen elementaren Zusammenhang erinnert. Gerade die Bundeswehr als Armee im Einsatz für den Frieden braucht den Rückhalt bei den Menschen. Innere Führung ist nur dann erfolgreich, wenn sie von allen gelebt wird.

(Quelle: [www.bmvg.de/portal/a/bmvg/ministerium/der\\_minister](http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/ministerium/der_minister))

# Alter Wein in neuen Schläuchen?

## GKS-Bundesvorsitzender zur Neufassung der ZDv 10/1 „Innere Führung“

In der vom Katholischen Militärbischof für die Bundeswehr herausgegebenen Monatszeitschrift „Kompass. Soldat in Welt und Kirche“, Ausgabe 02/08, Seite 11, hat der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, zur Neufassung der Zentralen Dienstvorschrift „Innere Führung“ (ZDv 10/1) Stellung genommen. Er schreibt:

Wie ist die Neufassung der ZDv 10/1 einzuordnen? Notwendige Reaktion auf eine Krise der Inneren Führung durch Folter-Vorwürfe in Coesfeld, die abscheulichen „Schädel-Fotos“ aus Afghanistan und das bemerkenswerte Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Thema „Gewissen und Gehorsam“ oder purer Aktionismus zur Beruhigung der medialen Öffentlichkeit?

Ein Indiz für den Ernst der Lage ist die Tatsache, dass sich die katholischen Deutschen Bischöfe im November 2005 veranlasst sahen, ihrer Sorge um die innere Lage der Bundeswehr in dem Bischofswort „Soldaten als Diener des Friedens – Erklärung zur Stellung und Aufgabe der Bundeswehr“ Ausdruck zu verleihen. Ein einmaliger Vorgang.

Wenn ich den gegenwärtigen Zustand der Inneren Führung kommentiere, betrifft dies einen Kernbereich unserer Arbeit, weil sich die GKS als Anwältin und Hüterin der Inneren Führung versteht – so im neuen Grundsatzprogramm nachzulesen – und immer wieder zu berufsethischen Fragen zu Wort gemeldet hat.

Sind also die genannten Ereignisse Symptome einer akuten Krise der Inneren Führung und was kann eine Neufassung der Dienstvorschrift bewirken? Um die Antwort auf den ersten Teil der Frage vorweg zu geben: Nein, ich sehe keine akute Krise, aber – um im medizinischen Jargon zu bleiben – einige chronische Blessuren, die schmerzen und behindern.

1. Die bei der Integration der NVA erfolgreiche „Armee der Einheit“ konnte den Paradigmenwechsel von der Verteidigungs- zur Interventionsarmee auch wegen der ausgebliebenen verfassungsrechtlichen Verankerung noch nicht vollständig bewältigen.

Weiter zurückliegende Schlüsselereignisse wie z.B. die Konfrontation zwischen Luftwaffenpiloten und dem Bundesminister der Verteidigung während des ersten Golfkrieges im türkischen ERHAC und die Frage nach der „Geschäftsgrundlage“ des soldatischen Dienstes wurden nicht ausdiskutiert, wie es den Staatsbürgern in Uniform zugestanden hätte. Vielmehr wurde meines Erachtens eine „Schweigespirale“ (Elisabeth Noelle-Neumann) in Gang gesetzt, die seitdem eine offene Debatte in der Bundeswehr erschwert. So kann Innere Führung als Legitimationskonzept nicht lebendig werden.

2. Der Durchschnitts-Staatsbürger in Uniform ist durch die Komplexität der politischen Zusammenhänge genauso überfordert wie der „Mann auf der Straße“. Die hohen Anforderungen durch Transformation und Einsatz verdrängen die Durchführung der mehr denn je nötigen Politischen Bildung; eine tragende Säule des Motivationskonzeptes Innere Führung gerät ins Wanken. Sicher, hinsichtlich des geschichtlichen und politischen Grundwissens ist die Bundeswehr Spiegelbild der Gesellschaft. Damit darf sich die Bundeswehr aber nicht zufrieden geben! Ich stimme dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages ausdrücklich zu, der vom Soldaten ein Mehr an politischer und ethischer Bildung verlangt. Wenngleich nicht zu verkennen ist, dass individuelle Grundfertigkeiten überlebensnotwendig sind, erscheint das Argument „keine Zeit“ für die zum Beispiel vielerorts im-



mer noch ausgebliebene Verarbeitung des o.a. Bundesverwaltungsgerichtsurteils wenig überzeugend.

Trotz der genannten Defizite sehe ich gegenwärtig keine Indizien dafür, dass die Errungenschaften der Inneren Führung den obwaltenden Verhältnissen bei multinationalen Einsätzen zum Opfer fallen. Innere Führung ist als Führungsphilosophie der neuen deutschen Streitkräfte zur verinnerlichten Führungskultur geworden und für die überwiegende Zahl der Vorgesetzten steht der Mensch im Mittelpunkt ihres Führungsverhaltens.

Nun zur Beantwortung des zweiten Teils der Frage: Was kann eine neue Dienstvorschrift bewirken? Eine neue Verpackung allein wird die genannten Defizite nicht beseitigen können, dazu bedarf es des starken politischen Willens und mutiger militärischer Führerschaft mit offenem Visier. Sie kann aber mit den neuen Akzenten Schwung entfalten und der Politischen und Ethischen Bildung das zustehende Gewicht sichern. So bleibt der gute, alte Wein in neuen Schläuchen länger haltbar (vgl. Mt 9,17). □

# Soldat und christlicher Glaube

## Die Rolle der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Licht von „Gaudium et spes“ und der „Agenda for peace“

VON KLAUS LIEBETANZ

**A**uf ihrer Bundeskonferenz in Leitershofen bei Augsburg hatte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im September 2007 ein neues Grundsatzprogramm „Gemeinsam in die Zukunft – Ziele und Wege der GKS“ beschlossen (vgl. Dokumentation 2007 in AUTRAG Nr. 267). In seinem Beitrag versucht der Autor mit persönlichen, theologischen und sicherheitspolitischen Gedanken die Ziele dieses Grundsatzprogramms zu unterstützen. Er geht dabei auf die Bedeutung der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“<sup>1</sup> und die „Agenda for peace“ der Vereinten Nationen ein.

### Die Bedeutung von „Gaudium et spes“

Mit der Verabschiedung der Pastoralkonstitution „GAUDIUM ET SPES“ des II. Vatikanischen Konzils (1965), auch bekannt unter dem Namen „DIE KIRCHE IN DER WELT VON HEUTE“, hat sich in der katholischen Weltkirche der geistige und geistliche Durchbruch in die Neuzeit ereignet. Die katholische Kirche hat für diesen Prozess 400 Jahre benötigt und damit das Mittelalter verlassen. Dabei mussten zahlreiche Zeitströmungen verstanden und verarbeitet werden. Theologie kann sich nur weiterentwickeln, wenn sie bereit ist, sich mit den realen Gegebenheiten auseinander zu setzen.

#### Der Durchbruch zum mündigen Christentum

„Gaudium et spes“ ist der Durchbruch zu einem mündigen Christentum, wonach sich auch der große evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer nicht zuletzt gesehen hat.

Während die mittelalterliche Kirche dazu neigte, Gott zu finden, indem man die Welt hinter sich ließ, fordert „Gaudium et spes“ die Gläubigen dazu auf, in die Welt zu gehen und am Aufbau sowie der Vollendung derselben teilzunehmen, um dabei Gott zu finden. Damit wird der christliche Glaube zu einer Einigungs- und Zukunftsreligion sowie in der Nachfolge Christi zum „Motor“ für die Vollendung der Welt. Der christliche Glau-

be kann nicht mehr verdächtigt werden, „Opium für das Volk“ zu sein, das von den eigentlichen Problemen der unterdrückten Menschen ablenke. Das Eintreten für Solidarität und Gerechtigkeit gehört unabdingbar zur Bezeugung des Evangeliums. Im Gottesdienst soll nicht nur der Choral, sondern auch der Schrei der Armen seinen Platz haben. „Mystik“, also Gottesbegegnung, und „Politik“, als Dienst an der Gesellschaft, sind für die Christen nicht zu trennen. Dazu passt das bekannte Wort des herausragenden evangelischen Theologen Karl Barth „Der Christ von heute muss in seiner linken Hand die Bibel und in der rechten die Zeitung haben.“ Deshalb hat auch heute im Jahr 2008 diese Pastoralkonstitution nichts an Aktualität eingebüßt.

#### Das Konzil würdigt die besondere Rolle der Laien

„Die Laien sind eigentlich, wenn auch nicht ausschließlich, zuständig für die weltlichen Aufgaben und Tätigkeiten. Wenn sie also, sei es als einzelne, sei es in Gruppen, als Bürger dieser Welt aktiv werden, so sollen sie nicht nur die jedem einzelnen Bereiche eigenen Gesetze beobachten, sondern sich um gutes fachliches Wissen und Können in den einzelnen Sachgebieten bemühen. Sie sollen bereitwillig mit den Menschen, welche die gleichen Anliegen haben wie sie, zusammenarbeiten. Im Wissen um die Forderungen

des Glaubens und mit seiner Kraft ausgerüstet sollen sie, wo es angeht, Neues planen und ausführen.“ (noch Ziff. 43) Der Zölibat und die Spiritualität der Priester einerseits und die Weltzugewandtheit der Laien andererseits bedingen sich gegenseitig und ergänzen sich komplementär. Das Volk Gottes setzt sich also aus wenigen Klerikern und vielen Laien zusammen, wobei es die besondere Aufgabe der Laien – den eigentlich kompetenten Fachleuten in verschiedenen Lebensbereichen – ist, an der Vollendung der Welt in Christus mitzuwirken.

#### Christus – Anfang, Ende und Ziel der menschlichen Geschichte

„Der Herr ist das Ziel der menschlichen Geschichte, dem das Streben der Geschichte und der Zivilisation gilt, der Mittelpunkt der Menschheit, aller Herzen und Freude und Erfüllung ihrer Sehnsucht. Ihn hat der Vater von den Toten auferweckt, erhöht zu seiner Rechten gesetzt; ihn hat er zum Richter der Lebendigen und der Toten bestellt. Von seinem Geiste belebt und geeint, schreiten wir der Vollendung der menschlichen Geschichte entgegen, die mit dem Plan seiner Liebe zusammenfällt: Alles in Christus zu erneuern, was im Himmel und auf Erden ist.“ (Eph 1,10) (Ziff. 45) Mit „Gaudium et spes“ trennt sich die Kirche von der mittelalterlichen „Weltuntergangsstimmung“ und von der „Jenseitsvertröstung“, die Karl Marx mit

<sup>1</sup> Zitate aus „Gaudium et spes“ (GS) nach: Rahner K./Vorgrimmler H., Kleines Konzilskompendium, Herder 1963.



Recht gezeißelt hat, weil sie von den eigentlichen Problemen, wie Armut und Unterdrückung des größten Teils der Menschheit ablenkt. Die Christen sind mit der Gnade Gottes dafür verantwortlich, sich für Frieden und Gerechtigkeit hier und jetzt einzusetzen. Christen und alle Menschen guten Willens sind „Werkzeuge“ Gottes zur Vollendung der Welt. Die mittelalterliche und individualistische Frage „Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?“ wird so nicht mehr gestellt.

### Friede und Gerechtigkeit

Zu dem Thema „Friede und Gerechtigkeit“ folgen zum besseren Verständnis drei wichtige Zitate aus „Gaudium et spes“:

„In unseren Tagen, da die Schrecken und Nöte im Gefolge von Krieg, Greuel und Kriegsdrohung noch schwer auf den Menschen lasten, ist die ganze Menschheitsfamilie in ihrem Reifungsprozess an einem Punkt schwerwiegender Entscheidung gekommen. Allmählich zur Einheit zusammengewachsen und sich dieser Einheit überall schon besser bewusst, kann sie ihre Aufgabe, die Welt für alle Menschen in allen Ländern menschlicher zu gestalten, nur erfüllen, wenn alle sich durch ein neues Denken wandeln zu einer Haltung, die dem wahren Frieden zugewandt ist.“ (Ziff. 77)

„Der Friede ist nicht einfach Nicht-Krieg, noch lässt er sich auf das Gleichgewicht entgegen gesetzter Kräfte zurückführen. Er entspringt auch nicht menschlichem Machtgebot, sondern ist im wahren und eigentlichen Sinn das Werk der Gerechtigkeit.“ (Ziff. 78)

„Insofern die Menschen Sünder sind, droht ihnen die Gefahr des Krieges und wird sie ihnen drohen bis zur Wiederkunft Christi; insofern sie aber, in Liebe verbunden, die Sünde überwinden, wird auch die Gewalttätigkeit überwunden, bis das Schriftwort erfüllt ist: „Sie werden ihre Schwerter umschmieden in Pflugscharen und ihre Lanzen in Sicheln. Nicht wird Volk gegen Volk das Schwert mehr erheben, noch werden sie ferner rüsten zum Kriege““ (Is 2,4) (noch Ziff. 77)

### Die neue Rolle des Soldaten

„Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. In dem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (Gaudium et Spes Nr. 79)

Dieser für christliche Soldaten entscheidende Satz aus „Gaudium et spes“ muss Maßstab und Leitlinie für alles soldatische Handeln sein. Diese Forderung stellt eine Wende im Selbstverständnis des Soldaten dar, weil es nicht mehr ausschließlich um die Interessen der eigenen Nation geht. Insofern ist das „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ aus christlicher Sicht ein wesentlicher Fortschritt im offiziellen sicherheitspolitischen Denken. Dieser Fortschritt macht sich u.a. an folgenden im Weißbuch verwendeten Begriffen fest: „umfassender Sicherheitsbegriff“, „Wertorientierung deutscher Sicherheitspolitik“, „Beseitigung struktureller Krisenursachen“ und „Responsibility to protect“. Das Weißbuch liegt damit ganz auf der Linie der Forderung des II. Vatikanischen Konzils. Die deutsche Sicherheitspolitik berücksichtigt in besonderer Weise auch die Lage und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung in den Einsatzregionen (vgl. „Fortschritte im sicherheitspolitischen Denken“ in: AUFTRAG 265 S.15 ff.).

Konsequenter Weise ist der Soldat der heutigen Bundeswehr „Beschützer, Helfer und Vermittler“ (vgl. WB 2006, S. 81), wobei die Rolle des Beschützers die Fähigkeiten voraussetzt, kämpfen zu können und unter bestimmten Umständen auch kämpfen zu wollen, und dabei den eigenen Tod und schwere Verletzung in Kauf zu nehmen.

### Von der Möglichkeit einer religiösen Sinngebung der Auslandseinsätze

Die Bundeswehr im Norden von Afghanistan trägt zur allgemeinen Sicherheit bei. Eine stabile Lage ist die Voraussetzung für ein einigermaßen funktionierendes Gesundheits- und Ernährungssystem und die Gewährleistung von sauberen Trinkwasser. Dadurch kann dem lebensbedrohlichen Teufelskreis aus Kälte bis zu 30° mi-

nus, Unterernährung und verschmutztem Trinkwasser und damit einer hohen Kinder- und Müttersterblichkeit entgegengewirkt werden. Der Einsatz der Bundeswehr dient dem Überleben von gefährdeten und an den Rand gedrängten Menschen, meist Frauen, Kindern und älteren Personen. Bei der Patrouille verlässt der Soldat sein einigermaßen sicheres Lager und wird um anderer willen verletzbar und kann unter Umständen durch einen Selbstmordattentäter zerfetzt werden.

Eingedenk der Worte Jesu Christi „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40), kann ein solcher Dienst für christliche Soldaten einen tieferen Sinn erhalten und zur Motivation (Empowerment) beitragen. Damit wird die militärische Patrouille zum christlichen Dienst am Menschen im Geist Jesu. Für mündige Christen beginnt die Bewährungsprobe des eigenen Glaubens ohnehin erst, wenn sie die Kirchentür von außen zugemacht haben.

### Auslandseinsatz als Chance, zu sich selbst zu finden

Das Soldatenleben im Auslandseinsatz ist äußerst spartanisch. Der Soldat hat kaum persönliches Eigentum. Er verfügt nicht einmal – im Gegensatz zu einem Ordensmann – über eine eigene Zelle, in die er sich bei Bedarf zurückziehen kann. Die Soldaten der Bundeswehr unterliegen strikten, wenn auch zweckmäßigen Lagerregeln und gehorchen den Weisungen ihrer Vorgesetzten. Wer seinen spartanischen Auslandsdienst in rechter Gesinnung annimmt und durchführt, erlebt schon hier und jetzt das „Reich Gottes“ und kann sich so eine große innere Freiheit erwerben, die ihm Orientierung gibt, wenn er in seiner Heimat wieder der Flut unstrukturierter Informationen gegenübersteht und alle Lebensbereiche umfassende Konsumangebote erlebt. In den Feldlagern im Ausland hat die Bundeswehr einen „Raum der Stille“ eingerichtet, der von der Militärseelsorge betreut und verwaltet wird, damit die Soldaten zur inneren Ruhe und zu sich selbst finden können. Gelegentlich lassen sich sogar Soldaten während ihres Auslandseinsatzes taufen und firmen.

## Die „Agenda for peace“ der Vereinten Nationen

### Ursprung und Rolle der „Agenda für Peace“

Wie kam es zu der „Agenda für den Frieden“ der Vereinten Nationen? In der Erklärung des Sicherheitsrats vom 31. Januar 1992 (kurz nach Ende des Kalten Krieges) wurde der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, beauftragt, bis zum 1. Juli 1992 eine entsprechende Empfehlung auszuarbeiten. Er sollte darin prüfen, inwieweit die Fähigkeiten und Kapazitäten der Vereinten Nationen im Rahmen der VN-Charta zur vorbeugenden Diplomatie, zur Friedensschaffung und zur Friedenssicherung gestärkt und effizienter gestaltet werden könnten. Am 17. Juni 1992 legte Boutros Ghali - nach gründlicher Rücksprache mit den Vertretern der wichtigsten Staaten und verschiedenen großen internationalen Organisationen - der Generalversammlung die „Agenda für den Frieden“ vor. Sehr deutlich ist dort auch u.a. der deutsche Beitrag zu erkennen, der auf Erfahrungen aus der deutschen Teilung zurückzuführen ist, und in dem vertrauensbildende Maßnahmen zwischen verfeindeten Staaten dargestellt werden.

### „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“

Der Begriff „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ wird zum ersten Mal offiziell in der „Agenda for Peace“ eingeführt. Er war im Gegensatz zu anderen Begriffen, wie vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung (peace-making) und Friedenssicherung (peace-keeping) in der Charta der Vereinten Nationen von 1948 nicht enthalten, sondern bedeutet eine Neuschöpfung.

„Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit (post-conflict peace-building) bezeichnet Maßnahmen zur Bestimmung und Förderung von Strukturen, die geeignet sind, den Frieden zu festigen und zu konsolidieren, um das Wiederaufleben eines Konflikts zu verhindern“ (Agenda for Peace, Nr. 21).

Im Abschnitt VI „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ wird ausführlich auf die Vorgehens-

weise in der Friedenskonsolidierung eingegangen:

„Um wirklich erfolgreich zu sein, werden friedensschaffende und friedenssichernde Einsätze auch umfassende Anstrengungen zur Ermittlung und Förderung von Strukturen beinhalten müssen, die geeignet sind, den Frieden zu konsolidieren und bei den Menschen ein Gefühl des Vertrauens und des Wohlbefindens zu fördern. Dazu können u.a. folgende Maßnahmen gehören:

- Entwaffnung der verfeindeten Parteien
- Unterstützung der Sicherheitskräfte durch Beratung und Ausbildung
- Überwachung von Wahlen
- Förderung von Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte
- Reform und Stärkung der staatlichen Institutionen
- Förderung der formellen und informellen Prozesse der politischen Mitwirkung.“

(Agenda for Peace, Nr. 55)

### Fortentwicklung der „Agenda for peace“ durch den Brahimi-Report

Der Brahimi-Report, eine interne Überprüfung der getroffenen Maßnahmen der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda for Peace durch hochrangige Politiker und Soldaten, hat im Jahr 2000 festgestellt, dass eine Reihe von Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen falsch, unzureichend oder mangelhaft mandatiert waren. Die holländischen Blauhelme in Srebrenica sahen sich außer Stande, die schutzbefohlenen männlichen Einwohner der VN-Enklave vor dem Völkermord zu bewahren. Das Gleiche gilt für den Völkermord in Ruanda, wo die eingesetzten Blauhelme auf Grund des falschen Mandats<sup>2</sup> völlig

2 Anmerkung der Redaktion: Zur Aussage des Autors, die eingesetzten Blauhelme hätten in Ruanda völlig versagt, kann man trefflich anderer Ansicht sein. Abgesehen davon, dass nicht die Blauhelme, sondern die Mitglieder des VN-Sicherheitsrates als Mandatsgeber versagt haben. So kommt Dr. Justenhofen zu der Bewertung des Blauhelmeinsatzes: „Gleichwohl haben er (der das Kommando führende kanadische General Romeo Dallaire) und seine Soldaten Großartiges geleistet und zehntausende Menschen vor dem sicheren Tod gerettet.“ (s. Beitrag „Diener nationaler Interessen oder der

versagten. Des Weiteren stellte der Brahimi-Report fest, dass militärische Maßnahmen wenig Sinn haben, wenn sie nicht durch ausreichende und angemessene zivile Maßnahmen ergänzt werden (s.o.).

### Erfolgreiche und nachhaltige Friedensmissionen der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen können auf zahlreiche Missionen der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ zurückblicken, wie z.B. die Missionen in Mittelamerika (Nicaragua, Honduras, Panama), Hinterindien (Kambodscha, Laos), Mosambik, Namibia, Sierra Leone, Burundi, Ostkongo (MONUC). Auch die noch abzuschließenden Missionen auf dem Balkan haben das Blutvergießen zwischen verfeindeten Ethnien beendet und einen Friedensprozess eingeleitet. Die im Jahr 2005 eingerichtete ständige „Peacebuilding Commission“ der Vereinten Nationen untersucht die Umstände und Gründe, warum einige VN-Friedensmissionen langfristig erfolgreich waren und warum andere VN-Missionen scheiterten. Sie gibt entsprechende Empfehlungen heraus. An der Führungsakademie der Bundeswehr wurde im August 2007 erstmals das Planspiel „SIERRA LEONE“ durchgeführt, um für zukünftige Friedensmissionen zu lernen und angemessen auf bestimmte Situationen zu reagieren.

## Das Verhältnis von „Gaudium et spes“ und „Agenda for peace“

In den Ziffern 88 und 90 geht „Gaudium et spes“ auf die Zusammenarbeit und Angewiesenheit von Christen und internationalen Organisationen wie folgt ein:

### Der Auftrag der Christen zur Hilfeleistung

„Zum Aufbau einer internationalen Ordnung, in der die rechtmäßigen Freiheiten aller wirklich geachtet werden und wahre Brüderlichkeit bei allen

Sicherheit und Freiheit der Völker?“ in diesem AUFTRAG, S. 20 ff., hier S. 22, linke Spalte, 2. Abs.)

*herrscht, sollen die Christen gern und von Herzen mitarbeiten, und das um so mehr, als der größte Teil der Welt noch unter solcher Not leidet, dass Christus selbst in den Armen mit lauter Stimme seine Jünger zur Liebe aufruft. Das Ärgernis soll vermieden werden, dass einige Nationen, deren Bürger in überwältigender Mehrheit den Ehrentiteln „Christen“ tragen, Güter in Fülle besitzen, während andere nicht genug zum Leben haben und von Hunger und Krankheit und Elend aller Art gepeinigt werden.“ (GS 88, Auszug)*

### Die Beteiligung der Christen in den internationalen Institutionen

*„Eine hervorragende Form des Internationalen Wirkens der Christen ist zweifellos die Mitarbeit, die sie einzeln und organisiert in den vorhandenen und zu gründenden Einrichtungen zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen leisten. (...) Solche Vereinigungen tragen nicht wenig dazu bei, den Sinn für die Weltprobleme zu entwickeln, was Katholiken gemäß ist, und das Bewusstsein wahrhaft weltweiter Solidarität und Verantwortung zu wecken.“ (GS 90, Auszug)*

In diesem Zusammenhang soll noch einmal GS 79, die „goldene Regel des soldatischen Handelns“, zitiert werden: *„Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. In dem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“*

*„Gaudium et spes“* und die *„Agenda for peace“* dienen beide der weltweiten Entwicklung zu Frieden und Gerechtigkeit und damit der Vervollendung der Welt nach Gottes Willen. Dem Soldaten kommt bei der Friedenskonsolidierung, angesichts der vielen *„failing states“*, eine wichtige Aufgabe in der Phase der Stabilisierung zu. Damit trägt das soldatische Tun, wenn es in der rechten Weise und Gesinnung ausgeführt wird, wahrhaft zum Frieden bei.

## Schlussbemerkungen

1. Sinnvolle Sicherheitspolitik kann nur betrieben werden, wenn die Akteure über solide wirtschaftliche, humanitäre, interkulturelle,

entwicklungspolitische, militärische und schließlich theologische Kenntnisse verfügen und diese auch umsetzen. Warum auch theologische Kenntnisse? Weil es sinnlos ist, politisch und militärisch zu intervenieren, ohne den Willen dessen zu beachten, welcher der Schöpfer und der Ursprung der sichtbaren und unsichtbaren Welt ist. Diese Aussage wird einen praktischen und/oder theoretischen Atheisten wenig berühren, jedoch nicht einen Christen. Den negativen Beweis für die o.a. Aussage haben die verheerenden, nie da gewesenen Auswirkungen des atheistischen Sozialismus und des nicht minder gottlosen Nationalsozialismus im 20. Jh. zu Tage gebracht. Beide Bewegungen waren mit dem Anspruch der Rationalität und Aufgeklärtheit angetreten und hatten die christliche Religion als gestrig, überholt und für die weitere

Entwicklung der Menschheit als kontraproduktiv bezeichnet. Das Gegenteil aber ist der Fall. Überall in der Welt stehen heute Christen an der vordersten Front der menschlichen Entwicklung. Der Autor erlebt das ständig durch persönliche Anschauung bei seinen Reisen als weltweiter Prüfer des Auswärtigen Amtes für die staatlich finanzierten Projekte der deutschen humanitären Hilfe.

2. Die „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) versteht sich als „Salz“ innerhalb der Bundeswehr, damit diese ein immer besseres Instrument des weltweiten Friedensprozesses im Rahmen der Vereinten Nationen wird. Die GKS fühlt sich dabei in besonderer Weise der Präambel des Grundgesetzes verpflichtet: *„In seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen ...“* □

## Verwundung und Tod im soldatischen Einsatz

VON ANDREAS M. RAUCH<sup>1</sup>

Die Pressemeldungen vom Januar 2008 sind charakteristisch für die neue, gewandelte Bundeswehr nach der Weltenwende 1989/90: Angezeigt wurde vom Presse- und Infostab des Bundesverteidigungsministeriums, dass die Zahl der toten Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz auf 70 Personen angestiegen ist.

Immer wieder sind es dabei Afghanistan und die ISAF, die in die Schlagzeilen geraten – insbesondere seit dem verheerenden Anschlag von 2003. Damals starben durch den Selbstmordanschlag auf der Dscha-

lalabad Road in Richtung Flughafen Kabul vier deutsche Soldaten, 29 wurden verletzt. Und das Ende dieser Selbstmordanschläge ist noch nicht in Sicht. Allerdings hat sich die deutsche Bevölkerung in gewisser Hinsicht daran gewöhnt, dass es zu Todesfällen von deutschen Soldaten im Auslandseinsatz kommt. Sollte jedoch ein richtig großer Anschlag viele deutsche Soldaten auf einmal in den Tod reißen, könnte ein solches Ereignis die Auslandseinsätze der Bundeswehr insgesamt in Frage stellen.

Tod, Krankheit, Sterben sind gerade in der bundesdeutschen „Spaßgesellschaft“ vor allem der achtziger und neunziger Jahre Tabuthemen. Doch mit den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbrüchen in Deutschland erblicken diese Frage-

<sup>1</sup> Dr. Andreas Rauch ist Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst.



stellungen verstärkt wieder das Licht der Öffentlichkeit. Eine wachsende Anzahl von Menschen sieht sich mit Altersarmut und einer gesellschaftlichen Ausgrenzung im Alter konfrontiert, was immer häufiger auch Resonanz in der Öffentlichkeit findet. Eine öffentliche Sensibilisierung für das Thema Tod kam durch das Sterben und den Tod von Papst Johannes Paul II. zustande. Das eindrucksvolle Leiden und Sterben von Papst Johannes Paul II., sein Wirken als Papst auch als vom Tode geweihter Mann, rückte die Wirklichkeit von Krankheit, Alter und Tod im besonderen Maße in das öffentliche Bewusstsein, und damit die Begrenztheit menschlichen Handelns und Seins. Diese Thematisierung von Krankheit, Leiden und Tod in der bundesdeutschen Gesellschaft durch den alten Papst war etwas ganz Besonderes.

### Krieg und Verwundung von deutschen Soldaten der Bundeswehr

Der häufigste Soldatentod bis 1990 war der Autounfall gewesen. Der Bundeswehrsoldat war in der Regel heimatnah eingesetzt: sein Leben unterschied sich wenig von dem der übrigen Bundesbeamten in der Verwaltung. Die Bundeswehr war ein guter Arbeitgeber: ein bisschen Sport, ein bisschen Macht, ein fester Arbeitsplatz, Krieg war Sandkastenspiel. Mit dem Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Ausland verabschiedeten sich Ehefrauen häufig von konservativen Ehe-Idealen; sie wurden zu allein erziehenden Müttern. Dabei wurden auch kritische Fragen laut: Muss der Ehemann denn in das Ausland? Sind Kampfeinsätze wirklich für Deutschland notwendig? Ist die Familie im Todesfall versorgt?

Im Falle des Todes eines Bundeswehrsoldaten im Dienst verhängt die Bundeswehr sofort eine Informationsperre und dem zuständigen Kommandeur am Heimatort wird befohlen, die Nachricht zusammen mit dem Militärseelsorger persönlich zu überbringen. Auch um die Bürokratie – den Sarg und die Beerdigung – kümmert sich die Bundeswehr. Wichtig ist dabei, dass der Soldat eben abkommandiert wird und sich nicht freiwillig meldet. Ansonsten machen sich die zurückgelassenen Ehefrauen ein Leben lang

Vorwürfe, nicht ausreichend genug auf ihre Ehemänner bezüglich eines Heimateinsatzes Einfluss genommen zu haben.

Aber auch wenn der Todesfall nicht eintritt: die Soldaten kehren meist „*verwundet*“ zurück, sie sind irgendwie verändert, haben oft seelische Wunden und Narben – während zu Hause meist alles gleich geblieben ist. Entfremdung und Eheprobleme sind oft die Folge – oder die Trennung. Vor allem, wenn die Beziehung noch jung oder die Kinder klein sind, die Partner zwischen 25 und 30 Jahre alt sind oder Ehen mehrere Auslandseinsätze verkraften müssen – dann ist jeweils die Gefahr einer Trennung groß. Gerade die Ehefrauen, erwachsen geworden in den Nachwehen der Studentenbewegung und unter dem Eindruck von Emanzipation und dem Selbstverwirklichungsanspruch von Frauen, realisieren nunmehr, dass vielleicht die Lebenskonzepte der Partner nicht zusammenpassen.

### Militärseelsorge im Umgang mit Tod und Verwundung im Einsatz

Die evangelischen und katholischen Militärseelsorger gewinnen gerade in Auslandseinsätzen der Bundeswehr an Signifikanz und sie führen mit den Bundeswehrsoldaten, seien sie Katholiken, Protestanten, Atheisten oder Konfessionslose, unzählige Gespräche über den Tod und den Sinn des Lebens. Die Situation der Soldaten erinnert dabei vielfach an das Los von Kranken: Keiner, der nicht in ihrer Situation ist, kann sie wirklich verstehen. Je heftiger die Angriffe der Taliban oder El Kaida auf ISAF oder andere Bundeswehreinsätze sind, desto mehr Soldaten drängen sich zu den Gottesdiensten in die Lagerkapellen und Kirchen.

Um auf Tod und Verwundung vorzubereiten, gibt es Seminare am Zentrum für Innere Führung in Koblenz. Ein weiteres Hilfsmittel ist der „*Lebenskundliche Unterricht*“ der Militärseelsorger als wesentlicher Teil in „*der Gesamterziehung der Soldaten*“. In der grundlegenden „*Zentralen Dienstvorschrift*“ aus dem Jahr 1959 wurden sein Sinn und seine Aufgabe festgelegt. Die Aufgabe der Militärseelsorge besteht vorrangig darin, sich um das „*Heil der Seelen*“ der ihr

anvertrauten Soldaten zu bemühen. Letztlich muss der Militärseelsorger den militärischen Auftrag als gegeben ansehen. Allerdings darf der Seelsorger an ethische Grundlagen und an die Freiheit des Gewissens erinnern, besonders in schwierigen Situationen. Diese können entstehen, wenn es zu viele Tote und Verwundete im Auslandseinsatz gibt. Darauf hat auch stets der katholische Militärbischof hingewiesen.

Das Selbstverständnis des Soldaten begründet sich aus der Verpflichtung, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Der Soldat ist der freiheitlich demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes verpflichtet und muss durch sein gesamtes Handeln und Verhalten für ihre Erhaltung eintreten, weil sie nach allgemeiner Überzeugung als wertvoll anerkannt wird.

Begründung für soldatisches Handeln ist der politisch entschiedene, legale und ethisch legitimierte Einsatz. Grundlage für Befehle und Gehorsam in möglichen Szenarien ist die Übereinstimmung mit den Anforderungen der im Grundgesetz verankerten Rechts- und Werteordnung. Diese Werteordnung und die daraus abgeleiteten Tugenden hat der Soldat zu erhalten. Bewährte soldatische Tugenden wurden im Pflichtenkatalog des Soldatengesetzes festgeschrieben und sind somit verbindliche Vorgaben. Sie decken das gesamte Spektrum des soldatischen Handelns und Verantwortens ab und sind charakterliche und geistige Verhaltensziele, die jenseits aller wünschenswerten Individualität von jedem Führer einzufordern sind. Aus diesem „*Pflichtenkatalog*“ sind hervorzuheben und in der Ausbildung einzufordern: Treue, Gehorsam, Tapferkeit, Disziplin, Beispiel und Kameradschaft. Es kann insgesamt festgehalten werden: Tugenden geben Halt und Stütze und helfen, mit geringeren Verwundungen an Geist, Körper und Seele Aufträge auszuführen und Extremsituationen zu bestehen. Alle Soldaten müssen sich mit den Grundlagen der Ethik soldatischen Handelns intensiv auseinandersetzen. Hierbei vermag der christliche Glaube Halt geben. □

## Sicherheit und Friedensethik:

## Heiliger Stuhl: Das Verbot von Streubomben-Munition, ein ethischer Imperativ

### Erzbischof Tomasi fordert in Genf Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben

**D**er Heilige Stuhl fordert die Beseitigung von Streubomben und jeder Form von Munition dieser Art im militärischen Kontext. Diese Forderung richtete der Ständige Beobachter des Heiligen Stuhls bei der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen in Genf, Erzbischof Silvano Maria Tomasi, am 14. Januar an die Regierungsexperten der Teilnehmerstaaten der „Konvention über das Verbot und die Einschränkung des Gebrauchs besonders heimtückischer konventioneller Waffen“. – Streubomben verfügen über einen Mechanismus, durch den mehrere kleine Bomben freigesetzt werden. Mehr als 70 Länder sollen über einen Vorrat an Streubomben verfügen.

**B**ereits im August 2005 hatte der Heilige Stuhl die internationale Gemeinschaft zur restlosen Beseitigung dieser Munition aufgefordert. 2006 schlug der Heilige Stuhl die Idee eines Moratoriums für deren Nutzung vor und zeigte seine Zufriedenheit über die Ankündigung eines möglichen internationalen Verbots bei der Internationalen Konferenz in Oslo (Norwegen) Mitte Februar 2007. Damals hatten 46 von 49 Staaten, deren Vertreter in Oslo zusammengekommen waren, ihre Bereitschaft bekundet, dass ihre Staaten sich für ein weltweites Verbot des Einsatzes, des Verkaufs und der Herstellung von Streubomben einsetzen wollten. Russland, China und die USA waren der Begegnung in Oslo fern geblieben; die drei Staaten Japan, Polen und Rumänien hatten dem Schlussdokument ihre Unterstützung verweigert.

Erzbischof Tomasi hatte bei seinem Vorstoß in Genf sich u.a. auf die Rede des Papstes vor dem akkreditierten diplomatischen Corps beim Heiligen Stuhl am 7. Januar 2008 stützen können. Benedikt XVI. hatte die Politiker eindringlich zur Förderung der weltweiten Sicherheit aufgerufen (s.a.S. 4f. in diesem AUFTRAG). Dieses Engagement solle verhindern, dass Terroristen Zugang zu Massenvernichtungswaffen fänden. Das Prinzip der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen müsse nach Meinung des Kirchenoberhaupts gestärkt werden.

Erzbischof Tomasi erklärte diesbezüglich: „Ich bekräftige die Haltung des Heiligen Stuhls, die auf der Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober letzten Jahres gründet, in der er eine schnelle Antwort auf das Problem von Waffen und Munition“ gefordert hatte.

Alle 30 Minuten muss ein Mensch aufgrund von tödlichen Überresten aus der Kriegszeit das Leben lassen oder aber für den Rest seines Lebens mit einer Verstümmelung leben. Und jedes Jahr werden 20.000 Zivilisten durch die Explosion von Minen oder

Streubomben getötet oder verstümmelt. Diese grausame Waffenart betreffe Zivilbevölkerung und kämpfende Soldaten gleichermaßen; sie sei darauf ausgerichtet, größtmögliches Leid zuzufügen.

„Die Erfahrung zeigt uns“, betonte Erzbischof Tomasi, „dass das Verbot dieser Kategorie von Waffen auf Basis von Verhandlungen im Vertrauen auf internationale Vereinbarungen nie die nationale Sicherheit der USA in Gefahr gebracht hat.“

Die eigentliche Gefahr bestehe eher darin, „übermäßig darauf zu vertrauen, dass Waffen für die nationale und internationale Sicherheit nötig sind. Die Entwicklung, das gegenseitige Vertrauen, Prävention, die Schaffung der Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben sind die Einstellungen, ohne die es weder Sicherheit noch Stabilität geben kann.“ Abschließend bekräftigte der Erzbischof: „Wenn der Krieg einen Preis hat, dann hat der Frieden auch einen. Er ist in jedem Fall bei weitem der günstigere.“

In der ganzen Frage gehe es um „die Erhaltung des Lebens, um die Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben für ganze Bevölkerungsgruppen“. Man stehe vor großen Herausforderungen. Aber „wenn die Vertragsstaaten darum wissen, kann man sich diesen Herausforderungen gemeinsam stellen.“ (PS/ZENIT)

#### Kurz berichtet:

### UN: Immer mehr Kindersoldaten aus Flüchtlingslagern rekrutiert

**I**mmmer mehr Kindersoldaten werden laut einem Bericht von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon aus Flüchtlingslagern im Krisenland rekrutiert. Der „besorgniserregende“ Anstieg von Kindersoldaten unter Binnenflüchtlingsen sei auf mangelnde Sicherheitskräfte in den Lagern zurückzuführen, erklärte Ban am 27. Januar 2008 in New York. Die Vereinten Nationen schätzen, dass weltweit zwischen 250.000 und 300.000 Kindersoldaten in zwölf Staaten im Einsatz sind, darunter Afghanistan, Somalia und im Sudan.

Ein positives Signal setze die Elfenbeinküste, in der beide Konfliktparteien verhindert hätten, dass Kindersoldaten in die Auseinandersetzungen geraten, lobte Ban. Er rief den Sicherheitsrat auf, verstärkt Maßnahmen zu ergreifen, um Kinder aus kriegsrischen Auseinandersetzungen rauszuhalten. Dazu gehöre auch, solche Fälle des Kindesmissbrauchs beim Internationalen Gerichtshof zu melden. (KNA)

# Kriterien für die Auslandseinsätze der Bundeswehr

## Friedensethische, politische und politikwissenschaftliche Gesichtspunkte

VON GERHARD ARNOLD

Seit Herbst 2006 findet in den deutschen Parteien und nun auch in der Politologie eine rege Diskussion über Kriterien für die Auslandseinsätze der Bundeswehr statt. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet im Jahr 2006 diese öffentlichen Überlegungen mit steigender Intensität begonnen haben. Denn in diesem Jahr wurden zusätzlich zu den laufenden und sehr anspruchsvollen Missionen auf dem Balkan, in Afghanistan und am Horn von Afrika sowie zwei kleineren im Zusammenhang des Sudan-Konflikts, zwei neue und sehr problematische von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossen. Es betraf die deutsche Mitwirkung am EU-Einsatz im Kongo und dann die Mitwirkung am Marine-Sicherungseinsatz vor der Küste des Libanon im Auftrag der Vereinten Nationen (VN). Das Bemühen um eine möglichst große parlamentarische Mehrheit war beide Male erfolgreich, aber auch im eigenen Lager mühsam.

### Beginn der Debatte im September 2006: Die Schockenhoff-Kriterien

Am fünften Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001 veröffentlichte MdB Andreas Schockenhoff (CDU) als Stimme seiner Fraktion bei diesem Thema einen sehr kurzen Text, betitelt: **Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr. Orientierungsmaßstab für den jeweiligen Einzelfall.**<sup>1</sup> Es war der erste parlamentarische Fachbeitrag über Einsatzkriterien in Reaktion auf die politische Kongo- und Libanondiskussion im Jahre 2006. Der Verfasser schreibt im knappen Vorspann, dass Einsatzentscheidungen „auf der Grundlage deutscher Interessen, der Grundwerte der deutschen Politik und von Bündnisverpflichtungen getroffen“ werden. Danach werden zehn Einzelkriterien ohne weitere Erläuterung aufgelistet. Am Anfang steht die Frage nach dem völkerrechtlichen Rahmen (VN-Mandat, VN-Charta, NATO-Bündnisverpflichtung?), nach den deutschen Interessen in einem Konflikt und nach den nicht-militärischen Maßnahmen zur Konfliktlösung. Am Schluss fragt Schockenhoff nach der Exit-Strategie, den verfügbaren Kapazitäten der Bundeswehr und nach Voraussetzungen und Zeitrahmen für ein erfolgreiches Einsatzen. Zu den Kriterien gehören auch die militärischen Erfolgs-

aussichten, die zweckdienliche Gestaltung der rules of engagement und die Einsatzrisiken. Man merkt den Kriterien an, dass sie die 14-jährige Erfahrung mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr seit 1992 aufnehmen und nicht nur die klassischen politischen und rechtlichen Gesichtspunkte enthalten, sondern auch die Verantwortung für die Truppe ernst nehmen.

### Positionspapiere der CSU-Landesgruppe

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag begann eine eigene intensive Arbeit am Thema. Genauer muss man sagen: Bisherige politische Grundsätze, wie sie insbesondere MdB Christian Schmidt, inzwischen Parl. Staatssekretär im BMVg, zur Kriterienfrage und zu einer stimmigen außen- und sicherheitspolitischen Gesamtstrategie schon seit Jahren vertritt, verdichteten sich nun zu publizierten Arbeitspapieren. Auf ihrer Klausurtagung in Wildbad Kreuth vom 08. bis 10.01.2007 verabschiedete die Landesgruppe *Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr*.<sup>2</sup> Deutsche Politik soll den neuen Risiken und Gefährdungen in einer globalisierten Welt in erster

2 Publikation als gedrucktes Manuskript, 4 Blätter: Deutschlands Interessen und Deutschlands Verantwortung in der Welt: *Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr*, sowie auf der Homepage der CSU-Landesgruppe: [www.csu-landesgruppe.de](http://www.csu-landesgruppe.de).



Einsatzkontingente der Bundeswehr  
(Quelle: [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de))

Linie an ihrem Ursprungsort begegnen und ihr „außen-, sicherheits-, entwicklungs- und umweltpolitisches Engagement zu einer Strategie aus einem Guss vernetzen.“ Der sinkenden Bereitschaft der deutschen Gesellschaft, längere und gefährliche Auslandseinsätze der Bundeswehr mitzutragen, sollen die *Leitlinien* entgegenwirken, indem sie „Berechenbarkeit und Verlässlichkeit unserer Entscheidungsfindung“ herausstellen.

Die insgesamt zehn Leitsätze beginnen mit der schon bisher selbstverständlichen Selbstverpflichtung auf die „Übereinstimmung mit dem Grundgesetz, der Satzung der Vereinten Nationen und dem Völkerrecht“ und mit dem Ziel der Friedensbewahrung bzw. Friedenswiederherstellung. Den sicherheitspolitischen Interessen und Werten Deutschlands wird ein erhebliches Gewicht beigemessen, konkretisiert als vorrangiges Interesse an einer Konfliktverhütung und -beilegung „in Europa und in unmittelbarer europäischer Nachbarschaft“. Weiter fordern die *Leitlinien* eine überschaubare Anzahl der Auslandseinsätze, aber unter Beachtung der Bündnistreue, ein „eindeutig definiertes, erreichbares Ziel“ und die Einbettung in ein politisches Gesamtkonzept.

Flankierende Äußerungen stammen von dem CSU-Außenpolitiker MdB Thomas Silberhorn. In seinem

1 Publikation nur auf der Homepage der Unionsfraktion: [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de).



Zeitungs-Interview vom 29.01.2007<sup>3</sup> machte er deutlich, dass sich Deutschland aufgrund seiner begrenzten Ressourcen nur „*selektiv*“ an militärischen Auslandseinsätzen beteiligen könne. Weiter: „*Es darf nicht der Eindruck entstehen, wir seien Getriebene der politischen Entwicklung und dächten nur über einen Auslandseinsatz nach, um den Interessen Dritter gerecht zu werden.*“ Am ausführlichsten und häufigsten hat sich MdB Hans Radel seit dem Herbst 2006 zur Kriterienfrage geäußert. In seinem ersten Beitrag vom Nov. 2006 (*Kriterien für Auslandseinsätze der Bundeswehr – eine Notwendigkeit im Konflikt zwischen Interessen und Ressourcen*), der wichtige Gedanken des Landesgruppen-Papiers vom Jan. 2007 vorwegnimmt, kommt ein weiterer Gesichtspunkt zum Tragen, der für die CSU sehr wichtig ist. Es geht um die bestmögliche Ausbildung und Ausrüstung der Soldaten, um die größtmöglichen Sicherheitsstandards für sie, ausreichend robuste Einsatzregeln und ehrliche Benennung der Risiken. Militärische Symbolik, von ihm „*Schaufenster-Beschlüsse*“ genannt (wie beim Einsatz in Ost-Timor 2000) wird abgelehnt.

Auch aus allen anderen Parteien im Bundestag kamen in der Folgezeit Statements zum Thema.<sup>4</sup> Militärs und Sicherheitsfachleute meldeten sich ebenfalls bald zu Wort.<sup>5</sup>

### Friedensethische Kriterien in „Gerechter Frieden“ (2000)

Die Frage nach moralischen Kriterien beim Einsatz bewaffneter Streitkräfte ist der christlichen Friedensethik, der katholischen wie der evangelischen, aus ihrer Tradition sehr vertraut. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass das heutige sehr breite Spektrum militärischer Auslandsein-

sätze von unbewaffneten Blauhelmissionen durch die VN über humanitäre Interventionen bis zu echten Kampfeinsätzen reicht, mit und ohne VN-Mandat. Dennoch ist in beiden Kirchen weithin anerkannt, dass die klassischen, mittelalterlichen Kriterien für den gerechten Krieg – von Thomas von Aquin ausgearbeitet – auch unter völlig veränderten Rahmenbedingungen weiterhin Geltung besitzen und längst Eingang ins humanitäre Völkerrecht im bewaffneten Konflikt gefunden haben.

Es lohnt sich, das umfangreiche bischöfliche Wort „*Gerechter Frieden*“ aus dem Jahr 2000<sup>6</sup> unter dem Gesichtspunkt der Kriterien aufmerksam zu betrachten. Das Hauptaugenmerk dieser wichtigen friedensethischen Studie liegt auf der Frage, wie unter den Bedingungen der heutigen Welt Frieden mit friedlichen Mitteln nach den Grundsätzen der katholischen Kirche gefördert und angebahnt werden und welche Mittel die Kirche selber hierfür bereitstellen kann. Die Frage militärischer Gewaltanwendung begegnet nur am Rande, wird aber dennoch sorgfältig erörtert.

**A**bschnitt II.7 widmet sich der *Bedeutung und Grenzen militärischer Mittel*. Unterabschnitt II.7.3 nimmt anhand einer Kriterienliste auf etwa fünf Druckseiten Stellung *zur Problematik bewaffneter Interventionen*.

**D**ie einleitende Ziff. 150 formuliert: „*Das Ziel, Gewaltanwendung aus der internationalen Politik zu verbannen, kann auch in Zukunft mit der Pflicht kollidieren, Menschen vor fremder Willkür und Gewalt wirksam zu schützen. ... In solchen Situationen stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen die Anwendung von Gewalt gerechtfertigt sein kann.*“

**D**ie insgesamt elf Kriterien werden in den Ziffern 144 und 151-161 vorgetragen.

- In Ziff. 144 wird im Blick auf die heutigen neuen Aufgaben der Soldaten, also wohl in erster Linie im Blick auf humanitäre Interventionen, nicht nur eine entsprechende interkulturelle Kompetenz gefordert: „*Zudem haben sie einen Anspruch darauf, nicht in Einsätze geschickt zu werden, die das Risiko der Geiselnahme oder anderer vorhersehbarer auswegloser Gefahren mit sich bringen.*“ Hier wird also ein ethisches Kriterium formuliert, das man im weitesten Sinne als Zumutbarkeit eines Einsatzes für unsere Soldaten beschreiben kann.
- Ziff. 151: Militärische Gegengewalt nur als ultima ratio. „*Alle anderen Mittel, dem Recht eines angegriffenen Staates oder den fundamentalen Rechten von Menschen einen Weg zu bahnen, müssen ausgeschöpft sein.*“ In der gleichen Ziffer begegnet auch die Einsicht: „*Ein ethisches Kernproblem jedes bewaffneten Konflikts liegt zudem darin, dass er eine Eigendynamik freisetzen und deshalb nur allzu leicht in einem Übermaß an Gewalteinsatz enden kann. Auch dort, wo man zunächst annimmt, die Bedingungen für eine Kontrolle des Geschehens seien günstig, wird es auf Dauer immer schwieriger, die Regeln des Rechts im Kriege (ius in bello) zu beachten.*“ Hier wird in sehr knapper Form die Eskalationsdynamik in einem kriegerischen Konflikt beschrieben, die nicht zu den gängigen friedensethischen Kriterien gehört, aber gegenwärtig in den politologischen Studien im Zusammenhang der Kriteriendiskussion eine Rolle spielt.<sup>7</sup>
- Ziff. 152-154: Die völkerrechtliche Legitimität bei der Anwendung militärischer Gewalt muss gegeben sein. Genannt wird die klassische Form der Verteidigung und, davon zu unterscheiden, kollektive Zwangsmaßnahmen.

<sup>7</sup> siehe dazu die Arbeiten von Lothar Rühl und Volker Perthes, zitiert Anm. 16 und 17.

<sup>3</sup> SZ-Interview vom 29.01.2007: Der CSU-Landespolitiker Silberhorn über Auslandseinsätze der CSU, „Unser Hauptinteresse ist Europa“.

<sup>4</sup> Besonders ausführlich und detailliert ist die Arbeit von Winfried Nachtwei (Bündnis90/Die Grünen). Am 12.02. 2007 hat er seine Thesen und Kriterien zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr veröffentlicht. Publik. auf seiner persönl. Homepage: [www.nachtwei.de](http://www.nachtwei.de)

<sup>5</sup> Ulrich Weisser, Weder Aktionismus noch Verweigerung, FAZ vom

05.12.2006. H.-J. Reeb, Legitimation von deutschen Streitkräften in heutiger Zeit – ein ethischer, rechtlicher und politischer Kriterienkatalog, Der Mittler-Brief 2/2.Quartal 2007, 8 Seiten.

<sup>6</sup> Folgende Textfassung wird benutzt: Die deutschen Bischöfe, Gerechter Frieden, 27.09.2000, Bonn, Heft Nr. 66 (hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz).

men der Vereinten Nationen bei humanitären Interventionen. Die Kosovo-Intervention ohne UN-Mandat hat gezeigt, dass Rechtslücken und Interpretationsprobleme beseitigt werden müssen. Ziff. 154: „Jegliches militärische Handeln ist an das geltende Friedenssicherungsrecht und die dort festgelegten Verfahren gebunden.“

- Ziff. 155: „Der Einsatz von Gewalt muss sich auf jenes Maß beschränken, das zur Einlösung von Solidaritätspflichten unabdingbar ist. Gewaltärmere Mittel und Maßnahmen ... sind immer vorzuziehen.“ Also Gewaltminimierung als Kriterium.
- Ziff. 156: „Es muss eine hinreichende Wahrscheinlichkeit bestehen, dass die Gewaltanwendung ihr Ziel tatsächlich erreichen kann und die Lage nicht noch verschlimmert wird.“ Hinzu kommt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Gewaltanwendung: „Gewaltförmige Aktionen dürfen nicht die Grundlagen dessen zerstören, was sie zu bewahren und zu verteidigen suchen.“
- Ziff. 157: „Bei militärischen Handlungen muss nicht nur das Gebot der Unterscheidung zwischen Kämpfenden und Nicht-Kämpfenden zwingend beachtet werden.“ Auch jede andere Gewaltanwendung, die Zivilisten indirekt unverhältnismäßig schwer schädigt, ist zu verurteilen.
- Ziff. 158: Verpflichtung zur Linderung humanitärer Notlagen, vor allem der Flüchtlinge, bei bewaffneten Konflikten.
- Ziff. 159: „Jede militärische Intervention muss mit einer politischen Perspektive verbunden sein, die grundsätzlich mehr beinhaltet als die Rückkehr zum status quo ante. Denn es reicht nicht aus, aktuelles Unrecht zu beheben. Es geht darum, es auf Dauer zu verhindern.“ Also Forderung nach einer politischen Konflikt-Nachbearbeitung (post-conflict-peace-building).
- Ziff. 161: „Alle diese Maßnahmen müssen eingebettet sein in ein politisches Gesamtkonzept, das von einem möglichst breiten Konsens der Beteiligten ge-

tragen ist. ... Und gerade hier liegt die zentrale Herausforderung: Politische Instrumente zum Umgang mit Konflikten zu schaffen, die die Frage nach bewaffneten Interventionen so weit wie nur irgend möglich überflüssig machen.“

### Kriterien in der evangelischen Friedensethik

Für den Bereich der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) liegen jetzt zwei offizielle Positionspapiere vor, die sich auch mit der Kriterienfrage bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr beschäftigen. Nach wie vor wichtig sind die Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik von 1994<sup>8</sup>. Darin werden im Zusammenhang mit der Diskussion über humanitäre Interventionen, also aus gleichem Anlass wie das katholische Bischofswort **Gerechter Frieden**, vier hervorgehobene Kriterien angeführt: „Humanitäre Gesichtspunkte können eine Intervention mit militärischen Zwangsmitteln nur rechtfertigen, wenn

- die Entscheidung über ein solches Eingreifen ... im Rahmen und nach den Regeln der Vereinten Nationen getroffen wird,
- die Politik ... über klar angebbare Ziele einer Intervention verfügt,
- die an den Zielen gemessenen Erfolgsaussichten nüchtern veranschlagt werden,
- von Anfang an bedacht wird, wie eine solche Intervention beendet werden kann.“<sup>9</sup>

Zu diesen vier Kriterien kommen vier weitere an anderen Textstellen hinzu, ohne dass sie als solche bezeichnet werden. Es ist die ultima-ratio-Erwägung<sup>10</sup>, die Forderung nach einem breiten innenpolitischen Konsens bei der Mitwirkung an VN-Einsätzen<sup>11</sup> und die „feste internationale Einbindung“<sup>12</sup>. Zuletzt: Die Berücksichtigung eigener nationaler Interessen ist legitim, allerdings mit Einschränkungen<sup>13</sup>.

8 Schritte auf dem Weg des Friedens, Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik, Hannover, 3. Aufl. 2001, EKD-TEXTE 48.

9 a.a.O. S. 28.

10 ebd.

11 a.a.O. [s. Anm. 8] S. 17f. und S. 31.

12 a.a.O. [s. Anm. 8] S. 30.

13 ebd.: „Der Gesichtspunkt des natio-

Inzwischen liegt mit der neuen Friedensdenkschrift der EKD, Ende Oktober 2007 veröffentlicht, eine weitere Studie vor.<sup>14</sup> Wenig systematisch werden auch in ihr, in Unterabschnitt 3.2.2 (Grenzen kollektiver Schutzverantwortung bei innerstaatlichen Bedrohungen) Einsatzkriterien formuliert, die mit den Orientierungspunkten von 1994 weithin übereinstimmen. Deutlicher als dort wird allerdings der Erlaubnisgrund für humanitär begründete Militäroperationen formuliert: Es können „nur aktuelle, schwerste Unrechtshandlungen sein, die die minimale Friedensfunktion einer politischen Ordnung überhaupt beseitigen“<sup>15</sup>.

Vergleicht man die katholische mit der evangelischen Kriterienliste, so treten Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich hervor. Der Grundansatz, die friedliche Konfliktlösung und die vorrangige Option für die Gewaltfreiheit ist beiden gemeinsam und deshalb die Anwendung militärischer Gewalt, in welchem Spektrum auch immer, nur als ultima ratio der Politik. Das unbetonte evangelische Kriterium der nationalen Interessen hat in den Kriterienlisten der Politiker einen hohen Rang, ist aber katholischem Denken eher fremd und begegnet dem Leser deshalb im Bischofswort **Gerechter Frieden** nicht. Die Forderung beider Kirchen nach einem politischen Gesamtkonzept für militärische Einsätze ist inzwischen Allgemeingut in der öffentlichen Diskussion.

### Die politologischen Beiträge

Aus einer ganzen Reihe von Beiträgen seien nun zwei wegen ihres unterschiedlichen Profils ausgewählt.

Am 03.01.2007 hat Lothar Rühl politische Leitsätze und militärische Einsatzregeln zur Krisenbeherrschung kurz vorgestellt<sup>16</sup>. Darin wird eine grundsätzliche Skepsis gegenüber festen Kriterien spürbar. Er geht von der

nationalen Interessens ist legitim; er kann auch vor moralischer Überforderung bewahren.“

14 Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 2007, 128 S.

15 a.a.O. [s. Anm. 14] S. 74 (Ziff. 112).

16 Lothar Rühl, Unvorhersehbares vorhersehen, FAZ vom 03.01.2007.



Dynamik akuter Krisen aus, die eine Bestimmung nationaler Interessen schwierig machen. Die Dynamik eines Bürgerkriegs nehme keine Rücksicht auf Einsatzbeschränkungen, die sich ein Entsendestaat auferlegt habe und lasse eine festgelegte Exit-Strategie nicht zu. Notwendig sei Flexibilität bei der Einsatzplanung und bei der Organisation von Stabilisie-

sion einschließt. Eventuelle besondere Vorteile Deutschlands gegenüber anderen Staaten müsse erwogen werden. Der dritte Fragenkreis beschäftigt sich mit den möglichen Dynamiken einer Krise. Bei der Gefahr einer weitläufigen Krisenausweitung ist eine deutsche Bundeswehrbeteiligung eher zu erwägen, als bei einem vermutlich rein regionalen Konflikt. Zuletzt fragt



*Lachende Kinderaugen sind der Lohn. Ein Trupp Bundeswehrsoldaten wird in einem afghanischen Dorf bejubelt. In den Kinderaugen spiegelt sich Freude und Leid der Dorfbewohner wider. An den Soldaten geht das nicht spurlos vorüber. (Quelle: Luftwaffe/PrSt Mazar-e Sharif)*

runungskräften. „Was immer Regierungen und Parlamente vor dem Einsatz beschließen – es steht unter dem Gesetz der Krise und deren Eskalationspotential.“ Deshalb fordert er schon zu Beginn eines Einsatzes „breite Sicherheitsmargen, um Komplikationen aufzufangen“, sowie Reservekapazitäten bei der Logistik.

Volker Perthes fordert vor Auslandseinsätzen die Beantwortung von vier zentralen Fragen: *Wie? Wann? Wo? Wie oft?*<sup>17</sup> Eine starre Kriterien-Checkliste lehnt er ab. Er fordert Entscheidungen auf der Grundlage „einer informierten strategischen Debatte“, die vier Fragengruppen berücksichtigen müsse. Voran steht die Frage nach der völkerrechtlichen Legitimität, für ihn nach der UN-Mandatierung. Darauf folgt die nach Erfolgsaussichten und Risiken eines Einsatzes, was den Blick auf Dauer und Ende einer Mis-

sion einschließt. Eventuelle besondere Vorteile Deutschlands gegenüber anderen Staaten müsse erwogen werden. Der dritte Fragenkreis beschäftigt sich mit den möglichen Dynamiken einer Krise. Bei der Gefahr einer weitläufigen Krisenausweitung ist eine deutsche Bundeswehrbeteiligung eher zu erwägen, als bei einem vermutlich rein regionalen Konflikt. Zuletzt fragt Perthes nach den deutschen Interessen und den Zielen deutscher Politik. Es sei genau zu überlegen, wie begrenzte Ressourcen einzusetzen sind, zumal Deutschland und die EU nicht beabsichtigten, eine globale Ordnungsmacht zu spielen. Gleichmaßen müsse sich deutsche Politik fragen lassen, ob sie es sich leisten könne, an der Stärkung militärischer Kapazitäten der NATO und der EU mitzuwirken, aber schwierige Einsätze abzulehnen oder anderen zu überlassen.

Der Vergleich der Voten von Rühl und Perthes zeigt manche Überschneidungen, aber auch Differenzen und weist auf die Notwendigkeit weiterer und vertiefter Diskussion hin. Es fällt aber auf, dass die referierten Beiträge aus den Parteien Auslandseinsätze restriktiver sehen und die Belange der Soldaten stärker im Auge haben. Es ist erstaunlich, dass das bischöfliche Wort *Gerechter Frieden* bereits im Jahr 2000 diesen Gesichtspunkt vorträgt.

### Nationale Interessen auf dem Prüfstand

Die in der politischen Diskussion so wichtige Frage des nationalen Interesses wurde jüngst von Berthold Meyer (Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) einer umfang-

prüfen ist, Vier Kriteriengruppen für die Entscheidung über Auslandseinsätze, FAZ vom 14.02.2007.

reichen und gehaltvollen kritischen Betrachtung unterzogen.<sup>18</sup> Er legt dar, dass in der politischen Diskussion, in den Weißbüchern zur Sicherheitspolitik und auch in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts von deutschen Interessen sehr schwammig und verkleisternd gesprochen wird. Er fordert deshalb, dass der Deutsche Bundestag endlich eine sicherheitspolitische Grundsatzdebatte führen solle, die es bisher tatsächlich nicht gegeben hat. Man müsse die deutschen Interessen „mit denen der anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Einklang bringen und Entscheidungen über Einsätze der Bundeswehr grundsätzlich von einer direkten Anfrage oder einem Auftrag des UN-Sicherheitsrates abhängig machen.“<sup>19</sup> Bei der Erteilung von Bundeswehrmandaten sollten sich die Abgeordneten nicht scheuen, „einen Auslandseinsatz dann zurückzuweisen, wenn dieser die Gewichte zwischen den sicherheitspolitischen Instrumenten falsch verteilen und/oder die Soldaten ohne wirkliche Not in eine hochriskante Mission entsenden würde.“<sup>20</sup> Sein abschließender Satz in der Zusammenfassung: „Je ernsthafter und offener der Bundestag über sicherheitspolitische Fragen und Bundeswehreinsätze debattiert, umso größer sind die Chancen, dass auch das Interesse der Bürger an der Sicherheitspolitik und den Streitkräften wieder zunimmt.“

Die Katholische Militärseelsorge und die Evangelische Soldatenseelsorge sind herausgefordert, sich in Anlehnung an die offiziellen kirchlichen Papiere engagiert an der Kriteriendiskussion zu beteiligen und sie angesichts einer sehr unübersichtlichen nationalen und globalen Sicherheitslage selbständig weiterzuführen. □

18 Berthold Meyer, Von der Entgrenzung nationaler deutscher Interessen, Die politische Legitimation weltweiter Militäreinsätze, HSKF-Report 10/2007, 40 Seiten, auch online über [www.hsfk.de](http://www.hsfk.de) abrufbar. Aus friedenswissenschaftlicher Sicht ist auch die Studie der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH in Hamburg zu nennen: Auslandseinsätze der Bundeswehr. Viele Bedingungen müssen erfüllt sein. Online-Fassung ohne Datumsangabe.

19 a.a.O. [s. vorige Anm.] S. II.

20 a.a.O. [s. Anm. 18] S. III. Das folgende Zitat im Text auf derselben Seite.

17 Volker Perthes, Wie? Wann? Wo? Wie oft? Vier zentrale Fragen müssen vor Auslandseinsätzen beantwortet werden, in: Internationale Politik, Mai 2007, S. 16-21. Kurzfassung: Ders., Was zu



# Forderung nach einem Haushalts-Titel „Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ im Auswärtigen Amt

**AUFTRAG-Interview mit MdB Lothar Mark (SPD), Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages und Berichterstatter der SPD-Fraktion für den Haushalt des Auswärtigen Amtes. Die Fragen für AUFTRAG stellte Major a.D. Klaus Liebetanz, Mitglied im GKS-Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“.**

**AUFTRAG:** Herr Abgeordneter, Sie haben sich am 12. Oktober 2007 anlässlich der namentlichen Abstimmung im Deutschen Bundestag zum Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan in einer persönlichen Erklärung kritisch zum Mittelansatz der deutschen Beteiligung geäußert. Was waren Ihre wesentlichen Argumente?

**MdB Lothar Mark:** Ich habe damals einer Fortsetzung der deutschen Beteiligung am ISAF-Einsatz in Afghanistan und damit auch einer deutlichen Aufstockung der Mittel für den zivilen Aufbau und die Schulung der Polizei zugestimmt. Gleichzeitig aber habe ich kritisch auf das Ungleichgewicht bei den Ausgaben für den zivilen Aufbau und die militärische Absicherung in Afghanistan hingewiesen. Deutschland verwendet jährlich mehr als fünf Mal so viel Mittel für das Militär wie für die Entwicklungszusammenarbeit. Das Verhältnis beim rechtsstaatlichen Polizeiaufbau beträgt sogar 20 zu 1 zu Gunsten der Ausgaben für das Militär. Auf lange Sicht müssen die extrem teuren deutschen Soldaten schrittweise durch gut ausgebildete, motivierte und gut verdienende afghanische Soldaten ersetzt werden, um die frei werdenden Mittel verstärkt für den zivilen Ausbau einsetzen zu können.

**AUFTRAG:** Nach Auffassung der Bundesregierung wird der Einsatz deutscher Kräfte in Afghanistan noch mindestens 10 Jahre andauern. Werden Sie sich als Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter für den Haushalt des Auswärtigen Amtes in den folgenden Jahren für ein schlüssiges und zielführendes Gesamtkonzept des deutschen Afghanis-

taneinsatzes stark machen, damit deutsche Steuermittel nicht sinnlos ausgegeben werden?

**L. Mark:** Der Ansatz für zivile Maßnahmen wie z.B. ein effektiver Polizeiaufbau, die Durchführung von Entwicklungsprojekten zur Schaffung von Arbeitsplätzen muss kontinuierlich gesteigert sowie der Ausbau von rechtsstaatlichen Einrichtungen vorangetrieben werden, ohne dass dabei die militärische Absicherung des Friedensprozesses vernachlässigt wird.

Kräfte am Friedensprozess beteiligen.

Grundsätzlich muss der Auslandseinsatz deutscher Streitkräfte zur Deeskalation und zur Friedensbildung beitragen.

**AUFTRAG:** Waren Sie bereits Ende 2007 bei den Beratungen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages für den Haushalt 2008 in der Verfolgung eines zielführenden Gesamtansatzes bezüglich des Afghanistaneinsatz erfolgreich?



**Lothar Mark, SPD**

Bürgermeister a.D., Studiendirektor a.D.  
\* 27.07 1945 in Waldmichelbach/Odenwald;  
ev.; verh., 2 Kinder.

Abitur, Studium der Geschichte, Geographie  
und Politikologie,  
1972 StudAss in Mannheim,  
1975 Studienrat, 1980 Oberstudienrat,  
1987 Studiendirektor  
1989-98 Bürgermeister der Stadt Mannheim,  
Dezernent für Kultur, Schulen, Sport- und Bäderwesen.  
Mitglied der SPD seit 1970

Mitglied des Bundestages seit 1998; Beauftragter der SPD-Fraktion für Lateinamerika.  
Mitglied im Haushaltsausschuss des Dt. Bundestages.  
Stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Website: [www.lothar-mark.de](http://www.lothar-mark.de)

(Quelle: [www.Bundestag.de/mdb](http://www.Bundestag.de/mdb))

Ziel der gesamten Operation muss ein sich selbst tragender Friedensprozess in Afghanistan sein. Der Einsatz in Afghanistan muss verstärkt ein afghanisches Gesicht bekommen. „Ownership“ (Eigenverantwortlichkeit) als Ziel ist Voraussetzung für das Gelingen in Afghanistan, aber auch in anderen Regionen der Welt, wo sich deutsche

**L. Mark:** Tatsächlich ist es uns mit Unterstützung des Außenministers gelungen, eine Verdreifachung der Mittel für den Aufbau der afghanischen Polizei (von 12 Mio. auf 35 Mio. Euro) zu erreichen. Hierbei möchte ich auch auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit meinem Berichterstatterkollegen der Koaliti-

onsfraktion, Herbert Frankenhauser (CSU), verweisen.

**AUFTRAG:** Halten Sie die Haushaltsmittel für Krisenprävention und ziviles Peace Keeping gemäß dem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ als Berichterstatter für den Einzelplan 05 (Auswärtiges Amt) für ausreichend? Müsste dieser Aktionsplan der Bundesregierung nicht endlich auch finanziell in die Praxis umgesetzt werden?

**L. Mark:** Ja. Das Auswärtige Amt muss in der Tat mehr Mittel für eine angemessene zivile Konfliktbearbeitung erhalten. Das ist aus der Sicht eines Haushälters allemal preiswerter, bevor ein Konflikt in die militärische Dimension wechselt. Im Sinne von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit habe ich mich bereits 2007 dafür eingesetzt, dass beim Auswärtigen Amt, das in diesem Bereich die Hauptverantwortung trägt, ab 2009 ein eigener Titel „Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ geschaffen wird, der mit rund 1,5 bis 2 Mrd. € ausgestattet werden und alle Mittel enthalten sollte, die aus den verschiedenen Ressorts in diese Aufgaben fließen. Mit Hilfe dieser Mittel sollte es möglich sein, schnell und strategisch abgestimmt auf verschiedene Krisensituationen und den dringendsten Bedarf reagieren zu können.

**AUFTRAG:** Zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Welchen Einfluss hat Ihr christlicher Glaube auf ihre Arbeit im Deutschen Bundestag und Ihre Entscheidungen im Haushaltsausschuss?

**L. Mark:** Ich gehe den ehrlichen, geraden Weg, auch wenn dieser einigen in Fraktion und Partei nicht immer gefällt. Grundsätzlich bin ich nicht bereit, gegen mein Wissen und Gewissen abzustimmen.

Für mich ist es auch ein Gebot der christlichen Nächstenliebe, einem oft als Spielball postkolonialer Interessen seit 25 Jahren von Krieg und Bürgerkrieg gebeutelten Land wie Afghanistan im Rahmen unserer Möglichkeiten beim zivilen Aufbau des Landes zu helfen. □

## „weltwärts“

### Regierung startet den weltweiten Freiwilligendienst

VON KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH STRACK

Beim Entwicklungsministerium stapeln sich Anfragen und Anträge. Seit Januar 2008 setzt die Regierung auf „weltwärts“, einen neuen Freiwilligendienst für junge Leute, die sich in Entwicklungsländern engagieren wollen. „Allein in unserem Haus landeten in den ersten Wochen nach der Vorstellung des Projekts weit über 1.000 Anfragen“, sagt Ministeriumssprecher Holger Illi.

Ministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) hat die ersten knapp 50 Freiwilligen am 17. Januar in Berlin verabschiedet; sie gehen nach Afrika, Lateinamerika, Asien. Die Ministerin, die das Thema früh zur eigenen Sache machte, spricht von einem einzigartigen Angebot. Immer mehr junge Menschen spürten die Bedeutung von sozialem Engagement und globaler Gerechtigkeit, sagte sie bei der Vorstellung. In einer dreijährigen Testphase können junge Erwachsene nun zwischen 6 und 24 Monaten hinausziehen.

Für maximal 10.000 Freiwillige pro Jahr will das Ministerium bis zu 70 Millionen Euro bereitstellen. Im ersten Jahr sollen es voraussichtlich bis zu 3.000 junge Leute sein, die Erfahrungen fürs Leben sammeln wollen. Für „weltwärts“ engagieren sich bislang gut zwei Dutzend vom BMZ anerkannte Organisationen. Darunter der Deutsche Entwicklungsdienst (DED), der im ersten Jahr auf 300 Teilnehmer kommen will. Dort gab es schon jetzt fast doppelt so viele Anfragen. Eine Stellenbörse im Internet nimmt 2008 ihren Betrieb auf.

Immer schon zogen einzelne hinaus in die Welt, um zu helfen und Erfahrungen zu sammeln. Doch bislang ist das mit hohen Kosten verbunden. Künftig erhalten die Organisationen, die Freiwillige entsenden, für jeden Teilnehmer bis zu 580 Euro monatlich, für Unterkunft und Taschengeld, Versicherungsschutz und Unterstützung der Projektpartner vor Ort. Vorgesehen ist, dass die jungen Leute in ihrem eigenen Umfeld möglichst Spenden von bis zu 150 Euro pro Monat mobilisieren, um auch als Multiplikatoren zu fungieren. Zudem signalisiert der Staat bei weiteren Punkten Anerkennung; so erkennt die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen die Dienstzeit als Wartezeit an, bei männlichen Absolventen kann das „weltwärts“-Engagement zudem den Zivildienst ersetzen.

Ein Schwerpunkt der Einsätze soll nach den Vorstellungen der Ministerin in afrikanischen Ländern liegen. Als Themenfelder nennt sie Umwelt- und Landwirtschaftsprojekte, Bildungs- und Menschenrechtsarbeit. „Die Erfahrung wird auch für ihre eigene Zukunft wichtig sein“, so die Ministerin. Letztlich reagiert Berlin auch darauf, dass Deutschland bei internationalen Bewerbungen im Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in dieses Engagement schlechte Noten erhielt. (KNA)

*Hinweis: Näheres unter [www.weltwaerts.de](http://www.weltwaerts.de)*

## Familienplanung als Sicherheitspolitik

Während in Deutschland demografische Fragen vor allem unter dem Aspekt einer „Überalterung“ diskutiert werden, stellt das private Washingtoner Institut „Population Action International“ (PAI) andere Gesichtspunkte in den Vordergrund. In einer neuen Studie, die Ende 2007 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung vorgestellt wurde, behandelt es den Zusammenhang von Altersstruktur sowie Sicherheit und Entwicklung. Danach sind besonders die 62 Staaten mit einer sehr jungen Bevölkerungsstruktur von Instabilität und Konflikten gekennzeichnet.

Die Studie unterscheidet vier Gruppen von Gesellschaften: der idealtypischen „Tannenbaum“-Schichtung) gekennzeichnet durch

Gruppenbezeichnung	Zugehörigkeitskriterium	Länderbeispiele
sehr junge Bevölkerung	mehr als zwei Drittel der Bevölkerung unter 30 Jahre alt	Afghanistan, Uganda, Haiti
junge Bevölkerung	60 bis 67 Prozent unter 30 Jahre	Ägypten, Peru, Philippinen
Gesellschaft im Übergang	45 bis 60 Prozent unter 30 Jahre	Türkei, Costa Rica
„reife“ Gesellschaft	weniger als 45 Prozent unter 30	Deutschland, USA, Japan

Der demografische Wandel wird hier sehr positiv bewertet, sind doch die „reifen“ Gesellschaften am höchsten entwickelt, sie weisen die höchste Stabilität und die demokratischsten Strukturen auf. Demgegenüber sind die sehr jungen Gesellschaften (mit

eine hohe Geburtenrate, hohe Sterblichkeitsraten in allen Altersgruppen, schlechte Bildungssysteme und geringe Zukunftsaussichten für Jugendliche sowie niedrige Lebenserwartung.

Die Altersstruktur eines Landes sei ein „signifikanter Indikator für die Stabilität eines Landes“, so PAI-Vorstandsmitglied Claudia Kennedy, früher Generalleutnant in der US-Armee. Nach ihren Angaben sind die US-Geheimdienste sehr an dem neuen Forschungsansatz interessiert, biete er doch Ansatzmöglichkeiten unterhalb der militärischen Schwelle. Familienplanung, „sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung“ sowie Bildung für Mädchen sind für PAI zentrale Stellschrauben, um Einfluss auf die demografische Entwicklung zu nehmen. Kein Problem scheint das Institut darin zu sehen, dass dies unter undemokratischen Rahmenbedingungen erfolgen müsste. Ausgaben in diesen Bereichen seien „Investitionen in eine friedlichere und entwickeltere Welt“, so Kennedy. So kann man es auch sehen. (PS/KNA)

### Kurz berichtet:

### Die meisten Jugendlichen wünschen sich Kinder und Familie

Die meisten Jugendlichen in Deutschland wünschen sich laut einer Umfrage Familie und Kinder. 86 Prozent der befragten Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren äußerten sich entsprechend, wie aus einer im Januar veröffentlichten Emnid-Erhebung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums hervorgeht. Befragt wurden 1.000 Jugendliche.

Mehr als die Hälfte der Befragten erwartet negative Auswirkungen durch die alternde Gesellschaft. Die große Mehrheit geht von Problemen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme aus. Die Hauptsorge der Jugendlichen gilt aber der Umfrage zufolge den Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz und der beruflichen Entwicklung. Dabei zeigen sich besonders Jugendliche aus Ostdeutschland sowie mit niedriger Schulbildung und junge Frauen pessimistisch. Die Mehrheit der Befragten rechnet mit wachsenden Forderungen nach mehr Flexibilität und Bildung in der Arbeitswelt. 87 Prozent gehen von einem Wohnortswechsel, 77 Prozent von einem Arbeitgeberwechsel und 92 Prozent von der Notwendigkeit einer ständigen Weiterbildung aus. (KNA)



Bundesvorsitzender der GKS:

## Klarstellung hinsichtlich der GKS-Position zur AFG-Mandat-Debatte

Der Generalsekretär von pax christi – Deutsche Sektion, Dr. Reinhard Voß, hat mit seiner e-mail vom 14.02.2008 an den Bundesgeschäftsführer der GKS seine Beunruhigung über den „Trend zur deutschen Kriegsbeteiligung in Afghanistan“ zum Ausdruck gebracht und fragt nach der Einschätzung der GKS zum Tenor eines FR-Artikels vom 12.02.2008 „Sagen was Sache ist – Viele Bundeswehrsoldaten sind für einen deutschen Einsatz auch im Süden Afghanistans“, bei dem aus seiner Sicht ein „Zweitklassigkeitsgefühl“ deutscher Soldaten zu erkennen sei. Oberstleutnant Paul Brochhagen, Bundesvorsitzender der GKS, nahm am 17. Februar in einem Schreiben an pax christi zur AFG-Mandatierung wie folgt Stellung:

1. Ich kenne keinen Soldaten der Bundeswehr, der mit „Hurra“ in einen lebensbedrohlichen Auslandseinsatz geht. In der „postheroischen Gesellschaft“ der Bundesrepublik Deutschland ist das beim Staatsbürger in Uniform auch nicht anders zu erwarten.
2. ISAF wie OEF sind „robuste“ Mandate. „Kampfeinsätze“ sind also auch bisher schon Realität. Dies ist den Soldaten der Bundeswehr leidvoll bewusst, wird aber von der Öffentlichkeit in der Heimat nicht gerne zur Kenntnis genommen, obwohl jetzt vermehrt auch „die Politik“ zu diesem Faktum steht.
3. Solidarität und Kameradschaft sind keine Einbahnstrassen! Es geht nicht um die Sorge, als „Soldat zweiter Klasse“ wahrgenommen zu werden, wenn deutsche Soldaten über die Verluste der Kanadier, Niederländer, Briten und Amerikaner nachdenken, sondern um die unabwiesbare Notwendigkeit, die Kräfte flexibel einsetzen zu können, um insgesamt erfolgreich zu sein und helfen zu können. Dabei geht es sehr wohl um den Frieden und die Interessen Afghanistans, die natürlich nicht losgelöst von den regionalen und globalen Entwicklungen und Bedingungen beurteilt werden können!
4. Aus dieser Perspektive ist dem FR-Artikel im letzten Abschnitt mit der Überschrift „Ärger über das Desinteresse“ nur zuzustimmen. Im Übrigen hat nicht zuletzt Bundespräsident Horst Köhler dieses Phänomen mit dem Label „freundliches Desinteresse“ treffend beschrieben. Wenn das Opfer

der gefallenen und verwundeten Kameraden nicht von der Trauer und vom Mit-Leid der Bevölkerung getragen wird, kann nur tiefe Verbitterung die Folge sein.

5. Eine allgemeine Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes auf den Süden AFG steht nach meiner Kenntnis nicht zur Debatte. Eine Verknüpfung der Mandate ISAF und OEF setzt eine entsprechende Mandatierung und Legitimierung sowie eine Ausweitung des strategischen ISAF-Konzeptes auf ganz AFG voraus. Die Entsendung der QRF für Nord-AFG erfordert aber wohl zusätzliche Unterstützungskräfte, so dass es nicht bei den angekündigten ca. 200 zusätzlichen Soldaten bleiben kann.

6. Grundsätzlich stimme ich dem Konzept der umfassenden Sicherheit zu, wie es im Weißbuch der Bundesregierung beschrieben ist. Ziel muss ein sich selbst tragender Prozess der Bildung staatlicher Strukturen und der schrittweisen Übernahme der Verantwortung für die innere und äußere Sicherheit durch die Afghanen selbst sein („ownership“). So ist auch ein „Exit“ vorstellbar, den wir uns nach erfolgreichem Einsatz erhoffen und für den wir beten. Es bedarf aber in erster Linie wesentlich besserer ressortübergreifender Planung, damit sich Afghanistan in Frieden entwickeln kann.

Paul Brochhagen  
Oberstleutnant

### Kurz berichtet:

## Polen ist die Familie am wichtigsten

Die Familie genießt in Polen laut einer Umfrage weiterhin höchste Priorität. Für 88 Prozent hat sie eine sehr wichtige Bedeutung, wie eine von der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ veröffentlichte Umfrage des Instituts TNS OBOP ergab. Weitere zehn Prozent nannten die Familie einen wichtigen Wert in ihrem Leben. Religion bezeichneten 41 Prozent als sehr wichtig und 40 Prozent als wichtig, so die Erhebung im Auftrag des städtischen Warschauer Zentrums der Gedanken von Johannes Paul II. Einen immer geringeren Stellenwert schreiben die Polen nach der Erhebung Beruf und Karriere zu. Nur für 58 Prozent ist die Arbeit derzeit sehr wichtig. Vor wenigen Jahren lag dieser Wert noch bei über 70 Prozent. Der Direktor des Zentrums der Gedanken von Johannes Paul II., Piotr Dardzinski, erklärte den Rückgang mit der inzwischen niedrigeren Arbeitslosenquote. „Die Polen werden immer reicher und wollen nun ihren Wohlstand genießen“, so Dardzinski. Der verstorbene polnische Papst Johannes Paul II. habe die Werteskala stark beeinflusst, sagte der Zentrumsleiter. Kinder sind demnach für 74 Prozent aller Befragten sehr wichtig. An Bedeutung gewinnen laut der Umfrage Freunde. (KNA)

# Katastrophale Lebensverhältnisse in der Jerusalemer Altstadt

## Bevölkerungsentwicklung in Jerusalem

VON KNA-MITARBEITERIN GABI FRÖHLICH

Schwester Helene keucht eine schmale, verwitterte Treppe hoch, unter sich einen der zahllosen verschachtelten Hinterhöfe in der Altstadt von Jerusalem: „Hier krieche ich manchmal auf allen vieren empor“, erzählt sie zwischen zwei Schnaufern. Die 65-jährige Ordensfrau von den Kleinen Schwestern Jesu ist auf Senioren-Visite im christlichen Viertel. Keine 50 Meter von hier schieben sich die Pilger an den bunten Andenkenläden der Via Dolorosa vorbei.

Der erste Besuch der Französin gilt Rose Hanna, eine Frau, die hier nur „Umm George“ genannt wird – nach ihrem ältesten Sohn. George lebt in den USA, so wie sein Bruder. Die beiden anderen Geschwister sind nach Schweden ausgewandert. Sie gehören zu jenen Tausenden von christlichen Palästinensern, die in den vergangenen Jahren vor der politisch, wirtschaftlich und sozial aussichtslos scheinenden Situation in ihrer Heimat geflüchtet sind. „Ältere, einsame Menschen gibt es daher immer mehr“, so Schwester Helene. Umm George gönnt ihren Kindern das Glück in der Fremde, auch wenn sie es auf ihre alten Tage schwer hat ohne direkten Familienanhang. In ihrem 15 Quadratmeter großen Wohn- und Schlafzimmer drängen sich Bett, Sofa und ein Tisch. Unter dem liebevoll geschmückten Hausaltar mit Ikone und Marienstatue aus Lourdes steht eine Mikrowelle. Wenn die Seniorin in ihre Küche will, muss sie quer über den Hof. In der Küche ist auch die Toilette.

„Die Wohnverhältnisse in der Altstadt sind oft katastrophal“, berichtet Schwester Helene: „Viele Wohnungen haben nur ein Fenster, wenn überhaupt. Heizung gibt es gar nicht.“ Isolierung sei unbekannt, Privatsphäre ebenso. Für ältere Bewohner seien die allgegenwärtigen Treppen ein praktisch unüberwindliches Hindernis. Aber auch viele Jüngere hätten es schwer: „Gegenüber von uns leben sechs Familien in einem Haus, das eigentlich für drei gebaut wurde“, so die Ordensfrau:

„Zu der Wohnung ganz oben kommt man nur über eine Leiter.“

Hinter den malerischen Fassaden der Heiligen Stadt leben laut offizieller Statistik auf weniger als einem Quadratkilometer mehr als 36.000 Menschen, Tendenz steigend. 91 Prozent von ihnen sind Araber: Palästinenser, die keinen ständigen Wohnort in Jerusalem nachweisen können, verlieren die begehrte Aufenthaltsgenehmigung. Deshalb drängen sich auch wohlhabendere Familien mit Häusern in Bethlehem oder Ramallah in winzigen Wohnungen im Osten Jerusalems, um den Weg zu Arbeit und Schule nicht von der Mauer abgeschnitten zu bekommen. Zudem profitieren die Bewohner in der von Israel annektierten Stadthälfte von einem Sozialsystem mit Versicherungen und kleinen Renten, das es in der Westbank nicht gibt.

Die Jerusalemer Altstadt gilt als der umstrittenste Quadratkilometer der Welt. Mitten in den völlig überbevölkerten Gassen der arabischen Muslime und Christen haben jüdische Siedlergruppen Häuser für horrenden Summen aufgekauft und mit der israelischen Flagge kenntlich gemacht, meint Schwester Helene. Mietwohnungen jedoch sind, anders als in anderen Metropolen, in der Altstadt im Schnitt billiger als in den Vororten. Ein Grund ist, dass die Kirchen vor allem im christlichen Teil viele Wohnhäuser besitzen und Sozialwohnungen für wenig Geld abgeben. Vor allem aber liegt es am miserablen Zustand der vielfach heruntergekommenen Räume. – sagt Nisreen abed Rabu und zeigt auf ein großes Loch über dem Herd. Die katholische Palästinenserin wohnt mit ihrem Mann und sechs Kindern in einer Zweizimmerwohnung des griechisch-orthodoxen Patriarchats. Wenn gegessen wird, schiebt sie einen Tisch zwischen die Betten. Für Spielzeuge ist kein Platz, die Kinder verbringen ihre Freizeit auf der Straße. Das Gehalt des Vaters als Parkplatzwächter reicht noch

nicht mal für das Schulgeld der Ältesten. Nisreen hat deshalb nur einen Wunsch: „Arbeit finden – und raus hier.“

### Stichwort: Bevölkerungsentwicklung in Jerusalem

Im Jahr 1876 lebten in Jerusalem nur 24.000 Menschen: rund 7.000 Christen, 13.000 Muslime und 4.000 Juden. Damals entstanden die ersten Viertel außerhalb der Mauern der Altstadt. Nach dem Zweiten Weltkrieg 1946 ergab eine Volkszählung für Gesamt-Jerusalem mehr als 160.000 Einwohner: 99.300 Juden, 31.300 Christen und 33.300 Muslime. Die Zahl der Christen in der gesamten Stadt sank während der jordanischen Besatzung Ostjerusalems zwischen 1948 und 1949 von 31.300 auf 12.900. Seit Beginn der israelischen Herrschaft 1967 stieg die Zahl auf 14.800.

Hinzu kommen in der Statistik von 2006 insgesamt 2.500 nicht-arabische Christen – wonach die Gesamtzahl der Christen in Jerusalem derzeit bei etwa 17.300 läge. Im gleichen Zeitraum, zwischen 1967 und 2006, wuchs die Gesamtbevölkerung Jerusalems von 268.000 auf 732.000 Einwohner. Die Zahl der Juden stieg demnach von 269.000 auf 469.000, im Wesentlichen durch Einwanderung. Die Zahl der muslimischen Araber vervierfachte sich von 58.000 auf 239.100, im Wesentlichen durch natürliche Vermehrung. Somit sank der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung stark, obgleich auch ihre Zahl insgesamt leicht zunahm. Innerhalb der etwa einen Quadratkilometer großen ummauerten Altstadt wuchs die Zahl der Muslime von 16.700 im Jahr 1967 auf 26.900 im Jahr 2005. Die Zahl der Juden stieg von null auf 3.100, während die der Christen von 7.000 auf 6.600 sank. Damit ging der Anteil der Christen unter den Bewohnern der Altstadt von rund 30 auf etwa 18 Prozent zurück. (KNA)

## Muslime in Deutschland:

## Muslimische Integration nicht nur eine Frage der Bildung

**A**ls längst überfällige und zu Teilen wachüttelnde Bestandsaufnahme zur Integration und der Verortung von Muslimen in Deutschland beschreibt die Islamwissenschaftlerin Dr. Christine Schirmacher vom Institut für Islamfragen (IfI) der Deutschen Evangelischen Allianz die Mitte Dezember vom Bundesinnenministerium vorgestellte Studie „*MUSLIME IN DEUTSCHLAND*“. Die Hamburger Kriminologen Karin Brettfeld und Peter Wetzels hatten seit 2004 rund 1.700 Muslime aus den städtischen Zentren Hamburg, Berlin, Köln und Augsburg zu ihren Einstellungen zu Integration und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und politisch-religiös motivierter Gewalt befragt. Laut Schirmacher zeigten die Ergebnisse, dass für einen Teil der muslimischen Migranten zwar Fortschritte bei Spracherwerb und Bildung sowie gesellschaftlicher Teilhabe von immenser Bedeutung seien, um mögliche Radikalisierungen abzuwenden. Zum anderen mache die Studie aber auch deutlich, dass Bildung nicht der Schlüssel für eine Beseitigung von Radikalisierungen und Verbundenheit sowie Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft nicht unbedingt eine Frage der Bildung seien. So äußerten z.B. nur 10 Prozent der befragten Studenten eine „*kulturelle primäre Identifikation mit Deutschland*“. Zudem sei der Abbau von Vorurteilen gegen Muslime bei nichtmuslimischen, zum Teil ausländerdistanziert oder sogar feindlichen Jugendlichen ein ebenso wichtiges gesellschaftliches wie politisches Ziel.

### Ausgeprägte Opfermentalität und erhöhte Akzeptanz von Gewalt unter Jugendlichen

Die Studie weist zudem auf die in allen Bildungsschichten festzustellende Selbstwahrnehmung von Muslimen als Opfer einer globalen Strategie gegen den Islam hin. Auch viele, die nicht direkt persönlich Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren

hätten, beklagten in der Befragung eine sowohl in Deutschland als auch weltweit empfundene Marginalisierung des Islam. 83 % der befragten muslimischen Studenten empfinden persönlich „*Wut*“ über die unmittelbare Verdächtigung von Muslimen bei Terroranschlägen. Viele der befragten Aktivisten islamischer Vereine und Organisationen sehen im Klima von Vorurteilen, Feindseligkeiten, Zurückweisungen und Diskriminierungen eine Ursache für Aggressivität unter deutschen Muslimen. Die Statistik zeigt, dass zwar unter den muslimischen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren nur 6,4 % als islamismusaffin betrachtet werden können, aber 24 % als gewaltaffin. Im Vergleich mit nichtmuslimischen Jugendlichen mit muslimischen Religionsangehörigen sei eine signifikant erhöhte Akzeptanz von Gewalt feststellbar.

### Moschee- und Koranschulbesuch nehmen zu

Nach der Studie sind 40 % aller befragten Muslime fundamental orientiert, richten ihren Alltag sehr stark an den Regeln der Religion aus und neigen zu einer pauschalen Aufwertung des Islams und Abwertung der westlichen, christlich geprägten Kulturen. Die Zahl der wöchentlichen Moscheebesucher stieg zwischen 2000 und 2005 von 30,7 auf 41,6 % und die Zahl der Kopftuchbefürworter von 27,2 im selben Zeitraum auf

46,6 %. Während die Studie klar und zutreffend feststellt, dass fundamentale religiöse Orientierungen nicht zwingend zu fundamentalistischen und islamistischen Tendenzen führen müssten, macht die Studie aber auf die integrationshemmende Rolle der Koranschulen aufmerksam, die von der jüngeren Generation heute häufiger und länger besucht würden. Mit dem Besuch des Koranschulunterrichts steigt jedoch nachweisbar die Demokratiedistanz. Die Studie skizziert insgesamt eine grundsätzliche Bereitschaft zur Integration unter Muslimen; zugleich wird von einer großen Zahl von Muslimen – auch unter den Studenten – die Notwendigkeit zur Beibehaltung der eigenen Kultur betont und nur eine Minderheit versteht sich primär als deutsch.

### Ambivalentes Verhältnis zu Freiheitsrechten unter Aktivisten

Besorgniserregend erscheint auch das ambivalente Verhältnis zu Freiheitsrechten unter den Aktivisten islamischer Vereine und Organisationen. Während man einerseits Freiheitsrechte zur Durchsetzung eigener Standpunkte – z.B. beim Religionsunterricht der Forderung nach Förderung der eigenen Glaubensrichtung als der einzig richtigen – in Anspruch nehmen wolle, lehne man das gleiche Recht für abweichende islamische Glaubensrichtungen ab oder

### Kurz berichtet:

#### Zahl der Menschen steigt auf 6,7 Milliarden

**D**ie Weltbevölkerung ist in diesem Jahr um 80 Millionen auf fast 6,7 Milliarden Menschen gewachsen. Zum Jahreswechsel liegt die Zahl voraussichtlich bei 6.669.705.650, wie die Stiftung Weltbevölkerung am Freitag in Hannover mitteilte. Die Steigerung entspricht der Zahl der in Deutschland lebenden Menschen. Jede Sekunde gibt es nach den Angaben im Schnitt 2,6 neue Erdenbürger. Das Bevölkerungswachstum finde ausschließlich in den Entwicklungsländern statt, so die Stiftung. Grund sei der unzureichende Zugang zu Familienplanung und Aufklärung.

(KNA)



wolle die Ehe mit nichtmuslimischen Partnern höchstens den eigenen Söhnen, niemals jedoch den Töchtern erlauben. Auch Sonderrechte wie der gesetzliche Schutz islamischer Feiertage und die Anwendung des islamischen Rechts auf die islamische Glaubensgemeinschaft bis hin zur Schaffung einer rechtlichen Parallelgesellschaft wird laut Studie zum Teil von der deutschen Aufnahmegesellschaft als Bringschuld für die Integration gefordert.

### Radikalisierungsprozesse verlaufen vielschichtig und schleichend

Anhand von vier biographischen Einzelberichten stellt die Studie abschließend mögliche Faktoren für Radikalisierungsprozesse dar. Auslöser sei oft eine Art „*Erweckungserlebnis*“, das in einer Zeit der Orientierungslosigkeit und der starken Verunsiche-

rung zu einer (Rück-)Besinnung auf eine ganzheitliche und rigide Ausübung des „*wahren Islam*“ führen könne. Zur Verschärfung trage unter anderem ein Moschee- und Lernumfeld bei, in dem Abgrenzung und Überordnung der Scharia über westliche Werte gepredigt werde. Der Betreffende distanzieren sich in diesem Prozess immer mehr von der westlichen Gesellschaft und akzeptieren zunehmend Gewalt als Mittel zur Verteidigung der Religion oder der Ehre sowie zur Einschränkung von Freiheitsrechten (z.B. gegenüber den Frauen der eigenen Familie). In einigen Fällen verbinde sich in der Folge eine zuvor lediglich auf den persönlichen Glauben bezogene Regelorientiertheit mit zunehmender Distanzierung und einer ausgeprägten Autoritätshörigkeit gegenüber rigiden religiösen Führern, die auch die politische Um-

setzung des Islam forderten. Die Autoren der Studie schließen, dass der Dialog offen, aber nicht gleichgültig geführt werden muss:

„*Es deutet sich weiter an, dass diese Suche nach Sinn und Ringen um Werte einen Dialog und glaubhafte Gegenüber benötigt, die einerseits den Islam nicht ausgrenzen, ihm aber auch nicht mit der Attitüde der Beliebigkeit begegnen, sondern selbst auf einem festen Fundament stehend starke Dialogpartner sind*“ (S. 501).

Die Studie: Karin Brettfeld u. Peter Wetzels, *Muslime in Deutschland*, Hamburg 2007, kann hier heruntergeladen oder bestellt werden:

[http://www.bmi.bund.de/nm\\_122688/Internet/Content/Broschueren/2007/Muslime\\_20in\\_20Deutschland.html](http://www.bmi.bund.de/nm_122688/Internet/Content/Broschueren/2007/Muslime_20in_20Deutschland.html)

(Quelle: Presseinformation Islaminstitut v. 31.01.2008)

## Polen:

# Wer fürchtet sich vor den Russen?

VON JOACHIM G. GÖRLICH

In Polen ist weiterhin das Misstrauen gegenüber Russland enorm. Dazu haben die Eskapaden des russischen Staatspräsidenten und Ex-KGB-Obristen Wladimir Putin beigetragen. So vertreibt die katholische Kirche mit wachsender Nachfrage massiv silberne (925 Silbersterling) Keuschheitsringe für nur 12,50 Euro. Gefragt sind diese Ringe in Gestalt eines Eheringes schon bei älteren Hauptschülern, ja auch bei Rekruten. Die polnischen Medien geben zu, dass das Ganze bei den Amerikanern „*abgekupfert*“ wurde und Treue und sexuelle Enthaltsamkeit vor der Ehe demonstrieren sollte.

Aber da gibt es noch einen anderen Hintergrund: Der Ring soll an die vor 20 Jahren von Papst Johannes Paul II. seliggesprochene, damals 16-jährige Karolina Kozkova erinnern. Das Mädchen wurde von russischen Soldaten im Ersten Weltkrieg vergewaltigt und ermordet, zu einer Zeit, als viele Polen unter der russischen Fahne

kämpften. Jetzt läuft der Heiligsprechungsprozess.

Übrigens: Beim Einmarsch der Roten Armee in Polen 1944/45 wurden Polinnen vergewaltigt, obwohl Polen zu diesem Zeitpunkt offiziell Kriegsverbündeter der Sowjetunion war. Selbst Soldatinnen der Roten Armee unterstehenden polnischen Volksarmee waren nicht sicher. Die (postkommunistische) „*Polityka*“ berichtete 2005 von Vergewaltigungen polnischer Textilarbeiterinnen weit nach Kriegsende in Lodz, deren Industrie damals fast ausschließlich für die Rote Armee arbeitete. Das hörte erst auf, als immer mehr Sowjets spurlos verschwanden.

Die obige Aktion, die ihren Ursprung in Zabwa bei Tarnow, dem Geburtsort des Bauernmädchens Karolina hat, läuft unter der Parole „*Wahre Liebe wartet*“.

Da auch Polens Linke, hier die einstigen Kommunisten, nicht Außenseiter bleiben wollen, davon zeugt ein weiterer Artikel „*Die Liste von Ka-*

*tyn*“ in der „*Polityka*“ vom November 2007. Nahezu minutiös zählt das Magazin auf, wer von den durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD 1940 ermordeten polnischen Soldaten, darunter auch Feldgeistliche aller Konfessionen, Offiziere jüdischer Herkunft, Polizisten, Justizvollzugsbeamte etc., posthum vom polnischen Staatspräsidenten unlängst befördert wurden. Dabei wurden neben Katyn noch zwei weitere Vernichtungsorte bei Smolensk genannt: Charkow und Mjedoje. Obwohl der Kremel weiterhin genaue Angaben über die Massenmorde – vor allem Personalien – behindert, hätten die polnischen Archivarbeiten „*dieses Verbrechen*“ aufgeklärt und sei „*der Rest der Opfer genannt worden*“, heißt es abschließend.

Übrigens: In allen polnischen Kasernen wurden im letzten November Feldgottesdienste zum Gedenken an die Opfer von Katyn 1940 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung der Garnisonsstädte abgehalten. □

# Der wahre Revolutionär ist weiblich

## Frauen in Saudi-Arabien fordern immer vehementer die Gleichstellung mit dem männlichen Geschlecht

VON CHRISTOPH MAYERL

Die marschierenden Mönche in Birma täuschen über eine fundamentale geschichtliche Wahrheit hinweg. Der wahre Revolutionär ist weiblich. Es waren immer Frauen, die Umstürze gefordert, verursacht, und manchmal auch durchgeführt haben. Die römische Libertas war nicht umsonst eine Göttin. Eugene Delacroix folgte dieser Einsicht, als er den Sturm auf die Bastille in seinem berühmten Gemälde aus dem Jahr 1830 von einer Frau anführen ließ.

Zur Tat schritt das gar nicht so schwache Geschlecht am 5. Oktober 1789, als sich Hunderte von empörten Marktweibern vor dem Pariser Rathaus sammelten. Sie hatten gehört, Ludwig XVI. hätte bei einem Bankett die Julirevolution verunglimpft. Die Poissarden, die „Fischweiber“, machten sich daraufhin wutentbrannt auf den Weg zum Hof von Versailles. Begeistert schloss sich ihnen die Nationalgarde an. Die Poissarden erreichten, was die hartgesottenen Revolutionäre bisher nicht geschafft hatten. Der König machte nicht nur verbale Zugeständnisse, sondern begab sich in Begleitung der Marktweiber nach Paris in den Tuilerien-Palast, von wo er in den nächsten beiden Jahren seinen Niedergang beobachten musste. 1791 sollte er von dort verkleidet und verzweifelt fliehen.

### Der Protest der Mütter wurde zum Symbol des Widerstandes

Vor dreißig Jahren, am 30. April 1977, versammelten sich vierzehn zornige Mütter auf den Platz vor dem argentinischen Präsidentenpalast in Buenos Aires. Sie verlangten von der Militärjunta unter General Videla Aufklärung über das Schicksal ihrer verschleppten Söhne. Sie hatten keine Angst mehr. Die Polizei verprügelte und verhaftete die Frauen, drei der Anführerinnen wurden in den nächsten Jahren getötet. Aber sie kamen immer wieder, trugen weiße Kopftücher,

hielten Fotografien ihrer Kinder hoch, klagten an. Sie kamen jeden Donnerstag, und es wurden immer mehr. Der Protest der Mütter, die im Kreis marschierten, weil Kundgebungen im Stehen verboten waren, wurde zum Symbol des Widerstandes gegen die Diktatur. Heute sind die Militärs verschwunden, doch die Mütter der Plaza de Mayo gibt es immer noch.

Nun haben zwei Frauen in der ost-saudischen Stadt Al Khobar den Aufstand gewagt. Mit Pfefferspray griffen sie Religionspolizisten an und beschimpften sie als „Terroristen“. Die Männer mussten zusätzliche Sicherheitskräfte zu Hilfe holen, um die Damen schließlich zu überwältigen. Die Religionshüter hatten die Frauen zuvor angehalten und ihr zu starkes Make-up moniert. Die Frauen seien „herausgeputzt“ gewesen, sagte der Leiter der „Kommission für die Verbreitung von Tugenden und die Verhinderung von Lastern“, wie die Religionspolizei offiziell heißt. Muhammed Ibn Marschud rechtfertigte damit das Eingreifen seiner Truppe, wie die saudische Tageszeitung „Arab News“ meldete. Im anschließenden Verhör hätten sich die Frauen entschuldigt und seien freigelassen worden. Doch zeigt der Vorfall, wie umstritten die gesellschaftlichen Konventionen in Saudi-Arabien mittlerweile sind. Nicht nur bei der benachteiligten weiblichen Bevölkerung.

Auch zahlreiche Männer haben eine Petition unterschrieben, die gegen das bekannteste Symbol der Ungleichbehandlung in Saudi-Arabien angeht, das Fahrverbot für Frauen. Am saudischen Nationalfeiertag schickten Frauenrechtlerinnen eine mit 1.100 Unterschriften versehene Botschaft an König Abdallah. „heißt es in dem Text. In entlegenen Gebieten sowie in umzäunten Wohnkomplexen würden Frauen sich dieses Recht ohnehin schon längst nehmen. Und im Koran deute keine Zeile darauf

hin, argumentieren die Bürgerrechtlerinnen und ihre Sprecherin, Fausia al-Ovouni, dass Frauen nicht hinter Steuer dürften.

Tatsächlich ist das entsprechende Gesetz noch recht jung. Bis zum ersten Golfkrieg gab es bloß eine unausgesprochene gesellschaftliche Sanktion, die auch weitgehend eingehalten wurde. Als im November 1990 aber amerikanische Soldatinnen in ihren Jeeps durch Riad und rund um die Militärstützpunkte kurvten, ließen sich einige saudische Geschlechtsgenossinnen anstecken und holten die Familienautos aus der Garage. Die Polizei griff hart durch und ließ 47 Frauen verhaften. Erst als ihre Ehemänner, Väter oder Brüder versprochen hatten, dass so etwas nie wieder passieren würde, durften sie die Reviere verlassen. Damit war die Bestrafung noch nicht am Ende. Erst nach einem Jahr erhielten die Frauen ihre Pässe wieder, in anonymen Flugblättern wurden sie als „Huren“ beschimpft und bis in die Gegenwart bei Beförderungen penibel übergangen.

Doch die rebellische Glut ließ sich nicht mehr löschen. Seitdem treffen sich immer im November an die zwanzig Frauen in Riad und erinnern an ihren Protest von damals. Offen tragen sie gelbe T-Shirts mit der Aufschrift „Ja zur Stärkung der Frauen“. Noch regiert die männliche Führungsschicht aber kategorisch. Als der Historiker Mohammed al Zulfa, ein liberaler Abgeordneter des vom König einberufenen Schura-Rates, das Thema vor zwei Jahren auf die Tagesordnung setzen wollte, lehnte das Gremium ab. Der saudische Innenminister ließ verlauten, das Land habe dringendere Probleme zu lösen.

Die Widersprüche der Regelung treten immer deutlicher zu Tage. Konservative Religionsgelehrte lehnen eine Lockerung ab, weil sie verhindern wollen, dass Frauen und Männer sich leichter in Autos verabre-

den können. Dass die Frauen derzeit schon Stunden mit fremden Männern in Gestalt ihrer Chauffeure zubringen, ist ihnen entgangen. Männer, die sich keinen eigenen Fahrer leisten können, müssen selbst ran. Und so sind Büros in Saudi-Arabien bei Schulschluss verwaist, weil die Väter ihre Kinder abholen müssen. Volkswirtschaftlich wird sich das nicht mehr allzu lange durchhalten lassen, meinen Beobachter.

### Die Rolle der Moralpolizei wird relativ offen in Frage gestellt

Ohnehin ist die Religionspolizei in der Gesellschaft zunehmend unbeliebt. Nach mehreren Skandalen wurden ihre Befugnisse deutlich eingeschränkt. So waren Religionshüter bei dem Brand einer Mädchenschule im Jahr 2002 für den Tod zahlreicher Frauen und Kinder verantwortlich ge-

macht worden. Sie hatten die Evakuierung verzögert, um zu verhindern, dass die Mädchen die Schule ohne Schleier verlassen. Außerdem sind in der Vergangenheit immer wieder Verhaftete im Gewahrsam der Religionspolizei gestorben. Mittlerweile müssen Verdächtige den regulären Kollegen übergeben werden. In den Medien wird die Rolle der Moralpolizei schon relativ offen in Frage gestellt.

Dass es unter der Oberfläche, die sich noch fromm und züchtig gibt, schon gewaltig gärt, protokollierte vor zwei Jahren die 25-jährige Autorin Rajaa al Sanea in ihrem Buch „*Die Girls von Riad*“. Der Bericht über das Leben der Mädchen der Oberschicht in Riad musste zunächst im Libanon erscheinen. Binnen weniger Monate verkaufte es sich mehrere hunderttausend Mal und löste eine hitzige Debatte zwischen arabischen Politikern,

Gelehrten und Kritikern aus. Währenddessen ging das Buch auf dem Schwarzmarkt für das Mehrfache des Ladenpreises über den Tisch.

Schließlich war das Buch auch in Saudi-Arabien erhältlich. Grund für die Aufregung ist die Unverzagtheit, mit der Sanea ihre vier Heldinnen Kamra, Sadim, Michelle und Lamis über ihre Träume, dem engen gesellschaftlichen Korsett zu entkommen, aber auch über Geschlechtlichkeit reden lässt. Im Königreich immer noch ein absolutes Tabuthema. Sanea, die gerade ihren Master der Zahnmedizin in Chicago macht, will im nächsten Jahr trotzdem und selbstverständlich in ihre Heimat zurückkehren. „*Für mich ist es aber eine Ehre, etwas in meinem Land initiiert zu haben.*“

(DT vom 02.10.2007)

### Vor 75 Jahren:

## Die NAZIS ergreifen die Macht

**V**or 75 Jahren, im Januar 1933, machte der Rücktritt des Reichskanzlers Kurt von Schleicher und seines Kabinetts für die Nazis den Weg an die Macht frei. Im Laufe des Jahres festigten sie ihre Macht Schritt für Schritt.

### Chronologie:

- 30. Januar:** Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler.
- 1. Februar:** Auf Wunsch Hitlers löst Hindenburg den Reichstag vorerst auf.
- 4. Februar:** Versammlungs- und Pressefreiheit werden per Notverordnung eingeschränkt.
- 27. Februar:** Der Reichstag wird in Brand gesetzt. Die Nazis nehmen das zum Anlass für Massenverhaftungen. Der Niederländer Marinus van der Lubbe wird später als Brandstifter hingerichtet (Urteil am 11.01.2008 aufgehoben). Einen Tag später setzen weitere Notverordnungen die politischen Grundrechte außer Kraft. Die KPD wird verboten.
- 5. März:** Bei der letzten Reichstagswahl wird die NSDAP mit 43,9 Prozent stärkste Partei, verfehlt aber die angestrebte absolute Mehrheit.
- 21./22. März:** In Oranienburg bei Berlin und in Dachau bei München werden die ersten Konzentrationslager errichtet. Bereits drei Wochen danach werden in Dachau die ersten Häftlinge ermordet.
- 23. März:** Der Reichstag verabschiedet das „*Ermächtigungsgesetz*“. Hitlers Regierung kann nun Gesetze ohne Zustimmung des Parlaments erlassen.
- 1. April:** Die Nazis organisieren einen teilweise gewaltsamen Boykott jüdischer Geschäfte.
- 7. April:** Die deutschen Länder verlieren mit der Einsetzung von Reichsstatthaltern ihre Eigenständigkeit. Weitgehendes Berufsverbot für jüdische und regimiekritische Beamte.
- 1. Mai:** Zum ersten Mal wird dieser Tag als Feiertag begangen. Einen Tag später werden die Gewerkschaften praktisch verboten.
- 10. Mai:** Die Machthaber lassen öffentlich Bücher vor allem linker und jüdischer Autoren verbrennen.
- 22. Juni:** Die SPD wird verboten.
- 14. Juli:** Das „*Gesetz gegen die Neubildung der Parteien*“ macht Deutschland zum Einparteienstaat.
- 14. Oktober:** Deutschland verkündet seinen Austritt aus dem Völkerbund.



# Niemand darf die Religion missbrauchen

## Anzeichen für eine gegenseitige Gesprächsbereitschaft mit dem Islam in Kirche und Politik

In einem Mitte Oktober 2007 veröffentlichten Brief an Papst Benedikt XVI. hat eine Gruppe von 138 muslimischen Theologen und Gelehrten aus aller Welt sein Angebot zu einem Dialog aufgegriffen, das der Heilige Vater nach seiner kritisierten Vorlesung an der Regensburger Universität im September 2006 vorgeschlagen hatte. Diese Würdenträger setzen sich aus Vertretern der beiden großen Islamrichtungen, der Sunna und Schia, sowie dem Sufismus zusammen. Am 21.12.2007 erklärte Benedikt XVI. seine Freude über diesen Brief und betonte, der gemeinsame Glaube an den einen Gott sei Voraussetzung für ein gemeinsames Handeln, das sich für die Achtung der Würde jeder Person einsetze.

Die Europäische Union (EU) hat 2008 als Europäisches Jahr zum interkulturellen Dialog (EJID 2008) erklärt und dieses wurde in Straßburg vor dem Europäischen Parlament (EP) mit einer Rede des Großmufti von Syrien, Sheikh Ahmad Badr Al-Din Hassoun, eröffnet (Großmufti ist der vom Staat eingesetzte Rechtsgelehrte des Islam, der in Fragen des religiösen Rechts – Scharia – berät und Rechtsgutachten – Fatwa – erstellt; die Red. nach DER BROCKHAUS, RELIGIONEN). Ziel des EJID ist es, die europäische Öffentlichkeit zu sensibilisieren für eine weltoffene, aktive europäische Bürgergesellschaft, die die kulturelle Vielfalt weltweit respektiert im Wissen um das gemeinsame Erbe Europas.

Anfang Januar hat der römische Kurienkardinal Jean-Louis Tauran in einem Interview mit der Vatikan-Zeitung „*Osservatore Romano*“ erklärt, die Dialog-Initiative der 138 internationalen Islamgelehrten stelle eine „bedeutende Öffnung“ dar. Der von ihnen als Gemeinsamkeiten herausgestellte Glauben an den einen Gott sowie die Gebote der Gottes- und Nächstenliebe könnten eine „interessante Entwicklung“ einleiten. Der für interreligiöse Beziehungen zuständige Kardinal sagte, der Vatikan erwarte im Februar oder März eine Delegation der Gruppe zur Vorbereitung des geplanten islamischen-katholischen „historischen“ Treffens auf höchster Ebene. Themen seien der interreligiöse Dialog, der Schutz der Menschenwürde und die Erziehung der neuen Generation zu Toleranz. Für 2008 sei auch die Teilnahme des Dialogrates aus dem Vatikan an einer Begegnung in der Al-Azhar-Universität in Kairo sowie an islamischen Konferenzen in Libyen und Jordanien geplant. Nach den Worten des Kurienkardinals Tauran fehle es nicht an „Muslimen guten Willens, die zu einem aufrichtigen Dialog bereit sind“. Islamistische Terrori-

sten vertreten dagegen eine verfälschte Auffassung des Islam.

In einer bisher einmaligen Form hatten zuvor die muslimischen Theologen und Intellektuelle mit einer persönlichen Botschaft in Arabisch, Englisch und Latein den Christen ein „frohes und friedvolles Weihnachtsfest“ gewünscht. Das jordanische „Königliche Aal al-Bayt Institut für Islamisches Denken“ in Amman veröffentlichte online die Erklärung zur Geburt Jesu. Die Botschaft spiegelt zwar die persönliche Meinung der Unterzeichner wider, ist aber aufgrund ihrer religiös-wissenschaftlichen Stellung im Islam von großer Bedeutung, sie kann jedoch nicht als allgemein verbindlich für alle Muslime angesehen werden.

In der Botschaft äußern die Gelehrten die Hoffnung, dass im neuen Jahr „die Heiligkeit und Würde des menschlichen Lebens von allen hochgehalten“ werde. Zugleich verweisen sie darauf, dass 2007 muslimische Gelehrte die Heiligkeit von wirklich jedem menschlichen Leben als „wesentliche und grundlegende Lehre des Islam“ bekräftigt hätten, worüber sie alle einmütig übereinstimmen.

Weiter heißt es, sie schrieben dem Papst in diesen „freudigen Tagen“, um

### Sunna – Schia – Sufismus

1. **SUNNA** (arab. Brauch, Satzung): Sie umfasst die Gesamtheit der von Mohammed überlieferten Aussprüche, Entscheidungen und Verhaltensweisen. Sie wurden im 7.-10. Jh. in sechs kanonischen Hadith-Sammlungen festgelegt. Die Sunna ist neben dem Koran eine Hauptquelle des islamischen Rechts.
2. **SCHIA** (arab. Partei): Sie ist die Partei des vierten Kalifen, Ali Ibn Abi Talib, die ihn, den Vetter und Schwiegersohn Mohammeds, und seine Nachkommen als einzige rechtmäßige Nachfolger (Imame) des Propheten anerkannte. Die Anhänger der Schia konstituierten sich später als religiöse Gruppe innerhalb des Islam.
3. **SUFISMUS** (neulatein., nach den Sufis; sufi – arab. grober Wollstoff für Kleidung): Eine asketisch-mystische Frömmigkeit praktizierende Richtung des Islam, die erstmals Mitte des 8. Jahrhunderts bezeugt ist. Seine Anhänger, die Sufis, erstreben über die Praktizierung des Islam als „äußere“ Gesetzesreligion hinaus dessen persönliche „Verinnerlichung“. Sein Ziel erreicht der Sufi im Augenblick der Ekstase (Ghaiba) oder der mystischen Entwerdung (Fana).

(bt nach: DER BROCKHAUS, RELIGIONEN, Mannheim 2007)

„aufrichtig“ zu danken für die wohlwollenden Antworten an die Muslime, die die Gelehrten seit ihrer Einladung sich zu „einem gemeinsamen Wort („A Common Word““ zu treffen, erhalten

hätten. Die Zusammenkunft solle auf der „*Liebe zu Gott und zum Nächsten*“ aufbauen. ... In diesen gesegneten Tagen – zeitlich zusammenfallend mit dem an den Glauben des Propheten Abraham erinnernden muslimischen Opferfest – sei Gottes Weigerung, Abrahams Sohn anstelle eines Schafbocks als Opfer anzunehmen, für unsere Zeit „*eine göttliche Anweisung und ein mächtiger Auftrag für alle Gläubigen der abrahamitischen Religionen*“ (Judentum, Christentum und Islam, die Red.) mit allen Mitteln jedes menschliche Leben zu retten, hochzuhalten und hochzuschätzen, dies gelte besonders auch für das Leben jedes Kindes.

Abschließend wünscht sich die muslimische Gelehrtengruppe: „*Möge es ein Jahr der tiefen Reue vor Gott sein sowie gegenseitiger Vergebung innerhalb und zwischen den verschiedenen Gemeinschaften.*“

Der Großmufti von Syrien, Sheikh Ahmad Badr Al-Din Hassoun, eröffnete am 15. Januar auf Einladung des Präsidenten des Europa-Parlaments (EP), Professor Hans-Gert Pötering, das EJID 2008 mit einer Rede in Straßburg vor den Abgeordneten. Pötering begrüßte seinen Gast und zeigte sich überzeugt, dass ein friedliches Zusammenleben von Kulturen und Religionen möglich und nötig sei. Dies gelte sowohl in der EU als auch mit den Völkern der Welt, besonders mit denen jenseits des Mittelmeers, im Nahen Osten. Der EP-Präsident würdigte den früheren Mufti von Aleppo als herausragenden Verfechter des interreligiösen Dialogs in einem arabischen Staat mit weitgehend muslimischer Bevölkerung, wo die religiösen Gemeinschaften in ihrer Vielfalt bis heute friedlich zusammenleben. Dies werde unterstrichen durch die begleitenden hochrangigen religiösen Führer, unter ihnen Bischof Antoine Odo, dem Präsidenten der chaldäischen Bischöfe von Syrien. Pötering forderte einen ständigen, ehrlichen und offenen Dialog der durch Toleranz geprägt sei. Dabei bedeute Toleranz nicht Beliebigkeit, sondern eigene Standpunkte zu vertreten so-

wie die Überzeugung des anderen zu hören und zu achten. Dabei müssten die Gemeinsamkeiten wie die Würde des Menschen und die Verteidigung der unveräußerlichen Menschenrechte betont werden.

Der Großmufti bedankte sich beim EP, dass er das EJID 2008 er-

## Eurobarometer

„**L**aut der Eurobarometer-Umfrage (Jan. 2008), die repräsentativ in allen Mitgliedsländern erhoben wird, haben zwei Drittel aller Europäer täglich mit mindestens einer Person eines anderen kulturellen Hintergrunds zu tun: sei es ethnisch, religiös oder national bedingt. Mehr als 70 Prozent der Befragten empfanden diese Beziehungen als positiv und bereichernd. Vor diesem Hintergrund ist interkulturelles Agieren quasi Alltag in Europa.“

(DT vom 17.01.08, S. 10)

öffnen dürfe und hob hervor, dass er nicht an den „*heiligen Krieg*“ glaube. „*Friede ist das einzige, was heilig ist*“. Niemand dürfe die Religion missbrauchen, um zu töten. Vielmehr müsse jeder das Leben unterstützen. Außerdem wies er darauf hin, dass

„*die Frau von den Menschen und nicht von der Religion unterdrückt*“ werde. Ferner dürfe keiner zu einer Religion gezwungen werden, denn diese werde allein in der Beziehung zu Gott entschieden.

**N**ach Hassouns Meinung gibt es nur eine Kultur, die der Mensch geschaffen habe und deswegen gebe es auch keine Konfrontation der Kulturen. Es gebe nur eine einzige Religion und die stamme von Gott, sie gebe der Kultur die Werte. Nun müsse man eine Generation erziehen, die den Menschen in den Mittelpunkt stelle.

Die Lage im Nahen Osten bezeichnete der islamische Würdenträger als „*hochexplosiv*“. Heute gelte es, den Frieden zu verteidigen und diejenigen, die Terror ausübten, zu ächten, da sie weder das Christentum, noch den Islam oder das Judentum verstünden. Dem gegenüber stellte er die Entwicklung Europas in den letzten Jahrzehnten. Er nannte es das „*Wunder des 20. Jahrhunderts*“, dass ein vereintes Europa des Friedens sowie der Freiheit mit einem Parlament entstand und dass die Berliner Mauer ohne Blutvergießen abgerissen wurde. Syrien warte auf die Hilfe dieses Europas, so der Großmufti. (bt)

## Vor 50 Jahren:

## 50 Jahre Misereor

**D**as **bischöfliche Hilfswerk Misereor** wurde 1958 von den deutschen Bischöfen auf Vorschlag des damaligen Kölner Kardinals Josef Frings als eine Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt gegründet. Der Name bezieht sich auf das im Markus-Evangelium überlieferte Jesuswort „*Misereor super turbam*“ (Ich erbarme mich des Volkes). Sitz des Hilfswerks ist Aachen. Die diesjährige 50. Fastenaktion steht unter dem Leitwort „*Mit Zorn und Zärtlichkeit an der Seite der Armen*“. Misereor gilt als das weltweit größte kirchliche Entwicklungshilfswerk.

**I**n partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas leistet Misereor Hilfe zur Selbsthilfe. Das Werk prangert Ursachen von Armut und Unterentwicklung an und will in Deutschland das Bewusstsein für Not und Ungerechtigkeit in den Entwicklungsländern schärfen. Seit seiner Gründung brachte Misereor nach eigenen Angaben mehr als fünf Milliarden Euro für fast 95.000 Projekte in 139 Ländern auf. (KNA)

# Die Briefmarken der Päpste

VON ULRICH NERSINGER

Seit alters her bedienten sich die Päpste verschiedener Möglichkeiten für die Übermittlung ihrer vielfältigen Korrespondenz. Je nach Bedeutung wurde sie durch Boten, Sonderkuriere oder Gesandtschaften übermittelt. Um die Jahrtausendwende taucht dann das Amt des „*Cursor Apostolicus*“, des Apostolischen Boten, als ständige Einrichtung am päpstlichen Hof auf. Den Apostolischen Boten war die Überbringung der päpstlichen Bullen und Schreiben anvertraut. Sie hatten Bescheinigungen über die richtige Ablieferung der Schriftstücke an ihren Auftraggeber zurückzubringen – von diesen „*Quittungen*“ befinden sich noch heute sehr viele unter den Pergamenten und Papierurkunden des Vatikanischen Geheimarchivs. Bei der Überbringung von Exkommunikationsbullien liefen die Kursoren oft Gefahr für ihr Leben. Und manch einer von ihnen fiel den übrigen zahlreichen Beschwernissen einer damaligen Reise zum Opfer. Noch bis in das 20. Jh. gab es Apostolische Boten am Päpstlichen Hof; ihre Verpflichtungen beschränkten sich jedoch in dieser Zeit auf die Ewige Stadt und waren zumeist rein zeremonieller Art.

Die Apostolischen Boten versahen ihre Verpflichtungen unter der Leitung des „*Praefectus cursus publici*“. Seit dem 16. Jh. bürgerte sich für den Vorsteher dieses päpstlichen Kurierwesens die Bezeichnung „*Soprintendente Generale alle Poste – Generalsuperintendent der Post*<sup>1</sup> / General-

*postmeister*“ ein. Dieses Amt befand sich in den Händen der römischen Fürstenfamilie Massimo und war dem Adelsgeschlecht als erblich anvertraut worden. Nominell zeichnete der Generalpostmeister noch bis ins späte 19. Jahrhundert für das päpstliche Postwesen verantwortlich; doch die Aufsicht führte der Kardinalkämmerer der Heiligen Römischen Kirche.

Der Generalpostmeister versah mehr und mehr rein zeremonielle Aufgaben am päpstlichen Hof. Er begleitete den Papst auf Reisen, öffnete und schloss bei diesen Fahrten den Wagenschlag der päpstlichen Karosse bzw. Automobils, wenn der Oberstallmeister nicht anwesend war. Nach der Gründung des Vatikanstaates war er einer der Würdenträger, der gemeinsam mit dem Gouverneur und dem Generalrat der Vatikanstadt die Souveräne und Staatsoberhäupter an der Grenze des neuen Kirchenstaates empfing.

Die Dienste der Päpstlichen Post, einst nur der Beförderung der Korrespondenz der Päpste, der Behörden des Kirchenstaates und der Römischen Kurie vorbehalten, wurden in der Regierungszeit Papst Pius' IX. (1846-1878) allen, die im päpstlichen Herrschaftsgebiet wohnten oder sich in ihm aufhielten, zugänglich gemacht. Der Kirchenstaat erkannte schon früh die Bedeutung der Freimarke. Mit dem Datum vom 29. November 1851 kündigte er die Einführung von Briefmarken und festgesetzter Posttarife an. Die Herausgabe von Marken war schon Jahre zuvor beschlossen worden, doch gab es in der Verwaltung des Kirchenstaates Befürchtungen, dass es zu Fälschungen und nicht autorisierten Drucken der „*francobolli*“ kommen könne. Daher verlangten die zuständigen Autoritäten, dass besondere technische Vorkehrungen zu treffen seien; den Druck übernahm dann die „*Tipografia della Reverenda Camera Apostolica*“, be-

kannt für die hohe Qualität ihrer Arbeit und die absolute Verschwiegenheit ihrer Mitarbeiter.

Am 1. Januar 1852 kam die erste Serie päpstlicher Briefmarken mit neun Werten von ½ bis zu 8 Bajocchi heraus, gedruckt in verschiedenen Formaten und Farben. Am 12. Juli folgten zwei weitere Marken zu 50 Bajocchi und 1 Scudo. Alle Marken zeigten in der Mitte die gekreuzten Schlüssel Petri unter der Tiara, der dreifachen Papstkrone; im oberen Feld war die Aufschrift „*Franco Bollo Postale*“ zu lesen, im unteren Feld der Wert.

Der 13. Oktober 1853 war ein weiteres wichtiges Datum in der Postgeschichte des Kirchenstaates. An diesem Tag begab sich Papst Pius IX. zur Via Appia. In einem kleinen Gutshaus, in unmittelbarer Nähe zum Grab der Cecilia Metella gelegen, war ein provisorischer Apparat aufgestellt worden, der die Telegraphenverbindung zwischen dem Kirchenstaat und dem Königreich Neapel begründete. Der „*elektrische Draht*“ war längs der Via Appia gelegt worden und endete an der Grenze beider Staaten bei Terracina. Der Papst sandte König Ferdinand II. telegraphisch seinen Apostolischen Segen, und der Monarch antwortete mit einer Dankesadresse. Nur wenig später wurde im Palazzo Capranica an der Piazza Montecitorio das erste päpstliche Telegrafenannt eingerichtet. Es folgten Verbindungen zu allen wichtigen Städten und Grenzzonen der Päpstlichen Staaten.

Das erste reguläre Postamt des Kirchenstaates befand sich beim Palazzo Massimo zwischen dem heutigen Corso Vittorio Emanuele und der Piazza Navona. Hier war der Ausgangs- und Zielpunkt der Postkutschen, die damals Reisende, Briefe und Pakete beförderten. Später übersiedelte das Hauptpostamt des Kirchenstaates in den Hof des Palazzo Madama; Jahre danach fand es eine neue Niederlassung bei der Kirche San Silvestro

1 Wer ein Lexikon zur Hand nimmt und unter „Post“ nachschlägt, findet dort zumeist den Hinweis, dass sich dieses Wort vom mittellateinischen „posita“ ableite. Gemeint sei hiermit ein „festgelegter Standort“, an dem Pferde oder Boten eines Kurierdienstes gewechselt wurden. Der Rechtsgelehrte Cujacius – Jacques de Cujas (1522-1590) – einer der wichtigsten Vertreter jener Schule, die sich der humanistisch-philologischen Auslegung der Quellen verpflichtet fühlte, gab eine andere Deutung. Er leitete das Wort „posta“ von den „*litterae*“ bzw. „*epistolae apostolicae*“, den „apostolischen Briefen“ des Papstes, ab. Eine solche Interpretation

ist zwar nicht zwingend gegeben, aber auch nicht leichtfertig von der Hand zu weisen.



in Capite – hier ist noch heute das römische Hauptpostamt anzutreffen. Die Verantwortung für die päpstliche Post übertrug Pius IX. in der zweiten Hälfte seines Pontifikates dem Handelsministerium des Kirchenstaates. Nach der Einführung der Lira im Kirchenstaat (18. Juni 1866) wurden die Werte der Marken in „Centesimi“ geändert. Am 21. September 1867 erschien die Serie zu 2, 3, 5, 10, 20, 40 und 80 Centesimi.

Als italienische Truppen am 20. September 1870 den Kirchenstaat besetzten, mußte die päpstliche Post ihre Dienste einstellen. Für die Übermittlung der Korrespondenz des Heiligen Stuhls setzte Pius IX. einen inoffiziellen Kurierdienst ein. 1874 wurden von 21 Staaten die Anfänge zur Weltpostunion gelegt. Bemühungen des Heiligen Stuhls um Aufnahme in die Union scheiterten am Einspruch der italienischen Regierung.

Am 11. Februar 1929 wurde mit den Lateranverträgen die Aussöhnung von Kirche und italienischem Staat besiegelt. Schon am 1. Juni 1929 unterzeichnete der Vatikanstaat in London die Verträge für seinen Beitritt zu den Mitgliedsländern der Weltpostunion. Mit Datum vom 31. Juli 1929 wurde von der Regierung des Vatikanstaates der „Servizio Postale“ offiziell errichtet. Einen Tag später nahm die vatikanische Post ihren Dienst auf. Im Dezember 1932 wurde der Vatikanstaat dann auch als ordentliches Mitglied in die Internationale Telegraphenunion aufgenommen.

Die vatikanische Post untersteht dem Generalsekretär der Regierung des Vatikanstaates, einem Prälaten im Rang eines Titularerzbischofs, und wird geleitet von einem „Ispettore PT“ (Inspektor für Post und Telegraphie). Die vatikanische Post führt alle üblichen Postvorgänge aus, mit Ausnahme der Bank- und Spardienste. Als Postverordnung gelten noch heute die „Nozione e Norme“ zur Durchführung des Post- und Telegraphendienstes vom 25. Oktober 1973.

Die Postverwaltung und das erste Postamt waren provisorisch im Turm Nikolaus' V. errichtet worden. Die Räumlichkeiten zeigten sich bald als zu beengt. 1933 konnte Papst Pius XI. ein neues von Giuseppe Momo erbau-

tes Postgebäude an der Via del Belvedere einweihen. Später wurden noch verschiedene Zweigstellen der „Poste Vaticane“ eingerichtet, so im linken Kolonnadenflügel des Petersplatzes (in der Nähe des Arco delle Campanie), bei der Mauer an der Porta San Pietro und in den vatikanischen Museen. In den siebziger und achtziger Jahren gab es ein mobiles Postamt, das bei Bedarf auf dem Petersplatz eingesetzt werden konnte. Briefkästen der Vatikanpost befinden sich überall in der Vatikanstadt, auf den exterritorialen Besitzungen des Heiligen Stuhls in Rom und in der Päpstlichen Sommerresidenz von Castelgandolfo.

Die Herstellung, die Aufbewahrung und der Verkauf der Briefmarken fallen in die Verantwortung des „Ufficio filatelico e numismatico“ (Amt für Briefmarken und Münzen), einer Behörde der Regierung des Vatikanstaates. Sie hat ihren Sitz beim Gouverneurspalast in den Vatikanischen Gärten. Gedruckt werden die Marken in der Regel von der italienischen Staatsdruckerei. Doch gab es schon früh Ausnahmen; so wurden die Gedenkmarken zum Heiligen Jahr 1933 in Paris hergestellt. Für die Entwürfe der Briefmarken konnten berühmte Künstler wie Casimira Dabrowska, Enrico Federici, Andreina und Piero Grassellini, Enrico Manfredini, Giuseppe Rondini und Raffaele Scorzelli gewonnen werden.

Am 1. August 1929 wurden die ersten Freimarken des neuen Staates herausgegeben. Die Serie bestand aus 15 Werten für die normale Post und zwei Expressmarken. Die ersten sieben Werte erinnerten mit den gekreuzten Schlüsseln in der Mitte an die Briefmarken des alten Kirchenstaates; die übrigen trugen das Bild des regierenden Papstes, Pius' XI. Ein Zeitzeuge, der römische Journalist Silvio Negro, berichtete, dass der erste Verkaufstag der neuen päpstlichen Briefmarken zu einem denkwürdigen Ereignis wurde: „Lange Reihen von Markenkäufern standen den ganzen Tag vor den Verkaufsschaltern Schlange, und die herbeiströmende Menge musste von den Gendarmen reguliert werden. Die Briefkästen wurden ständig geleert. Es musste eine Verkaufs-

beschränkung auf drei Serien für jedes Mal festgesetzt werden, um nicht die ganze Kollektion sofort vergriffen zu sehen“. Am 1. Oktober 1931 kamen die ersten Strafportomarken und die Marken für den Versand von Päckchen heraus. Luftpostmarken des Vatikans erschienen erstmals am 22. Juni 1938 mit acht Werten.

In den Sechziger Jahren entwickelten sich die Briefmarken des Vatikans zu einem Spekulationsobjekt. Händler kauften die Marken gezielt auf. Der Vatikanstaat erhöhte die Auflage dann in einem solchen Maß, dass der Sammlerwert der Briefmarken ins Bodenlose stürzte. Als man daraufhin reagierte und noch vorhandene Bestände vernichtete, trat genau das Gegenteil der beabsichtigten Korrektur ein. Die Verwirrung bei den Philatelisten wurde noch größer und die Bewertung vatikanischer Marken beinahe unmöglich. Die päpstliche Postverwaltung besann sich: Sie legte von da ab die Auflagehöhe definitiv fest und ordnete Verkaufsbeschränkungen für Briefmarkenserien an. Heute sind die Briefmarken des Papstes wieder beliebte und seriöse Sammelobjekte.

Bisher gab die Vatikanpost Briefmarken für sechs Pontifikate (Regierungszeiten der Päpste) und sechs Sedisvakanzzeiten (Zeiten zwischen dem Tod eines Papstes und der erfolgten Wahl eines neuen Pontifex) heraus. Nur in der kurzen Regierungszeit Papst Johannes Pauls I. vom 26. August bis zum 28. September 1978 erfolgte keine Emission.

In den vergangenen Jahren hat die Vatikanpost auch ganz neue Wege beschritten: sie gibt mit anderen Staaten Gemeinschaftsausgaben heraus, so mit Island anlässlich der 1000-Jahrfeier der Christianisierung des Landes. Papst Benedikt XVI. nahm am 6. Juli 2005 von Bundesfinanzminister Hans Eichel (Deutschland) eine Sonderbriefmarke zum XX. Weltjugendtag in Köln entgegen. Die 55 Cent-Briefmarke ist das erste Postwertzeichen, das vom Bundesfinanzministerium und dem Vatikan gemeinsam ediert worden ist; die Auflage des Postwertzeichens betrug 19 Millionen Exemplare. (ZENIT)

# Auf die Väter kommt es an

## Kinder brauchen mehr denn je die Anwesenheit und Führung der Väter im Familienleben.

VON P. JOHN FLYNN LC

Eine vor Kurzem erschienene Sammlung von Aufsätzen zeigt, dass eine beachtliche Menge wissenschaftlicher Erhebungen eindeutig die wichtige Rolle dokumentiert, die der Vater in den Jahren spielt, in denen ein Kind erzogen wird. Kinder, deren Väter sich aktiv in die Erziehung einbringen, haben weniger Verhaltensprobleme, bringen bessere akademische Leistungen und sind später finanziell besser gestellt, schreiben Sean E. Brotherson und Joseph M. White, die Herausgeber von „Why Fathers Count: The Importance of Fathers and Their Involvement with Children“ („Warum Väter wichtig sind. Die Bedeutung der Väter und ihres Engagements für die Kinder“), das im Verlag „Men's Studies Press“ erschienen ist.

Brotherson und White wollen den Beitrag der Mütter zum Familienleben keineswegs herunterspielen. Sie betonen im Gegenteil, dass beide Elternteile zählen: Vater und Mutter. Da jedoch der Anteil vaterloser Familien, wie statistische Daten reichlich bestätigen, in den letzten Jahrzehnten merklich angestiegen ist, konzentrierte sich das Buch auf die Väter.

Rob Palkovitz, Professor an der Universität von Delaware, widmet ein Kapitel dem Thema des Übergangs der Männer zum Vatersein. Männer können zu Vätern im biologischen Sinn werden und doch manchmal nicht die seelische und verhaltensmäßige Veränderung und Anpassung vollziehen, die nötig ist, um die Vaterrolle auszufüllen.

Das Vatersein bringt, so Palkovitz, eine andere Art der Verantwortlichkeit mit sich als die eines Ehemanns und erfordert zusätzliche Hingabe. Diese Veränderung wirkt sich auf die Entscheidungen, das Verhalten und die Prioritäten des Mannes im täglichen Leben aus. Das braucht Zeit. Das Vatersein ist eine Rolle, in die die Männer allmählich hineinwachsen.

Der Übergang zum Vatersein ist, schreibt Palkovitz weiter, ein bedeutender Wendepunkt im Leben eines Mannes. Wenn Männer gewillt sind, diese Beziehung zu ihren Kindern aufzunehmen, handelt es sich dabei um eine der größten Veränderungen im Leben und der personalen Entwicklung eines Mannes.

### Der Faktor Ehe

Die Beziehung zwischen den Ehegatten und ihr Einfluss auf die Väter werden von H. Wallace God-

dard, Professor an der Universität von Arkansas, in einem anderen Kapitel untersucht. Wenn die Ehepaare eine tiefe Beziehung zueinander haben, können sie nach Worten des Autors einander in ihrem Verschiedensein ergänzen und jeweils aus den Stärken des Anderen Kraft gewinnen. Dann ist die Wahrscheinlichkeit viel größer, dass beide, Mutter und Vater, gute Eltern sein werden.

Goddard hebt auch hervor, dass die heutige Ehe-Anbahnungskultur („*dating culture*“) aus mannigfaltigen Gründen wenig dazu beiträgt, zukünftige Ehepaare für die Hingabe vorzubereiten, die nötig ist, um eine Ehe zu nähren und zu schützen. Eine Kultur, die das romantische Abenteuer und schnelle oberflächliche Beziehungen überbetont, ist, so bekräftigt der Autor, wenig dazu geeignet, die Paare für die unvermeidlichen schwierigen Phasen vorzubereiten, die eine jede Ehe durchläuft.

Brotherson von der North Dakota State University untersucht die Verbundenheit in der Beziehung zwischen Vätern und Kindern, die er „*connectedness*“ nennt. Dieses Verbundensein erfordert das Knüpfen eines Bandes über eine Zeit hinweg, das mehr ist als nur die Liebe, die ein Elternteil für ein Kind hat, sondern auch den Grad betrifft, bis zu dem ein Kind diese Liebe und Annahme wahrnimmt und begreift. Diese „*connectedness*“, so Brotherson, wächst durch die kleinen Gesten der Liebe zu einer anderen Person sowie durch das Vertrauen und die Nähe, die sich in dieser Beziehung entfalten.

Gestützt auf verschiedene Studien über das Familienleben stellt Bro-

therson fest, dass ein Kind desto mehr Vertrauen zu anderen Menschen und stabile Beziehungen zu Gleichaltrigen und Erwachsenen außerhalb des Hauses hat, je mehr es Verbundenheit mit seinen Eltern spürt. Eine enge Familienbeziehung bietet auch mehr Schutz der Kinder vor Problemen wie Depression, Selbstmord, verfrühte sexuelle Aktivität oder Drogenkonsum.

Der letzte Abschnitt des Kapitels bietet Vätern konkrete Vorschläge, wie sie mit ihren Kindern Kontakt haben und halten können. Brotherson empfiehlt das Spielen mit ihnen, das Helfen bei ihrer Erziehung, das einfache Dasein, um zu trösten, wenn sie es brauchen, das Bezeugen von Zuneigung, das gemeinsame Beten.

### Die Liebe des Vaters

Die Wissenschaftler Shawn Christianson und Jeffrey Stueve schreiben über die Bedeutung der Liebe des Vaters zu seinen Kindern. Der größere Teil der soziologischen Forschung, stellen sie fest, schenkt dem Band, das die Eltern in ihrer Liebe und Sorge für die Kinder knüpfen, nicht genügend Aufmerksamkeit. Die Liebe wird in der Familientheorie nicht nur wenig erwähnt, sondern die zeitgenössischen Theorien konzentrieren sich auf das Eigeninteresse. Die Liebe eines Vaters für seine Kinder drückt sich oft in den Opfern aus, die er bringt, sei es in Zeiten einer Krise oder einfach in den alltäglichen Entscheidungen des Familienlebens. Zwar versäumen es einige Väter, Verantwortung für ihre Kinder zu übernehmen, viele jedoch arbeiten mit ihren Ehefrauen bei der Erziehung der Kinder mit, stellen die beiden Autoren fest.

Die meisten wissenschaftlichen Untersuchungen auf diesem Gebiet wurden über Väter jüngerer Kinder durchgeführt. Sie dokumentieren, dass Väter durchaus empfänglich und feinfühlig für die Nöte und Bedürfnisse eines Kindes seien und Zuneigung zeigen können.

Christianson und Stueve stellen fest, dass es nicht leicht ist, die Liebe eines Vaters klar zu umreißen. Eine Möglichkeit, dies zu tun ist, zu zeigen, wie ein Vater in dem Leben eines Kindes gegenwärtig ist, indem er ihm hilft, aus körperlichen, emotionalen, die soziale Kommunikation betreffenden und geistlichen Nöten herauszukommen. Wenn Väter Zeit für ihre Kinder haben, mit ihnen zusammen etwas unternehmen, sich mit ihnen unterhalten und sich selbst einbringen, bedeutet dies eine verlässliche Stütze, die die Kinder in ihrem Leben als dauerhaft wahrnehmen.

Vicky Phares und David Clay, Professorin beziehungsweise Doktorand an der Universität von Süd-Florida, beschäftigen sich intensiv mit dem Einfluss der Väter auf das seelische Wohlbefinden der Kinder. Sie weisen auf drei Grundstile der väterlichen Erziehung hin: Autorität ausstrahlend, autoritär (im negativen Sinn) und permissiv.

#### Führung

Phares and Clay führen aus, dass Väter, deren Erziehungsstil der erstgenannte ist – bei dem Kontrolle und Wärme und Achtung vor dem Kind Hand in Hand gehen – mit höherer Wahrscheinlichkeit selbstsichere und seelisch gesunde, robuste Kinder haben. Sie weisen ebenso wie Christianson und Sueve auf die Verfügbarkeit und die Empfänglichkeit der Väter für die emotionalen Bedürfnisse der Kinder hin. Dies sei ein weiterer maßgeblicher Faktor in der Erziehung und wichtig für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Heranwachsenden.

Die Rolle der Väter bei der moralisch-ethischen Entwicklung ihrer Kinder wird von Terrance Olson und James Marshall von der Brigham Young University beziehungsweise der University of Kansas untersucht. Der Einfluss der Väter bei der ethisch-moralischen Entwicklung der Kinder

zeige sich auf verschiedene Weise. Es könne etwas so Simple sein, wie das Einhalten von Versprechungen, die man einem Kind gemacht hat, oder das Setzen von bestimmten Grenzen, indem man klar macht, welches Verhalten akzeptabel ist und welches nicht.

In diesem Sinne sei es zwar wahr, dass die Menge der Zeit, die Väter ihren Kindern widmen, wichtig ist, ebenso wichtig sei es jedoch, wie die Väter auf die Nöte und auf das Verhalten der Kinder reagieren. Das persönliche Beispiel, das ein Vater gibt, und wie er seinen Kindern beibringt, wie sie andere in der Gemeinschaft zu behandeln haben, sind zusätzliche Erziehungsmomente. Auf diese Weise haben Väter viele Möglichkeiten, ihren Kindern Einstellungen und Werte zu vermitteln und sie die eigentliche Bedeutung moralischer Verantwortung zu lehren.

Benedikt XVI. wies am 13. September in seiner Ansprache an den neuen Vatikanbotschafter der Slowakei, Jozef Dravecky, erneut auf die Bedeutung der Familie hin. „Die Familie ist der Kernbereich, in dem eine Person zuallererst menschliche Liebe kennen lernt und Tugenden wie Verantwortung, Großzügigkeit und brüderliche Anteilnahme entwickelt.“

Außerdem bekräftigte der Papst damals: „Starke Familien gründen auf dem Fundament starker Ehen. Starke Gesellschaften gründen auf starken Familien.“ Die Regierungen forderte er nachdrücklich dazu auf, die Ehe, in der ein Mann und eine Frau sich für ihr ganzes Leben aneinander binden, anzuerkennen, zu respektieren und zu fördern. In der Tat eine Aufgabe, die für das Gedeihen zukünftiger Generationen entscheidend ist. (ZENIT.org)

#### Kurz berichtet:

## Umfrage: Beamte sind die glücklichsten Menschen

Beamte sind die glücklichsten Menschen in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die die Bertelsmann Stiftung Anfang Januar 2008 in Gütersloh vorstellte. Auf einer Skala von eins bis zehn bewerten sie ihr Glück mit 7,9 Punkten. Damit sind sie laut Stiftung die glücklichste Gruppe unter den Erwerbstätigen. Arbeitslose vergaben dagegen nur 6,2 Punkte.

Für die meisten Deutschen ist Gesundheit der wichtigste Faktor zum Glück. 87 Prozent der Befragten halten die eigene Gesundheit und 74 Prozent ein intaktes Elternhaus für die wichtigste Voraussetzung zum Glück. Insgesamt bezeichnen sich 57 Prozent der Befragten als glücklich. 5 Prozent zeigen sich „entschieden unglücklich“. Die Menschen in Westdeutschland sind laut Umfrage glücklicher als die in Ostdeutschland. Während Leute im Westen ihr Glück mit 7,5 Punkten bewerten, vergeben die Ostdeutschen 6,9 Punkte. Im Vergleich der Altersgruppen sind die unter 30-Jährigen mit 7,9 Punkten die Glücklichen.

Die Umfrage zeigt laut Stiftung, dass immaterielle Aspekte stärker zum Glück beitragen als materielle. So empfinden 69 Prozent der Deutschen Freude über die kleinen Dinge des Lebens als Glück. Einen Arbeitsplatz zu haben, ist für mehr als die Hälfte ein wichtiger Faktor. Die Freiheit von Geldsorgen spielt mit 31 Prozent eine eher untergeordnete Rolle. (KNA)

Hinweis: Näheres unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)



# Plädoyer für das typisch Männliche

## ZENIT-Interview mit US-Autor Anthony Esolen

**E**chte Männlichkeit muss heute wieder neu gelehrt und erlernt werden. Das bekräftigt Professor Esolen, leitender Herausgeber des Magazins „Touchstone“, der sich für die Bewahrung echter Männlichkeit einsetzt. Der Englisch-Professor und Buchautor aus den USA plädiert für die Achtung der feinen Unterschiede, die das Leben zwischen Mann und Frau bereichern.

Esolen tritt unumwunden für die Bewahrung echter Männlichkeit ein. Dies sei nämlich für den Erhalt der abendländischen Bildungs- und Gesellschaftsordnung unabdingbar; und er stellt Jesus als den Mann schlechthin vor. „Die Menschen können sowohl von der katholischen als auch von der protestantischen Literatur der Vergangenheit die Wertschätzung für das Wunder des menschlichen Leibes und den Wert einer reinen Liebe lernen“, betont Esolen, der leidenschaftlich für eine geschlechterspezifische Schulausbildung eintritt, damit sich jedes der beiden Geschlechter optimal entfalten kann. – Das von der katholischen Nachrichtenagentur ZENIT geführte Interview wurde von der Redaktion AUFTRAG um den Literaturteil gekürzt.

### Plädoyer für eine Erziehung zur Männlichkeit und zum Mannsein

**ZENIT:** In jüngst erschienenen Artikeln haben sie über Männlichkeit und Mannsein geschrieben. Das Thema ist aktuell. Wie unterscheidet sich ihre Auffassung darüber vom propagierten Mainstream?

**Prof. Esolen:** Wenn ein hoher Wert, eine Tugend, auf der Strecke bleibt, wenn er keine gelebte Wirklichkeit mehr ist, die in ihren mannigfaltigen Formen von einer Gemeinschaft wahrgenommen und anerkannt wird, bekommen wir nur hier und da einen billigen Abklatsch von ihm vor Augen.

Das gilt heute, wie ich meine, für beides, für Mannsein und Frausein.

So wachsen zum Beispiel Millionen von Jungen in Amerika in Familien ohne Väter auf. Und so suchen sie sich selbst „Väter“ auf den Straßen oder in den krankhaften, albernen Phantasien der Massenunterhaltung: Muskelprotze, die ganze Städte niederreißen, oder charismatische Gangsterbosse, die geheime Drogenarsenale von da nach dort gehen und aufregende Dinge geschehen lassen.

Die Kinder haben nicht die Chance bekommen zu erleben, dass es eine versteckte Stärke gibt, die von

einer ethischen Sicht und weitblickenden Opferbereitschaft ausgeht. Die männlichen Helden in den Unterhaltungsromanen für Jungen, die vor 80 oder 90 Jahren, mit Gewehr oder Schwert bewaffnet, im Umlauf waren, mochten wohl angehen, aber es gab da auch brillante Professoren wie Mr. Chips, dessen Disziplin eine Form von Liebe war.

Ich sehe Männlichkeit als den Antrieb zu führen, als Antrieb zum

Dienst durch Führung: zu führen, indem der Mann der echten Führerschaft seines Vaters oder eines Priesters oder Kapitäns in Treue folgt. Der Mann lebt die Liebe, indem er sich darin übt, in den gewöhnlichen Dingen des Alltags auf sich selbst gestellt zu sein – nicht aus Stolz, sondern aus dem aufrichtigen Wunsch heraus, die anderen für ihre eigenen Pflichten frei zu halten und sich selbst für Dinge frei zu machen, die nicht zu den alltäglichen, gewöhnlichen Pflichten gehören. Der Mann muss sich auch der Neigung widersetzen, es seinen Gefühlen zu erlauben, ihn von der Pflicht – auch von der Pflicht, die Wahrheit zu lernen und ihr zu folgen – abzubringen. Dies ist eine schwierige Form der Selbstaufopferung.

Der Mann liebt seine eigene Familie, aber er liebt seine Familie auch dadurch, dass er sich widersetzt, der Versuchung zu erliegen, die ganze bürgerliche Ordnung dem Wohlergehen seiner Familie unterzuordnen. Er ist sich bewusst, dass von seiner Pflichterfüllung auch andere Familien außer seiner eigenen profitieren werden.

**ZENIT:** Bücher über die Männlichkeit wie etwa „Der ungezähmte Mann“ des christlichen Schriftstellers John Eldredge haben vor kurzem Popularität erlangt. Was ist mit unserer Gesellschaft und Kirche los, dass die Männer veranlasst sind, ihre Männlichkeit ganz neu zu verstehen?

**Prof. Esolen:** Die Männer sind heute allein gelassen – und sie lassen sich auch nicht vollkommen von der Ideologie des Androgynismus zum Narren halten, die sie zu einem Zwitterwesen machen will und ihnen Tag für Tag um die Ohren gehauen wird: in der Schule, in der Kirche, am Arbeitsplatz und in den Medien. Leider glaube ich nicht, dass sie „neue“ Betrachtungsweisen ihrer Männlichkeit finden. Sie finden eine sehr alte, oder vielmehr eine sonderbar verzerrte und letzten Endes unbefriedigende Version dieser althergebrachten Sicht.

Tatsächlich hat sich die Gattung Mensch seit den Tagen des Homer und des Moses nicht geändert. Männer und Frauen haben sich nicht geändert. Und das Rätsel von Mann und Frau wurde und wird in der Literatur schon seit Jahrtausenden erforscht.



Wir müssen daher einen Schritt zurücktreten, einen Blick auf diese Literatur werfen oder einen Blick auf das, was Männer zu unseren Lebzeiten zu tun pflegten.

So sind es zum Beispiel die Männer (und nicht die Frauen), die, obwohl sie sicher wildere Geschöpfe sind als die Frauen – was die Quelle sowohl ihrer positiven Dynamik als auch ihrer zerstörerischen Wirkung ist –, die die staatliche Ordnung schaffen, so wie es die Frauen (und nicht die Männer) sind, die die Ordnung im privaten Bereich schaffen. Unsere Unfähigkeit, diese beiden Ordnungen auseinander zu halten, und unsere Vernachlässigung beider in der Verfolgung unserer individuellen „*Träume*“ hat uns ein armseliges häusliches Leben hinterlassen, während in den meisten Gegenden in Amerika und wahrscheinlich auch in Europa ein pulsierendes staatsbürgerliches Leben fast ganz der Vergangenheit angehört.

**ZENIT:** *Es gab eine große Debatte über den „Genius der Frau“, einen Begriff, den Papst Johannes Paul II. prägte („Brief an die Frauen“ vom 29. Juni 1995). Wie steht es mit „dem Genius des Mannes“?*

**Prof. Esolen:** Männer haben eine Leidenschaft für die Wahrheit, und sie suchen diese Wahrheit im Allgemeinen nicht intuitiv, sondern durch komplexe Strukturen verschiedener Art. Das können Machtstrukturen sein oder Strukturen des Intellekts. So haben wir das großartige System der Universitäten, das von den Bettelorden und den Studentenvereinigungen in Europa geschaffen wurde, deren Lehrplan oft einer Art euklidischer Geometrie oder newtonscher Berechnungen theologischer und philosophischer Lehrsätze gleich.

Männer entwerfen „*Grammatiken*“ – Mittel, die dazu dienen, kaum miteinander zu vereinbarende Phänomene in ein System zu bringen und die Dinge zu begreifen. Schon die einfache Rückseite einer Baseballkarte mit ihrem ausgeklügelten Datengitter zeugt von dieser Faszination.

Ohne diese nüchterne „*Urteilsfähigkeit*“ – damit meine ich die klare Trennung zwischen dem, was von einer Sache mit systematischen Mitteln, die sich zur Beurteilung die-

ses Gegenstands eignen, ausgesagt werden kann und was nicht – wäre alles sehr kompliziert, wie zum Beispiel ein Rechtssystem, die Verwaltung einer Stadt, höhere Bildung oder eine Kirche – ganz zu schweigen von Philosophie und Theologie.

Auch Männer, die keinen so starken Intellekt haben, akzeptieren instinktiv solche Ordnungsstrukturen, und hier spielen Emotionen eine wichtige Rolle. Männer können sich, genau so natürlich und spontan, wie sie sich in eine Frau verlieben, die sie vielleicht heiraten wollen, für eine Führerpersönlichkeit begeistern, wobei starke Gefühle der Loyalität und Freundschaft miteinander zusammenspielen.

Wenn eine Gesellschaft die Jungen nicht dazu erzieht, solche Männer zu werden, oder wenn sie erwachsenen Männern nicht erlaubt, zum Nutzen des staatsbürgerlichen Lebens, solche natürlichen Freundschaften mit anderen Männern zu knüpfen, wird sie degenerieren. Das ist keine Theorie. Es ist eine Tatsache, die gerade jetzt in amerikanischen und europäischen Großstädten bestätigt wird.

#### Von Jesus für das Mannsein lernen

**ZENIT:** *Was können die Männer von Christus als dem Urbild aller Menschen für die Entfaltung ihres Mannseins lernen?*

**Prof. Esolen:** Das erste, was sie lernen können ist, sich ihres Mannseins nicht zu schämen. Es ist etwas Heiliges! Es ist Gott gegeben, und aus einem ganz bestimmten Grund hat er es so angelegt. Darüber hinaus könnten sie zur Kenntnis nehmen, dass Jesus nicht nur der nette Freund ist, zu den ihn viele in unseren Kirchen machen wollen, zu einem, der nie zu weit gehen würde...

Jesus liebt Frauen, so wie es sich für alle wohlgezogenen Männer gehört. Jesus gehorcht seiner Mutter in Kana. Aber Jesus läuft den Frauen nicht nach: Er spricht freundlich mit



ihnen, aber so umgänglich, wie nun mal nur ein Mann redet; und wenn er zurechtweist, tadelt er gerade heraus und offen – wie ein Mann.

Seine engsten Gefährten sind Männer, auch wenn es nicht unbedingt die Gruppe jener ist, die er am allermeisten liebt. Er schließt sie zu einer opferbereiten Kampftruppe zusammen. Mit Lob ihnen gegenüber ist er sehr sparsam; sicherlich ist er – wie viele gute, kluge Männer – viel eher darauf bedacht, dass sie ihn wirklich kennen als dass sie mit sich selbst zufrieden sind.

Im Umgang mit seinen Aposteln geht es ihm offensichtlich mehr um eine Liebe, die auf einer echten Kenntnis der Wahrheit beruht, als um eine Liebe, die durch sein liebevolles Verhalten ihnen gegenüber geweckt wird. In der Tat reagieren sie auf ihn so, wie Männer oft reagieren: Sie bewundern ihn als Mann mit umso größerer Loyalität. Und sie folgen dem, der sie ausgerechnet deswegen tadelt, weil sie Angst haben, als ihr Schiff auf den stürmischen Wogen des Sees von Genezareth zu kentern droht.

Männer können von Jesus lernen, die Gesellschaft anderer Männer zu suchen – ihren Frauen zuliebe, aber auch ihrem Volk, der Kirche und der ganzen Welt zuliebe. Sie können lernen, dass das Wort: „*Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist*“, für zweierlei gilt: Der Mann braucht die ergänzenden Eigenschaften der Frau, und er ist auf andere Männer angewiesen. (ZENIT.org)

## Förderung von Ehe und Familie:

## Katholische Kirche startet Kampagne für Ehe und Familie

Die katholische Kirche in Deutschland hat zum diesjährigen Familiensonntag (20. Januar) eine dreijährige Kampagne zur Förderung von Ehe und Familie gestartet. Unter dem Titel „**LIEBE MIT-EINANDER LEBEN**“ will sie zugleich auf ihre eigenen Seelsorge- und Beratungsangebote für Paare und Familien aufmerksam machen, etwa Ehevorbereitungskurse, Partnerschaftstrainings oder Kommunikationstrainings für Paare.

In einem Begleitwort zu der Aktion verweist der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky darauf, dass kirchliche Trauungen inzwischen zu seltenen Ereignissen in den katholischen Pfarrgemeinden geworden seien. Dennoch müsse die Kirche die Ehe hochhalten und den Menschen ihren Wert deutlich machen. 2006 gab es noch 49.613 katholische Hochzeiten.

„Im Durchschnitt kamen 2005 auf eine Pfarrei 3,9 Trauungen; 1990 wa-

ren es noch 8,7“, erklärte Sterzinsky. Als Ursachen für diese Entwicklung nennt der Kardinal unter anderem die abnehmende Kirchenbindung, eine wachsende Zahl gemischt-religiöser oder -konfessioneller Ehen sowie eine sinkende Ehebereitschaft junger Paare. Zur Kampagne der Kirche gibt es drei verschiedene Jahresthemen:

- 2008 steht die Ehevorbereitung im Mittelpunkt,
- 2009 geht es dann um den Weg vom Paar zur Familie und
- 2010 um Liebe und Partnerschaft, sobald die Kinder aus dem Haus sind.

Beratungsexperten der katholischen Kirche sind überzeugt, dass sich Angebote wie Kommunikationstrainings und Beziehungsschulen lohnen. So seien bei den Teilnehmern des in München entwickelten Partnerschaftlichen Lernprogramms EPL die Trennungs- und Scheidungsraten deutlich geringer als bei vergleichba-

ren Paaren. Auch die Ehezufriedenheit sei höher.

Mit Blick auf diese Erfahrungen fordert das Vorstandsmitglied der Katholischen Bundeskonferenz für Ehe-, Familien- und Lebensberatung (EFL), Norbert Wilbertz, größere gesellschaftliche Anstrengungen zur Stabilisierung von Ehen. Die wachsende Zahl scheiternder Beziehungen habe drastische Auswirkungen auch auf das Gesundheits- und Sozialsystem der Bundesrepublik, sagte er. Die finanziellen und juristischen Folgen dieser Entwicklung würden vielfach einfach hingenommen. Die Frage, was die Gesellschaft zur Verbesserung und Stabilisierung der Paarbeziehungen beitragen könnte, werde tabuisiert.

(PS/KNA)

**Hinweis: Nähere Informationen und praktische Anregungen bietet die Bischofskonferenz im Internet an unter: [www.ehe-familie-kirche.de](http://www.ehe-familie-kirche.de).**

## Die Beziehung zwischen den Eheleuten als Schlüssel für eine „erfolgreiche“ Erziehung

**Impuls zur Erziehung der eigenen Kinder.**

Die Texte sind dem Rundbrief „**FAMILIE – WEG DER KIRCHE**“ (02-03/2001 bzw. 01/2003) des Familienreferats der Erzdiözese Salzburg entnommen.

## Atmosphäre

- Wie erleben die Kinder ihre Eltern? Sind sie zärtlich zueinander? Wie reden sie miteinander? Sind sie als Einheit erlebbar, oder gibt es ständig Spannungen oder gar Konkurrenzkämpfe?
- Können die Kinder nach einem Streit wieder Versöhnung erleben, oder bleibt die „dicke Luft“? Ist der Vater ein Liebhaber seiner Frau, oder ist eher seine Härte spürbar? Treten die Eltern den Kindern gegenüber als Einheit auf, oder untergraben sie dauernd ihre Autorität, indem getroffene Entscheidungen vom anderen relativiert werden usw.?
- Dieser Gleichklang kann nur hergestellt werden, wenn Eltern miteinander immer wieder offen auch über Details der Erziehung sprechen (Was sind meine/deine Grundhaltungen und Werte? Was wollen wir ihnen vermitteln? Wo ziehen wir Grenzen?)

- Die Beziehung von Mann und Frau zueinander ist somit wirklich ein „Schlüssel“ für „erfolgreiche“ Erziehung. Nur so wird ein Haus auch zum Heim, in dem man sich wohl fühlt und gerne wieder zurückkehrt.

## Was ist also wichtig für das Gelingen?

- Ein erster wichtiger Punkt ist die Atmosphäre, die bei uns zu Hause herrscht. Ob wir wollen oder nicht: Wir sind für die Kinder Vorbilder. Sie orientieren sich an uns, sind scharfe Beobachter und ahmen uns nach.
- Sie erleben, wie die Eltern miteinander umgehen, ob sie zärtlich zueinander sind, wie sie miteinander sprechen. Sie spüren, ob sie eine Einheit sind, oder ob es ständig Spannungen und Konkurrenzkämpfe gibt. Wenn gestritten wurde – was vorkommt –, ist es wichtig, dass Kinder auch die Versöhnung erleben können.

## Wir prägen den Stil

- Für die Atmosphäre ist es auch wichtig, dass wir zu Hause unseren Stil prägen. Die Eltern tragen Verantwortung für ihre Lebenskultur und die Einhaltung der Regeln. Das ist wichtig bei Diskussionen.
- Manchmal hört man: „Bei Maier's dürfen sie das und das.“ Dann kann man in Ruhe antworten: „Aber bei uns ist das so.“ Oder etwas härter: „Du kannst ja zu Maier's gehen.“
- Voraussetzung ist, dass sich die Eltern klar geworden sind: Welche Werte sind uns wichtig? Was wollen wir den Kindern vermitteln?
- Zur Atmosphäre gehört auch: Selbst wenn es kracht, steht die Beziehung nicht in Frage. Wir erwarten kein „Wohlverhalten“ als Bedingung für unsere Liebe. Man könnte etwa formulieren: „Das, was Du getan hast, ist nicht in Ordnung. Aber wir mögen Dich – als Person – trotzdem.“
- Wo sonst sollen sie lernen, sich zu behaupten, durchzusetzen, ihren Willen zu artikulieren, wenn nicht im geschützten Raum der Familie?



## Ehe – Familie – Kindererziehung:

## Ehe als Alltagssakrament der Zuversicht

**D**ie Ehe halten Frauen wie Männer gleichermaßen für zeitgemäß: Für 72 Prozent ist sie die ideale Form der Beziehung. Das hat eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts ergeben, die von der Zeitschrift „Marie Claire“ im Jahr 2007 in Auftrag gegeben wurde.

Eine zeitweise Trennung ist für fast jeden Dritten der 1.000 Befragten aber nicht undenkbar: 29 Prozent der Frauen und 30 Prozent der Männer können sich vorstellen, verheiratet zu sein, aber in getrennten Wohnungen zu leben.

Das „BTS Wuppertal Beratung Supervision Coaching Institute“ gibt angesichts der steigenden Anzahl von Scheidungen zu bedenken: Wir dürfen nicht übersehen, dass die Scheidung bei aller scheinbaren Normalität einen enormen „Crash“ beziehungsweise einen „Gau“ bedeutet. Statistisch gesehen verkürzt eine Ehescheidung die Lebenserwartung um rund vier Jahre. Ehetrennung gilt nach wie vor als extrem Stress und Leid auslösend. Alle Beteiligten leiden. Auch nach der Trennung bleibt man ja irgendwie miteinander verbunden, zumal, wenn Kinder da sind.

Das Berliner „Institut für christliche Ethik und Politik“ (ICEP), das schwerpunktmäßig die normativen Grundlagen und Implikationen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse

untersucht, erarbeitete in den vergangenen Monaten umfangreiche Expertisen zur ethischen Dimension von Ehe und Familie.

Die Untersuchung des Berliner Ethik-Professors Lob-Hüdepohl fokussiert das Thema mit dem Leitwort „Christliche Ehe – Aufbruch in Zuversicht“.

„Trotz sinkender Eheschließungen und trotz steigender Ehescheidungen erfreuen sich dauerhaft stabile Partnerschaften und feste Familienbindungen einer hohen Wertschätzung“, bestätigte der amtierende Rektor der Katholischen Fachhochschule Berlin. „Gerade junge Menschen verbinden mit solchen Beziehungen emotionale Wärme, schützende Geborgenheit oder auch persönliche Anerkennung in einem verlässlichen Rahmen, den man nicht jeden Tag neu und mühsam erkämpfen muss.“

Ähnliche Erkenntnisse sind in dem Beitrag von Johannes Huinink: „Warum noch Ehe und Familie? Zur Attraktivität von Partnerschaft und Elternschaft in unserer Gesellschaft“ zu

finden, der vor zwei Jahren in der Dokumentation „Ehe und Familie unser gemeinsamer Auftrag“ der Fachtagung zur Initiative der Deutschen Bischofskonferenz „Hier beginnt die Zukunft: Ehe und Familie“ erschienen ist.

Der Dozent für Ethik an der Fachhochschule für Sozialwesen sieht „Ehe als Alltagssakrament der Zuversicht“ denn Eheleute,

- die sich an andere verschenken können, ohne Angst um sich selbst haben zu müssen;
- die sich verausgaben können für das Wohl und Wehe, für das Glücken und Gelingen des Leben anderer und damit auch des eigenen Lebens;
- die sich nicht selbst genügen müssen, sondern gleichsam als Akt innerer Befreiung auf andere hin sich entwerfen können;
- die die Kraft aufbringen zum Wagnis und zum Risiko, das mit jedem neuen Aufbruch in ungewisse Lebensabschnitte verbunden ist; diese Eheleute können nach christlicher Überzeugung aus einer Wirklichkeit schöpfen und leben, die „Gott sei Dank“ nicht in des Menschen Hand ist. (ZENIT.org)

## Kanzleramt hofft auf Wandel im Familienbild bei Bischöfen

**K**anzleramtsminister Thomas de Maiziere (CDU) setzt auf einen Wandel im Familienbild bei katholischen Bischöfen. Er hoffe auf mehr Anerkennung für einen Familienbegriff, „bei dem, hoffentlich mit standesamtlicher Trauung, wirklich dauerhaft Verantwortung für Kinder getragen wird. Das sollte man nicht diskreditieren“, mahnte er in einem Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Berlin. Dabei bleibe es Aufgabe der Kirche, darüber hinaus ein Ideal von Familie zu fordern.

Der CDU-Politiker rief dazu auf, die gesellschaftliche Realität wahrzunehmen. „Wenn das klassische Familienbild, das mancher katholische Bischof anspricht, allein darin besteht, dass man zwischen 25 und 30 heiratet und vorher keinerlei Geschlechtsverkehr hatte, dass der Mann arbeitet und die Frau zu Hause bleibt“, dann gebe es heute natürlich ein verändertes Familienbild, sagte er.

Er wünsche sich Lob statt Kritik für Mütter, die vielseitigen Ansprüchen von Familie und Beruf gerecht werden wollten, betonte de Maiziere. Wer Eltern unterstelle, Erziehungs-kompetenz abzugeben, falls sie ihr Kind in eine Krippe gäben und Beruf und Familie vereinbaren wollten, „der ignoriert Engagement und Kreativität und Familiensinn“, meinte er. Zu-

gleich betonte de Maiziere, das Maß an Übereinstimmung zwischen Bundesregierung und Kirche sei trotz einzelner inhaltlicher Differenzen groß.

Der Kanzleramtsminister verwies auf das nach wie vor hohe Ansehen von Familie und familienverbundenen Werten. Die angeblich so verlotterte und unerzogene Jugend äußere erstaunliche Zustimmung zur Familie und Werten wie Treue, Erziehungs-kompetenz und Kinderwunsch. Das gelte für West- und Ostdeutschland. In vielen ostdeutschen Regionen sei auch ohne christliche Bindung die Bindung an die Familie sogar höher als im Westen. (KNA)

## Zeitgeschichte – Die Bundeskanzler und die Bundeswehr:

Mit Dr. Horst Köhler wurde im Dezemberheft Nr. 268 eine Serie über die Bundespräsidenten und ihr Verhältnis zur Bundeswehr abgeschlossen, die mit AUFTRAG Nr. 259 / Aug. 2005 begonnen hatte. Sie war als Rückblick auf „50 Jahre Bundeswehr“ gedacht. Die Redaktion hat nun den Verfasser, Oberst a.D. Dieter Kilian gebeten, seine zeitgeschichtlichen Recherchen auf die Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland auszudehnen. Mir diesem Heft beginnt deshalb eine neue Serie, die den Titel trägt: „Die Bundeskanzler und die Bundeswehr“. Naturgemäß steht Konrad Adenauer am Anfang dieser Berichte. Wegen seines Umfangs wird dieser Bericht zweigeteilt. In diesem Heft betrachtet der Verfasser die Zeit bis zu den ersten Ansätzen zu einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Jahr 1954. Der 2. Teil, der die Jahre 1955 bis 1963 (Rücktritt als Bundeskanzler) und 1967 (A.'s Tod) umfasst, erscheint in AUFTRAG 270/Juni 2008.

Kilian leitet die Reihe ein mit grundsätzlichen Überlegungen zur Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr, die mit der Verkündung des Verteidigungsfalls vom Bundesminister der Verteidigung auf den Bundeskanzler übergeht.

## Die Bundeskanzler und die Bundeswehr

### Die Befehls- und Kommandogewalt gehört auf den Prüfstand

VON DIETER KILIAN

In Friedenszeiten gibt es keine direkte verfassungsrechtliche Verbindung zwischen dem Bundeskanzler und den Streitkräften; sie ist nur indirekt über die Richtlinienkompetenz nach Artikel 65 des Grundgesetzes (GG) gegeben. Die Befehls- und Kommandogewalt (Oberbefehl) über die Bundeswehr liegt gem. Art. 65 a beim Verteidigungsminister. Erst mit der Verkündung des Verteidigungsfalls d.h. mit der Feststellung, dass „das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht“ (Art. 115 a GG) geht sie nach Art. 115 b auf den Bundeskanzler über. Doch kein Bundeskanzler hat diese Rolle je geübt. Bei den früheren NATO-Stabsrahmenübungen, z.B. FALLEX und WINTEX, die auf höchster politischer und militärischer Ebene spielten, nahmen nicht die tatsächlichen Amtsinhaber, sondern die „Vertreter der Vertreter“ diese Funktion wahr. General de Maizière stellte dazu während seiner Amtszeit als Generalinspekteur (1966-1972) fest:

„Nicht ohne Spannungen vollzog sich der Übergang der Befehls- und Kommandogewalt vom

*Verteidigungsminister auf den Bundeskanzler nach Verkündung des Verteidigungsfalls. Die dem Minister verbleibenden Zuständigkeiten, die Rolle des militärischen Beraters gegenüber dem Bundeskanzler .... und die unmittelbare Einflussnahme des Regierungschefs auf das militärische Geschehen waren bisher ungeregelt und konnten auch während der Übung nur provisorisch gelöst werden, weil die wichtigste Person, der Kanzler selbst, nicht anwesend war.“<sup>1</sup>*

Die theoretische Übertragung des Oberbefehls im Kriegsfall auf den Bundeskanzler hatte vor dem Hintergrund der bündnispolitischen Einbettung der Bundeswehr in die strategischen und operativen Planungen keine grundlegende Bedeutung, es war ein Titel ohne Kompetenz. Vielleicht haben – abgesehen von Helmut Schmidt – die meisten anderen Bundeskanzler, weil sie um ihre nicht vorhandene Erfahrung auf diesem Terrain wussten, diesem Aspekt auch nicht die wünschenswerte Intensität gewid-

met. Schon früh hatte Helmut Schmidt diese Schieflage bemängelt:

*„Wer am 13. August 1961, dem Tage des Mauerbaus in Berlin, erster Höhepunkt einer weltpolitischen Krise, dem Kabinett Adenauer angehört hat, wird sich nur mit dem größten Unbehagen an diesen Tag ... erinnern. Die Bundesregierung war ohne zureichende Information über die militärische Lage .... Wer sieben Jahre später im Bundeskanzleramt des Tag des Einmarsches von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in ein Nachbarland der Bundesrepublik miterlebt hat, kann über den Ablauf dieses und des folgenden Tages innerhalb der Bundesregierung kaum viel fröhlicher sein.“<sup>2</sup>*

Ein wenig positives Urteil über die Reaktions- und Entscheidungsfähigkeit der Regierung. Der damalige Außenminister Willy Brandt hielt einen militärischen Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR noch Anfang August 1968 für unwahrscheinlich. Am 21. August unterrichtete Generalinspekteur de Mai-

1 Maizière, Ulrich de: In der Pflicht; S. 284.

2 Schmidt, Helmut: Strategie des Gleichgewichts; S. 257.

zière Bundeskanzler Kiesinger über die Lage. Eine Woche nach der Invasion trug der Generalinspekteur dazu im Bundessicherheitsrat vor. Kiesinger nahm de Maizière zur Seite und sagte „mit deutlicher Selbstkritik:“

*„In diesen Tagen hätte der Fall eintreten können, dass ich den Oberbefehl über die Streitkräfte hätte übernehmen müssen. Darauf bin ich nicht vorbereitet. Wir müssen uns häufiger sehen.“<sup>3</sup>*

Als Georg Leber 1972 das Verteidigungsministerium übernahm, fragte er seinen Vorgänger im Amt, Bundeskanzler Helmut Schmidt, nach einer Leitlinie für seine Amtsführung. Desessen Antwort war:

*„Am besten ist es, wenn wir alles tun, dass es nie dazu kommt, dass der Oberbefehl über die Streitkräfte einmal an den Bundeskanzler übergehen muss.“<sup>4</sup>*

In diesen Worten klingt in erster Linie die Aufforderung nach einer Politik, die auf Frieden ausgerichtet ist, durch. Doch sie kann auch als Furcht des „Torhüters vor dem politischen Elfmeter“, dem Wechsel der Befehls- und Kommandogewalt ausgelegt werden. Dabei war Schmidt am besten auf eine solche Aufgabe vorbereitet, zumal er direkt zuvor das Amt des Verteidigungsministers ausgeübt hatte.

**W**ie aber sieht die Befehls- und Kommandogewalt des Bundeskanzlers in einem Krieg aus? Wann wird er über militärische Entscheidungen der NATO informiert? Welchen Einfluss hat er auf Planungen des Bündnisses und welchen Spielraum? Besitzt er ein Veto-Recht und wie kann er es geltend machen? Wie und wann muss er Entscheidungen treffen? Durch wen und in welcher Form erhält er die dafür notwendigen Informationen? Welche Kompetenz besitzt der Verteidigungsminister, nachdem er die Befehls- und Kommandogewalt an den Kanzler abgegeben hat? Fungiert er dann z.B. als Stellvertreter des Kanzlers in dieser Funktion? Welche Aufgaben obliegen dann beispielsweise dem Vizekanzler hinsichtlich der Streitkräfte? Erhält der Generalinspekteur – wie es de

Maizière für unabdingbar hielt<sup>5</sup> – in einem Krieg das unmittelbare Vortragsrecht beim Kanzler (Immediatrecht) oder wird sein Rat auch dann durch den Verteidigungsminister gefiltert? Es war ein Glücksfall, dass der Bundesrepublik Deutschland während des Kalten Krieges diese Probe erspart geblieben ist, denn seine Details sind bis heute „terra incognita“. Wäre ein Stabwechsel damals notwendig geworden, hätte er in einer Phase höchster psychischer und physischer Belastung und bei unübersichtlicher Lage, die schnelle Entscheidungen verlangt hätten, vollzogen werden müssen. Damit aber wäre genau jener alte Führungsgrundsatz verletzt worden, „nie die Pferde im Fluss zu wechseln.“ Und je geringer die Wahrscheinlichkeit dieses Falles ist, desto weniger besteht ein Anreiz, diesen gedanklich zu durchdringen oder gar organisatorisch festzuschreiben.

Heute – mit den zahlreichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr – ist die Befehls- und Kommandogewalt des Bundeskanzlers inhaltsleer geworden. Es erscheint wenig wahrscheinlich, dass diese Machtteilung, die im Grundgesetz vor einem halben Jahrhundert unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurde, heute noch sinnvoll und zweckmäßig ist. Bundespräsident Theodor Heuss hatte bereits

vor fast sechzig Jahren zu bedenken gegeben, dieser Wechsel im Oberbefehl zwischen Frieden und Krieg erschiene ihm „zu ausgeklügelt“. Im Frieden und selbst in einer Krise darf der Verteidigungsminister die Geschicke lenken, doch dann müssen Chef oder Chefin ran! Dabei sind die Auslandseinsätze der Streitkräfte heute die politischen und militärischen Bewährungsproben, und sie wurden bislang gemeistert – mit dem Verteidigungsminister als oberstem „Feldherrn“ und übrigens mit erheblichem Mitspracherecht des Außenministers, das sich bisweilen als eine Art „Nebenbefehlsgewalt“ darstellt. Darum wäre es an der Zeit, diese Regelung zu überdenken. Die Kanzlerin hat einen alten Mantel geerbt, der – nie getragen – im Schrank verstaubt und von den Motten der Zeit zerfressen wird.

Zwei Möglichkeiten sind denkbar: Zum einen könnte der Oberbefehl grundsätzlich, d.h. auch im Krieg, beim Verteidigungsminister verbleiben. Eine Übersteuerung durch den Kanzler ist jederzeit möglich. Ohnehin vollziehen sich die Auslandseinsätze fast ausschließlich im UN-, NATO- und EU-Rahmen. Die zweite Möglichkeit wäre, die Befehls- und Kommandogewalt dem Kanzler auch im Frieden zu übertragen. Für die erste Möglichkeit spricht, dass sie sich seit über fünfzig Jahren bewährt hat. □

5 Maizière, Ulrich de; a.a.O. S. 284.

#### Vor 60 Jahren:

##### Weltkirchenrat begeht 60-jähriges Bestehen

**D**er Weltkirchenrat (ÖRK) begeht in diesem Jahr sein 60-jähriges Bestehen. Während der einwöchigen Sitzung des Zentralausschusses des Rats im Februar in Genf wurde das Jubiläum gefeiert. Höhepunkt war eine ökumenische Feierstunde am Sonntag (17.02.2008) in der Genfer Kathedrale St. Pierre mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios I. Die Predigt des Patriarchen in der großen Kathedrale des Calvinismus war ein ebenso besonderes wie unaufgeregtes Symbol zum 60. Geburtstag, meint der Direktor der Programmeinheit „ÖRK und ökumenische Bewegung im 21. Jh.“, Martin Robra. Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel hatte bereits 1920 eine „Liga der Kirchen“ angeregt. Der ÖRK wurde am 23. August 1948 in Amsterdam gegründet, Generalsekretär ist derzeit der Kenianer Samuel Kobia. Dem Weltkirchenrat gehören rund 350 protestantische, orthodoxe, anglikanische und andere Kirchen an. Sie repräsentieren nach Angaben des Rats mehr als 560 Millionen Christen weltweit. Die katholische Kirche ist kein Mitglied im ÖRK, hält aber seit den 1960er Jahren enge Kontakte zum Rat. (KNA)

3 Maizière, Ulrich de; a.a.O. S. 298 ff.

4 Leber, Georg: Vom Frieden; S. 193.



# Der erste Bundeskanzler und die Bundeswehr

## Dr. Konrad Adenauer – der distanziert-fürsorgliche Gründungsvater – (Teil 1)

VON DIETER KILIAN



Adenauer sei durch und durch Zivilist gewesen, habe dem Militär ablehnend gegenübergestanden und für dessen Formen kein Verständnis gehabt, ist die vorherrschende Meinung zum Thema „Adenauer und die Streitkräfte“. Blickt man jedoch genauer hin, verschwimmt dieses Bild, und es werden beim ersten Bundeskanzler Werte und Anschauungen sichtbar, die man durchaus mit soldatischen Tugenden beschreiben kann. Zu nennen sind Autorität, Disziplin, Fürsorge, Klarheit, Mut und Übernahme von Verantwortung. Auch hat Adenauer sich häufiger und intensiver um den Aufbau der „Wehrmacht“, wie er die neuen deutschen Streitkräfte zumindest schriftlich noch bis zum 12. August 1956 nannte, gekümmert und auf diesen Einfluss genommen, als gemeinhin kolportiert wird.

Als Konrad (Conrad) Hermann Joseph Adenauer am 5. Januar 1876 als drittes von fünf Kindern<sup>1</sup> des „*Appellationsgerichts Secretairs und Lieutenants außer Dienst*“ Johann Conrad Adenauer (1833-1906) und seiner Ehefrau Maria Christiana Helena (1849-1919; geb. Scharfenberg) in Köln geboren wurde, war der Vater nicht mehr im aktiven Militärdienst, sondern arbeitete bereits seit fünf Jahren als ziviler Angestellter im mittleren Justizdienst.<sup>2</sup> Doch davor lagen fast zwei Jahrzehnte eines Soldatenlebens mit zwei Kriegen, die ihre Spuren, Erinnerungen und Prägungen hinterlassen haben. Daher kann man sagen, dass Konrad Adenauer im Grunde aus einer Soldatenfamilie stammt. Hinzukommt, dass auch die Familie von Adenauers Mutter Maria Christiana Bindungen ans Militär hatte. Ihr Vater Johann August Ludwig Scharfenberg (1818-1906) hatte seinen beruflichen Werdegang als Oboist in einer Landwehr-Militärkapelle in (Bad) Sachsa<sup>3</sup> im Harz begonnen,

bevor er beruflich ins Bankfach und räumlich ins Rheinland wechselte.

Vater Johann Conrad war als 18-jähriger 1851 bei einem der sechs damals in Köln stationierten Westfälischen bzw. Rheinischen Infanterieregimenter (IR)<sup>4</sup> in die preußische Armee eingetreten. Neun Jahre später wechselte er in das im selben Jahr im Zuge der Roonschen Heeresvermehrung aufgestellte Infanterieregiment Vogel von Falckenstein<sup>5</sup> (7. Westfälisches) Nr. 56. Zu dieser Zeit unterstand das Regiment – zusammen mit den IR 16, 17 und 57 – der 14. Division unter Generalmajor Graf Hugo Eberhard zu Münster-Meinhövel (1812-1880), die wiederum dem X. Korps zugeordnet war. 1860 avancierte Adenauer zum Sergeanten und 1861 zum Feldwebel. Im Jahre 1866 nahm er in diesem Dienstgrad am

Krieg gegen Österreich teil. Beim Sturm auf das Dorf Probus während der Schlacht von Königsgrätz musste das Regiment im Rahmen der 27. Infanteriebrigade bei hohen Verlusten unter feindlichem Artillerie-, Kartätsch- und Gewehrfeuer eine Strecke von 1500 Metern eines deckungslosen, nur mit Getreide bewachsenen Hanges im Angriff überwinden. Als der Kompaniechef Adenauers, Hauptmann Otto von Monbart, durch einen Kopfschuss fiel, übernahm in dieser Krisenlage – in Erfüllung des Wahlspruches des Regiments „*Non soli credit*“ („*Es vertraut nicht dem Glanz*“) – der Premierleutnant von Rosenthal die Führung der Einheit. Auch Feldwebel Adenauer aus der 9. Kompanie des IR 56 wurde bei diesem Sturmangriff schwer verwundet,<sup>6</sup> und die Regimentsgeschichte erwähnt – was nicht häufig geschieht – Johann Adenauer namentlich. Zusätzlich erhielt er am 11.09.1867 durch seinen Regimentskommandeur, Oberst Adolf K.

bes: 1864.

4 Das genaue Regiment war nicht zu ermitteln. Zwischen 1850 und 1860 waren folgende IR zumindest mit Teilen in Kölner Raum stationiert: IR Freiherr von Sparr (3. Westfäl.) Nr. 16, IR Graf Barfuß (4. Westfäl.) Nr. 17, IR von Lützow (1. Rhein.) Nr. 25, IR von Goeben (2. Rhein.) Nr. 28, IR von Horn (3. Rhein.) Nr. 29 und IR Graf Werder (4. Rhein.) Nr. 30.

5 Der General der Infanterie Friedrich Karl Ernst Vogel von Falckenstein (1797-1885) wurde 1866 Chef des IR 56

6 Einige Quellen sprechen von der Rettung der Regimentsfahne bzw. der Eroberung einer feindlichen Fahne. Das Wehrgeschichtliche Museum in Rastatt (Brief vom 16.12.1988 an Dr. Konrad Adenauer) verneint dies, da solch eine Tat mit einer höheren Auszeichnung belohnt worden wäre.

1 August (1872-1952), später Prof. Dr. jur. und Justizrat; Johannes (1873-1937) Prälat und Domkapitular in Köln, Lilli (1879-1950) und Elisabeth († 1882 nach der Geburt).

2 1883 wurde er Kanzleirat.

3 Die Einwohnerzahl Sachsa belief sich 1861 auf 1.619; Beginn des Kurbetrie-

J. von Dorpowski (1811-1895),<sup>7</sup> das Militärehrenzeichen 2. Klasse – eine äußerst seltene Auszeichnung für einen Unteroffizier und das „*Erinnerungskreuz für Combattanten für die Teilnahme am Feldzug 1866*“. Einmal habe der Vater ihm und seinem Bruder Hans von dieser Schlacht und seiner Verwundung erzählt, über „*die schlechte Verpflegung der Schwerverletzten, den bitteren Hunger, den sie gelitten hätten.*“<sup>8</sup>

Am 10. August 1867 schied er aus der Armee und bekam gleichzeitig den Charakter eines „*Seconde-Leutnant*“ (= Leutnant) verliehen,<sup>9</sup> d.h. er war damit in die Dienstgradgruppe der Offiziere aufgestiegen. Ungeklärt ist, weshalb er trotz seiner Verwundung und seines Status „*außer Diensten*“ (a.D.) im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 erneut als für die Logistik zuständiger „*Ökonomieoffizier*“ (heute: S 4) einberufen wurde, da er eigentlich der Reserve oder der Landwehr hätte zugeteilt werden müssen. Als Gründe kommen nur Personalmangel oder herausragende Leistung in Frage. In der Verleihungsurkunde der „*Kriegs-Denk Münze von Stahl am Combattanten-Bande*“ an Adenauer vom April 1872 wird dieser als „*Sekonde-Lieutenant a.D. und Oeconomie-Offizier der Handwerker Abtheilung des Ersatz-Bataillons des 2. Rheinischen Infanterieregiments Nr. 28*“ titulierte; die Urkunde ist durch den KG des VIII. Armeekorps, dem General der Infanterie August Karl von Goeben (1816-1880), unterzeichnet. Das Regiment gehörte zur 30. Infanteriebrigade und unterstand der 16. Division unter General

Christof Gottlieb Freiherr von Barnekow (1809-1895). Es hatte u.a. in der Schlacht von Gravelotte am 18. August 1870 gekämpft und war an der Belagerung von Metz im Herbst 1870 beteiligt. Daher kann davon ausgegangen werden, dass Adenauer am Deutsch-Französischen Krieg nicht mit seinem alten Regiment Nr. 56, sondern mit dem IR 28 teilgenommen hat. Ein Grund für den Wechsel könnte gewesen sein, dass das IR 56 ab 1867 in Göttingen und Hameln und nicht mehr in Köln stationiert war. Vielleicht ist das IR 28 sogar jener Truppenteil, in den er 1850 als junger Mann eingetreten war.

Ein zweites Mal innerhalb von fünf Jahren kehrte Johann Conrad Adenauer aus einem Krieg heim, nahm nun seinen endgültigen Abschied und trat in die Justizverwaltung ein. Es gibt Indizien, die dafür sprechen, dass ihm dieser zweite und endgültige Wechsel ins Zivilleben nicht leicht gefallen ist, und er gerne als Offizier in der Armee geblieben wäre.<sup>10</sup> Betrachtet man das Bild des gutaussehenden, schneidigen und selbstbewussten jungen Leutnants mit den Schulterstücken des IR 28 (Bild 1), kann man sich ihn nur schwer als Kanzleirat in einem engen Büro hinter einem Aktenberg vorstellen. Doch als inzwischen verlobter Leutnant hätte er nach der „*Verordnung über das Heirathen der Militärpersonen des Preußischen Heeres*“ beim Antrag auf Heiratsurlaub ein „*außerdienstliches Einkommen*“ von 2.500,- Mark im Jahr nachweisen müssen. Dieses aufzubringen war er jedoch – nach Aussage seines Sohnes – nicht in der Lage. Am 18. Januar 1891 wurde der „*Kanzleirat und Erste Justizschreiber bei dem Oberlandesgerichte zu Cöln*“ mit dem „*Rothen Adler-Orden vierter Klasse*“ ausgezeichnet.<sup>11</sup> Der skiz-

zierte Lebenslauf des hochdekorierten, von Preußen begeisterten Vaters zeigt, dass Konrad Adenauer in einer Familie aufwuchs, in der militärische Tugenden einen hohen Stellenwert besaßen. Der Sohn verinnerlichte



Bild 1: Leutnant Johann Conrad Adenauer, der Vater des Bundeskanzlers.

diese. Nur bei seiner Einstellung zu Preußen wich er von der pro-preußischen des Vaters ab und übernahm die in der überwiegenden Mehrheit der Kölner Bevölkerung vorherrschende anti-preußische Haltung. Die traditionsreiche Stadt hatte selbst die Herrschaft der Kurfürstlichen Erzbischöfe mit Misstrauen erduldet und ließ sich 1815 mit noch viel größerer Distanz dem protestantischen Preußen einverleiben. Kämpfte Vater Adenauer noch gegen französische Soldaten, so gelang es seinem Sohn, diese „*Erbfeindschaft*“ beider Völker zu beenden.

Konrad Adenauer studierte von 1894 bis 1897 Rechts- und Staatswissenschaft in Freiburg (1. Semester), München (2. u. 3.) und Bonn (4.-6.). Zwar wurde er 1898 als „*tauglich für den Landsturm des ersten Aufgebots*“ gemustert, aber 1915 wegen seiner labilen Gesundheit vom Militärdienst befreit und untauglich geschrieben. Später antwortete er einem Briefschreiber, der ihm gefragt hatte, weshalb er keinen Wehrdienst geleistet hätte, er wäre damals an einer Lungentuberkulose erkrankt.<sup>12</sup> 1915 war er – mittler-

7 Die Urkunde hat von Dorpowski zwar als „*Oberst und Regimentskommandeur*“ unterschrieben, tatsächlich aber hatte er bereits am 30.10.1866 die 27. Infanteriebrigade als Kommandeur übernommen und war am 31.12.1866 zum Generalmajor befördert worden. Nachfolger als RgtKdr wurde Oberst von Block.

8 Poppinga, Anneliese Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer, S. 220.

9 „*Militär-Wochenblatt* Nr. 53 vom 17.08.1867, S. 477. Die „*Charakterisierung*“, d.h. die Verleihung eines höheren Dienstgrades, führte nicht zu einer Erhöhung der Pension und war damit eine billige, aber wirksame Auszeichnung durch den Staat. Charakterisierte Offiziere wurden allerdings nicht in der Rangliste aufgeführt.

10 Enkelin Gisela Gräfin Waldersee, Enkeltochter von Prof. Dr. August Adenauer (1872-1872), schreibt in einem Brief vom 01.12.1988, ihr Großvater habe ihr dies immer als mahnendes Beispiel aufgeführt, „*man könne im Leben nicht nur seinen Neigungen (Anm.: d.h. in diesem Falle den militärischen) nachgehen, sondern müsse wegen anderer Werte oft verzichten*“.

11 Königlich-Preußische Ordensliste 1905, 1. Teil, S. 385. Er war „der weitest verbreitete und mit den meisten Abstufungen versehene Verdienstorden

der preußischen Monarchie“.

12 Adenauer, Konrad Briefe 1955-1957 (Brief Nr. 301 vom 8. Juni 1957 an Herwig Mager).

weile neununddreißig – auch für den Landsturm zu alt. Überdies war er beruflich freigestellt, denn er war schon 1909 zum Stellvertreter des Kölner Oberbürgermeisters gewählt worden. Im Jahre 1904 hatte Adenauer Emma Weyer (1880–1916), die Tochter eines Kölner Galeristen, geheiratet; auch in deren Familie gab es eine Reihe von Offizieren. Zu ihnen soll auch Kapitänleutnant Bruno Weyer, der erste Autor von „*Taschenbuch der Kriegsflotten*“ zählen.<sup>13</sup> Im Jahre 1917 trat er mit nur 41 Jahren an die Spitze seiner Geburtsstadt. Die Garnisonsstadt Köln mit einem preußischen Gouverneur und Stadtkommandanten beherbergte bis zum Ersten Weltkrieg in und vor ihren Mauern eine große Zahl von Truppen des VII. und VIII. Armeekorps (AK). Vom VII. AK (Münster) waren dies die 27. Infanterie-Brigade, das Infanterieregiment (IR) Freiherr von Sparr (3. Westfälisches) Nr. 16, das 5. Westfälische IR Nr. 53, das Westfälische Fuß-Artillerieregiment 7, das 1. Westfälische Pionierbataillon 7 und das 2. Westfälische Pionierbataillon 24. Zum VIII. AK (Koblenz) gehörten der Stab der 15. Division mit dem 5. Rheinischen IR Nr. 65, die 15. Kavalleriebrigade mit dem Kürassierregiment Graf Geßler Nr. 8 (im Volksmund „*de Mühlslück*“), die 15. Feldartilleriebrigade mit dem Bergischen Feldartillerieregiment Nr. 59, sowie das 8. Rheinische Fuß-Artillerieregiment und Teile des 23. Feldartillerieregimentes. Grundsätzlich gab es für Adenauer somit theoretisch eine Fülle dienstlicher und sozialer Kontaktmöglichkeiten mit dem Militär. Dass er jedoch in seinem Amt als Beigeordneter und später als Oberbürgermeister engere Bindungen zu den Kommandeuren der preußischen Truppen gepflegt und z.B. an Kranzniederlegungen oder Herrenabenden bei einzelnen Verbänden teilgenommen hat, ist nicht zu belegen. Falls es eine Distanz gab, dürfte sie allerdings primär in der Ablehnung des Preußischen und nicht des Soldatischen zu suchen sein. In dieser Denkrichtung forderte Adenauer auch im Dezember 1918 die Loslösung von Preußen und die Schaffung einer „*Rheinischen Republik*“ innerhalb des Reiches.

13 Notar Konrad Adenauer zum Verfasser am 18.01.2008.

Dies wurde ihm später zwar als „*Separatismus*“ vorgeworfen, war aber im Grunde – wie dies z.B. auch für Bayern gilt – nur das Pochen auf Anerkennung regionaler Belange.

Die am Ende des Ersten Weltkrieges heimkehrenden Soldaten, viele davon verletzt, verkrüppelt und berufsunfähig, stellten die Kölner Stadtverwaltung wie alle anderen Kommunen vor gewaltige soziale, finanzielle und logistische Probleme, vor allem hinsichtlich der Ernährung und der Arbeitsplätze. Gemäß dem Versailler Vertrag wurde das Rheinland von deutschen Truppen entmilitarisiert und Köln durch britische Truppen besetzt. Adenauer pflegte in dieser Zeit enge Kontakte zu dem fast gleichaltrigen britischen Militärgouverneur, Generalleutnant Sir George Sidney Clive (1874–1959), aus der sich eine „*vertrauensvolle Freundschaft*“ entwickelte, die trotz langer Unterbrechung bis zu Clives Tod dauerte.<sup>14</sup> Sohn Max Adenauer hatte Clive, mittlerweile zum Hofmarschall berufen, noch 1937 in London besucht. Danach war der Kontakt lagebedingt lange unterbrochen. Clives Tochter Catherine heiratete 1932 Sir Christopher Eden Steel (1903–1973), der von 1957 bis 1963 britischer Botschaft in Bonn war. Die Tatsache, dass Adenauer bereits mit Steels Schwiegervater freundliche Verbindung gepflegt hatte, förderte zweifelsohne die Zusammenarbeit zwischen Kanzler und Botschafter.

Nachdem Stresemann in Locarno den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinland erreicht hatte, war Köln von Ende 1926 bis zum 7. März 1936 keine Garnisonsstadt mehr.<sup>15</sup> Im Jahre 1921 – er hatte gerade die Lebensmitte erreicht, wie in der Rückschau festzustellen ist – wurde Adenauer zum Präsidenten des Preußischen Staatsrats gewählt und nahm dieses Amt bis 1933 wahr. Es kann davon ausgegangen werden, dass er in dieser Funktion die gesamte Führungsspitze der Reichswehr und zum Teil auch des Kaiserreiches

14 Heuss – Adenauer Unserem Vaterlande zugute – Brief Nr. 232 vom 20.04.1960.

15 Ab 1936 u.a.: 26. Division mit IR 77(Tle), SanAbt. 26, NachrAbt. 26, PiBtl 26, sowie PiBtl 46, Festungsinspektion IX, Transportkommandantur und Wehrratsinspektion.

persönlich kennen lernte. So besuchte Reichspräsident von Hindenburg am 21.03.1926 Köln anlässlich des Abzugs französischer Truppen aus dem Rheinland. 1933 weigerte sich Adenauer, Reichkanzler Adolf Hitler in der Stadt zu empfangen und ließ Hakenkreuzfahnen entfernen. Er wurde seines Amtes enthoben und fand als „*Bruder Konrad*“ für ein Jahr Unterschlupf im Kloster Maria Laach, wo ihm sein Schulfreund aus gemeinsamer Zeit am Apostelgymnasium in Köln Ildefons Herwegen (1874–1946)<sup>16</sup> – bereits 1913 zum Abt gewählt – Unterschlupf gewährte; Adenaus späteren Aufstieg erlebte er jedoch nicht mehr.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, war Adenauer bereits 63 Jahre alt und schied damit für den Militärdienst aus. Doch waren drei der vier Söhne Adenaus<sup>17</sup> Soldat: Dr. Max Adenauer (1910–2004), sein zweiter Sohn, diente ab 1943 als Leutnant bei der Abwehr (Abwehr III Gegenspionage – Frontaufklärung III West); sein nächster Vorgesetzter war Oberst Oskar Reile. Der Jurist Dr. Konrad Adenauer (1906–1993), der älteste Sohn, wurde im März 1943 mit 37 Jahren zur Wehrmacht eingezogen. Nach der Grundausbildung diente er zunächst als Kraftfahrer in der Kraftfahr-Ersatzabteilung 23 und ab Herbst 1944 als Gefreiter und Dolmetscher im Frontaufklärungstrupp 391 im norwegischen Brontan und Oslo (Feldpostnummer 21851 G), wo er bei Kriegsende in Gefangenschaft geriet.<sup>18</sup> Paul Adenauer (1923–2007) leistete nach dem Abitur im Winter 1941/42 seinen Arbeitsdienst auf Sylt. Da er Priester werden wollte, diente er von 1943 an als Sanitätssoldat und geriet 1945 im Harz in amerikanische Gefangenschaft. Georg Adenauer, der

16 Im März 1934 hatte er gegenüber Pater Dr. Emmanuel V. Severus OSB erklärt: „*Wir werden von Verbrechern regiert*“.

17 Die Söhne Konrad und Max sowie Tochter Ria stammen aus Adenaus erster Ehe mit Emma Weyer, die 1916 starb. Die Söhne Ferdinand (†1921), Paul und Georg und die Töchter Lotte und Libet sind aus der zweiten Ehe; Adenauer hatte 1919 Gussie Zinser geheiratet, die 1948 verstarb.

18 Persönliche Angaben im „CI Questionnaire“ („Slemdal Camp“) vom 23.09.1945.



jüngste Sohn, war bei Kriegsende erst dreizehn Jahre alt. Später haben nahezu alle Enkel und Urenkel des Kanzlers Wehrdienst bei der Bundeswehr geleistet.

Adenauer hatte während des Krieges zu dem Luftwaffenmajor Hans Schliebusch im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) Kontakt, den er als Syndikus der Bonner Handwerkskammer kennen gelernt hatte. Dieser informierte Adenauer nicht nur lange Zeit über die Lage,<sup>19</sup> sondern half ihm auch am 20.09.1944 bei der Flucht aus dem St. Elisabeth-Krankenhaus in Köln Hohenlind, wo Adenauer – nach dem 20. Juli wieder in Gestapo-Gewahrsam auf dem Kölner Messegelände – wegen einer fingierten Herzattacke behandelt wurde. Mit gefälschten Papieren gab Schliebusch vor, er müsse Adenauer zur Vernehmung nach Berlin überführen. Vermutlich im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler wurden Schliebusch und sein Sohn verhaftet. Sie starben 1945 kurz nach Kriegsende. Adenauer wurde erneut verhaftet. Doch als die alliierten Truppen an der Westgrenze des Reiches standen – bereits am 21.10.1944 war Aachen besetzt worden – wurde er Ende November 1944 aus dem Gestapogefängnis Brauweiler bei Köln entlassen. Adenauer hatte viel Glück, wurde er doch nicht in eines der KZ im verbliebenen Reichsgebiet verschleppt und erlebte so das Kriegsende in Rhöndorf. Doch selbst in den letzten Kriegstagen war er in Gefahr. Zwar hatten die Truppen der 9. US-Armee unter General William H. Simpson (1888-1980) am 07.03.1945 Köln besetzt und waren am selben Tag in Remagen auf das rechtsrheinische Ufer vorgestoßen, doch im Siebengebirge kämpften noch deutsche Truppen in zähem Ortskampf. Am 9. März schlugen auf dem Adenauerschen Grundstück in Rhöndorf am Zenigsweg hoch über dem Rheintal plötzlich 12 Granaten ein – zwei ins Dach des Hauses, und eine, die Adenauerschen Kinder nannten sie „*Mister Zitsch*“, legte die Garage in Trümmer.<sup>20</sup> Der amerikanische Artilleriebeobachter hatte

wahrscheinlich angenommen, in dem Haus, das zur Tarnung mit grüner Farbe gestrichen war, verschanzten sich noch Soldaten. Die Familie verbrachte acht Tage im Weinkeller, der zum Bunker umfunktioniert worden war. Darüber hinaus gewährte Adenauer noch fünf geflohenen französischen Kriegsgefangenen Unterkunft. Dann aber war für ihn zwar der Krieg vorüber, nicht aber dessen Folgen. Über das Schicksal seiner drei Söhne bei der Wehrmacht war die Familie nur vage informiert. Adenauer, der Familienmensch, und seine Frau erlebten hier die gleichen Nöte und Ängste wie Millionen ihrer Landsleute. „*Die ‚Befreiung‘ hat sich anders vollzogen, als ich ursprünglich angenommen hatte, trotzdem ich keineswegs optimistisch war*“, schrieb Adenauer am 27. Mai 1945.<sup>21</sup> Eineinhalb Jahre später, am 18.01.1947, fiel Adenauers Urteil noch düsterer aus: „*Die ‚Befreiung‘ ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zu Grunde, langsam aber sicher!*“

Zu den amerikanischen Soldaten, die zunächst in Köln stationiert waren, hatte Adenauer ein „*ausgezeichnetes*“ Verhältnis,<sup>22</sup> wenngleich er bemängelte, dass sie zwar guten Willens wären, aber keinerlei Kenntnisse über Europa und Deutschland hätten, was den Wiederaufbau beträchtlich erschwerte. Sie waren es auch, die die Weichen für seinen späteren Aufstieg stellten. Bereits im März wollte der amerikanische Stadtkommandant, Oberstleutnant R.L. Hyles, Adenauer in sein vormaliges Amt einsetzen. Doch er lehnte ab: drei seiner Söhne stünden noch an der Front. Würde ihr Vater mit dem Feind zusammenarbeiten, gerieten sie in Lebensgefahr. Im Mai gab es keinen Hinderungsgrund mehr: Adenauer wurde wieder Chef seiner Geburtsstadt und übernahm das Amt, aus dem er zwölf Jahre zuvor verjagt worden war. Köln war weitgehend zerstört. Lediglich der Hohe Dom – obgleich auch stark in Mitleidenschaft gezogen – ragte wie ein verrußtes Mahnmal aus dem unübersehbaren

Trümmerfeld; vom Rathaus war kaum noch etwas vorhanden.

Doch als die Briten Ende Juni 1945 die Stelle der US-Truppen einnahmen, änderten sich die guten Beziehungen zwischen Adenauer und der Besatzungsmacht. Am 06.10.1945 wurde Adenauer ins Hauptquartier der britischen Militärregierung befohlen. Als er den Raum des Kommandanten betrat, erhob sich keiner der anwesenden Offiziere, und als Adenauer sich setzen wollte, fuhr ihn Brigadier Sir John Ashworth Barracough (1894-1981) (Bild 2), der Gouverneur der Militärprovinz Nordrhein, „*in ziemlich knappem Ton*“ an, er möge stehen bleiben. Und so vernahm Adenauer stehend seine von den Briten verfügte Entlassung als Oberbürgermeister von Köln; er habe die Stadt bis zum 14.10.1945 zu verlassen.<sup>23</sup> Die Tatsache, dass seine Entlassung im Tagebuch des Brigadiers hingegen mit keinem Wort erwähnt wird,<sup>24</sup> zeigt die unterschiedliche Bedeutung, die dieser Akt für beide Seiten hatte. Jahre später traf er als Bundeskanzler den britischen Brigadier bei einem Staatsbankett wieder. Auf dessen Frage: „*Was haben Sie sich eigentlich damals gedacht, als Sie Ihr Entlassungsschreiben erhielten?*“ antwortete Adenauer unnachahmlich kurz „*Ich habe bei mir zu Hause ein Aktenstück ‚Entlassung durch die Nazis‘. Ich werde mir nun ein Aktenstück anlegen: ‚Entlassung durch die Befreier‘.*“<sup>25</sup> Adenauers Verhältnis zu Großbritannien wurde dadurch nicht gestört.

Adenauer verließ die kommunale Bühne. Anfang 1946 wurde er zum ersten Vorsitzenden der neu gegründeten Christlich Demokratischen Union (CDU) gewählt. Daneben widmete er sich zunächst regionalen Aufgaben – als Mitglied des Beirats für

19 Adenauer, Konrad Erinnerungen, Bd. 1, S. 11.

20 Adenauer, Konrad Briefe (1953-1955 Brief Nr. 222 vom 16.03.1955).

21 Adenauer, Konrad Briefe über Deutschland, S. 14 f.

22 Adenauer, Konrad Briefe über Deutschland Brief vom 16.03.1946, S. 43.

23 Zum Nachfolger wurde Dr. Hermann Pünder (1888-1976) ernannt; er führte das Amt bis 1948.

24 Am 06.10.1945: keine Eintragung; am 07.10.45 vermerkt das Tagebuch lediglich: „*LtCol C.W. G. Ince, AMS Headquarters Central Commission, stayed the night*“ gem. Auskunft des „*Modern Record Centre*“ der Universität Warwick/UK (Mrs. Helen Ford) an den Verfasser vom 03.01.2008.

25 Adenauer, Konrad Erinnerungen, Bd. 1, S. 37.

die britische Besatzungszone und des Provinzialrats der Nordrheinprovinz. Nach Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde er Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag in Düsseldorf. Das Jahr 1948 brachte zwei tiefe Zäsuren: im März verstarb seine zweite Frau Gussie,<sup>26</sup> und ein halbes Jahr später wurde er zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates gewählt und damit einer der Väter und Architekten des Grundgesetzes.

Bereits zu dieser Zeit – nur wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – begannen die ersten Überlegungen zur Aufstellung westdeutscher Streitkräfte – sowohl in Bonn als auch in Washington, London und Paris. Zuvor schon hatte es allerdings bereits

*sche Büro für Friedensfragen*“.<sup>27</sup> Es sollte allerdings nur die deutsche Position bei den im Frühjahr 1947 in Moskau stattfindenden Verhandlungen über den kommenden Frieden mit Deutschland, nicht aber eine Wiederbewaffnung vorbereiten. In der Öffentlichkeit über eine neue deutsche Armee zu sprechen oder zu schreiben, war zu dieser Zeit nicht möglich. Gleichwohl trennte Adenauer als Realist sehr klar. Einerseits wusste er, dass die *„Zeit für eine Bewaffnung Westdeutschlands noch nicht reif war“*, andererseits bestand für ihn aber auch kein Zweifel, dass sie irgendwann kommen würde.<sup>28</sup> 1949 begleitete Mitarbeiter Rolf Pauls den Bundeskanzler vom provisorischen

pelposten unter Gewehr erblickte, meinte er – *„mehr zu sich selbst“* als zu Pauls: *„Das wollen wir auch wieder haben!“*

Vorangetrieben wurde die Entwicklung durch eine besorgniserregende außenpolitische Lage. Zu nennen sind u.a. vor allem die Verschärfung des Ost-West-Konfliktes in den letzten Lebensjahren Stalins und die Zündung der ersten sowjetischen Atombombe am 29.08.1949.<sup>29</sup> Am 25.06.1950 überschritten nordkoreanische Truppen die Demarkationslinie nach Süden – der Koreakrieg (1950–1953) begann. Nicht wenige hielten dies für ein Beispiel, das auch gegenüber Westeuropa angewandt werden könnte, und es verstärkte sowohl bei den Westalliierten als auch in der Bundesrepublik das Gefühl, einem sowjetischen Angriff wehrlos ausgeliefert zu sein. Zwar war am 04.04.1949 in Washington der Atlantik-Vertrag unterzeichnet und damit die NATO aus der Taufe gehoben worden. Doch nun forcierten die Westalliierten, allen voran Sir Winston Churchill, die militärische Einbindung auch der Bundesrepublik Deutschland.<sup>30</sup> Gegen die Mehrheit der Bevölkerung, die zu dieser Zeit eine Wiederbewaffnung strikt ablehnte, schlug Adenauer in Abstimmung mit den USA einen eigenen deutschen militärischen Beitrag zur Verteidigung des Westens vor, der jedoch in eine multinationale Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eingebettet werden sollte. Grund war, dass die französische Regierung eine unabhängige deutsche Armee ablehnte und daher die Einbindung westdeutscher Truppen im Rahmen einer supranationalen Armee favorisierte. Ob Adenauer selbst an diese Lösung glaubte, bleibt offen. Doch langfristig hat sich seine Weitsicht bestätigt.

*„Deutsche und französische Offiziere würden auf der gleichen Kriegsschule lernen, sich nicht mehr als Gegner, son-*



**Bild 2: Oberbürgermeister Adenauer mit Brigadier Barraclough (rechts), 1945**

erste halboffizielle Überlegungen zur Sicherheit der westlichen Besatzungszonen gegeben. Die drei Ministerpräsidenten der amerikanischen und britischen Besatzungszone und der Senatspräsident von Bremen gründeten mit Zustimmung der US-Regierung am 15.04.1947 das „Deut-

Bundeskanzleramt im Museum König zum Palais Schaumburg. Als sie die Villa Hammerschmidt, den späteren Sitz des Bundespräsidenten, passierten, in dem noch der Kommandierende General der belgischen Truppen residierte, und Adenauer den Dop-

26 An den Spätfolgen der Folter, durch welche die Gestapo das Versteck Adenauers 1944 aus ihr herausgepresst hatte und einem folgenden Suizid-Versuch.

27 Die Leitung hatte Dr. Fritz Eberhard. Sitz des Büros (ca. 36 Mitarbeiter) war zunächst Frankfurt a.M., später Stuttgart; Mitte 1950 wurde es aufgelöst.

28 Adenauer, Konrad. Erinnerungen, Bd.1, S.439.

29 1953 zog Moskau auch bei der Entwicklung einer Wasserstoffbombe mit den USA gleich.

30 So befürworteten z.B. die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf einer Konferenz in New York vom 12- 18.09.1950 einen deutschen Verteidigungsbeitrag.



*der als Waffengeführten zu betrachten.*<sup>31</sup>

Vierzig Jahre später wurde diese Idee mit der Deutsch-Französischen Brigade und danach mit dem Euro-Korps zumindest teilweise umgesetzt. Seine Enkel und Urenkel würden nicht mehr – wie noch sein Vater – gegen französische Soldaten ins Feld ziehen müssen. Es scheint wie eine seltsame Fügung: In Adenauers erstem Kabinett war als Bundesminister für Wiederaufbau (später: Wohnungsbau) der FDP-Politiker Hermann Eberhard Wildermuth (1890-1952). Dieser war im Ersten Weltkrieg vor Ypern schwer verwundet und danach totgesagt worden. Im Zweiten Weltkrieg wurde er 1940 als Major der Reserve und Kommandeur der II. Abteilung des IR 272 an der Westfront mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet und war bei Kriegsende Oberst. 1989 wurde in der Kaserne in Böblingen, die seinen Namen trägt, die Deutsch-Französische Brigade aufgestellt.

Adenauers Ansatz, die Wiederaufrüstung voranzutreiben war dreifacher Natur. Zum ersten teilte er die Befürchtungen, die Aussicht auf einen leichten Sieg mache die Sowjetunion begierig und schüre die Kriegsgefahr. Damit rückten militärische Aspekte bei der politischen Gestaltung der jungen Republik in den Vordergrund.

– „Rußland, wie alle totalitären Staaten, hat Respekt vor der Macht, aber nicht vor Worten. ... Ich glaube nicht, daß man auf die Dauer Amerika und den anderen europ(äischen) Ländern wird zumuten können, hier ... Truppen zu unterhalten, während Deutschland nichts tut.“<sup>32</sup>

– „Die Sicherheit der Bundesrepublik war eine Frage von absolutem Vorrang“<sup>33</sup> und wurde zum integralen Bestandteil der Adenauerschen Politik nach außen und auch nach innen.

Zweitens war Adenauer von der Notwendigkeit von Streitkräften als Ausdruck staatlicher Souveränität überzeugt. Für ihn war ein waffenlo-

ser Staat, einer ohne Wehrhoheit und ohne Verfügungsgewalt über Streitkräfte, ein Staat zweiter Klasse.

– „Ein Staat hat auf außenpolitischem Gebiet so viel Geltung, wie er auch in der Lage ist, seine Kraft zu zeigen.“<sup>34</sup>

Er bezog sich hier offenbar auf Friedrich den Großen, der einmal bemerkt haben soll, „Diplomatie ohne Waffen ist wie Musik ohne Instrumente.“ Von daher ist die Feststellung Abenheims, „sich selbst überlassen (d.h. ohne die Alliierten), hätte Westdeutschland auf lange Zeit nach 1949 gewiss keine neuen Streitkräfte aufgebaut“<sup>35</sup> eher fraglich und wird auch durch die frühe Begegnung mit General Speidel – lange vor dem Korea-Krieg – widerlegt. Auch Rolf F. Pauls stellt fest: „Der Zugang zum Militär liegt bei Adenauer in seinem Verhältnis zur Macht. Er war alles andere als ein Imperialist. Aber er war von der Notwendigkeit von Macht, staatlicher Macht, überzeugt und davon, dass ein Staat nur, wenn er sich verteidigen könne, überlebensfähig sei und daher ohne Militär nicht auskomme.“<sup>36</sup>

Drittens schließlich sah Adenauer in der Wiederbewaffnung das wichtigste, wenn nicht das einzige Mittel, um die Souveränität der Bundesrepublik zu erlangen. Jahrzehnte später glaubte Außenminister Genscher, mangelnde militärische Beteiligung finanziell ausgleichen zu können – es war ein irriger Ansatz. Erst unter General Naumann wurde dieser Gedanke Adenauers wieder aufgenommen.

Den Weg der Wiederbewaffnung nachzuzeichnen, ist nicht Gegenstand dieser Darstellung, daher werden nur einige Eckpfeiler genannt. Im Dezember 1948 wollte Adenauer sich als Präsident des Parlamentarischen Rates über die militärische Lage informieren. Er erkundigte sich bei seinem Persönlichen Referenten, Ministerialdirigent Herbert Blankenhorn (1904-1991), nach einem kompeten-

ten ehemaligen General. Dr. Rolf Friedemann Pauls (1915-2002) – Major i.G. a.D. –, der von 1948 bis 1951 im Bundeskanzleramt im Sekretariat des Parlamentarischen Rates und der Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission arbeitete, brachte gegenüber Blankenhorn den Namen von Generalleutnant a.D. Dr. Hans Speidel<sup>37</sup> ins Spiel. Pauls rief Speidel am 7. Dezember an und fragte, ob er bereit wäre, dem Kanzler vorzutragen.<sup>38</sup> Eine Woche später, am 14.12.1948, empfing der Kanzler den vormaligen General zu einem ersten Gespräch über Fragen der künftigen Sicherheit der Bundesrepublik. In seinen Erinnerungen erwähnt Adenauer diese Begegnung nicht. Das Zusammentreffen zeigt, dass Adenauer bereits lange vor der Diskussion um eine Bedrohung, die erst durch den Korea-Krieg ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet, eine Wiederbewaffnung ins Kalkül gezogen hatte. US-General Lucius D. Clay (1897/98-1978) bestätigte dies in einem Interview: „And I think he was a supporter from the beginning of German rearmament.“<sup>39</sup> Speidel war offenbar der erste hohe Offizier der Wehrmacht, mit dem Adenauer nach dem Krieg zusammentraf. Pauls schreibt, Adenauer wäre nach Speidels Vortrag „etwas irritiert“ gewesen, weil „dieser General, hoch kultiviert, erlesen, eloquent, historisch-politisch gebildet, so ganz anders war, als er sich einen General vorgestellt hatte. Vielleicht war er ihm auch zu politisch, nicht innenpolitisch, aber außenpolitisch zu interessiert“.<sup>40</sup>

Die Bemerkung Pauls verwundert, denn Adenauer hatte im Laufe seines Lebens viele hohe Offiziere aus unterschiedlichen Nationen, hoch

31 Adenauer, Konrad, Erinnerungen, Bd. 1, S. 382.

32 Adenauer, Konrad, (Brief vom 9. Mai 1951 an Pfarrer Hunold).

33 Adenauer, Konrad, Erinnerungen, Bd. 1, S. 350.

34 Adenauer, Konrad, Erinnerungen, Bd. 3, S. 303.

35 Abenheim, Donald, Bundeswehr und Tradition, S. 215.

36 Pauls, Rolf F., Adenauer und die Soldaten, in: Vom kalten Krieg zur deutschen Einheit, S. 38.

37 Pauls, Rolf F., a.a.O. S. 37. Der schwerverwundete Pauls – im November 1944 als Ia der 363. Volksgrenadierdivision mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet – hatte wiederholt unter General Speidel gedient, so zunächst als Ordonnanz – und später als Generalstabsoffizier. Er wurde 1965 der erste deutsche Botschafter in Israel und war danach Botschafter in den USA (1968-73), China (1973-1976) und bei der NATO (1976-80).

38 Speidel, Hans Aus unserer Zeit S. 252

39 Oral History Interview – Harry S. Truman Library & Museum vom 16.07. 1974

40 Pauls, Rolf F. a.a.O. S. 37



und weniger hoch gebildete, kennen gelernt. Vor allem sind die Generale Eisenhower und de Gaulle (*Bild 3 u. 4*) zu erwähnen, die als Politiker beinahe seine Freunde wurden. Zu nennen sind ferner der bereits erwähnte britische General Clive, und der französische General Charles Jean Roger Noiret (1895-1976), Stellvertretender Oberbefehlshaber in der französischen Zone. Auch General Clay<sup>41</sup> und der britische Militärgouverneur, General Sir Brian Robertson (1897-1974), genossen die Wertschätzung Adenauers, vor allem als ersterer die Luftbrücke nach Berlin aufbaute. Später pflegte Adenauer beinahe freundschaftlichen Umgang mit dem amerikanischen NATO-Oberbefehlshaber (SACEUR) General Alfred M. Gruenther (1899-1983), in den teilweise auch die Familien eingebunden waren.<sup>42</sup> Zu Gruenther's Nachfolger, dem Luftwaffengeneral Lauris Norstad (1907-1988) aus Arizona hingegen, in dessen Amtszeit der Bau der Berliner Mauer 1961 fiel, waren die Beziehungen offenbar nur dienstlicher Natur

Über die oben beschriebene erste Begegnung mit Adenauer im Dezember 1948 schreibt Speidel aus seiner Sicht: „*Er empfing mich in elastischer Haltung stehend, wesentlich jünger als seine 73 Jahre wirkend, kühl in Blick und Wort.*“<sup>43</sup>

Diese Kühle hatte aber nichts mit Speidel als General zu tun, denn auch Adenauers Sekretärin Anneliese Poppinga schildert ihr erstes Zusammenreffen mit Adenauer ähnlich. Überdies war Adenauer seinem Habitus nach eher Militär denn Zivilist. „*Die Ironie wollte es, dass dieser große Herr und ganz Zivilist, der er war, in Erscheinung und Auftreten wie ein Kommandierender General allerbesten Typs wirkte. Er strahlte Autorität aus ...*“<sup>44</sup>

41 Von 1947 bis 1949 US-Militärgouverneur in Westdeutschland. Er wurde von John McCloy abgelöst.

42 So wurden z.B. 1956 die Enkelkinder auf beiden Seiten mit Geschenken bedacht (Adenauer-Brief vom 18.01.1957). Zu dienstlichen Gesprächen mit Gruenther kam es u.a. am 31.10.1956 und am 28.05.1957.

43 Speidel, Hans, a.a.O. S. 253.

44 Pauls, Rolf Friedemann, Adenauer und die Soldaten, in: Vom kalten Krieg zur deutschen Einheit – Bruno Thoß,

Heute muss man lange nach einem deutschen Politiker suchen, von dem man Ähnliches sagen kann. Adenauers Autorität, Durchsetzungsvermögen und geschicktes Taktieren kam z.B. bereits 1918 im Umgang mit den Kölner Arbeiter- und Soldatenräten zu Ausdruck. Wenig erfreut über das Auftauchen rebellierender Matrosen und deren Ideen wahrscheinlich zutiefst ablehnend, setzte er zunächst mit Hilfe des britischen Militärs auf Machtdemonstration und wies auf eine Geschützatterie hin, die angeblich nur auf den Feuerbefehl wartete, um



*Bild 3: Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Staatspräsident Charles de Gaulle.*

die Aufständischen zu zerschlagen. Doch als die Briten dies als zu riskant ablehnten, verhandelte er nicht nur mit einer Delegation der Räte, sondern unterstützte sie noch, in dem er ihnen Büroräume und -material zur Verfügung stellte. Daraufhin ernannten sie ihn sogar zu ihrem Sicherheitsbeauftragten.

Speidel stellt ferner fest: „*Einige herabsetzende Bemerkungen über die Soldaten wies ich damit zurück, dass er ja selbst weder Soldat noch in der Widerstandsbewegung gewesen sei.*“<sup>45</sup> Offene Worte, wie sie heute zwischen einem Soldaten und einem Politiker wohl undenkbar sind. Vermutlich bezog sich Adenauers Kritik auf die Wehrmachtsführung. Bereits 1946 hatte er dieser – wie auch dem Klerus und dem Volk insgesamt – schriftlich vorgeworfen – sie hätten

MGFA 1995, S. 38.

45 ebd.

sich „*widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung*“ durch den Nationalsozialismus vereinnahmen lassen, und dass „*zum Teil auch unsere Truppen in Polen und Russland mit beispiellosen Grausamkeiten gegen die Zivilbevölkerung*“ vorgegangen wären.<sup>46</sup> Über die zweite Begegnung am 04.10.1950 – Adenauer war inzwischen Kanzler geworden – schreibt Speidel wesentlich positiver: „*Im Gegensatz zu der ersten Begegnung (= 1948) zeigte sich Bundeskanzler Adenauer nach meinem Vortrag aufgeschlos-*



*Bild 4: Bundeskanzler Konrad Adenauer und der US-Präsident Dwight D. Eisenhower. (Fotos BPA)*

*sen für die brennenden Probleme der Sicherheit. Die anfängliche Reserviertheit war anerkennender Billigung gewichen.*“<sup>47</sup> Die latente Spannung zwischen Adenauer und Speidel wich später gegenseitigem Respekt. Allerdings bekam ihre Beziehung Jahre später, 1963, einen irreparablen Riss. □

*Hinweis: Quellen- und Literaturhinweise im Teil 2, AUFTRAG 270/Juni 2008*

46 Adenauer, Konrad, Briefe über Deutschland (Brief vom 23. Februar 1946). Hier sei auf den Eklat zwischen Adenauer und Kardinal Faulhaber beim Katholikentag in München im August 1922 hingewiesen. Faulhaber hatte die Republik scharf verurteilt. Adenauer jedoch distanzierte sich, worauf der Kardinal unter Protest die Veranstaltung verlassen wollte und nur durch die Bitte Adenauers, den Segensspruch zu erteilen, daran gehindert wurde.

47 Speidel, Hans, a.a.O. S. 272

## Kurz berichtet:

Pöttering fordert Religionsfreiheit  
in islamischen Ländern

**V**olle Religionsfreiheit in den islamisch geprägten Ländern hat Europaparlamentspräsident Hans-Gert Pöttering gefordert. Man dürfe es nicht unwidersprochen hinnehmen, dass in vielen arabischen Ländern auf eine Konversion zum Christentum die Todesstrafe stehe, sagte der CDU-Politiker Mitte Februar in Berlin. Zudem sei es mit dem Dialog der Kulturen nicht vereinbar, wenn Muslime in Europa ihren Glauben leben und eigene Gebethäuser bauen dürften, dies aber Christen in islamischen Ländern verweigert werde. Pöttering sprach bei einer Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. (KNA)

## Personalia:

## 21 katholische Geistliche 2007 getötet

**W**eltweit sind im Jahr 2007 21 katholische Priester, Ordensleute und Seminaristen gewaltsam ums Leben gekommen. Das seien drei Opfer weniger als im Vorjahr und vier weniger als 2005, teilt der römische Pressedienst Fides auf Grundlage eigener Erhebungen mit. Insgesamt starben seit 1990 nach Fides-Angaben 604 Geistliche, allein 248 während des Genozids 1994 in Ruanda. Unter den Todesopfern des vergangenen Jahres ist auch der 46-jährige Deutsche Wolfgang Hermann. Der aus Bad Kreuznach stammende Priester des Bistums Trier kam im April bei einem Raubüberfall in seiner Wohnung im brasilianischen Belem ums Leben. Das Land mit der höchsten Todesziffer ist der Irak: Ein Priester und drei Diakone starben bei einem Attentat im Juni in Mossul. Asien verzeichnet laut der Statistik mit acht ermordeten katholischen Kirchenmitarbeitern die meisten Opfer; in Mittel- und Südamerika waren es sieben, in Afrika vier, in Europa zwei. (KNA)

Münchner Religionsphilosoph Eugen Biser  
wurde 90 Jahre alt

**E**ugen Biser, international angesehener Religionsphilosoph und Theologe, vollendete am 6. Januar in München sein 90. Lebensjahr. Der gebürtige Badener zählt zu den bedeutendsten katholischen Theologen in Deutschland und ist nach wie vor publizistisch tätig.

Biser war von 1974 bis 1986 Inhaber des Romano Guardini-Lehrstuhls für Christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie an der Universität München. 1987 gründete er an der Hochschule das Seniorenstudium und hielt noch bis 2007 regelmäßig Vorlesungen. Ende 2002 wurde eine Eugen-Biser-Stiftung gegründet, um sein Werk fortzuführen. Ein Schwerpunkt ist der Dialog zwischen christlichen und islamischen Theologen.

Biser musste sein in Freiburg begonnenes Studium im Zweiten Weltkrieg unterbrechen. Vom Russland-Feldzug

kehrte er schwer verwundet zurück und arbeitete zunächst in der Seelsorge und als Religionslehrer. Von 1965 bis 1969 war er Professor für Fundamentaltheologie in Passau. Über mehrere Zwischenstationen führte ihn sein Weg nach München.

Der Guardini-Preisträger plädiert dafür, das Christentum als „*therapeutische Religion*“ gegen die verbreitete Resignation wieder zu entdecken. Er entwickelte ein theologisches Konzept, das sich von der Mitte des Glaubens her, der Person Jesu Christi, in dialogischen Bezug setzt zum suchenden und angefochtenen Menschen dieser Zeit. Der Theologe veröffentlichte rund 150 Bücher. In diesen Tagen soll sein fünftes Jesus-Buch erscheinen. Für sein Werk erhielt Biser zahlreiche Auszeichnungen. – Auch in der GKS ist Prof. Dr. Eugen Biser kein Unbekannter: Während der 38. Woche der Begegnung (27.04.-01.05.1998 in Untermarchtal) hielt er vor der Bundeskonferenz einen viel beachteten Vortrag zum Thema „*Hat der Glaube eine Zukunft? – Christsein an der Wende zum 3. Jahrtausend*“ (s.a. AUFTRAG 233/Sep.1998, S. 38-44). (PS/KNA)

Jesuit Hans Langendörfer  
bleibt Sekretär der DBK

**D**ie deutschen Bischöfe haben auf Ihrer Vollversammlung in Würzburg Dr. theol. Hans Langendörfer SJ erneut zum Leiter ihres mit rund 130 Mitarbeitern besetzten Sekretariats gewählt. Der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, der frisch gekürte Vorsitzende, ernannte ihn daraufhin.

Der 56-jährige Langendörfer übt das Amt seit Mitte 1996 aus. Mittlerweile 24 Vollversammlungen organisierte er mit seinen Mitarbeitern, arbeitete dem Vorsitzenden zu, begleitete die Debatten. Vor Ort zeigt sich meist das gleiche Bild: Der Jesuit kommt gelassenen Schritts, nie hektisch, mit ein, zwei Aktenordnern unter dem Arm. Er hört geduldig zu, gibt gelegentlich ein wissendes, auch mal ironisches Wort. Dann huscht ein Lächeln um die Augen. Seine Erfahrung: „Ein Sekretär muss an erster Stelle wissen und bejahen, dass er Zuarbeiter und nicht Entscheider ist.“ Vieles geschieht da still und unauffällig. Das gilt auch für ein weiteres Amt, das zum Sekretär der Konferenz gehört: Langendörfer ist auch Geschäftsführer des Verbands der Diözesen Deutschlands (VDD), der für die finanzielle Planung im überdiözesanen Bereich zuständig ist. (KNA)

**Erzbischof Timothy P. Broglio** (56), zuletzt Apostolischer Nuntius in der Dominikanischen Republik, amtiert seit 25. Januar als neuer katholischer Militärerzbischof in den USA.

Er ist Nachfolger von **Erzbischof Edwin F. O'Brien** (68), der seit Oktober das Erzbistum Baltimore/ Maryland leitet. (KNA)



# INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT 50. LOURDES 2008 21.-27. MAI 2008



ANMELDUNG IN IHREM KATHOLISCHEN MILITÄRPFARRAMT

EINLADUNG  
ZUR  
**50.**  
INTER-  
NATIONALEN  
SOLDATEN-  
WALLFAHRT  
NACH  
LOURDES  
VOM  
21. – 27. MAI  
2008

## Katholische Militärseelsorge



Auf Grund des Erlasses BMVg – FÜ S I 3 – Az 36-01-06 vom 12. Dezember 2007 gilt:

Dem Soldaten kann gem. § 9 Soldatenurlaubsverordnung (SUV) in Verbindung mit Nr. 74 der Ausführungsbestimmungen zur SUV (ZDv 14/5 „Soldatengesetz“ F 511) für die Teilnahme an der Wallfahrt **Sonderurlaub** im notwendigen Umfang gewährt werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Die Anrechnung von Erholungsurlaub bzw. Freistellung vom Dienst ist nicht zulässig.

**In Lourdes** erwartet Sie ein **volles Programm** unter dem Motto: **Begegnung – Freude – Besinnung – Gebet – Freundschaft – Friede.**

Aus dem Programm: (Änderungen vorbehalten!)

**Donnerstag:** Besichtigung des Wallfahrtsbezirkes und der Stadt

**Freitag:** Deutscher Eröffnungsgottesdienst mit dem Militärbischof – Kreuzweg – Internationale Lichterprozession

**Samstag:** Hl. Messe mit dem Militärbischof – Begegnung mit dem Militärbischof, Internationales Gebet mit den Kranken

**Sonntag:** Internationale Hl. Messe – Konzert des deutschen Musikkorps.

Auf der Hin- und Rückfahrt ist je ein **Zwischenaufenthalt** von mehreren Stunden vorgesehen.

## Ihre Eigenleistung für Fahrt, Unterkunft und Verpflegung:

(inkl. Krankenzusatzversicherung)

### im Zeltlager

Grundwehrdienstleistende € 75,--  
Zeit- u. Berufssoldaten € 150,--

### im Hotel

Grundwehrdienstleistende und deren Ehepartner je € 225,--  
Zeit- / Berufssoldaten und deren Ehepartner je € 325,--

Zivilangehörige der Streitkräfte, ehemalige Soldaten und deren Ehepartner je € 475,--



Seit 1958 treffen sich jedes Jahr Soldaten aus etwa **30 Nationen in Lourdes/ Südfrankreich** zur Internationalen Soldatenwallfahrt. Aus der Bundesrepublik Deutschland gab es bisher über 100.000 Teilnehmer.



Am Mittwoch, den 21. Mai 2008 fahren voraussichtlich drei Sonderzüge aus Kiel, Berlin und Nürnberg zu dem größten Wallfahrtsort der katholischen Kirche. Die Rückkehr in die Standorte wird am Dienstag, den 27. Mai 2008 erfolgen.



## Militärbischöfe weihen Andachtsraum im Bendlerblock ein

**D**er evangelische und der katholische Militärbischof haben im Beisein von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) einen Andachtsraum im Berliner Bendlerblock eingeweiht. An der Feier am 19. Dezember 2007 nahmen neben Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan weitere Generäle sowie der Parlamentarische Staatssekretär am Verteidigungsministerium, Christian Schmidt (CSU), teil. Die Andachtsstätte ist dem Erzengel Michael geweiht; gestaltet hat sie der Bildhauer Andreas Kuhnlein. Damit hat auch der zweite Dienstsitz des Ministers einen solchen Raum. Er befindet sich im Gebäude der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ und blickt auf den Innenhof hinaus. Dort hatten die Nationalsozialisten Oberst i.G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg mit drei weiteren Offizieren der Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 hingerichtet.

Der katholische Militärbischof Walter Mixa erinnerte bei der Segnung des Raumes an die geschichtliche Dimension des Ortes und die daraus erwachsende Verantwortung. Dabei verwies er auf die Bedeutung des Namens MICHAEL aus dem Hebräischen: „WER IST WIE GOTT?“ Das 20. Jh. habe gezeigt, dass Ideologien, die sich an die Stelle Gottes setzen wollten, zu schlimmsten Katastrophen führten. Der evangelische Militärbischof Peter Krug überreichte den diensthabenden Militärseelsorgern eine Bibel und sprach von einem Raum der Andacht und des Kraftholens, aber auch des Trostes. Jung erinnerte bei einem anschließenden Empfang daran, dass der Heilige Michael Schutzpatron der Deutschen und der Soldaten sei. Zugleich dankte er den Militärseelsorgern für ihren Einsatz. Er spüre, wie wichtig diese Begleitung gerade für die Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz sei. (KNA)

## Katholische Militärseelsorge auf dem 97. Deutschen Katholikentag

Leitwort: „DU FÜHRST UNS HINAUS INS WEITE“

Unter dem Leitwort „Du führst uns hinaus ins Weite“ findet der 97. Deutsche Katholikentag in der Zeit vom 21. bis 25. Mai 2008 in Osnabrück statt. – Auch die Katholische Militärseelsorge wird auf dem Katholikentag präsent sein. Dabei soll Freitag, der 23. Mai, zu einem besonderen „TAG DER MILITÄRSEELSORGE“ werden.

**Z**wei Themenbereiche prägen in großen Vorträgen und Podienveranstaltungen das Programm des Katholikentages vom 21. bis 25. Mai 2008 in Osnabrück:

- die ZUKUNFT VON GLAUBE UND KIRCHE sowie
- die ZUKUNFT DER GESELLSCHAFT.

Prominente aus Politik, Kirche, Medien, Kultur und Sport sprechen über die Verantwortung von Christen für die Gestaltung der Zukunft und stellen sich der Diskussion mit den Teilnehmern.

### Soldatengottesdienst im Dom zu Osnabrück

Militärgeneralvikar Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut feiert am Freitag, dem 23. Mai, um 10:30 Uhr im Dom zu Osnabrück einen festlichen Gottesdienst, zu dem besonders die Soldaten und Soldatinnen eingeladen sind. Der Gottesdienst steht unter dem Thema „DER FRIEDE GRÜNDET IN DER WAHRHEIT“ und wird musikalisch durch das Luftwaffenmusikkorps 3 Münster gestaltet.

### Podiumsgespräch zur Frage einer staatlichen Ethikausbildung

Im Anschluss an den Gottesdienst findet von 12:30 Uhr bis 14:00 Uhr ein Podiumsgespräch in Verantwortung der aktion kaserne (einer Initiative der katholischen Jugendverbände im Bund der Deutschen Katholischen Jugend)

statt. Das Thema „DIE BUNDESWEHR – ARMEE IM EINSATZ. CHANCEN UND RISIKEN STAATLICHER VERORDNETER ETHIKAUSBILDUNG“ diskutieren der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe, Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Generalmajor Markus Bentler und Militärgeneralvikar Walter Wakenhut.

### Informationszelt im Rahmen der Kirchenmeile

An einem Informationszelt der Militärseelsorge auf dem Domvorplatz stehen dem interessierten Besucher Militärseelsorger und Militärseelsorgerinnen, Pfarrhelfer, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Militärseelsorge sowie in der Militärseelsorge ehrenamtlich engagierte Soldaten zum Gespräch über konkrete Aufgabengebiete und Alltagssituationen der „KIRCHE UNTER SOLDATEN“ zur Verfügung.



Plakat zum Katholikentag 2008 in Osnabrück

(Quelle: [www.katholikentag.de](http://www.katholikentag.de))

Fortsetzung auf Seite 82

## Fortsetzung von Seite 81

Die Militärseelsorge beteiligt sich mit diesem Informationszelt an der so genannten „KIRCHENMEILE“, die sich durch die Osnabrücker Innenstadt ziehen wird und auf der über 240 kirchliche Institutionen, Verbände, Initiativen und Diözesen ihre Arbeit präsentieren.

Ebenfalls werden die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.) jeweils mit einem eigenen Informationsstand vertreten sein.

### Großpodium zur deutschen Sicherheits- und Friedenspolitik

Ein brisantes Thema greift ein Großpodium in Verantwortung des Katholikentages, ebenfalls am Freitag, 23. Mai,

von 11:00 Uhr bis 12:30 Uhr, auf: „WAS WIRD FÜR UNS AM HINDUKUSCH VERTEIDIGT? - DEUTSCHE SICHERHEITS- UND FRIEDENSPOLITIK AUF DEM WEG ZUR MILITARISIERUNG?“ Neben zahlreichen Politikern, unter anderem dem Bundesminister des Auswärtigen, Frank-Walter Steinmeier, sind auch Dr. Heinz-Gerd Justenhoven (Direktor des Instituts für Theologie und Frieden des Katholischen Militärbischofs) und Brigadegeneral Josef Blotz (Gemeinschaft Katholischer Soldaten) als Mitdiskutanten der Veranstaltung angefragt. (PS/KMBA)

## Pilgrimage of Peacemakers

### Mit der Katholischen Militärseelsorge zum Weltjugendtag 2008 nach Australien

Das Leitwort des Weltjugendtages lautet: „Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf euch herabkommen wird; und ihr werdet meine Zeugen sein“. (Apostelgeschichte, Kapitel 1, Vers 8).

Zum XXIII. Weltjugendtag 2008 lädt Papst Benedikt XVI. nach Sydney/Australien ein. Dieser findet vom 10. bis 14. Juli 2008 mit den Tagen der Begegnung in den Diözesen und vom 15. bis 21. Juli 2008 mit der Zentralveranstaltung des Weltjugendtages in Sydney statt.

### Die Vorbereitungen sind bereits angelaufen

Das Katholische Militärbischofsamt organisiert für Bundeswehrangehörige zwischen 18 und 30 Jahren eine Reise nach Australien (nach Canberra und Sydney). Die Vorbereitungen dazu sind bereits abgeschlossen. Zuständig ist Militärdekan Joachim Simon. Informationen zu Reiseverlauf, Anmeldung und Teilnehmereigenleistungen erhalten Interessenten bei ihren Militärpfarrämtern oder auf der Internetseite >[www.militärseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba](http://www.militärseelsorge.bundeswehr.de/portal/a/kmba)<

Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Teilnehmerzahl begrenzt ist und der Anmeldetermin der **31. März 2008 ist**. Spätere Anmeldungen können nur berücksichtigt werden, wenn noch freie Plätze zur Verfügung stehen.



### Internetportal zum Weltjugendtag freigeschaltet

Sechs Monate vor dem Weltjugendtag in Sydney hat die katholische Kirche in Deutschland ihre offizielle Internetseite für das Jugendtreffen freigeschaltet. „Die Pilgerfahrt beginnt jetzt“, erklärte Jugendbischof Franz-Josef Bode Ende Januar in Düsseldorf. Unter >[www.weltjugendtag2008.de](http://www.weltjugendtag2008.de)< gibt es Informationen über das Großereignis, Tipps für Teilnehmer und Impulse zur geistlichen Vorbereitung.

Rund 6.000 Teilnehmer aus Deutschland werden laut

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Bischofskonferenz vom 14. bis 20. Juli nach Australien reisen. Unter dem Leitwort „BEFLÜGELT VOM HEILIGEN GEIST“ lädt die katholische Jugend zur geistlichen Vorbereitung auf das Treffen ein, das unter dem Motto „Ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen, der auf Euch herabkommen wird; und Ihr werdet meine Zeugen sein“ steht. In Sydney werden Hunderttausende Pilger erwartet.

Die Homepage enthält auch einen geistlichen Leitfaden mit Beiträgen von 88 Autoren, Künstlern, Jugendlichen, Bischöfen und Musikern. Darüber hinaus bietet die Internetseite aktuelle Informations-

aus Sydney, eine umfassende Bildergalerie, das Pilgerheft und das Programm der deutschen Delegation. (PS/KMBA/KNA)



52. Gesamtkonferenz der Kath. Militärseelsorge:

# Aktuelle Herausforderungen im Staat-Kirche-Verhältnis

VON BERTRAM BASTIAN

Die 52. Gesamtkonferenz der katholischen Militärgeistlichen, Pastoralreferenten und -referentinnen fand vom 22. bis 26. Oktober 2007 im Kardinal-Schulte-Haus in Bensberg statt. Den Vortrag von Prof. Dr. Ulrich Rhode SJ<sup>1</sup> zum Leitthema: „Aktuelle Herausforderungen im Staat-Kirche-Verhältnis“, sowie das anschließende Podiumsgespräch mit Privatdozent Dr. Ansgar Hense<sup>2</sup>, dem ein einführendes Impulsreferat von Ministerialdirektor Dr. Dieter Weingärtner<sup>3</sup> vorausging, fasste der Autor zusammen. Bundesminister a.D. Dr. Heiner Geißler<sup>4</sup> hielt einen Vortrag über die „Zukunft des Sozialstaates“.

## Lage der Militärseelsorge

Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut gab am Montagabend seinen Bericht zur Lage der Militärseelsorge. Er führte aus, dass mit der Unterschrift des Bundesministers der Verteidigung unter die Leitungsvorlage die Eckdaten für die Militärseelsorge feststehen. An dieses haushalterische Gerüst müsse jetzt „Fleisch an die Knochen“ gebracht werden. Es gelte, 90 zugestandene Dienstposten zu besetzen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die ZDV 66/1 „Militärseelsorge“, in der es über die Militärgeistlichen heißt: „Sie (die Militärgeistlichen) werden später vorwiegend nach der Truppengliederung eingesetzt.“ Dies bedeute nichts anderes, als die Tatsache, dass die Militärseelsorge der Truppe folge. Auch aus diesem Grunde werden die Militärgeistlichen in Zukunft nicht mehr „Standortpfarrer“ genannt werden, sondern „Militärpfarrer“. Hier gehe die Militärseelsorge den Diözesen voran, die den beschwerlichen Weg der größeren Einzugsbereiche aufgrund des Priestermangels auch gehen müssen. Aus den zugesagten 90 Dienstposten müssten aber auch die Einsätze bestritten werden, somit werde es in Zukunft wie in der Vergangenheit immer wieder Vakanzen geben müssen. Dies bedeute, das Personal im Heimatland müsse die Aufgaben der Pfarrer im Einsatz mit übernehmen. Durch diesen hohen, dauernden Einsatz werde es immer wichtiger, dass die Geistlichen sich Zeit zur Erholung nehmen. Prälat Wakenhut ermunterte die Militärpfarrer, die bestehenden Angebote der Aus-, Fort- und Weiterbildung

genauso wahrzunehmen, wie jährliche Exerzitien, damit „der eigene Weinberg nicht verkümmert“.

Weiterhin forderte der Militärgeneralvikar die Anwesenden auf, sich nach geeignetem Nachwuchs umzuschauen. Die wichtige Kandidatensuche für die Militärseelsorge könne nicht dem Bischof und den Leitenden Dekanen überlassen werden, die ja ebenfalls größere Bereiche bekommen hätten und mit den Visitationen der Militärpfarrämter beauftragt seien. Darüber hinaus ermahnte er die Anwesenden, die Kontakte zu ihren Heimatdiözesen, aus der sie zur Militärseelsorge kämen, nicht aus den Augen zu verlieren.

Nachdem Prälat Wakenhut auf die Probleme des Einsatzes einging und ausführte, dass die bestehenden Statuten nicht die ganze Bandbreite der notwendigen Betreuung abdecken würden, regte er an, hierfür neue Modelle und Konzepte zu entwickeln.

Zum Schluss seiner Ausführungen ging der Militärgeneralvikar auch auf die Laien ein. Es genüge nicht, die Laien und ihre Arbeit mit freundlichem Desinteresse zu begleiten und ansonsten seine eigenen Wege zu gehen. Er forderte mit allem Nachdruck dazu auf, die Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge zu fördern und wo (noch) nicht vorhanden, neu zu begründen. Nach dem Hinweis auf die Jubiläumswallfahrt Lourdes 2008, schloss sich der umfassende Dank des Apostolischen Protonotars an alle an.

## Aktuelle Herausforderungen im Staat-Kirche-Verhältnis, eine Zusammenfassung

Grundsätzlich ist die Zusammenarbeit in Deutschland zwischen dem Staat und der Kirche gut. Auch wenn es im Grundgesetz darüber keine eigenen Regelungen gibt und man im Artikel 140 „Rechte der Religionsgemeinschaften“ auf die Weimarer Reichsverfassung zurückgegriffen hat. Kirche behält sich Freiräume vor (Beichte, etc.), übernimmt aber auch Aufgaben, wie zum Beispiel den Religionsunterricht an den Schulen. Dort unterliegen sie einer Kontrolle, das Curriculum muss den zuständigen Landesministerien vorliegen und ist genehmigungspflichtig. Da vor dem Gesetz alle gleich sind, sind auch alle Religionen gleich. Hier sei das Beispiel Scientology erwähnt. Dieses religiöse Wirtschaftsunternehmen hat größtes Interesse in Deutschland als Kirche anerkannt zu werden, damit es dann nicht nur die Vergünstigungen, sondern vor allem auch die Freiräume nutzen kann. Deshalb sind in unserem Land die Hürden zur Anerkennung einer Organisation als Kirche relativ hoch gehängt. Das deutsche Recht ist auf Religionsgemeinschaften zugeschnitten, die Mitgliederverzeichnisse haben und so organisiert sind, dass es Ansprechpartner gibt, die für alle sprechen können. Der deutsche Staat begibt sich auf den Weg, seine religionspolitische Neutralität aufzugeben. So bestimmt in Berlin der Senat, was der evangelische, der katholische Schüler/die Schülerin im Ethikunterricht über seine Religion hört. Die Europäische Union behandelt nur marginal religiöse Rechtsthemen. Es soll alles so bleiben, wie es in den einzelnen Mitgliedstaaten geregelt ist.

In Deutschland zieht der Staat die Kirchensteuer ein und nimmt bei der Gesetzgebung Rücksicht auf kirchliche

1 Prof. Dr. iur. can. Ulrich Rhode SJ ist Rektor der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen, Frankfurt am Main.

2 PD Dr. iur. Ansgar Hense ist juristischer Referent am Institut für Staatskirchenrecht der Diözesen Deutschlands, Bonn.

3 MinDir Dr. iur. Dieter Weingärtner ist Abteilungsleiter Recht im BMVg, Bonn

4 Dr. Heiner Geißler war von 1982 bis 1985 Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.



Besonderheiten. Die Kirchen nehmen zwar Stellung zu den politischen Themen, halten sich aber ansonsten in staatsrechtlichen Dingen zurück. Sie engagieren sich stark in sozialen Bereichen, die aus kirchlicher Sicht auch zu den grundlegenden Dingen einer Kirche gehört. Die Sorge für Schwache und Kranke, für Kinder als auch für die Alten gehören nun mal zu den Dingen, in denen die Kirchen eine hohe Kompetenz haben. Durch die Zwänge des Geldes soll dieser soziale Bereich verringert werden. Hier gilt es, in Zusammenarbeit die notwendige Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Diese Veränderungen sollten im bisher gezeigten gegenseitigen Respekt zwischen Kirche und Staat ablaufen, unaufgeregt und ohne Vorurteile.

### Die Zukunft des Sozialstaates?

Bundesminister a.D. Dr. Geißler begann seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass Jesus eigentlich immer Streit hatte und regelmäßig auf der Seite der Schwachen stand. Er führte aus, dass die Bergpredigt die richtige Ordnung sei. Auch im 21. Jh. solle man die Diskussion mit dem Evangelium führen und nicht außerhalb dieses Schriftwerkes. Sein Beispiel des 20. Jhs. machte deutlich, dass die soziale Marktwirtschaft deshalb die erfolgreichste Wirtschaftstheorie aller Zeiten war, weil sie keinen ausschloss (Wohlstand für alle).

In der heutigen Zeit stünden wir aber vor dem Problem, die Nationalökologien in eine globale Wirtschaft umzuwandeln, führte Dr. Geißler aus. Da keine Weltregierung existiere, die geordnete Verhältnisse garantieren könne, würden durch die ausbleibenden Impulse und Regelungen einer ordoliberalen<sup>5</sup> Wirtschaft nur noch Monopole übrig

<sup>5</sup> ordoliberal bedeutet, der Staat hat die Aufgabe, einen marktkonformen Ordnungsrahmen für Privateigentum, Vertragsfrei-

bleiben, da der geordnete Wettbewerb fehle, der den Mittelstand schützen und stützen würde.

Gleichwohl wäre es ein Fehler, die Globalisierung rückgängig machen zu wollen, fuhr der Bundesminister a.D. fort. Dieser Prozess sei schon so stark fortgeschritten, dass dieser Gedanke absurd wäre. Es gelte jetzt, um ein „Gleichgewicht“ zu den Monopolen zu schaffen, die nationale Politik zu internationalisieren.

Durch die Debatten über „Heuschreckeninvestoren“ oder die „Managerbezüge“ hätten die Menschen das Vertrauen in die Ökologie verloren, sagte der Referent, und die Maßnahmen der Bundesregierung von den Bildungs- und Gesundheitsreformen bis hin zu Hartz IV („die in Paragraphen gegossene Missachtung der Lebens- und Arbeitsleistung des Menschen“) seien nicht geeignet, dieses verlorene Vertrauen wieder zu beschaffen. Er forderte die Kirchen auf, sich dieses Themas anzunehmen, weil es die Menschen beschäftige. Er verwies auf den Weg, der zu beschreiten sei, indem man zuerst eine Grundlage schaffe, ein Konzept erstelle, für diese Konzept streiten und kämpfen müsse, durch Überzeugung Mehrheiten herbeiführe und danach dieses dann erfolgreiche Modell international durchsetzen würde. Mit dem Hinweis, dass es beim Klimaschutz eine ähnliche Entwicklung gegeben hätte, wurde die Aussprache beendet. Militärbischof Dr. Mixa dankte dem Referenten für seinen Vortrag.

Mit einer Besichtigung des Altenberger Doms wurde der kulturelle Teil der Gesamtkonferenz begangen, bevor am Freitagmorgen nach der Laudes und dem Reisesegen die Veranstaltung endete. □

heit, freien Wettbewerb, Konjunktur- und Geldwertstabilität sowie soziale Gerechtigkeit zu setzen.

## 48. Woche der Begegnung – Zentrale Versammlung (ZV):

### „ALS MENSCH, SOLDAT UND CHRIST IN VERANTWORTUNG! – ALLEIN MIT GOTT?“ Vorsitzender ZV gibt erste Informationen zur 48. Woche der Begegnung

Erste Informationen zur 48. Woche der Begegnung, insbesondere zur Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten (ZV) hat deren Vorsitzender Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt gegeben. Mit einem Brief vom 16. Januar wendet er sich an die Moderatoren der Arbeitskonferenzen (AK) und die Leitenden Militärdokane. Darin stellt er das diesjährige Leitthema der Woche „ALS MENSCH, SOLDAT UND CHRIST IN VERANTWORTUNG! – ALLEIN MIT GOTT?“ sowie die wichtigsten Themen und Vorhaben der ZV vor. Die Mittlere Ebene bittet er um ihre Mitarbeit bei der inhaltlichen Vorbereitung der Beratungen und zeitgerechte Meldung der Delegierten für die ZV 2008.

### Absicht und Thema

Die erste Aufgabe der ZV der katholischen Soldaten sei, bringt der Vorsitzende unter Berufung auf die Ordnung Nr. 2 a in Erinnerung, die Entwicklungen im gesellschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Leben zu beobachten und die Anliegen der Katholiken des Jurisdiktionsbereiches des Katholischen Militärbischofs in der Öffentlichkeit zu vertreten. Deshalb solle die Nähe des Tagungsortes Potsdam zum politischen Berlin genutzt werden, um „Lobbyarbeit“

zu leisten. Dazu sollen politische Verantwortungsträger eingeladen werden. Andererseits sei beabsichtigt, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit heranzutreten.

Vorstand ZV und Exekutivausschuss GKS hatten sich bei einer gemeinsamen Sitzung am 7. Januar darauf verständigt, die 48. Woche der Begegnung unter das Thema: „ALS MENSCH, SOLDAT UND CHRIST IN VERANTWORTUNG! – ALLEIN MIT GOTT?“ zu stellen. „Wir wollen mit dem Thema

bewusst ein wenig nach außen hin provozieren“, schreibt Eisenhardt

Der Vorsitzende ZV bittet die Arbeitskonferenzen darum, das Vorhaben des Vorstandes zu unterstützen, dass die ZV eine Erklärung durch die ZV verabschieden kann. Das könne dadurch geschehen, dass Bereiche/Lebenslagen/Bedingungen identifiziert werden, „*Wo der Schuh drückt*“. *Es geht nicht um ein „großes Wunschkonzert“*, schreibt Eisenhardt, „*sondern darum, einige Befindlichkeiten zu benennen, die die (schwierige) Lebenssituation eines Soldaten / Soldatin betreffen und für die Abhilfe oder Erleichterung nötig erscheint. Diese Punkte, z.B. im familiären oder dienstlichen Umfeld, sollen dann mit der Erklärung weiter kommuniziert werden*“. Entsprechende Anregungen und Beiträge aus allen Arbeitskonferenzen (AK) sollen noch im März (bzw. von der AK Militärdekanat München nach ihrer Konferenz im April) vorgelegt werden.

### Berichte aus den Militärdekanaten

Vorstandsmitglied Oberstleutnant Schellhaas wird mit eigenem Schreiben wieder eine Vorlage für den Tagesordnungspunkt der ZV „*Berichte aus den Katholischen Militärdekanaten*“ übermitteln. In diesem Jahr beziehen sich drei Fragen auf die Bereiche „*Ökumenische Zusammenarbeit*“, „*Vakanzen*“ und „*Familienseelsorge*“.

### Umbenennungen auf der mittleren Ebene

Den Delegierten der ZV soll eine Beschlussvorlage zur Umbenennung der beratenden Gremien des organisierten Laienapostolates vorgelegt werden. Anlass ist die inzwischen erfolgte Umbenennung der Dienststellen der Katholischen Militärseelsorge auf der Ebene der Seelsorgebezirke (*Das Katholische Militärpfarramt*) und auf der mittleren Ebene (*Katholisches Militärdekanat*). Die Absicht, eine solche Umbenennungen der Gremien aus Verständnisgründen vorzunehmen, war von den Delegierten der ZV 2007 in Leitershofen dem Vorstand der ZV zur Prüfung mit auf den Weg gegeben worden.

Der Vorstand tendiert dazu, auf der Ebene des Seelsorgebezirkes bei der Bezeichnung **Mitarbeiterkreis** zu bleiben und den Seelsorgebezirksrat wieder in **Pfarrgemeinderat beim Katholischen Militärpfarramt** umzubenennen. Auf der mittleren Ebene kann die Arbeitskonferenz umbenannt werden in **Dekanatskonferenz beim Katholischen Militärdekanat**. Mit der Bezeichnung Dekanatskonferenz (und nicht Dekanatsrat) soll deutlich werden, dass hier die Leitung nicht durch einen Laien, sondern durch den Leitenden Militärdekan erfolgt. Die Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten könnte zum besseren Verständnis und zur Vergleichbarkeit mit den Regelungen in einigen Diözesen in **Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof** umbenannt werden. Die rechtlichen Fragen dazu wurden bereits im KMBA geprüft. Meinungen zu dieser Tendenz des Vorstands der ZV können dem Vorsitzenden jederzeit mitgeteilt werden.

### Ordnung für die mittlere Ebene des Jahres 2005

Der Militärgeneralvikar hat gegenüber dem Vorsitzenden deutlich gemacht, dass die von der ZV im Jahr 2005 verabschiedete Ordnung für die mittlere Ebene durch den

Militärbischof in Kraft gesetzt werden kann, wenn alle Maßnahmen zur Zusammenführung der Militärdekanate abgeschlossen sind. Dieses wäre somit zur Zentralen Versammlung in diesem Jahr möglich.

### Ökumene Thema der ZV 2009

Zur Vorbereitung auf den 2. Ökumenischen Kirchentag, der vom 12. bis 16. Mai 2010 in München stattfinden wird, will sich die ZV im Jahr 2009 mit dem Thema Ökumene befassen. Dazu hat der Vorstand eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche von OFA Dr. Keim moderiert wird. In dieser AG sollte möglichst jede Arbeitskonferenz vertreten sein. Eine Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe ist grundsätzlich möglich. Interessierte mögen sich bei StFw Eisenhardt melden. Zudem wird die Bearbeitung des Themas auch für die Arbeitskonferenzen empfohlen (z.B. Beschäftigung mit der „*Carta Oekumenika*“).

### Einbindung der Moderatoren in die Vorstandsarbeit

Der Brief spricht auch die Einbindung der Moderatoren in die Vorstandssitzungen an. Dazu hat der Vorstand der ZV beschlossen, dass die Moderatoren wie bisher zur Sitzung des Vorstandes im November eingeladen werden. Darüber hinaus kann eine Teilnahme erfolgen, wenn eine Thematik für die AK von besonderem Interesse ist oder Moderatoren beim Vorsitzenden einen entsprechenden Bedarf anmelden. Ein grundsätzliches Recht zur Teilnahme an den Vorstandssitzungen wird den Moderatoren nicht eingeräumt. (PS)

### Berichtigung zum Beitrag in

AUFTRAG 268 / Dezember 2007, Seite 11:

### Ehrung durch Papst Benedikt XVI. – Glückwünsche der katholischen Laien

Gleich drei üble Zahlenfehler hatten sich in den Bericht über den 65. Geburtstag von Militärgeneralvikar Walter Wakenhut und seine Ernennung durch Papst Benedikt XVI. zum Apostolischen Protokollamtssekretär am 17. September 2008 eingeschlichen (*AUFTRAG Nr. 268/Dez.2008, S. 11*). Die fehlerhaften Jahreszahlen im vierten Absatz sind sicher nicht auf eine mangelhafte Recherche, sondern auf nachlässiges Schreiben und oberflächliches Korrekturlesen zurückzuführen. Das ist peinlich und hätte in dieser Häufung einfach nicht passieren dürfen.

Die Redaktion bittet Militärgeneralvikar Prälat Wakenhut zerknirscht um Entschuldigung und die Leser des AUFTRAGs um Nachsicht.

Hier nun die korrekten Jahreszahlen:

- Seit 1989 ist Prälat Wakenhut hauptamtlicher Militärgesellschaftlicher.
- 1997 übernahm er die Aufgaben des Wehrbereichsdekans VI in München.
- Am 31.10.2000 berief Militärbischof Mixa ihn zum Militärgeneralvikar seiner Kurie. (PS)

# Aus dem Leben der GKS / Bundesebene

## Bericht des Bundesgeschäftsführers zum IV. Quartal 2007

**A**m 1. Oktober 2007 habe ich das Amt des Bundesgeschäftsführers der GKS übernommen. Und sogleich forderte diese Aufgabe für das letzte Quartal 2007 von mir „volle Kraft voraus“. Traditionsgemäß – für mich aber erstmals – gibt der Bundesgeschäftsführer an dieser Stelle einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten und Ereignisse auf der Bundesebene unserer Gemeinschaft. Inhaltliche Informationen finden Sie an anderer Stelle im AUFTRAG. Das vierte Quartal 2007 beinhaltet folgende Schwerpunkte:

### 1. Grundsatzprogramm der GKS

Zunächst mussten die Ergebnisse und Beschlüsse der Bundeskonferenz von der 47. Woche der Begegnung vom 17. bis 22. September 2007 in Leitershofen umgesetzt werden. Die GKS hatte sich mit ihrem neuen Grundsatzprogramm „ZIELE UND WEGE DER GKS“ den veränderten Bedingungen in der Bundeswehr und Gesellschaft angepasst, um zukunftsfähig zu bleiben. Dieses Grundsatzprogramm wurde in der Dokumentation AUFTRAG Nr. 267 – Oktober 2007 veröffentlicht.

### 2. Elfte Seminar der Akademie Oberst Dr. Helmut Korn und Bundesvorstandssitzung

Vom 12. bis 16. November 2007 fand das 11. Seminar der Akademie Oberst Dr. Helmut Korn wiederum im Bonifatiushaus in Fulda statt. Dieses Seminar – ein Aushängeschild der GKS – unter dem Thema „ETHISCHE FORDERUNGEN AN DEN BERUF DES SOLDATEN ALS FRIEDENSDIENST – AUCH IM EINSATZ“ konnte dank der gemeinsamen Anstrengung vieler Helfer erfolgreich für alle Beteiligten durchgeführt werden.

Im Anschluss an das Seminar tagte der Bundesvorstand der GKS. Er hatte als vorrangiges Thema den Haushalt der GKS für das Jahr 2008 zu verhandeln und zu verabschieden.

### 3. Politikergespräch mit MdB Ulrike Merten (SPD)

Gut besucht und sehr informativ war am 08.11.2007 das Hintergrundgespräch im KMBA in Berlin mit Frau Merten, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des 16. Deutschen Bundestags. Für den dienstlich verhinderten Vorsitzenden des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“, Brigadegeneral Josef Blotz, moderierte erstmals Oberstleutnant i.G. Thomas F. Kautz überzeugend die Gesprächsrunde mit Frau Merten.

### 4. Leitungstreffen mit dem Präsidium der deutschen Sektion von Pax Christi

Kurz danach fand ein wichtiges Spitzentreffen zwischen Vertretern der GKS und Vertretern von Pax Christi in Bonn statt. Trotz teilweise unterschiedlicher Standpunkte herrschte eine gute Gesprächsatmosphäre.

### 5. Ausblick

Noch vor Weihnachten wurden die EA-Sitzung der GKS am 12.01.2008 in Berlin und andere Vorhaben des I. Quartals vorbereitet. Im II. Quartal finden als Schwerpunkte zeitgleich vom 21. bis 27.05. die 50. Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes und in Osnabrück der 97. Deutsche Katholikentag statt, auf dem auch die GKS vertreten sein wird. Im Mittelpunkt des III. Quartals steht die 48. Woche der Begegnung vom 15. bis 20.09. in Potsdam mit der GKS- Bundeskonferenz.

Meinen ersten Bericht als Bundesgeschäftsführer schließe ich mit einem Dank an alle, die mir mit der Berufung in dieses Amt ihr Vertrauen geschenkt haben und die mich in den ersten Tagen und Wochen als Bundesgeschäftsführer unterstützt haben. Ich bitte Sie um weitere wohlwollende Mithilfe und enge Zusammenarbeit.

*Ihnen allen Gottes Segen und ein glückreiches Jahr 2008. Artur Ernst*

### GKS Kreis Köln

## „Assalamu alaikum“ im Advent – Familienwochenende zum Thema „Islam“

**E**in aktuelles Thema wartete auf die Teilnehmer des Familienwochenendes der GKS Köln vom 14. bis 16.12.2007. Oberstleutnant Albert Hecht, Vorsitzender des Kreises Köln und der GKS im Bereich NRW, hatte dazu zusammen mit Militärdekan Michael Berning, Mili-



*Das abgelegene, von viel Natur und Stille umgebene Tagungszentrum „Maria in der Aue“ des Erzbistums Köln. (Foto: M. Bertram)*

tärfarramt Köln II, eingeladen. MD Berning konnte allerdings selbst nicht teilnehmen, da er sich zu dieser Zeit im Einsatz bei den KFOR-Truppen aufhielt.

Im Tagungszentrum „Maria in der Aue“ des Erzbistums Köln fanden sich rund 50 Erwachsene und Kinder



ein. Das umfassende Thema „Islam“ war bereits bei anderen Wochenenden bearbeitet worden und sollte an diesem Wochenende abgeschlossen werden. Hecht stellte die aus Afghanistan stammende Referentin, Ghazel Wahisi vor. Mit den Worten „ASSALAMU ALAIKUM“ leitete sie ihre Ausführungen ein. Diese islamische Grußformel in arabischer Sprache bedeutet „FRIEDE SEI MIT DIR“.

Sie kam 1980 als Flüchtlingskind nach Deutschland. Anfängen von der Bedeutung und Begriffserklärung des Islam über die Bezeichnung des Gottes der Muslime bis hin zu Mohammed und dem Koran, erfuhren die Zuhörer auch alles über die fünf Säulen des Islam – das Glaubensbekenntnis, das Gebet, die Almosensteuer, das Fasten und die Pilgerfahrt. Die Erläuterungen wurden mit Beispielen sowie Bildern oder ausgelegten religiösen Gegenständen wie Koran, Gebetsketten und Gebetsteppichen als Anschauungsmaterial untermauert.

Auch kritische Anmerkungen oder tiefgreifende Fragen aus dem Publikum, brachten die studierte Soziologin und Islamwissenschaftlerin nicht aus dem Konzept. Sie be-



*Die Referentin Ghazel Wahisi präsentiert und erläutert islamische Kultgegenstände, hier einen Gebetsteppich; kleines Bild oben: Koran in arabischer Sprache; darunter eine islamische Gebetskette.*

antwortete alles sehr ausführlich und gründlich, dennoch blieb manches strittig. Auch nach den Ausführungen von Ghazel Wahisi wurde weiter rege diskutiert.

Während der Arbeitseinheiten bastelten die Kinder mit der Kinderbetreuerin, Tina Pöpping, kleine Weihnachtsgeschenke für die Eltern. Selbst über die Betreuungszeiten hinaus konnte Pöpping die großen und kleinen Kinder mit Spielen in ihren Bann ziehen.

Eine Messe zum dritten Advent feierten alle zusammen mit Benno Porovne, dem Bonner Militärpfarrer. Für die Entspannung der gesamten GKS-Familie sorgten noch ein Winterspaziergang durch das Rheinische Schiefergebirge, ein Bummel über den Weihnachtsmarkt im Innenhof von Maria in der Aue sowie der schon zum festen Bestandteil gewordene Bingoabend. Gerade die Kinder hatten hierbei ihre Freude und nahmen mit strahlenden Augen viele Geschenke entgegen.

(Text: Walter Fröhler, Fotos: Michael Bertram, W. Fröhler)

## 25. Todestag von Oberst Dr. phil. Helmut Korn

Am 12. Juni vor 25 Jahren starb Oberst Dr. Helmut Korn, Mentor des Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge. Noch während der 23. Woche der Begegnung in Untermarchtal, die er als Vorsitzender der Zentralen Versammlung geleitet hatte, musste er sich in das Bundeswehrkrankenhaus Ulm begeben, wo er nach kurzer, aber schwerer Krankheit starb.

Die GKS will im Zusammenhang mit einer Sitzung des Bundesvorstands ihres ersten Bundesvorsitzenden (1970-1977 – damals noch Bundessprecher genannt) mit einer Festakademie vom 19. bis 20. Juni 2008 im Bonifatiushaus Fulda gedenken. Zur Festakademie werden Weggefährten von Oberst Korn als Gäste eingeladen. Nachfolgend erste Rahmendaten dazu:

### Donnerstag 19.06.

- 18:00 Uhr Abendessen
- 19:30 Uhr Offener Akademieabend
- Festvortrag 1: „Innere Führung heute“ (Arbeitstitel)
- 21:00 Uhr Treffen in der „Scheune“

### Freitag 20.06.

- 09:00 Uhr Festgottesdienst in der Hauskapelle
- 10:30 Uhr Festvortrag 2: „Das Lebenswerk von Oberst Dr. Helmut Korn“
- 11:30 Uhr Schlusswort des Bundesvorsitzenden der GKS
- 12:00 Uhr Mittagessen, Ende der Veranstaltung
- 16:00 Uhr Beginn Bundesvorstandssitzung



*Gedenken der GKS zum 5. Todestag am Grabe von Oberst Dr. Helmut Korn im Jahr 1998. In der Bildmitte Militärdekan Prälat Werner Köster, Geistl. Beirat der GKS 1974-1980, r. daneben Militärdekan Prälat Walter Theis, Geistl. Beirat der GKS 1981-2003; ganz rechts der heutige Bundesvorsitzende der GKS OTL Paul Brochhagen. (Foto: F. Brockmeier)*

## Werte in Gesellschaft und Familie – und Karnevalfeiern gehört dazu

Bei strömendem Regen kamen am 18. Januar dieses Jahres Familien aus den GKS-Kreisen Köln und Aachen im Haus Arche Noah Marienberge zusammen. Das Haus in Elkhausen mit Bolzplatz, Streichelgehege, Tischtennisraum und Kegelbahn, liegt im malerischen Mühlenthaler Forst. Nicht allein Oberstleutnant Albert Hecht, Vorsitzender des Kreises Köln und der GKS im Bereich NRW, überzeugte die Teilnehmer, sondern das umfangreiche und interessante Programm boten den Anreiz für die Teilnahme.

So stand zunächst unter der Überschrift „WERTE IN DER GESELLSCHAFT“ ein forderndes Thema auf der Agenda. Eva-Maria Wernze, Psychotherapeutin, vermochte die Schar durch ihren Vortrag in ihren Bann zu ziehen. Dabei stellte sie heraus, dass „Wertvorstellungen auch einem Wandel unterliegen, nichts ist statisch“ und unsere „Werte eine ständige Grundlage für Entscheidungen sind“. Das Ganze wurde mit einer Gruppenarbeit aufgelockert. So galt es ein Wertehaus zu bauen. Wernze, die auch



richtig lustig wurde es am Abend, als die GKS-Familien der Herkunft (Köln) und der Zeit entsprechend (Karneval) die FÜNFTE JAHRESZEIT begingen. Alle trugen bunte und kreative Verkleidungen. Ernste Themen waren jetzt nicht mehr angesagt. Sie wurden nur noch durch Büttенredner gestreift, aber humorvoll verpackt. Jung und Alt waren sowohl bei der musikalischen Gestaltung, als auch bei Büttенreden und Tänzen sehr aktiv. Die Gruppe wartete mit allem auf: Ein Sitzungspräsident führte durch das Programm, ein altes und ein neu bestelltes Dreigestirn nahmen Ehrungen und Ordensverleihungen mit dem speziellen GKS-Karnevalsorden vor.

Geschichte, Theologie und Politik studiert hatte, ließ nach Geschlechtern getrennt arbeiten. Die Ergebnisse der zwei Gruppen ähnelten sich in vieler Hinsicht. Dies führte zwar zu der Feststellung, dass Männer und Frauen etwa dieselben Wertvorstellungen haben, dennoch führte es in einigen Bereichen sowohl zu kontroversen Diskussionen als auch zu heiteren Situationen.

Geistlich begleitete das Wochenende Militärdekan Gregor Ottersbach, der auch die Vorabendmesse hielt und am Sonntag den Morgenimpuls gab. Die dann anschließende Aussprache aller Beteiligten ergab keinerlei Kritikpunkte, so dass Vorsitzender Hecht am Sonntag zufriedene Familien verabschieden konnte.

(Text und Foto: Walter Fröhler)

## „Tapferkeit ist die äußerste Form des treuen Dienens“

Der Vorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Köln, Oberstleutnant Albert Hecht, hatte zu einem Neujahrsempfang am 24. Januar in das Offiziersheim (OHG) in der Luftwaffenkaserne Köln-Wahn eingeladen. Festredner des Abends war der Parlamentarischen Staatssekretär im BMVg Thomas Kossendey (CDU), der zum Thema „Werte und Tugenden“ sprach. Zahlreiche Generale nahmen an diesem Vortrag teil. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung vom Männerchor der Bundeswehr Köln-Wahn.



Zunächst aber begrüßte Oberstleutnant Hecht die Gäste, darunter Brigadegeneral Volker Zimmer, Standortältester in Köln, Generalmajor Winfried Gräber, Amtschef des Luftwaffenamtes, sowie Generalmajor Manfred Schlenker,

Amtschef des Personalamtes der Bundeswehr und Monsignore Rainer Schnettker, Leitender Katholischer Militärdekan. Hecht stellte das Thema der GKS Köln für das Jahr 2008 vor. Nachdem im vergangenen Jahr der Islam Schwerpunkt gewesen war, gehe es nun um die Wertediskussion. „Ich bin davon überzeugt, dass diese Diskussion zwingendes Fundament für unsere Arbeit ist“, sagte Hecht. Der Vorsitzende lobte das Engagement der GKS beim Köln-Marathon und dem Tag der offenen Tür in der Luftwaffenkaserne Köln-Wahn.

### „Bürger müssen sich in ihre Belange einmischen“

Die Ansprache des Parlamentarischen Staatssekretärs Thomas Kossendey stand unter der Prämisse „Politik und Demokratie brauchen Tugenden“. Der CDU-Politiker lobte die stabile und friedliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und nannte exemplarisch die gelungene Wiedervereinigung. Dennoch stehe die Bundesrepublik heute vor schwierigen Herausforderungen, wie der Arbeitslosigkeit und dem demographischen Wandel. Kossendey zeigte sich daher überzeugt: „Demokratische Institutionen können auf Dauer ihre Funktion nur erfüllen, wenn die politisch Handelnden Grundhaltungen erkennen lassen, die über die Strategieregeln des Erwerbs und Erhalts von Macht und Einfluss hinausgehen.“ Politiker müssten verantwortungsbewusst das Dringende „aus der Fülle des Wünschenswerten“ herausfiltern und dürften

nicht ihr Vertrauen in der Bevölkerung verspielen, indem sie Wahlkampfversprechen machten, die später nicht einlösbar seien. Denn bei vielen Bürgern sei eine „Politikverdrossenheit“ oder auch „eine Verdrossenheit über die Politiker“ spürbar.

Gleichzeitig nahm Kossendey aber auch die Bürger mit in die Pflicht: Sie würden sich oft „wie Kinder verhalten, die keine Verantwortung übernehmen wollen.“ Er wünsche sich, dass sich die Deutschen mehr in ihre Belange einmischen würden. Man könne nicht immer mehr vom Staat verlangen und gleichzeitig den Regierenden kein Vertrauen entgegenbringen. Scharfe Kritik übte der Staatssekretär an allen, die ihre Unzufriedenheit durch die Wahl einer reinen Protestpartei ausdrücken würden. „Damit erreichen sie nur das Gegenteil“, warnte er.

### Auch bei der Bundeswehr sind Tugenden von Bedeutung

Des Weiteren ging Kossendey auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr ein. Auch hier würden Tugenden eine besondere Rolle spielen. Die Soldaten würden eine besondere Tapferkeit beweisen – „und Tapferkeit ist die äußerste Form des treuen Dienens.“ Er sehe darin auch einen klaren Beleg dafür, dass traditionelle Tugenden für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen von wachsender Bedeutung seien.

(Hans von der Burchard, LwA/PrInfoZLw)



Im Anschluss stand der Festredner seinem Publikum Rede und Antwort. Bei einer lockeren Runde mit Brezeln und Kölsch bot sich außerdem die Gelegenheit zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch; hier spricht Parl. Staatssekretär Kossendey mit Brigadegeneral Volker Zimmer (r.) und Oberstleutnant Albert Hecht (l.) (Fotos: Michael Bertram)

### GKS-Kreis Amberg/Kümmersbruck

## Waldweihnacht auf dem Maria-Hilf-Berg

Ein weiteres Mal lud der neue Vorsitzende des GKS-Kreises Amberg/Kümmersbruck, Stabsfeldwebel Herbert Krauß, zu einer Waldweihnacht auf den Maria-Hilf-Berg in Amberg ein. Dieser Berg wird traditionell während der „Bergfestwoche“ im Sommer durch Soldaten der verschiedenen umliegenden Standorte „bestiegen“. Im Rahmen dieser Woche findet nämlich auch die Soldatenwallfahrt statt, die inzwischen zu einer der größten Wallfahrten in Deutschland gehört. Die Anzahl der diesjährigen Teilnehmer an der Waldweihnacht war so hoch, wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Die Familien treffen sich jedes Jahr (meist am dritten Adventssonntag) an den Stufen der Bergkirche und werden dort vom Vorsitzenden der GKS und den beiden Militärgeistlichen begrüßt, vom Katholischen Militärfarramt durch Militärdekan Alfons Hutter und vom Evangelischen Militärfarramt durch Militärfarrer Heinrich Arweck.

Nachdem überwiegend die Kinder Fackeln angezündet hatten, stimmten sich die Teilnehmer durch Singen von Adventsliedern ein und machten sich dann auf den Weg zu einer Winterwanderung in dem angrenzenden Wald. In der Tiefe des Waldes wurden an einer mit Wachskerzen ge-

schmückten Tanne die Lichter angezündet. Militärdekan Hutter trug besinnliche Texte zum Advent vor. Der Geistliche ging dabei auf den Advent und das bevorstehende Weihnachtsfest ein. Auch er freute sich zusammen mit Pfarrer Arweck, das in diesem Jahr so viele Teilnehmer, vor allem Kinder an der Waldweihnacht teilnahmen.

Nach dem besinnlichen Teil machten sich die Familien wieder auf den Weg zurück. Auf dem Parkplatz vor der Kirche warteten auf die Teilnehmer Lebkuchen und Glühwein, was vom GKS-Kreis organisiert war. Für die Kinder wurde Kinderpunsch und Tee angeboten. Es bot sich nun die Gelegenheit untereinander ins Gespräch zu kommen und sich näher kennen zu lernen. Übereinstimmend waren sowohl die Aktiven als auch Ehemaligen der Meinung, diese sehr gut besuchte und hervorragend organisierte Veranstaltung jedes Jahr weiterhin durchzuführen.

Herzlichen Dank gilt es zu sagen, an den Vorsitzenden des GKS-Kreises Amberg/Kümmersbruck StFw Herbert Krauß, seiner Frau Sabine für die Vorbereitung und Durchführung der Waldweihnacht, der Geistlichkeit für den besinnlichen Teil und den helfenden Händen im Hintergrund. (Text: Gereon Gräf)



Standort Hammelburg:

## Pater Johannes Strobl kehrt nach sechs Jahren Dienst als Militärgeistlicher in Franziskanerorden zurück

Nach über sechs Jahren scheidet Pater Johannes Strobl OFM zum Monatsende aus dem Dienst in der Katholischen Militärseelsorge aus. Als Standortpfarrer war er für die Soldaten der Standorte Hammelburg und Wildflecken sowie als Kuratus für die Christkönig Gemeinde auf dem Lagerberg zuständig. Er wird Hammelburg verlassen, um künftig wieder im Franziskanerorden seelsorgerisch tätig zu sein.

Zu seiner Verabschiedung, die im Rahmen eines Standortgottesdienstes stattfand, konnte Pater Johannes in der vollbesetzten Christkönig-Kirche neben zahlreichen aktiven und ehemaligen Soldaten auch zivile Gemeindemit-



*Der Evangelische Standortpfarrer Thomas Lindner (Mitte) verabschiedet P. Johannes (r.), sitzend der Leitende Katholische Militärdekan Reinhold Bartmann (l.) und der Provinzial der Franziskaner P. Dr. Maximilian Wagner.*

glieder und Ehrengäste willkommen heißen. Besonders begrüßte Pater Johannes den Katholischen Leitenden Militärdekan (KLMD) des Militärdekanats München Monsignore Reinhold Bartmann, seinen Ordensoberen Provinzial Pater Dr. Maximilian Wagner, den Guardian des Klosters Kreuzberg Pater Paul Waldmüller, den Hausoberen des Klosters Altstadt Frater Pius Pfaller, den Dekan des Dekanats Hammelburg Erich Sauer, Stadtpfarrer Michael Sell, den Bürgermeister Ernst Stross der Garnisonsstadt Hammelburg sowie den General der Infanterie und Kommandeur der Infanterieschule Brigadegeneral Josef Blotz.

Militärdekan Bartmann würdigte am Schluss der Eucharistiefeier das Wirken von Pater Johannes als Militärgeistlicher. In Anlehnung an die Lesung aus dem Buch

Ezechiel griff er dabei das Gleichnis vom Hirten auf: „So wie sich ein Hirte um die Tiere seiner Herde kümmert, hast Du Dich um die anvertrauten Soldaten gekümmert“. Pater Johannes sei kein bezahlter Knecht gewesen, „sondern ein Hirte mit dem Profil eines Ordensmannes der Franziskaner“. Mit Ruhe und der Gelassenheit eines Ordensmannes, so führte Bartmann aus, habe er seinen Dienst als Militärpfarrer verrichtet. Die Soldaten hätten dabei gespürt: „Dieser Franziskanerpater meint es ernst mit uns“. Außerdem dankte ihm Msgr. Bartmann für seinen mehrmonatigen seelsorgerischen Auslandseinsatz im ehemaligen Jugoslawien. Der KLMD zollte dem scheidenden Militärpfarrer Anerkennung für das Tun und würdigte sein offenes Ohr für die Belange der Soldaten. „Ich hoffe, Du kannst auf eine Ernte zurückschauen in der Militärseelsorge, die Dich befriedigt hat“.

Msgr. Bartmann dankte dem anwesenden Provinzial der Bayerischen Franziskaner für die Abstellung des Ordenspriesters und ebenso der Diözese Würzburg für die schnelle personelle Unterstützung der Militärseelsorge durch die Abstellung von Pfarrer Stefan Frank als neuen Militärgeistlichen. Pfarrer Frank wird sich in den kommenden Monaten in seine neue Verwendung einarbeiten und dann offiziell in sein Amt eingeführt.

Brigadegeneral Josef Blotz würdigte Pater Johannes für seinen wichtigen und unverzichtbaren seelsorgerischen Dienst zum Wohl der Soldaten der Standorte Hammelburg und Wildflecken sowie dem inzwischen aufgelösten Standort Mellrichstadt. In seiner Ansprache ging der Brigadegeneral auch auf die Besonderheit der katholischen Militärgemeinde Hammelburg ein, die mit der Christkönig-Kirche ein eigenes Gotteshaus hat und gleichzeitig Kuratie des Dekanats Hammelburg ist. Aktive und ehemalige Soldaten sowie zivile Gemeindemitglieder treffen sich in der Kirche auf dem Lagerberg zum Gottesdienst und zu verschiedenen Veranstaltungen: „Junge und Alte kommen hier gut zurecht.“

Der Evangelische Standortpfarrer Thomas Linder hob das gute Miteinander hervor; das gemeinsame Wirken als Militärseelsorger sei ein Beispiel für gelungene Ökumene.

Während des anschließenden Empfanges im Pfarrsaal der Christkönig-Kirche bedankte sich Oberstleutnant Andreas Wacker als Sprecher des Mitarbeiterkreises sowie für die Mitglieder der Gemeinschaft Katholischer Soldaten bei Pater Johannes für seine zum Wohle der Militärkirchengemeinde geleistete Arbeit.

Pater Johannes sagte unter anderem dem Mitarbeiterkreis, den vielen ehrenamtlichen Helfern bei der Durchführung von Veranstaltungen und dem Leiter des Bundeswehrdienstleistungszentrums Hammelburg Regierungsdirektor Kammler ein herzliches „Vergelt's Gott“ für die gute Zusammenarbeit und die tatkräftige Unterstützung der Militärseelsorge.

Mit einem Lied auf dem „Nasenpfeiferl“ – neben dem Schnupftabak eines seiner Markenzeichen – bedankte sich Pater Johannes für die guten Wünsche. Ab April wird er sich in die Gästebetreuung im Kloster Eggenfelden einbringen und die dortige Krankenhausseelsorge übernehmen. (Text u. Foto: Constantin Deschner)

## Standort Sigmaringen:

### Militärpfarrer Weber zelebriert Abschiedsgottesdienst

Der katholische Standortpfarrer der Garnison Sigmaringen, Siegfried Weber, hat am vergangenen Donnerstag in der Standortkirche St. Fidelis seinen Abschiedsgottesdienst zelebriert. Nach mehr als sieben Jahren im Dienst der Militärseelsorge an den Standorten Sigmaringen und Mengen wird er nun nach Ulm auf die Stelle des Militärdekans versetzt. In Anwesenheit zahlreicher Gäste, unter ihnen auch der Kommandeur der 10. Panzerdivision, Generalmajor Markus Bentler, und der Sigma-



*Auf zu neuen Zielen:  
Militärpfarrer Siegfried  
Weber verlässt Sigmaringen  
und wird nach Ulm versetzt.*

ringer Bürgermeister, Dr. Daniel Rapp, unterstrich er den Stellenwert der Militärseelsorge. „Die Stärke der Militärseelsorge liegt heute vor allem darin, dass sie insbesondere im Einsatz für jeden Soldaten, unabhängig von seiner Konfession, da ist“, so Weber zu Beginn der Messe.

Die große Anzahl hochrangiger Offiziere, die dem Gottesdienst beiwohnten belegte dies eindrucksvoll, zeigte aber auch, welches Ansehen der Militärpfarrer bei den Soldaten erworben hatte. Seine menschliche Art sowie seelsorgerische Befähigung beschrieb auch Pater Andreas aus Stetten am kalten Markt, der ihn bis zur Amtseinführung des Nachfolgers vertreten wird, in seiner Predigt. „Jesus sucht Menschen mit dem Herz auf der Zunge und dem Mut zur Veränderung“, so der Seelsorger.

Zu seiner vorläufig letzten Messe in Sigmaringen hatte Weber seine Weggefährten der vergangenen Jahre, Stadtpfarrer Karl-Heinz Berger und Dekan i.R. Pater Müller, als Mitzelebrenten eingeladen.

(Text und Bild: Patrick Novinsky)

## Personalia:

### Militärdekan Miebach feiert 25-jähriges Dienstjubiläum

Militärdekan Monsignore Heinz Peter Miebach (63), Katholischer Leitender Militärdekan Hannover, feierte am 1. Februar 2008 sein 25-jähriges Dienstjubiläum in der Katholischen Militärseelsorge. Militärgeneralvikar Walter Wakenhut überreichte ihm die Urkunde.

Der Kölner Priester wurde 1983 als Katholischer Standortpfarrer Wuppertal in die Militärseelsorge eingestellt. 1986 wechselte er für sieben Jahre als Standortpfarrer nach Celle. 1993 wurde Miebach Katholischer Wehrbereichsdekan II mit Sitz in Hannover. Am 21. März 1996 ernannte Papst Johannes Paul II. Hans Peter Miebach zum päpstlichen Ehrenkaplan. Besondere Anerkennung findet Msgr. Miebach im Bistum Hildesheim für seine engagierte Mithilfe in der Ortsseelsorge, wo er vor allem Jugendlichen bei der Bewältigung sozialer Probleme hilft. (Quelle: KMBA)



## Personalia:

### Verabschiedung des Katholischen Standortpfarrers i.N. für Hohenmölsen, Pfarrer Rudolf Hempel

Zum 31.12.2007 wurde die Bundeswehrkaserne in Hohenmölsen geschlossen. In dieser Kaserne wirkte Pfarrer Rudolf Hempel seit 1991 als Katholischer Standortpfarrer im Nebenamt. Er gehörte zu den ersten Seelsorgern, die nach der Wende in den neuen Bundesländern mit der Militärseelsorge begonnen hatten.

Am 14. Januar 2008 wurde Pfarrer Hempel (3. v. r.) bei der Dienstbesprechung in Erfurt aus dem Kreis der Militärseelsorger verabschiedet. Der Leitende Militärde-



kan Hartmut Gremler (v.l.) überreichte ihm die Dankesurkunde.

Besonders dankte er Pfarrer Hempel für seine Mithrätlichkeit und die wertvolle Arbeit unter den meist ungetauften Soldaten. Als guter Kenner seiner Heimat hat er in Lebenskundlichen Seminaren die historische Bedeutung des Landes Sachsen-Anhalt und des Christentums nahe gebracht. (Quelle: KMBA)

## Zu Gast bei der Russisch-Orthodoxen Gemeinde in Ulm

Davon, dass der Dialog mit der Russisch-Orthodoxen Gemeinde der Heiligen Märtyrer Valentin und Paskratius in Ulm, welcher 2005 mit einer Führung durch deren Gotteshaus begann, bei dem die Mitglieder, Mitarbeiter und Gäste des GKS-Kreises Dornstadt einen Einblick in die Theologie und das Kirchenrecht der Orthodoxie bekamen, nicht nur eine einmalige Annäherung war, konnten sich die Teilnehmer in den vergangenen Monaten mehrmals überzeugen.

Eine Wertschätzung der besonderen Art durfte der GKS-Kreis Dornstadt aber jetzt am 1. November 2007 erfahren, als eine Abordnung zur kleinen Kircheneinweihung (die große Einweihung der Kirche mit dem bischöflichen Besuch ist in einem Jahr geplant) in das neu erworbene Gotteshaus der Russisch-Orthodoxen Kirchengemeinde zu Ulm geladen war.

In einem feierlichen Gottesdienst wurde die neue Kirche zur Erscheinung der Heiligen Jungfrau unter Beteili-

gung mehrerer Geistlicher, darunter auch der des Priesters der Serbisch-Orthodoxen Kirchengemeinde in Ulm, Herr Priester Ljubomir Zorica sowie der zahlreich versammelten Kirchengemeinde und deren Gäste, eingeweiht.

Im Anschluss an den Gottesdienst war es dem Vorsitzenden des GKS-Kreises Dornstadt dann vergönnt, ein Grußwort an die Versammelten zu richten, in welchem neben der Würdigung des hervorragenden Verhältnisses der Russisch-Orthodoxen Kirchengemeinde zu dem GKS-Kreis Dornstadt, primär Gemeinsamkeiten der beiden Glaubenslehren, wie das Gebet des Herrn und die Sakramente sowie der Glauben an die Trinität, hervorgehoben wurden.

Dies wurde mit der Übergabe von drei Kerzen des Verbandes an Herrn Mönchspriester Maxim, den Vorsteher der Gemeinde, symbolisch untermauert und mit einem abschließenden Psalm aus der Bibel „*Seht doch, wie gut und schön ist es, wenn Brüder miteinander in Eintracht wohnen*“ bekräftigt. (Stefan Nüßle)

## GKS-Kreis Dornstadt feiert internationale ökumenische Stallweihnacht

Wo sonst, wenn nicht in der Schlichtheit eines Stalles, bietet sich im oft von vorweihnachtlichem Stress geprägten Advent die Möglichkeit zur Besinnung auf die ursprüngliche Bedeutung dieser festlich begangenen Zeit, in der wir Christen voller Freude dem Kommen des Messias entgegensehen und entgegengehen?

Wo sonst, wenn nicht in diesem Spiegel der Vergangenheit, erkennen wir unsere Sehnsucht deutlicher, dass Gottes Heil und Zuversicht in unserer Zeit erfahrbar wird?

Wo sonst lässt sich die Botschaft, dass Gott mit der Geburt Christi Mensch geworden ist, dass er den Menschen nahe sein und sie erlösen will, indem er sich klein macht wie ein hilfloses, unscheinbares Kind, intensiver erleben als in einer Atmosphäre der Einfachheit, der Ruhe und der Stille?

Und so feierte der GKS-Kreis Dornstadt mit weit über hundert Mitgliedern, Mitarbeitern und Gästen in einem Schafstall bei Neu-Ulm seine traditionelle Stallweihnacht. Diese stand, wie auch bereits im Jahr zuvor, ganz im Zeichen der Ökumene, was durch die Präsenz der serbisch- sowie der russisch-orthodoxen Kirchengemeinden aus Ulm abgerundet wurde. Bei köstlicher Suppe, heißem Punsch und feinem Gebäck setzte Pastoralreferent Toni Mader bei den Angereisten gleich zu Beginn mittels einer Lichterfeier einen geistlichen Impuls, welcher gerade in der Vor-

*... und sie gebar ihren Sohn, den Erstgeborenen. Sie wickelte ihn in Windeln und legte ihn in eine Krippe, weil in der Herberge kein Platz für sie war. (Lukas 2, 7)*

bereitung auf die beiden weihnachtlichen Hochfeste zum Nachdenken und zur inneren Einkehr anregte.

Im Anschluss daran wurde den verschiedenen Gemeinden und Seelsorgern jeweils eine Friedenskerze der GKS überreicht, mit dem Wunsch, diese als Zeichen der Verbundenheit in den Gotteshäusern bzw. Wirkungsfeldern der Versammelten zu entzünden.

Nach dieser Einstimmung war es der Gemeinschaft nun vergönnt, sich vom hohen Niveau der Folkloretanzgruppe der serbisch-orthodoxen Kirchengemeinde zu überzeugen. Unter der Federführung von Cedimir Bukara brachten die Jugendlichen dem Publikum mit ihren professionellen Tanzeinlagen ein Stück ihrer Heimat und ihrer Kultur näher, was mit einem minutenlangen Applaus honoriert wurde.

Anschließend stellte die ukrainische griechisch-katholische Kirchengemeinde aus Neu-Ulm, bei welcher die Gemeinschaft erst kürzlich zu Gast sein durfte, ihre Bräuche und Traditionen hinsichtlich des Weihnachtsfestes vor, was, ergänzt durch die darauf folgenden Gesangseinlagen auf Ukrainisch, einen weiteren Höhepunkt des Abends bildete.

Diesem folgten die Ehrungen verdienter Mitglieder und Mitarbeiter und die formelle Übergabe des Vorsitzes über den GKS-Kreis Dornstadt von Oberleutnant Stefan Nüßle an Oberleutnant Gregor Czaika zum Jahreswechsel.



Zur besonderen Freude aller Beteiligten konnte der Einladung zur Stallweihnacht in diesem Jahr auch der Geistliche Beirat der GKS auf Bereichsebene, Militärdekan Monsignore Reinhold Bartmann, folgen, der durch seine herzlichen Worte vor allem den internationalen - brasilianische, italienische, serbische, slowenische, rumänische, russische und ukrainische Gäste durften begrüßt werden - sowie den konfessionsübergreifenden Charakter dieser Veranstaltung würdigte.

In dieser Strahlkraft des Festes der Freude und der Liebe war dem GKS-Kreis Dornstadt ein konkreter Akt der Nächstenliebe und der Solidarität im Advent ein besonderes Anliegen. Mit einer im Rahmen der Stallweihnacht gesammelten Spende wird die Renovierung des 1948 geweihten Gotteshauses der ukrainischen griechisch-katholischen Gemeinde anlässlich des bevorstehenden fünfzigjährigen Jubiläums im Jahr 2008 unterstützt.

Abschließend lässt sich wohl feststellen, dass ein solcher Abend, der von den erwachsenen Teilnehmern schon mal schmunzelnd als sehr willkommener „*Entschleuniger*“ in der von beruflichen, gesellschaftlichen und familiären Verpflichtungen fast lückenlos ausgeplanten Zeit bezeichnet wurde, auch bei den anwesenden Kindern auf große Begeisterung stieß, da die Möglichkeit, die Schafe mit ihren Lämmern einmal aus nächster Nähe zu erleben, die Augen leuchten und die Herzen höher schlagen ließ!

(Stefan Nüßle)

## Leserbriefe zu „Franz Jägerstätter“:

Zum Beitrag „Franz Jägerstätter: »Besser die Hände gefesselt als der Wille« (bt)“ in AUFTRAG Nr. 268/Dezember 2007, S. 44 f. erreicht die Redaktion der nachstehende Leserbrief vom 28.01.2008, dem drei weitere, an die FAZ gerichtete Leserbriefe beigefügt waren. Der von Dr. Aichner angeregten wissenschaftlichen Auseinandersetzung ist die Redaktion bereit sich zu stellen. Dazu wartet die Redaktion auch auf Reaktionen aus dem Leserkreis (*Zusendungen für Heft 270 bis spätestens 20.04.2008*). Redakteur Klaus Brandt wird ebenfalls nach einer Antwort auf die Frage nach Jägerstätters UK-Stellung 1941 sowie seine Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen suchen.

### Zur UK-Stellung Jägerstätters 1941

Mit Interesse habe ich den Artikel über Franz Jägerstätter im Heft 268 gelesen.

AUFTRAG 269 • MÄRZ 2008

Kurz zuvor hatte ich einen Leserbrief an die FAZ aus Portugal archiviert, da mir Jägerstätter ein Begriff war. Zu meiner Überraschung gab es dann nur zwei Leserbriefe mit gegenteiliger Meinung, die aber ausschließlich emotional argumentierten. Eine rationale Begründung fehlte (siehe Anlage).

Eine Gegendarstellung der Kirche erfolgte aber nicht. Dies hat mich insofern überrascht, weil ich davon ausging, dass die katholische Kirche die Leserbriefe in den großen meinungsbildenden Zeitungen observiert.

Wenn solches nicht geschieht, dann sollte zumindest von Ihrer Seite aus hier eine wissenschaftliche Auseinandersetzung geführt werden, insbesondere im Hinblick auf die angebliche UK-Stellung Jägerstätters im Jahre 1941.

Dr. Ernst Aichner, Leitender Museumsdirektor  
Bayerisches Armeemuseum Ingolstadt

### Bis zur letzten Konsequenz

Zu „Der Bauer versagte dem ‚Führer‘ die Gefolgschaft“ von Hannes Hintermeier in der FAZ. vom 30. Oktober:

Am 17. Juni 1940, nach dem siegreichen Frankreich-Feldzug, als man füglich mit einem baldigen Ende des Krieges rechnen konnte, da hatte Franz Jägerstätter keine Bedenken, den Eid auf seinen Führer zu leisten und Soldat in dieser glorreichen Wehrmacht zu werden. Im April 1941, als der Krieg doch weiterging, UK gestellt zu werden, dazu musste man in aller Regel gute Beziehungen nach oben haben. Diese hatte Jägerstätter offensichtlich zu seinem doch gewiss linientreuen Nazi-Bürgermeister. Im März 1943, als nach Stalingrad Stalins Sieg unaufhaltsam erschien, da verweigerte er um seines eigenen Seelenheiles willen, dieser durch zu viel Bibellektüre aufgezwungenen Wahnvorstellung, und unter Bruch seines Führereides den Dienst mit der Waffe. Das war klarer Selbstmord, wobei lediglich dessen Ausführung anderen aufgezwungen wurde. Dass er sich dieserart aus ganz und gar egoistischem Grund aus seiner irdischen Verpflichtung davonstahl, nach bester Möglichkeit die Verantwortung um die Sorge für die vier von ihm gezeugten Kinder zu tragen, das darf man als eher schäbig denn als heilig interpretieren. Rückschlüsse auf seine ganze Verehrergemeinde sind gestattet.

Dr. Eginhart Biedermann,  
Canicio de Baixo/Madeira, Portugal  
In: FAZ Nr. 259 v. 07.11.2007, S. 13

### Aus Überzeugung

Zum Leserbrief „Bis zur letzten Konsequenz“ von Dr. Eginhart Biedermann in der FA.Z. vom 7. November über Franz Jägerstätter: Selbst das den Nationalsozialisten dienende Reichskriegsgericht musste feststellen, dass Franz Jägerstätter, den es zum Tode verurteilte, „gegen sein religiöses Gewissen handeln würde, wenn er für den nationalsozialistischen Staat kämpfen würde“; dass er „zu

der Überzeugung gelangt (war, dass er) nicht gleichzeitig Nationalsozialist und Katholik“ sein könne.

Wären Jägerstätters Richter und seine Vorgesetzten zu derselben Überzeugung gelangt, wäre Deutschland Schlimmstes erspart geblieben. Zu Leser Biedermanns schäbiger Bewertung der Motive des Handelns Jägerstätters kann ich nur sagen: Er soll sich schämen.

Dr. Diether Hoffmann, Frankfurt am Main  
In: FAZ Nr. 280 v. 01.12.2007, S. 19

## Neuzeitliches Märtyrertum

In bemerkenswerter Weise interpretiert Leser Dr. Eginhart Biedermann in seinem Brief „Bis zur letzten Konsequenz“ in der FAZ vom 7. November den psychologischen Werdegang des jetzt selig gesprochenen Franz Jägerstätter als „durch zuviel Bibellektüre aufgezwungene Wahnvorstellung“ geprägt. Er habe sich „aus ganz und gar egoistischem Grund aus seiner irdischen Verpflichtung“ davongestohlen, was man „als eher schäbig, denn als heilig interpretieren“ darf. Es sei „klarer Selbstmord“ gewesen, „dessen Ausführung anderen aufgezwungen wurde“: „Rückschlüsse auf seine ganze Verehrergemeinde sind gestattet.“

Zu Rückschlüssen ist auch der Leser dieses Briefes motiviert: Hut ab vor dem Mut, in dem sich ein derart forschender Gutachter äußert, dabei die Annahme nahe liegend, dass er sich in ähnlicher Konfliktsituation deutlich mannhafter bewährt und dem diktatorischen System auf gescheiterte Weise Widerstand geleistet hätte. Im Hinblick auf die Komplexität der Entscheidung eines fremden Menschen eine so entschiedene Stellungnahme darzulegen zeugt von einem kühnen Selbstbewusstsein. Die Bloßstellung der Verehrergemeinde, also der römischen Kirche, ist allerdings kein Ausdruck besonderer Tapferkeit, sie gehört zu der heutzutage verpflichtenden politischen Korrektheit. Welch peinliche Anpassung des Lesers Dr. Biedermann an eine zeitgemäße Deutung von unangenehm empfundenen Fakten eines neuzeitlichen Märtyrertums.

Dr. Georg Rüber, Euskirchen  
In: FAZ Nr. 280 v. 01.12.2007, S. 19

## Kurz berichtet:

### Menschenrechtsinstitut warnt vor Verstrickung in Folter

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat vor einer indirekten Verstrickung deutscher Soldaten in Folter gewarnt. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass es nach der Übergabe von Gefangenen durch die Bundeswehr an afghanische Behörden nicht zu Folter und Misshandlungen komme, erklärte das Institut am 14. Februar in Berlin. Menschenrechtsorganisationen berichteten immer wieder über Folter und Misshandlungen durch den Geheimdienst des Landes. Wolfgang Heinz vom

Menschenrechtsinstitut verwies auf das Vorgehen der kanadischen Regierung, die wegen möglicher Misshandlungen seit Ende 2007 den Afghanen keine Gefangenen mehr überstelle. Heinz forderte die Bundesregierung auf, sich auch für eine entsprechende Haltung aller ISAF-Truppen einzusetzen. Weiter plädierte er dafür, in der Ausbildung der Bundeswehrsoldaten neben dem humanitären Völkerrecht vermehrt das Thema Menschenrechte zu berücksichtigen. Gerade bei einem möglichen Einsatz von Bundeswehreinheiten in Kampfeinsätzen im Norden Afghanistans sei dies wichtig. (KNA)

### Umfrage: Auch ein nahender Tod ändert nichts am Lebensstil

Auch im Angesicht eines nahenden Todes würde die Mehrheit der erwachsenen Bundesbürger ihren Lebensstil nicht ändern. Laut einer von der Illustrierten „stern“ im Februar in Hamburg veröffentlichten Umfrage gaben rund 57 % der 18- bis 70-Jährigen an, so weiterleben zu wollen wie bisher, wenn sie nur noch ein Jahr zu leben hätten. 41 % erklärten, dass sie in Würde Abschied nehmen und in Ruhe auf den Tod warten würden. 36 % der Befragten - Mehrfachnennungen waren möglich - würden „noch mal richtig auf den Putz hauen und sich langgehegte Wünsche erfüllen“. Fast jeder Dritte wolle „alte Rechnungen begleichen“ und 26 % der Bundesbürger würden sich wohlthätigen Zwecken widmen. (KNA)

### EU-Kommission will Kampf gegen Rekrutierung von Kindersoldaten

Die EU-Kommission appelliert an die internationale Gemeinschaft, mehr gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten zu unternehmen. Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner beklagte am 12. Februar in Brüssel, dass Kinder mehr denn je unter Konflikten zu leiden hätten. Zwar seien die Schutzvorschriften gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten verstärkt worden; dennoch gehe die Zahl der betroffenen Kinder nicht zurück. Am 12. Februar wurde der Internationale Tag gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten begangen. Entwicklungskommissar Louis Michel sagte, auch weiterhin würden Kinder entführt, zum Tragen von Waffen gezwungen oder müssten sklavensähnliche Tätigkeiten verrichten. Dies sei die schlimmste Form der Misshandlung von Kindern. Die EU betrachte den Kampf gegen die Rekrutierung von Kindersoldaten daher als Priorität.

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) hat den Einsatz von Kindersoldaten als besonders schlimme Form von Missbrauch und Unterdrückung verurteilt. Sie appellierte in Berlin an die Weltgemeinschaft, diesen Missbrauch, der auch ein Kriegsverbrechen darstelle, schnellstens zu beenden. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden weltweit 250.000 Kinder als Soldaten missbraucht, zum Teil seien sie nicht einmal zehn Jahre alt. (KNA)

## Termine für das Laienapostolat in der Kath. Militärseelsorge

### 2008

#### Allg. Termine u. Bundesebene

- 09.-11.04. Haupttagung GKMD, Fulda  
 16.-20.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg  
 24.04. Sitzung Verwaltungsrat KS  
 21.-27.05. 50. Int. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes  
 08.05. Weltfriedenstag in Aachen  
 20.-21.05. VV ZdK, Osnabrück  
 21.-25.05. 97. Dt. Katholikentag, Osnabrück  
 21.-27.05. 50. Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes  
 04.-08.06. II. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg  
 05.-06.06. KAS Mitgliederversammlung in Berlin  
 07.06. ZV-Vorst.-Sitzung, Berlin  
 12.06. 25. Todestag von Oberst Dr. H. Korn  
 20.-22.06. BV-Sitzung mit Ehefrauen in Fulda  
 27.-29.06. Seminar für Funktionsträger der GKS in Mülheim/Ruhr  
 15.-20.07. Weltjugendtag, Sydney  
 22.08. Sitzung EA in Bonn  
 04.09. Sitzung Verwaltungsrat KS  
 11.09. Mitgliederversammlung Maximilian-Kolbe-Werk in Fulda  
 15.-20.09. 48. WdB in Potsdam  
 14.-15.09. Vorkonferenz, 15.-18.09. ZV, 17.-18.09. BuKonf GKS  
 20.-24.10. 53. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge in Berlin-Erkner  
 22.-26.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg  
 24.-26.10. BV GKS gem. Sitzung mit SA S+F u. InFü beim IThF in Hamburg  
 07.11. BV-Sitzung in Bonn  
 15.11. ZV-Vorst.-Sitzung, Berlin  
 21.-22.11. VV ZdK, Bad Godesberg  
 27.11. Sitzung Verwaltungsrat KS

#### Bereichs-/Arbeitskonferenzen/ Familienwochenenden

#### KLMD Kiel/Glücksburg / GKS Nord/Küste

- 07.-09.03. AK I, Wittensee  
 14.-16.11. AK II in Parchim

#### KLMD Erfurt/Hannover / GKS Bereich NS/Ost

- 07.-09.11. AK II in Duderstadt

#### KLMD Köln-Wahn/Koblenz GKS Nordrhein-Westfalen

- 07.-09.03. AK I mit Familienwochenende in Koblenz  
 16.-18.05. BK GKS NRW in Wermelskirchen  
 06.09. Tag der GKS in NRW

- 05.-10.10. GKS-Familienwerkwoche in Wertach  
 30.-31.10. AK II in Waldbreitbach

#### KLMD München/Sigmaringen GKS Bayern u. Bad-Württembg

- 04.-06.04. AK I in Rastatt  
 04.-06.07. BK GKS Bayern in Reimlingen  
 24.-26.10. AK II in Vierzehnheiligen

#### GKS-Sachausschüsse

#### SA »Innere Führung«

- 14.04. Sitzung in Bonn  
 04.-06.07. gem. Sitzung SA S+F mit InFü mit Besuch des Wehrbeauftragten in Berlin  
 24.-26.10. gem. Sitzung mit BV beim IThF in Hamburg  
 21.11. Sitzung SA InFü in Bonn

#### SA »Sicherheit und Frieden«

- 25.04. Sitzung SA S+F in Bonn  
 04.-06.07. gem. Sitzung SA S+F mit InFü mit Besuch des Wehrbeauftragten in Berlin  
 24.-26.10. gem. Sitzung mit BV beim IThF in Hamburg

#### Internationaler SA

- 05.06.-08.06. Sitzung IS in Steinbach  
 10.-12.08. Sitzung IS, Ort noch unbestimmt

#### Vorschau 2009

- 24.01.09 Sitzungen ZV-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGv in Berlin  
 22.-26.04.09 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg  
 08.-09.05.09 VV ZdK, Bad Godesberg  
 13.-19.05.09 51. Int. Soldaten-Wallfahrt nach Lourdes  
 20.-24.05.09 32. Dt. Ev. Kirchentag in Bremen  
 03.-07.06.09 Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg  
 20.06.09 ZV-Vorstand, Hamburg  
 13.-19.09.09 49. WdB in Hamburg  
 13.-14.09. Vorkonferenz, 14.-17.09. ZV, 16.-19.09. BuKonf GKS  
 10.-23.10.09 54. 53. Gesamtkonferenz der kath. Militärseelsorge  
 21.-25.10.09 Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg  
 07.11.09 ZV-Vorstand, Berlin  
 20.-21.11.09 VV ZdK, Bad Godesberg

#### Vorschau 2010

- 23.01.10 Sitzungen ZV-Vorstand, EA-GKS, Jahresempfang MGv in Berlin  
 16.-17.04.10 VV ZdK, Bad Godesberg  
 12.-16.05.10 2. Ökumenischer Kirchentag in München  
 19.-20.11.10 VV ZdK, Bad Godesberg

**VERWENDETE ABKÜRZUNGEN:** **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Kath. Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz der GKS, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivsausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der kath. Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **IThF** – Institut Theologie und Frieden, Hamburg, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFü** – Sachausschuss »Innere Führung«, **SA S+F** – Sachausschuss »Sicherheit und Frieden«, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung der katholischen Soldaten, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.





### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,  
10117 Berlin  
[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Bertram Bastian (BB), Oberstleutnant a.D., Redakteur.

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG  
c/o Paul Schulz, Postfach 27 06  
21317 Lüneburg, Tel: 04131–220768,  
e-Mail: [GKS.Redaktion@t-online.de](mailto:GKS.Redaktion@t-online.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,  
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.  
Überweisungen und Spenden an:  
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,  
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 107 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843